

HERBST 2025 // EB 104.2

GD COMM // EUROBAROMETER UND SURVEYS UNIT

**EUROPÄISCHES
PARLAMENT**

EUROBA ROMETER

**HERAUSFORDERUNG 2025
PARLEMETER**



Europäisches
Parlament

IMPRESSUM

Der Bericht wurde von Verian Belgium für das Europäische Parlament erstellt.

VERANTWORTLICH

Nicolas LE POLAIN DE WAROUX, Referatsleiter

BEITRAGGEBER

Dimitra TSOULOU MALAKOUDI, Projektleiterin

Monika ALPOEGGER

Filip TILJAK

Olaf ZÜHLKE

PRODUKTION

Katarzyna ONISZK

GRAPHISCHES DESIGN

Cesare PINZUTI

LINGUISTISCHE VERSION

Original: EN

ÜBER DEN BERICHTERSTATTER

Dieses Dokument wurde vom Referat Eurobarometer und Umfragen in der Direktion Öffentlichkeitsarbeit (GD COMM) des Europäischen Parlaments veröffentlicht.

Um das Referat zu kontaktieren, schreiben Sie bitte an: dgcomm-esbu@europarl.europa.eu

Manuskript abgeschlossen im Januar 2026

Brüssel, © Europäische Union, 2026

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren und entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Die Vervielfältigung und Übersetzung zu nichtkommerziellen Zwecken ist mit Quellenangabe und vorheriger Benachrichtigung des Europäischen Parlaments und Übersendung einer Kopie gestattet.

Inhaltsverzeichnis

10 Schlüssel zum Mitnehmen.....	5
ZUSAMMENFASSUNG.....	8
METHODIK.....	16
KONTEXT.....	19
1. AUSBLICK AUF DIE ZUKUNFT.....	25
Ausblick auf die Zukunft der Welt.....	27
Ausblick auf die Zukunft der Europäischen Union.....	31
Ausblick auf die Zukunft des Landes.....	36
Ausblick auf die eigene Zukunft und die Zukunft der Familie.....	40
2. ÖFFENTLICHE BETROFFENHEIT ÜBER SICHERHEITSRISIKEN.....	45
Sicherheitsbedenken und Sicherheitsbedenken.....	45
Kommunikation und gesellschaftliche Belange.....	60
3. FACING GLOBAL HERAUSFORDERUNGEN.....	76
Rolle der EU beim Schutz der EU-Bürger.....	76
Globale Herausforderungen meistern.....	81
Schwerpunkte zur Stärkung der Position der EU in der Welt.....	88
Globale Herausforderungen und EU-Mitgliedschaft.....	95
4. PRIORITÄTEN DER BÜRGER FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT.....	100
Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger für das Europäische Parlament.....	100
Erwartete Veränderungen des Lebensstandards.....	109
Werte, die das Europäische Parlament vorrangig verteidigen sollte.....	115
Zufriedenheit mit der Demokratie.....	121
5. BÜRGERAUFNAHMEN IM RAHMEN DER EU UND DES EP.....	129
Bild des Europäischen Parlaments.....	129
Rolle des Europäischen Parlaments.....	134
Bild der Europäischen Union.....	138
Mitgliedschaft in der Europäischen Union.....	142
SCHLUSSFOLGERUNG.....	147
Anmerkungen.....	148
TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN.....	150
Interviewmodus pro Land.....	152
Fehlermargen.....	153



Dokument von Pierre Dieumegard für [Europe-Demokratie-Esperanto](#)

Zweck dieses "vorläufigen" Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union in die Lage zu versetzen, Kenntnis von Dokumenten zu erlangen, die von der Europäischen Union erstellt (und durch ihre Steuern finanziert) werden.

Wenn es keine Übersetzungen gibt, werden die Bürger von der Debatte ausgeschlossen.

Dieses Dokument „Eurobarometer“ [existierte nur in englischer Sprache](#) in einer PDF-Datei. Aus der ersten Datei haben wir eine odt-Datei erstellt, die von der Libre Office-Software für die maschinelle Übersetzung in andere Sprachen erstellt wurde. Die Ergebnisse sind nun [in allen Amtssprachen verfügbar](#).

Es ist wünschenswert, dass die EU-Verwaltung die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt. „Wichtige Dokumente“ sind nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern auch wichtige Informationen, die erforderlich sind, um gemeinsam fundierte Entscheidungen zu treffen.

Um unsere gemeinsame Zukunft gemeinsam zu diskutieren und zuverlässige Übersetzungen zu ermöglichen, wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Kontaktieren Sie uns :

[Kontakto \(europokune.eu\)](mailto:europokune.eu)

<https://e-d-e.org/-Kontakti-EDE>

10 Schlüssel zum Mitnehmen

Vereinte EU, stärkere Zukunft

Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass die Europäische Union mit Einigkeit und Ehrgeiz handelt. 89 % der Befragten sind der Ansicht, dass die EU-Mitgliedstaaten geeinter sein sollten, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen, und 86 % wünschen sich eine stärkere Stimme der EU auf internationaler Ebene.

Eine EU, die schützt

66 % der Europäer wünschen sich, dass die EU eine größere Rolle beim Schutz vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken spielt. Sie betrachten Verteidigung und Sicherheit (40 %), Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie (32 %) sowie Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastrukturen (29 %) als Schlüsselbereiche zur Stärkung der Position der EU in der Welt.

EU-Mitgliedschaft: hoch geschätzt

Eine starke und wachsende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hält die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache (62 %), was einem Anstieg um zwei Punkte entspricht, seit die Frage zuletzt im Februar/März 2024 gestellt wurde.

Sorgen um die Sicherheit

Die Mehrheit der Europäer gibt an, dass sie über eine Reihe von Themen „sehr besorgt“ sind, darunter aktive Konflikte und Kriege in der Nähe der Europäischen Union (72 %), Terrorismus (67 %), durch den Klimawandel verschlimmerte Naturkatastrophen (66 %) und Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern (66 %).

Sorgen um den digitalen Raum

Die Bürgerinnen und Bürger äußern sich sehr besorgt über Desinformation (69 %), Hetze (68 %), irreführende Inhalte durch KI (68 %), den Schutz personenbezogener Daten im Internet (68 %) und Bedrohungen der Meinungsfreiheit (67 %).

Wirtschaft & Sicherheit: Top-Themen

Die Europäer wollen, dass das Europäische Parlament der Bekämpfung der Inflation, der steigenden Preise und der Lebenshaltungskosten (41 %) Vorrang einräumt, gefolgt von der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen (35 %) sowie der Verteidigung und Sicherheit der EU (34 %). Der Anteil der Befragten, die eine Fokussierung auf Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen fordern, ist seit Mai 2025 um vier Punkte gestiegen.

Frieden & Demokratie: Top-Werte

Die Europäer sind der Ansicht, dass das EP dem Frieden (52 %) und der Demokratie (35 %) sowie der Meinungs- und Gedankenfreiheit (23 %) und dem Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit (22 %) Vorrang einräumen sollte.

E U & Bild des EP, das vom globalen Kontext betroffen ist

Die Wahrnehmung der EU und des EP durch die Öffentlichkeit hat sich seit Mai 2025 leicht abgeschwächt, ist aber nach wie vor stark, wenn man die letzten zwei Jahrzehnte betrachtet. 49 % (-3 Prozentpunkte) der Befragten haben ein positives Bild von der EU und 38 % (-3 Prozentpunkte) ein positives Bild vom EP.

Glas halb leer?

Die Mehrheit der Befragten äußert sich pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der Welt (52 %), während 39 % pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der EU und 41 % pessimistisch in Bezug auf die Zukunft ihres Landes sind. Dennoch sind mehr als drei Viertel der Europäer (76 %) optimistisch, was ihre eigene Zukunft und die ihrer Familie betrifft.

Glas halb voll für die Jungen

Bei den 15- bis 30-Jährigen herrscht auf allen Ebenen Zukunftsoptimismus. Tatsächlich ist die Mehrheit der jungen Europäer optimistisch, was die Zukunft der Welt (50 %), der EU (65 %), ihres Landes (60 %) sowie ihrer eigenen Zukunft und der Zukunft ihrer Familien (80 %) betrifft. Sie bringen auch ihre starke Unterstützung für eine geeinte und ehrgeizige Europäische Union zum Ausdruck.

ZUSAMMENFASSUNG

ZUSAMMENFASSUNG

In einer sich rasch verändernden und herausfordernden globalen Landschaft wollen die Bürgerinnen und Bürger, dass die Europäische Union mit Einigkeit und Ehrgeiz handelt. Verteidigung, Sicherheit und Wirtschaft sind zentrale Prioritäten für die Stärkung der EU sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Europäer sind besonders besorgt über Sicherheitsfragen wie anhaltende Konflikte und Kriege sowie gesellschaftliche und digitale Fragen, einschließlich Desinformation, Online-Datenschutz und irreführender Inhalte, die durch künstliche Intelligenz erzeugt werden. In diesem Zusammenhang wünschen sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger, dass die EU eine wichtigere Rolle bei ihrem Schutz spielt. Die EU-Mitgliedschaft wird von einer großen Mehrheit der Europäer nach wie vor als wertvoll angesehen, und das positive Image der EU ist nach wie vor hoch, wenngleich es in den letzten Monaten leicht zurückgegangen ist. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2025, die im November 2025 unter 26.453 EU-Bürgern in allen Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, deuten auf einen Aufruf zu Maßnahmen für eine stärkere EU im derzeitigen internationalen Kontext hin. Vor allem junge Menschen haben hohe Erwartungen an die Rolle der EU und gehören nach wie vor zu den eifrigsten Unterstützern des europäischen Projekts.

Tiefe Bedenken in Bezug auf Sicherheit, gesellschaftliche und digitale Fragen

Die Mehrheit der Europäer gibt an, dass sie „sehr besorgt“ über eine Reihe von Sicherheitsfragen sind, angefangen bei aktiven Konflikten und Kriegen in der Nähe der Europäischen Union (72 %). Es folgen Terrorismus (67 %), durch den Klimawandel verschlimmerte Naturkatastrophen (66 %), Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern (66 %) und unkontrollierte Migrationsströme (65 %). Insgesamt äußern mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger starke oder mäßige Besorgnis über jedes der neun in der Umfrage getesteten sicherheitsrelevanten Themen.

QA11 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. (EU27) (%)

Aktive Konflikte und Kriege in der Nähe der Europäischen Union



Terrorismus



Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern



Naturkatastrophen werden durch den Klimawandel verschlimmert



Unkontrollierte Migrationsströme



Die EU muss sich bei ihrer Energieversorgung auf Nicht-EU-Länder verlassen



Drohnen aus Nicht-EU-Ländern, die über oder in der Nähe von EU-Ländern operieren



Die EU muss sich bei ihrer Verteidigung auf Nicht-EU-Länder verlassen



Nicht-EU-Länder, die versuchen, Wahlen oder Politik in (Unser Land) zu beeinflussen

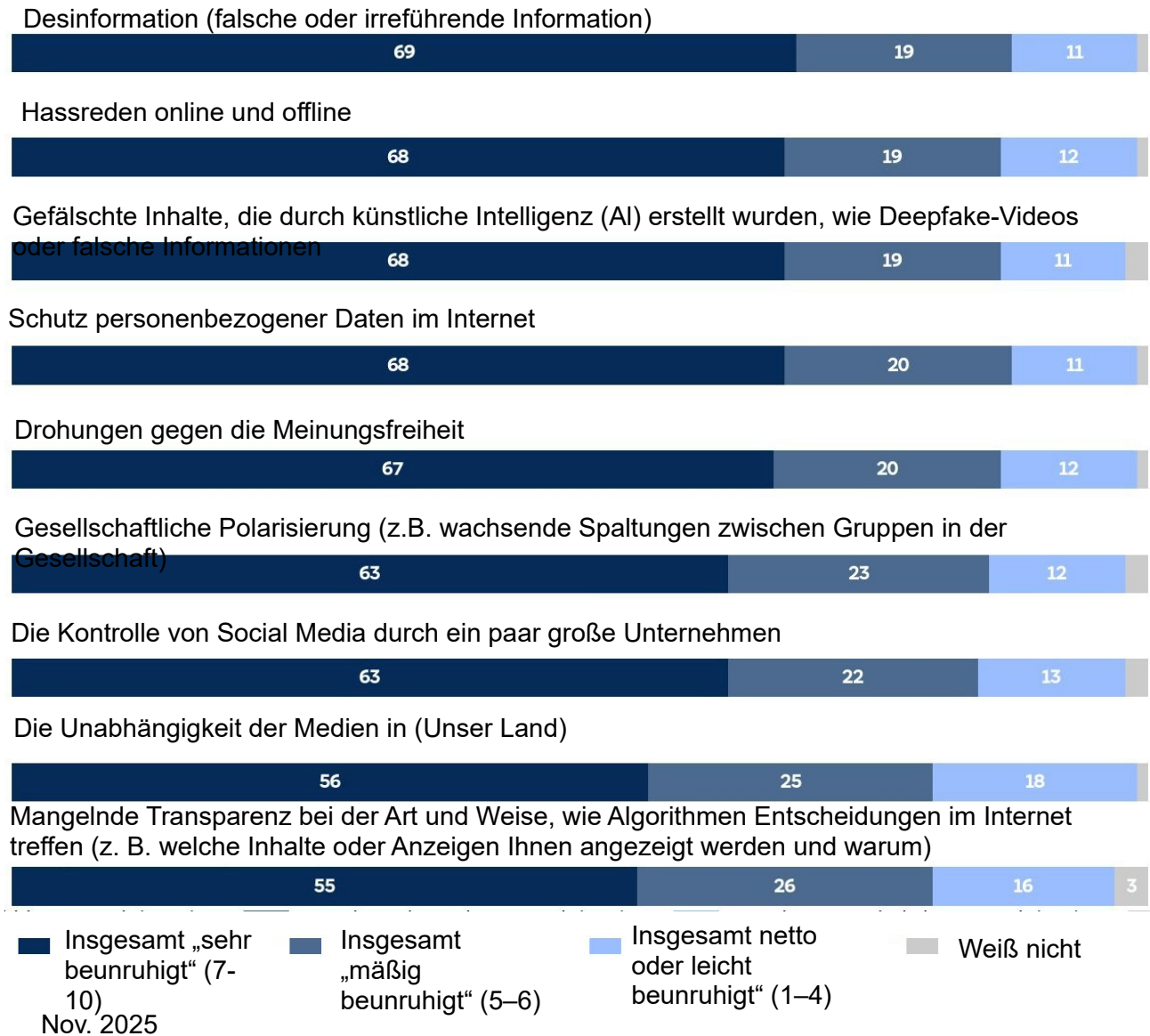


Insgesamt „sehr besorgt“ (7-10)
 Insgesamt „mäßig besorgt“ (5-6)
 Insgesamt netto oder leicht besorgt (1-4)
 Weiß nicht

Nov. 2025

In den Bereichen Kommunikation, Gesellschaft und digitale Sphäre äußern die Bürgerinnen und Bürger große Besorgnis über Desinformation (falsche oder irreführende Informationen) (69 %), Hetze online und offline (68 %), gefälschte Inhalte, die durch künstliche Intelligenz (KI) erstellt werden, wie Deepfake-Videos oder falsche Informationen (68 %), den Schutz personenbezogener Daten online (68 %) und Bedrohungen der Meinungsfreiheit (67 %). Hier sind mehr als acht von zehn Befragten in der gesamten EU sehr oder mäßig besorgt über die neun aufgeführten Themen.

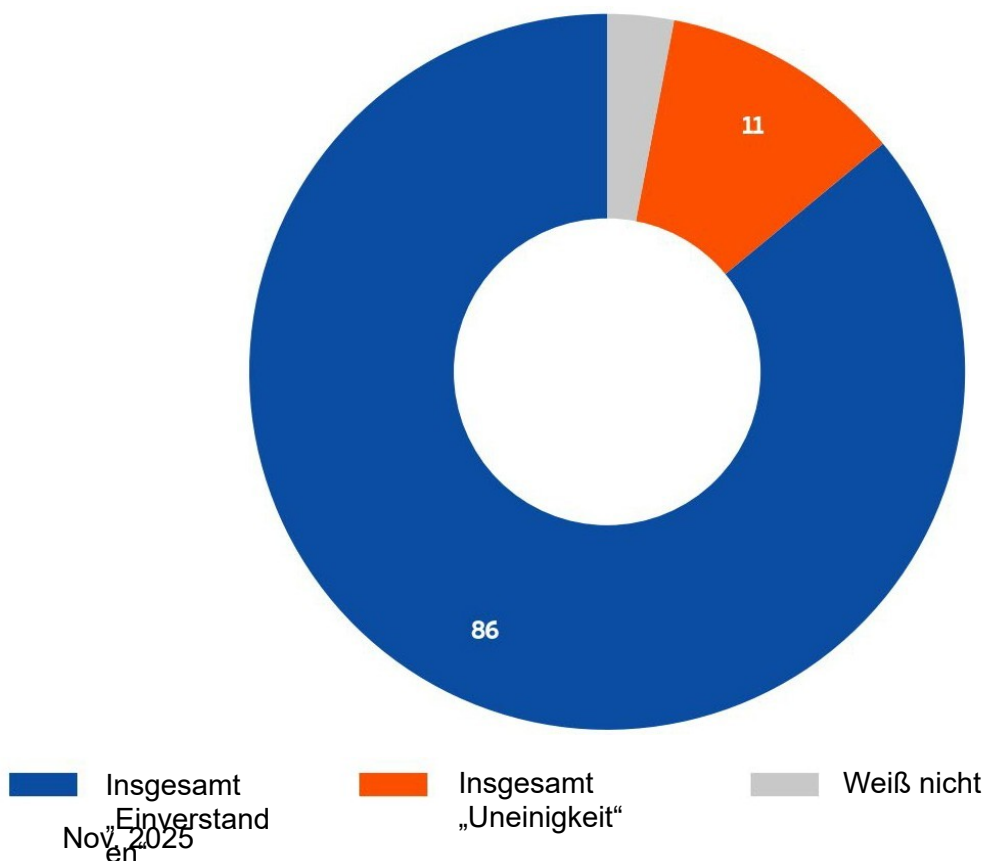
QA12 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. (EU27) (%)



Die Europäer wollen ein geeintes, starkes und schützendes Europa

Im Zusammenhang mit diesen externen und internen Anliegen möchten die meisten Bürger, dass die EU aktiv dazu beiträgt, sie zu schützen und die Grundwerte des europäischen Projekts zu verteidigen. 66 % der Europäer möchten, dass die Rolle der EU beim Schutz vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken an Bedeutung gewinnt, und 86 % sind der Ansicht, dass die Europäische Union auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben sollte.

QA7.3 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die Europäische Union sollte auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben (EU27) (%)

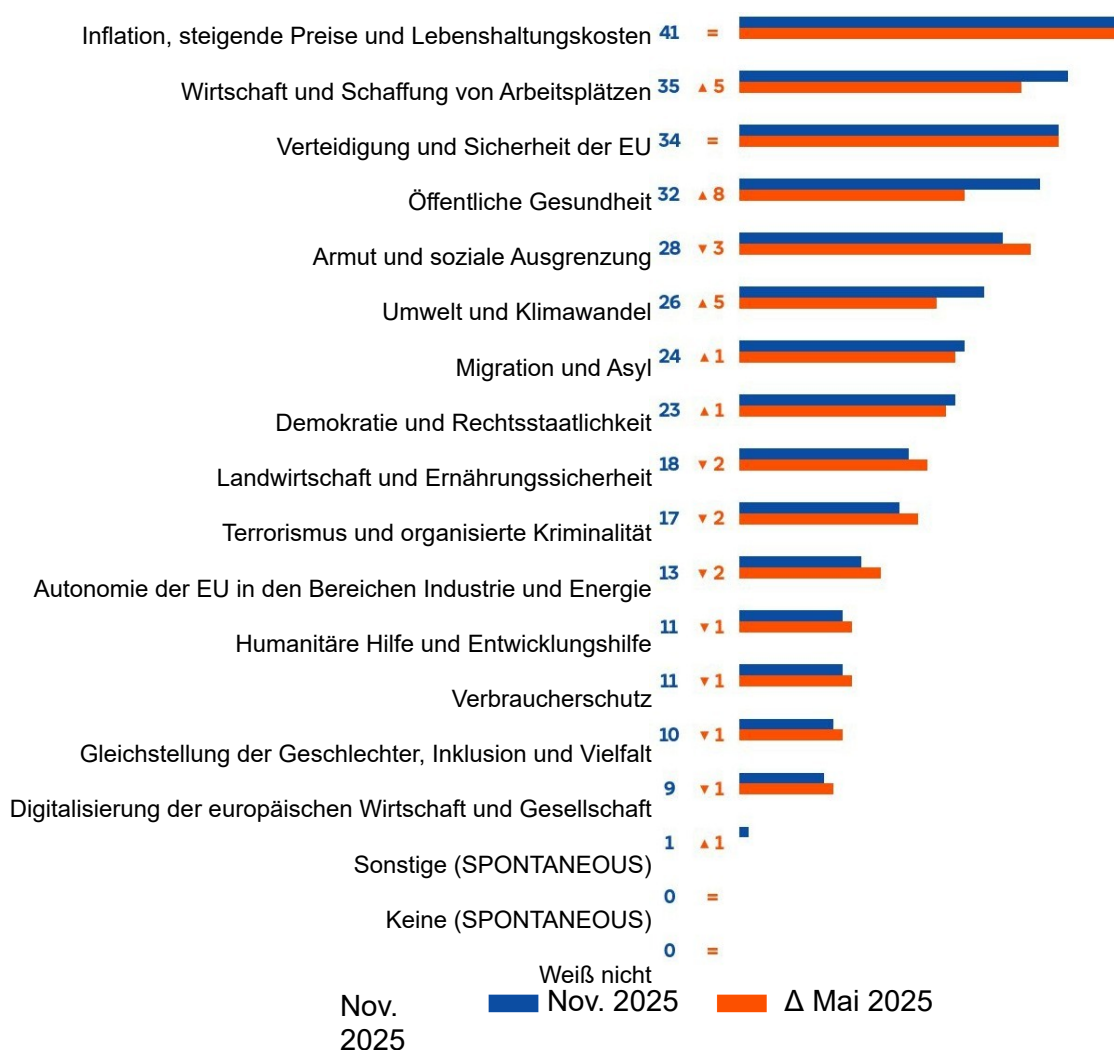


Darüber hinaus sind 89 % der Befragten der Ansicht, dass die EU-Mitgliedstaaten stärker geeint sein sollten, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen, während 73 % der Ansicht sind, dass die Europäische Union mehr Mittel benötigt, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen.

Wirtschaft und Verteidigung werden immer wichtiger

Frühere Eurobarometer-Umfragen haben bereits gezeigt, dass die externe Sicherheit/Verteidigung und die Lage der Wirtschaft die beiden wichtigsten Themen für die Bürgerinnen und Bürger sind, was durch die Ergebnisse dieser Umfrage erneut bestätigt wird. Um ihre Position in der Welt zu stärken, sollte sich die EU in erster Linie auf Verteidigung und Sicherheit (40 %), Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie (32 %) sowie Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastrukturen (29 %) konzentrieren. Dies sind auch die Hauptaufgaben, auf die sich das Europäische Parlament konzentrieren soll: Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten (41 %), Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen (35 %) sowie Verteidigung und Sicherheit der EU (34 %). Während sich die meisten Themen im Vergleich zum Mai 2025 stabil entwickeln, fallen drei Veränderungen auf: Der Anteil der öffentlichen Gesundheit ist um acht Prozentpunkte gestiegen, und der Anteil der Wirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Umwelt und des Klimawandels ist jeweils um fünf Prozentpunkte gestiegen. Die wirtschaftliche Priorität kann eng mit den Erwartungen der Europäer an die Entwicklung ihres Lebensstandards verknüpft werden: Ein signifikanter Anteil von 28% erwartet einen Rückgang, 54% erwarten, dass er gleich bleibt, und nur 16% erwarten einen Anstieg.

QA4ab Welche der folgenden Themen möchten Sie vom Europäischen Parlament vorrangig behandelt sehen? Erstens? Und dann? (MAX. 4 ANTWORTEN) (EU27) (%)

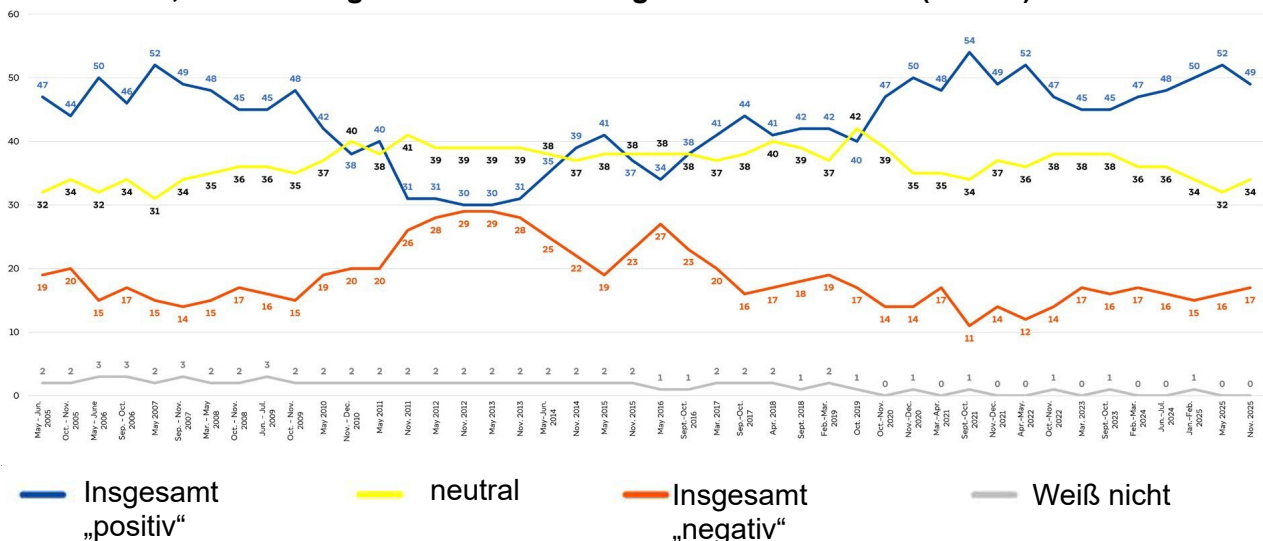


Die wichtigsten Werte, die das EP verteidigen sollte, sind Frieden (52 %) und Demokratie (35 %), gefolgt von Meinungs- und Gedankenfreiheit (23 %) und dem Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit (22 %).

Das positive Image der EU und des EP nimmt leicht ab, aber die EU-Mitgliedschaft wird nach wie vor hoch geschätzt

Der (geo-)politische Kontext und die anhaltende Polykrise wirken sich auch auf die Ansichten der Europäerinnen und Europäer zur EU-Mitgliedschaft ihres Landes sowie auf ihr eigenes Bild von der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament aus. Gerade der Kontext externer und interner Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger beunruhigen, lässt die Mehrheit von ihnen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als eine gute Sache betrachten: 62 % sagen dies, was eine Erhöhung um zwei Punkte bedeutet, seit die Frage zuletzt im Februar/März 2024 gestellt wurde. Obwohl das positive Image der EU in den letzten 20 Jahren nach wie vor auf einem hohen Niveau liegt, ist es im Vergleich zum Mai 2025 leicht zurückgegangen: 49 % (-3 Prozentpunkte) der Europäer geben an, ein positives Bild von der EU zu haben, 34 % (+2 Prozentpunkte) ein neutrales und 17 % (+1 Prozentpunkte) ein negatives Bild.

D78 Beschwört Ihnen die EU generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild herauf? (% - EU)



Ebenso ist das positive Image des EP um drei Punkte zurückgegangen (jetzt 38 %), ebenso wie die Forderung, dass es eine wichtigere Rolle spielen sollte (jetzt 59 %, -3 Prozentpunkte).

Junge Europäer haben einen positiven Ausblick auf die Zukunft

Die geopolitischen Turbulenzen, in denen sich die Europäer befinden, haben einen starken Einfluss auf ihre Aussichten, wobei die Mehrheit (52 %) sagt, sie seien pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der Welt, 39 % sind pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der EU und 41 % sind pessimistisch in Bezug auf die Zukunft ihres Landes. Positiv zu vermerken ist, dass mehr als drei Viertel der Europäer (76 %) optimistisch sind, was ihre eigene Zukunft und die ihrer Familie betrifft.

Der Optimismus übersteigt jedoch den Pessimismus auf allen Ebenen bei den Bürgern im Alter von 15 bis 30 Jahren. Tatsächlich blicken die meisten jungen Europäer optimistisch in die Zukunft der Welt (50 %), der EU (65 %), ihres Landes (60 %) sowie ihrer eigenen Zukunft und der Zukunft ihrer Familie (80 %). Darüber hinaus sehen junge Bürgerinnen und Bürger die Europäische Union und das Parlament mit größerer Wahrscheinlichkeit als ältere Bürgerinnen und Bürger in einem positiven Licht: 58 % haben ein positives Bild von der EU (gegenüber 49 % bis 43 % bei den Alterskohorten) und 68 % wünschen sich eine stärkere Rolle des EP (gegenüber 58 % bis 54 %). Jüngere Europäer unterstützen im derzeitigen Kontext auch sehr stark mehr Einheit unter den Mitgliedstaaten (90 %), mehr Mittel für die Europäische Union (78 %) und eine stärkere Stimme der EU auf internationaler Ebene (87 %). Aufbauend auf den Ergebnissen früherer Eurobarometer-Umfragen werden in dieser Umfrage erneut die positiven Einstellungen junger Menschen zur EU und ihre optimistischen Zukunftsaussichten hervorgehoben.

METHODIK

METHODIK

In dieser Eurobarometer-Umfrage des Europäischen Parlaments vom Herbst 2025, die in Welle 104.2 enthalten ist, wird die Methodik der Eurobarometer-Umfragen verwendet, die für die Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments (Referat Eurobarometer und Erhebungen) durchgeführt wurden. Die Erhebung wurde von Verian zwischen dem 6. November und dem 30. November 2025 in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Insgesamt wurden 26453 Interviews geführt. Die EU-Ergebnisse wurden nach der Bevölkerungsgröße in den einzelnen Ländern gewichtet.

Eurobarometer-Umfragen werden zu Hause oder vor der Haustür in der Landessprache von Angesicht zu Angesicht durchgeführt. In allen Ländern wurde CAPI (Computer Assisted Personal Interviewing) verwendet.

In Zypern, Dänemark, Malta, den Niederlanden, Finnland und Schweden wurden einige Interviews per computergestütztem Videointerview (CAVI) durchgeführt. Der Interviewer verwaltet den Fragebogen aus der Ferne per Videokonferenz, bei der sich beide Teile gegenseitig sehen können: Die Bedingungen für Interviews sind denen für persönliche Gespräche sehr ähnlich.

Im Anschluss an die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurden die Befragten gefragt, ob sie der Beantwortung von Fragen zu Themen zustimmen würden, die als „sensibel“ angesehen werden könnten.

Der Leser sollte sich darüber im Klaren sein, dass in diesem Bericht die Entwicklung eines bestimmten Indikators insgesamt als stabil angesehen wird, wenn er um +/-2 Prozentpunkte oder weniger schwankt. Weitere Informationen finden Sie in der Tabelle auf der Seite 153 für die Fehlerspanne in Abhängigkeit von der Anzahl der Interviews.

Anmerkung: In diesem Bericht werden die EU-Länder mit ihrer offiziellen Abkürzung bezeichnet. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen entsprechen:

Belgien	BE	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	HU
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	AT
Irland	IE	Polen	PL
Griechenland	EL	Portugal	PT
Spanien	ES	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Slowenien	SI
Kroatien	Personalabteilung	Slowakei	SK
Italien	IT	Finnland	FI
Republik Zypern	CY *	Schweden	SE
Lettland	LV		
Europäische Union – gewichteter Durchschnitt der 27 Mitgliedstaaten			EU-27
BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT, HR			Euro-Währungsgebiet
BG, CZ, DK, HU, PL, RO, SE			Nicht-Euro-Währungsgebiet

*Zypern als Ganzes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „acquis communautaire“ wurde jedoch in dem Teil des Landes ausgesetzt, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden nur die Befragungen, die in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes durchgeführt werden, in die Kategorie „CY“ und in den EU-27-Durchschnitt einbezogen.

*Bulgarien war zum Zeitpunkt der Feldforschung im November 2025 kein Mitglied des Euro-Währungsgebiets.

KONTEXT

KONTEXT

Die Vor-Ort-Arbeit für die Eurobarometer-Umfrage des Europäischen Parlaments vom Herbst 2025 wurde von Verian Belgien zwischen dem 6. und 30. November in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Um die Umfrageergebnisse richtig zu interpretieren, ist es unerlässlich, den politischen und gesellschaftlichen Kontext zum Zeitpunkt der Feldforschung zu berücksichtigen. Alle nationalen Ergebnisse für die in dieser Umfrage gestellten Fragen – und damit auch die europäischen Durchschnittsergebnisse – müssen vor dem Hintergrund der Situation und der öffentlichen Debatte zum Zeitpunkt der Feldforschung gesehen werden.

Russlands Krieg gegen die Ukraine und andere Konflikte

Zum Zeitpunkt der Feldforschung für die Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2025 beeinflusste der Krieg in der Ukraine weiterhin die öffentliche Einstellung in der gesamten Europäischen Union. Am 23. Oktober 2025 hat der Rat der Europäischen Union das 19. Sanktionspaket gegen Russland angenommen.¹ Die neuen Maßnahmen zielen auf Schlüsselsektoren ab, die die russische Kriegswirtschaft befeuern – Energie (einschließlich eines schrittweisen Verbots von Flüssigerdgas), Finanzen, Handel und militärisch-industrielle Lieferketten – und erweitern die Liste der sanktionierten Personen und Organisationen. Parallel dazu wurden im November 2025 Gespräche über die mögliche Nutzung immobilisierter russischer Vermögenswerte zur Unterstützung der Erholung und Verteidigung der Ukraine geführt. Unterdessen haben die europäischen Staats- und Regierungschefs weiterhin erhebliche Unterstützung für die Ukraine zugesagt, indem sie militärische, wirtschaftliche und diplomatische Maßnahmen kombiniert haben.² Am 17. November 2025 wurde ein wichtiges langfristiges Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen Frankreich und der Ukraine angekündigt.³

Gleichzeitig löste die Ankündigung eines neuen von den USA unterstützten „Friedensplans“ für die Ukraine durch Präsident Donald J. Trump, der Berichten zufolge Vorschläge für eine Verhandlungslösung mit Russland enthält, eine Welle diplomatischer Reaktionen in Europa aus. Die europäischen Staats- und Regierungschefs betonten, dass alle glaubwürdigen Friedensabkommen europäische und ukrainische Interessenträger einbeziehen müssten, um die Souveränität und Sicherheit der Ukraine zu schützen.⁴ Viele europäische Regierungen brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Elemente des US-Vorschlags, einschließlich möglicher Kürzungen der ukrainischen Streitkräfte und erzwungener territorialer Zugeständnisse, langfristige Sicherheitsgarantien untergraben würden und nicht akzeptabel wären, wenn sie nicht grundlegend überarbeitet würden.

In diesem Zusammenhang wurde im Herbst 2025 auch der Schwerpunkt Europas erneut auf Verteidigung und Sicherheit gelegt, was Bedenken hinsichtlich strategischer Risiken und hybrider Bedrohungen, einschließlich mutmaßlicher hybrider russischer Angriffe wie Drohnenangriffe, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, widerspiegelt.⁵ Um diesen Herausforderungen zu begegnen, hat die EU verstärkte Investitionen in ihre Verteidigungsindustrie und ihre kollektiven Fähigkeiten vorangetrieben. Am 25. November 2025 billigte das Europäische

1 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/10/23/19th-package-of-sanctions-against-russia-eu-targets-russian-energy-third-country-banks-and-crypto-providers/>

2 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/11/24/remarks-by-president-antonio-costa-following-the-informal-eu-leaders-meeting-of-24-november-2025-in-luanda/pdf>

3 <https://www.euronews.com/2025/11/17/ukraine-signs-deal-with-france-for-100-rafale-jets-and-air-defence-systems>

4 <https://www.euronews.com/my-europe/2025/11/22/european-pushback-trumps-peace-plan-call-it-a-draft-only>

5 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/07/18/hybrid-threats-russia-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-condemning-russia-s-persistent-hybrid-campaigns-against-the-eu-its-member-states-and-partners/>

Parlament erstmals ein spezielles Finanzierungsinstrument für die Verteidigungsindustrie: das Europäische Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP), das mit einem Budget von 1,5 Mrd. EUR für den Zeitraum 2025-2027 ausgestattet⁶ ist. Im Rahmen des EDIP sind 300 Mio. EUR für ein „Unterstützungsinstrument für die Ukraine“ vorgesehen, das die Bemühungen um die Integration und Unterstützung der industriellen Basis der Verteidigung der Ukraine in den breiteren europäischen Rahmen für die technologische und industrielle Verteidigung signalisiert. Darüber hinaus haben mehrere EU-Mitgliedstaaten auch freiwillige Militärdienstprogramme wie Frankreich⁷ und Deutschland vorangetrieben⁸ oder ausgeweitet.

Gleichzeitig waren der Krieg in Gaza und seine humanitären und politischen Auswirkungen zu einem wichtigen Schwerpunkt der öffentlichen und politischen Debatte in der EU geworden. Am 11. September 2025 äußerte das Europäische Parlament große Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen und forderte eine ungehinderte und umfassende Bereitstellung humanitärer Hilfe. Die Abgeordneten forderten einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, die sofortige und bedingungslose Freilassung aller israelischen Geiseln im Gazastreifen und ein erneutes Engagement für eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung. Das Parlament bekräftigte zwar das Recht Israels, sich selbst zu verteidigen, betonte jedoch, dass dieses Recht keine wahllose militärische Aktion im Gazastreifen rechtfertigen kann.⁹ Am 17. November 2025 billigte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den von US-Präsident Donald J. Trump vorgeschlagenen Friedensplan für Gaza.¹⁰

Wirtschaftlicher Kontext

Während der Feldarbeit war die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union nach wie vor ein wichtiges Element der öffentlichen Debatte. Der jüngsten Prognose der Europäischen Kommission zufolge dürfte die¹¹ EU-Wirtschaft im Jahr 2025 ein moderates Wachstum beibehalten, gestützt durch ein sich allmählich stabilisierendes globales Umfeld und etwas verbesserte Arbeitsmarktbedingungen. Gleichzeitig wurde erwartet, dass die Inflation, auch wenn sie noch über den Vorkrisennormen lag, ihren Abwärtstrend fortsetzen würde. Die von Eurostat veröffentlichten amtlichen Statistiken bestätigen, dass die Inflationsraten in vielen Mitgliedstaaten gegenüber den Höchstständen der Energiekrise 2022–2023 zurückgegangen sind¹² und die Arbeitslosenquoten insgesamt nach wie vor relativ niedrig und stabil sind, wenn auch mit erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern.¹³

Diese vorsichtig optimistischen Konjunkturaussichten werden jedoch durch mehrere wichtige Gegenwinde gemildert. Die anhaltend hohen Zinssätze belasten weiterhin den Konsum der privaten Haushalte und die Unternehmensinvestitionen, was sich auf die Kreditkosten auswirkt und die Nachfrage dämpft. Auch die Erschwinglichkeit von Wohnraum und steigende Immobilienpreise gaben in mehreren Mitgliedstaaten weiterhin Anlass zur Sorge. Darüber hinaus bleiben mit dem Ansatz des Winters die Bedenken hinsichtlich der Energiepreise akut: Während die Energiekosten seit ihrem Höchststand gesunken sind, wirken sich die Volatilität der globalen Energiemärkte und

6 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251120IPR31493/parliament-greenlights-first-ever-european-defence-industry-programme>

7 https://www.lemonde.fr/en/france/article/2025/11/27/france-unveils-new-voluntary-military-service_6747883_7.html

8 <https://www.euronews.com/2025/11/12/germany-inches-close-to-agreement-on-contentious-military-service-bill-but-questions-remain>

9 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20250905IPR30185/parliament-pushes-for-gaza-aid-the-hostages-release-and-justice>

10 Resolution 2803 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (2025)

11 https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/autumn-2025-economic-forecast-shows-continued-growth-despite-challenging-environment_en

12 <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-euro-indicators/w/2-19112025-ap>

13 <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-euro-indicators/w/3-02122025-bp>

die geopolitischen Risiken (insbesondere der anhaltende Krieg in der Ukraine und die Instabilität in anderen Regionen) weiterhin auf die Erwartungen der Verbraucher und Unternehmen in Bezug auf Erschwinglichkeit und Energieversorgungssicherheit aus.

EU-Institutionen und Rechtsrahmen auf EU-Ebene

Um die demokratische Resilienz zu fördern, kündigte die Europäische Kommission Pläne zur Einrichtung eines neuen Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz an. Diese Initiative ist ein Kernelement des von der Kommission geplanten „Demokratieschildes“, mit dem die Fähigkeit der Union zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland gestärkt werden soll.¹⁴

Auch die Haushaltsverhandlungen waren in dieser Zeit ein zentraler Bestandteil der EU-Agenda. Am 15. November 2025 erzielten der Rat und das Europäische Parlament eine politische Einigung über den EU-Haushaltsplan für 2026, der wichtige Ausgabenprioritäten wie Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigungsbereitschaft und -bereitschaft Europas, Unterstützung für humanitäre Hilfe und Migrationsdruck abdeckt.¹⁵ Parallel dazu wurden die Diskussionen über den nächsten langfristigen EU-Haushalt fortgesetzt, wobei die Organe und Mitgliedstaaten den langfristigen Finanzierungsbedarf vor dem Hintergrund der sich wandelnden geopolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewerteten. Diese Verhandlungen sind Teil einer umfassenderen Debatte über die Gewährleistung der Fähigkeit der EU, auf Krisen zu reagieren und gleichzeitig eine stabile mehrjährige Finanzplanung aufrechtzuerhalten.

Am 13. November 2025 billigte das Parlament im Rahmen der „Omnibus“-Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands in der EU reduzierte Meldepflichten und Sorgfaltspflichten¹⁶ für Unternehmen. „Omnibus“-Maßnahmen sind Legislativinitiativen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands und zur Straffung der Verfahren in mehreren Politikbereichen der EU. Sie zielen darauf ab, die EU-Vorschriften für Bürger, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen leichter zugänglich zu machen, und sind Teil der laufenden Bemühungen zur Verbesserung der Effizienz und Umsetzung der Rechtsvorschriften sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene.

Auch die Energie- und Klimapolitik stand weiterhin im Mittelpunkt der legislativen Agenda. Auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 13. November 2025 führten die Ministerinnen und Minister eine inhaltliche Orientierungsaussprache über die vorgeschlagene Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie.¹⁷

Am 13. November 2025 einigten sich die EU-Finanzminister darauf, die zollfreie Schwelle von 150 EUR für Einfuhren von geringem Wert, die sich hauptsächlich auf Pakete von außerhalb der EU auswirken, abzuschaffen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Einzelhändler zu schaffen und die Durchsetzung der Zollvorschriften zu unterstützen.¹⁸

Auch die handelspolitischen Diskussionen spielten eine wichtige Rolle, insbesondere in Bezug auf das künftige Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur. Am 19. November 2025 unterstützte der Rat eine Verordnung zur Durchführung von Schutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Rahmen der Partnerschaft EU-Mercosur und der Interims-Handelsabkommen, mit der Bedenken hinsichtlich des Wettbewerbsdrucks auf EU-Landwirte

14 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2660

15 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/11/15/eu-budget-for-2026-council-and-parliament-reach-agreement/>

16 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251106IPR31296/sustainability-reporting-and-due-diligence-meps-back-simplification-changes>

17 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251201IPR31698/phasing-out-imports-of-russian-gas-in-the-eu-deal-with-council>

18 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/11/13/customs-council-takes-action-to-tackle-the-influx-of-small-parcels/>

ausgeräumt werden sollen und die Teil der laufenden Beratungen über den Abschluss des Abkommens ist.¹⁹

Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben auch die Umsetzung des Migrations- und Asylpakets vorangebracht, einschließlich des ersten jährlichen Migrationsmanagementzyklus, den die Kommission im November 2025 eingeleitet hat, um die operative Vorbereitung vor der Anwendung Mitte 2026 zu unterstützen.²⁰

Das Europäische Parlament hat auch einen Initiativbericht über den Schutz von Minderjährigen im Internet ausgearbeitet, der anschließend Ende November 2025 im Plenum angenommen wurde und der die legislative Aufmerksamkeit für die digitale Sicherheit und die Zuständigkeiten für Plattformen widerspiegelt.²¹

Schließlich wurde die institutionelle Dynamik durch den dänischen Ratsvorsitz der Europäischen Union beeinflusst. Im Arbeitsprogramm des Vorsitzes wurden Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, grüner Wandel und Stärkung der demokratischen Resilienz²² priorisiert und eine koordinierende Rolle bei der Weiterentwicklung der Rechtsvorschriften und der Erleichterung interinstitutioneller Verhandlungen im Herbst 2025 gespielt.

Weitere Großveranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene

Während oder kurz vor der Feldarbeit fanden mehrere große internationale Veranstaltungen statt, die die öffentliche Debatte in der EU prägten und den breiteren politischen Kontext beeinflussten, in dem die Umfrageergebnisse interpretiert werden sollten.

Die globale Klimadiplomatie war ein zentrales Thema im Herbst 2025 im Rahmen der COP30-Klimakonferenz der Vereinten Nationen, die vom 10. bis 21. November 2025 in Belém (Brasilien) stattfand. Am 21. Oktober 2025 nahm die Europäische Union ihren Standpunkt für die COP 30 an und bekräftigte ihr langjähriges Engagement für die internationale Führungsrolle im Klimaschutz und für die Angleichung der globalen Maßnahmen an die Ziele des Übereinkommens von Paris.²³ Gleichzeitig wurden die Debatten in Europa über das Gleichgewicht zwischen Klimaambitionen und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit fortgesetzt.

Der G20-Gipfel, der im November 2025 von Südafrika ausgerichtet wurde, trug weiter zur Gestaltung des internationalen Kontexts bei. Die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt erörterten globale Herausforderungen und Prioritäten mit Schwerpunkt auf nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Entwicklung und Finanzierung.²⁴

Parallel dazu spielte das 7. Gipfeltreffen EU-Afrikanische Union, das vom 24. bis 25. November 2025 in Luanda stattfand, eine wichtige Rolle auf der Agenda der EU für die Außenbeziehungen. Der Gipfel befasste sich mit wichtigen strategischen Prioritäten, darunter Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Migrationspartnerschaften und Zusammenarbeit bei der Klima- und Energiewende.²⁵

19 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/11/19/eu-mercotur-council-backs-regulation-implementing-the-safeguards-for-agricultural-products/>

20 https://home-affairs.ec.europa.eu/news/commission-launches-first-annual-migration-management-cycle-under-pact-migration-and-asylum-2025-11-12_en

21 <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251120IPR31496/children-should-be-at-least-16-to-access-social-media-say-meps>

22 <https://danish-presidency.consilium.europa.eu/en/programme-for-the-danish-eu-presidency/priorities/>

23 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/10/21/cop30-council-sets-eu-position-for-the-climate-conference-in-belem/>

24 <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2025/11/22-23/>

25 https://www.eeas.europa.eu/delegations/african-union-au/seventh-african-union-european-union-summit_en

Wahlen

Eine Reihe nationaler Wahlen, die im Herbst 2025 stattfanden, prägten die politische Landschaft in mehreren Mitgliedstaaten.

In Tschechien fanden am 3./4. Oktober 2025 Parlamentswahlen statt. Die Partei ANO 2011 gewann die meisten Sitze. Nach der Abstimmung folgten mehrere Wochen Koalitionsverhandlungen, die am 3. November 2025 in der Unterzeichnung eines Koalitionsvertrags zwischen ANO (Patrioten für Europa), AUTO (Patrioten für Europa) und SPD (ESN) gipfelten. Diese Koalition stellt einen Rechtsruck in der tschechischen Politik dar.

In Irland fanden die Präsidentschaftswahlen am 24. Oktober 2025 statt. Während das Amt des Präsidenten weitgehend zeremoniell ist, erregte die Kampagne nationale Aufmerksamkeit. Catherine Connolly wurde zur Präsidentin gewählt.

In den Niederlanden fanden am 29. Oktober 2025 Parlamentswahlen statt. Die pro-europäische Partei D66 (Renew Europe) gewann die meisten Stimmen, knapp vor der radikalen PVV (Patrioten für Europa). Da keine einzige Partei eine Mehrheit sicherte, begannen die Gespräche über die Bildung einer Regierung sofort und wurden im November 2025 fortgesetzt. Wie in früheren niederländischen Wahlzyklen wird der Koalitionsaufbau voraussichtlich längere Diskussionen zwischen mehreren Parteien erfordern.

1. AUSBLICK AUF DIE ZUKUNFT

1. AUSBLICK AUF DIE ZUKUNFT

In diesem Kapitel werden die Zukunftsaussichten der Europäer untersucht, von persönlichen und familiären Perspektiven bis hin zu nationalen, europäischen und globalen Kontexten. Insgesamt ist der Optimismus auf persönlicher Ebene am stärksten und nimmt allmählich ab, wenn die Befragten aufgefordert werden, das Gesamtbild zu betrachten, mit abnehmendem Vertrauen und größerer Vorsicht, wenn sie sukzessive auf nationaler, europäischer und globaler Ebene in die Zukunft blicken. Der Kontrast zwischen persönlichem Vertrauen und größerer Unsicherheit hat wichtige Auswirkungen und prägt die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger, die Einstellungen zur Regierungsführung und die Erwartungen an die Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

In der gesamten Europäischen Union schwankt der Optimismus in Bezug auf die Zukunft je nach betrachtetem Niveau erheblich. Das Vertrauen ist auf persönlicher Ebene am stärksten, wobei 76 % der Befragten optimistisch über ihre eigene Zukunft und die ihrer Familie sind. Der Optimismus nimmt ab, wenn sie sich der Welt zuwenden: 57 % drücken ihr Vertrauen in die Zukunft ihres Landes aus, und derselbe Anteil ist optimistisch in Bezug auf die Aussichten der Europäischen Union. Allerdings werden die Ansichten auf globaler Ebene deutlich vorsichtiger, wo nur 44% der Befragten Optimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt melden, was auf weit verbreitete Bedenken hinsichtlich internationaler Herausforderungen hinweist, während 52% der Befragten sagen, dass sie sich pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der Welt fühlen.

Der ausgeprägte Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt, von dem mehr als die Hälfte der Befragten berichtet, deutet darauf hin, dass globale Unsicherheiten und Krisen die öffentliche Stimmung stark beeinflussen. Diese Aussichten prägen wahrscheinlich das allgemeine Weltbild des Einzelnen, seine Prioritäten und seine Einstellung zu Governance und internationaler Zusammenarbeit. Solche Bedenken können sich insbesondere darauf auswirken, wie die Bürgerinnen und Bürger Institutionen wie die Europäische Union wahrnehmen und mit ihnen interagieren, die oft als wichtiger Akteur bei der Bewältigung globaler Herausforderungen angesehen wird. Das Verständnis dieses Kontexts ist für die Interpretation der Erwartungen der EU von entscheidender Bedeutung.

QA9 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? (EU27) (%)

Ihre Familie und Sie



(Unser Land)



Die EU



Die Welt



■ Insgesamt
"optimistisch"
Nov. 2025

■ Insgesamt
'pessimistisch'

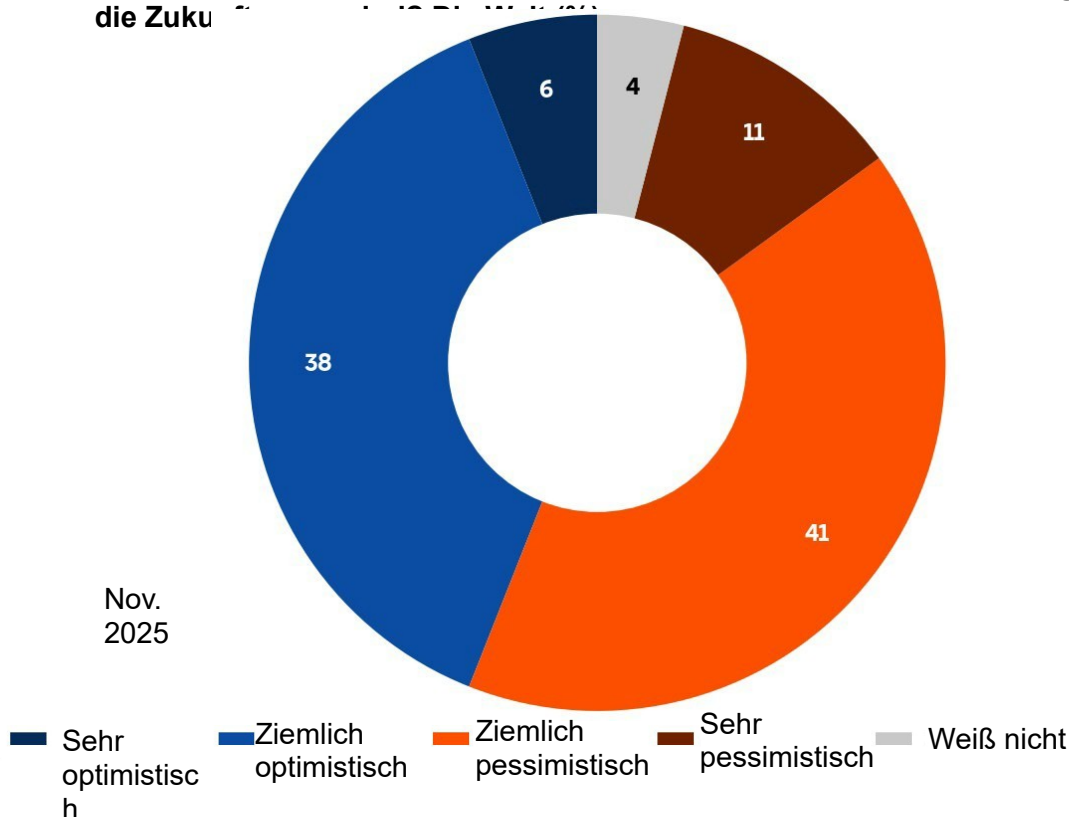
■ Weiß nicht

Ausblick auf die Zukunft der Welt

Die öffentliche Wahrnehmung der Zukunft der Welt ist durch eine Dominanz von Vorsicht und Besorgnis gekennzeichnet, die die Anhäufung globaler Herausforderungen widerspiegelt, mit denen die Bürger heute konfrontiert sind. Die Befragten in der gesamten Europäischen Union äußern einen geringeren Optimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt als bei jeder anderen betrachteten Ebene.

Auf EU-Ebene geben weniger als die Hälfte der Befragten (44 %) an, optimistisch für die Zukunft der Welt zu sein. Dieser Optimismus ist im Allgemeinen moderat, wobei sich nur 6% der Befragten als sehr optimistisch bezeichnen. Im Gegensatz dazu gibt die Mehrheit der Europäer (52 %) an, sich pessimistisch über die Zukunft der Welt zu fühlen, darunter 11 %, die sagen, dass sie sehr pessimistisch sind.

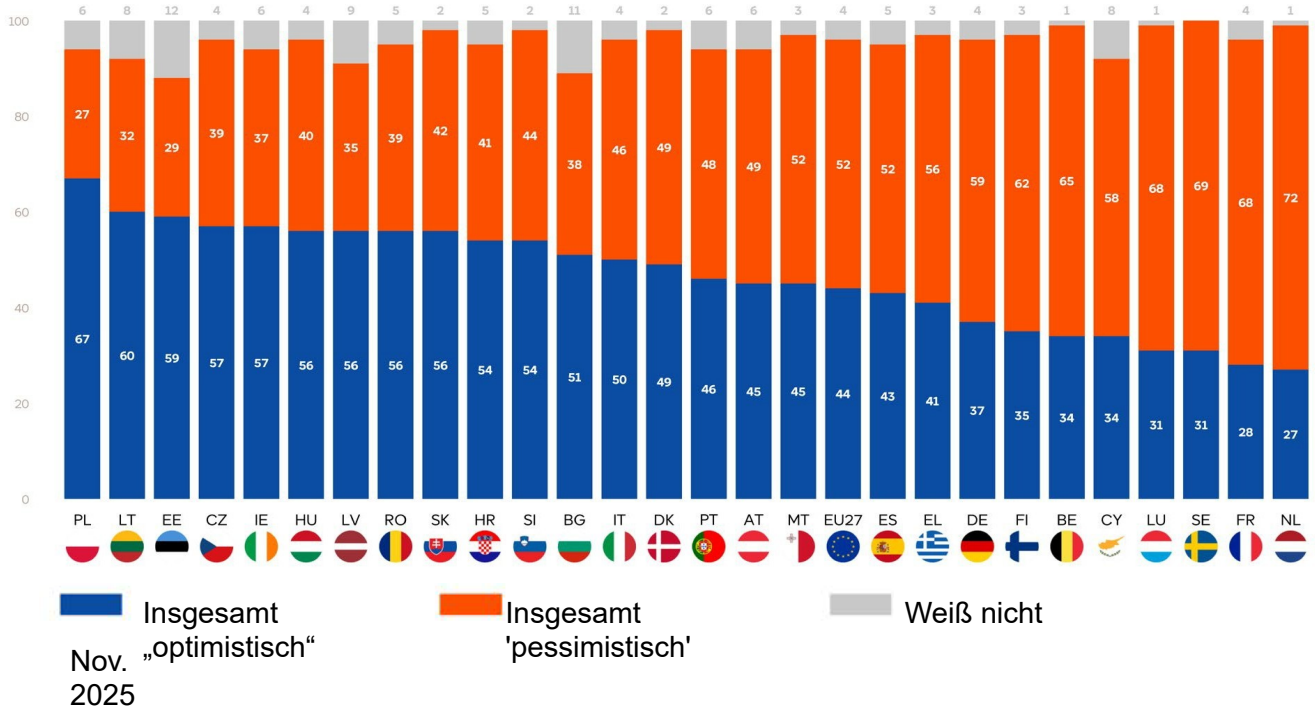
QA9.4 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der Welt sind?



In den einzelnen Mitgliedstaaten sind die Ansichten über die Zukunft der Welt sehr unterschiedlich, was erhebliche nationale Unterschiede in Bezug auf Optimismus und Pessimismus erkennen lässt. Den höchsten Optimismus verzeichnen Polen (67 %), Litauen (60 %) und Estland (59 %), wo eine deutliche Mehrheit der Befragten einen positiven Ausblick auf die globalen Aussichten ausdrückt. Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten in 13 Mitgliedstaaten Optimismus an, was darauf hindeutet, dass in einer beträchtlichen Gruppe von Ländern nach wie vor positive Erwartungen an die Zukunft der Welt vorherrschen.

Dieser Optimismus ist jedoch alles andere als universell. In 14 Mitgliedstaaten ist weniger als die Hälfte der Befragten optimistisch, und in 12 dieser Länder äußert sich die absolute Mehrheit pessimistisch, was die weit verbreitete Besorgnis über die globalen Entwicklungen unterstreicht. Am stärksten ist der Pessimismus in den Niederlanden (72 % pessimistisch vs. 27 % optimistisch), Frankreich (68 % vs. 28 %), Schweden (69 % vs. 31 %) und Luxemburg (68 % vs. 31 %). In diesen Ländern überwiegen pessimistische Ansichten eindeutig den Optimismus und unterstreichen ausgeprägte nationale Unterschiede in der Wahrnehmung der Zukunft der Welt durch die Bürger.

QA9.4 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von... sind? Die Welt (%)



Unterschiede in Optimismus und Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt sind auch in soziodemografischen Gruppen offensichtlich, obwohl die Stärke dieser Muster je nach Merkmal variiert.

In Bezug auf das Geschlecht sind die Wahrnehmungen weitgehend ähnlich. Der Grad an Optimismus und Pessimismus bei Männern (44 % optimistisch gegenüber 52 % pessimistisch) spiegelt genau den bei Frauen (43 % gegenüber 53 %) wider, was darauf hindeutet, dass das Geschlecht wenig Einfluss auf die Ansichten über die Zukunft der Welt hat.

Im Gegensatz dazu ist das Alter ein differenzierender Faktor. Jüngere Befragte neigen dazu, optimistischer zu sein, während der Pessimismus mit dem Alter allmählich zunimmt. Bei den 15- bis 24-Jährigen äußert sich die Mehrheit optimistisch (52 % gegenüber 44 % pessimistisch). Der Optimismus nimmt bei den Befragten im Alter von 25–39 Jahren ab (47 % gegenüber 49 %) und wird bei den Befragten im Alter von 40–54 Jahren deutlich vom Pessimismus überholt (43 % gegenüber 53 %). Die negativsten Aussichten werden bei den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber beobachtet, wo sich nur 39% optimistisch fühlen und eine klare Mehrheit (56%) Pessimismus meldet. Dieser Altersgradient deutet darauf hin, dass die Wahrnehmung globaler Perspektiven im Laufe des Lebens immer vorsichtiger wird.

Unterschiede ergeben sich auch je nach Bildungsniveau. Die Befragten mit einem mittleren Bildungsniveau sind am gleichmäßigsten gespalten, mit einem relativ positiven Ausblick (47 % optimistisch gegenüber 49 % pessimistisch). Im Gegensatz dazu sind diejenigen mit einem niedrigen Bildungsniveau (38% vs. 57%) und diejenigen mit einem hohen Bildungsniveau (41% vs. 55%) eher pessimistisch, was darauf hindeutet, dass an beiden Enden der Bildungsskala negativere Ansichten über die Zukunft der Welt weit verbreitet sind.

Die Wahrnehmungen hängen auch stark mit der individuellen wirtschaftlichen Situation der Befragten zusammen. Diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind vergleichsweise weniger pessimistisch (45% optimistisch gegenüber 51% pessimistisch). Der Pessimismus nimmt bei den Befragten zu, die von Zeit zu Zeit finanzielle Schwierigkeiten haben (43 % gegenüber 53 %), und ist am stärksten bei denjenigen ausgeprägt, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, wo fast zwei Drittel Pessimismus zum Ausdruck bringen (64 %) und nur 31 % optimistisch sind. Dieses Muster verdeutlicht den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Anfälligkeit und negativen Erwartungen hinsichtlich globaler Entwicklungen.

Schließlich hängt die Wahrnehmung der Zukunft der Welt auch eng mit dem Bild der Befragten von der Europäischen Union zusammen. Diejenigen, die ein positives Bild von der EU haben, äußern deutlich häufiger Optimismus über die Zukunft der Welt (55 % optimistisch gegenüber 42 % pessimistisch). Im Gegensatz dazu sind die Befragten mit einer neutralen Sicht auf die EU eher pessimistisch als optimistisch (38 % gegenüber 56 %). Die negativsten Aussichten sind bei denjenigen zu beobachten, die ein negatives Bild von der EU haben, wo der Optimismus auf nur 19 % sinkt und mehr als drei Viertel Pessimismus ausdrücken (77 %). Diese starke Assoziation legt nahe, dass das Vertrauen in die Europäische Union als politischer Akteur eng mit umfassenderen Erwartungen an die globalen Entwicklungen und die wahrgenommene Fähigkeit der EU, weltweite Herausforderungen zu bewältigen, verflochten ist.

QA9.4 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von... sind? Die Welt (% - EU)			
	Insgesamt "optimistisch"	Pessimistisch insgesamt	Weiß nicht
EU-27	44	52	4
Geschlecht			
Mann	44	52	4
Frau	43	53	4
Alter			
15-24	52	44	4
25-39	47	49	4
40-54	43	53	4
55+	39	56	5
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	38	57	5
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	47	49	4
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	41	55	4
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	44	52	4
Führungskräfte	45	51	4
Andere weiße Kragen	48	49	3
Handarbeitskräfte	44	52	4
Hauspersonen	42	52	6
Arbeitslose	40	57	3
in den Ruhestand	36	58	6
Studierende	51	45	4
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	31	64	5
Von Zeit zu Zeit	43	53	4
Fast nie / Nie	45	51	4
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	44	51	5
Kleine oder mittelgroße Stadt	42	55	3
Großstadt	44	51	5
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	44	52	4
Keine	37	55	8
Bild der EU			
Positiv	55	42	3
neutral	38	56	6
Negativ	19	77	4
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	50	47	3
Eine schlechte Sache	22	74	4
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	36	58	6

Ausblick auf die Zukunft der Europäischen Union

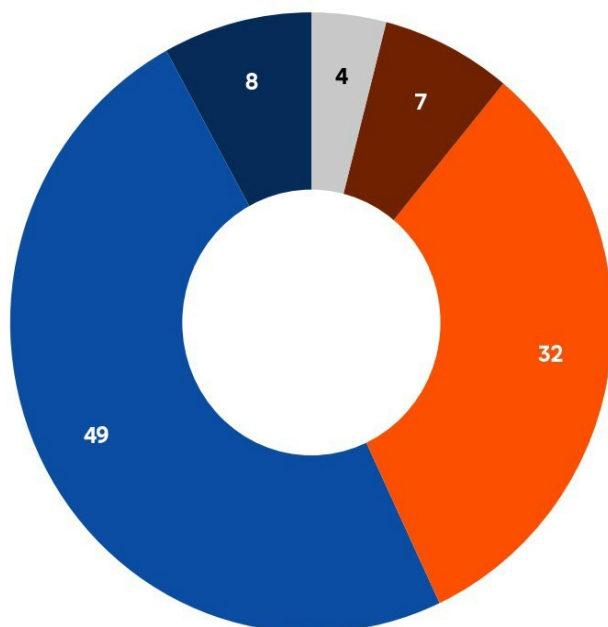
Verglichen mit ihrer Wahrnehmung der globalen Entwicklungen äußern die Europäer einen positiveren Ausblick auf die Zukunft der Europäischen Union. Auch wenn einige Bedenken bestehen, sind die Aussichten der EU relativ optimistisch.

Auf EU-Ebene gibt eine deutliche Mehrheit der Befragten (57 %) an, dass sie für die Zukunft der Europäischen Union optimistisch sind, wobei 49 % sich selbst als ziemlich optimistisch bezeichnen, während ein geringerer Anteil (8 %) sagt, dass sie sehr optimistisch sind. Im Gegensatz dazu äußern 39 % der Europäer Pessimismus über die Zukunft der EU, darunter 32 %, die ziemlich pessimistisch sind, und 7 %, die sehr pessimistisch sind.

Seit der letzten Umfrage im Mai 2025 wird die Zukunft der europäischen

Die Union hat sich merklich verschlechtert. Der Optimismus ist um neun Prozentpunkte zurückgegangen, von 66 % im Mai 2025 auf 57 % im November 2025, während der Pessimismus um acht Prozentpunkte gestiegen ist und im selben Zeitraum von 31 % auf 39 % gestiegen ist. Diese deutliche Verschiebung deutet auf eine erhebliche Veränderung der öffentlichen Stimmung innerhalb eines relativ kurzen Zeitrahmens hin und weist auf wachsende Bedenken der Europäer hinsichtlich der Zukunft der Union hin. Das Ausmaß dieser Entwicklung deutet darauf hin, dass sich die jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene und weltweit spürbar auf die Bürgerinnen und Bürger ausgewirkt haben könnten.

QA9.3 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? Die EU (EU27) (%)



Sehr optimistisch ▲ 1
Ziemlich optimistisch ▼ 10
Ziemlich pessimistisch ▲ 7
Sehr pessimistisch ▲ 1
Weiß nicht ▲ 1
▲ ▼ (Nov 2025 - Mai 2025)

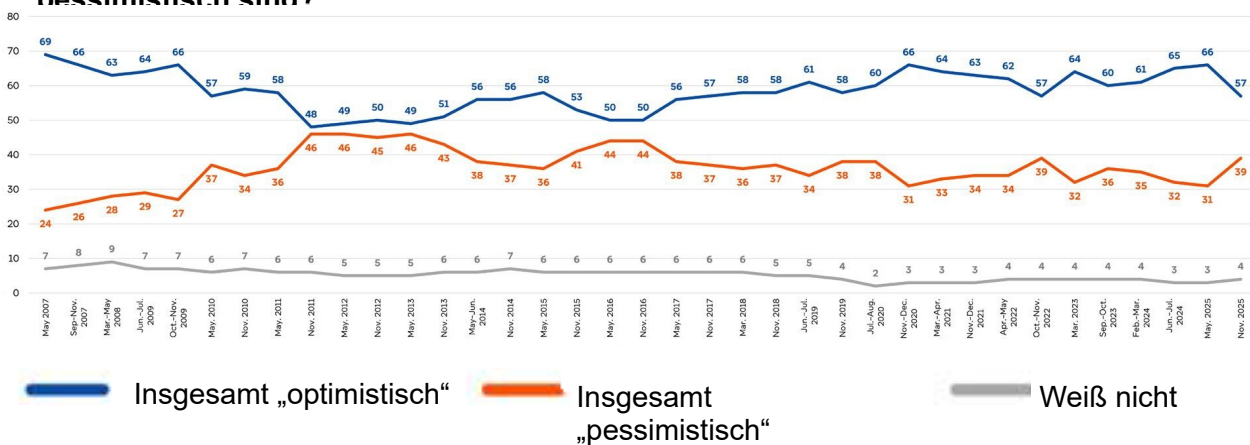
Sehr optimistisch
Ziemlich optimistisch
Ziemlich pessimistisch
Sehr pessimistisch
Weiß nicht

Nov. 2025

Betrachtet man den längerfristigen Trend von 2007 bis 2025, so wird der jüngste Rückgang des Optimismus in einer breiteren historischen Perspektive dargestellt. Obwohl der seit Mai 2025 beobachtete Rückgang erheblich ist, steht der derzeitige Optimismus (57 %) nach wie vor weitgehend im Einklang mit dem Niveau, das im Zeitraum nach der Finanz- und Staatsschuldenkrise und vor der COVID-19-Pandemie zwischen 2013 und 2019 verzeichnet wurde. In dieser Zeit schwankte der Optimismus in Bezug auf die Zukunft der EU im Allgemeinen um ein ähnliches Niveau. Historische Daten zeigen auch, dass in der Vergangenheit ein ausgeprägter Pessimismus aufgezeichnet wurde. Der höchste Pessimismus wurde zwischen 2011 und 2013 beobachtet, als bis zu 46 % der Befragten negative Ansichten über die Zukunft der EU äußerten.

Vergleichbare Optimismusrückgänge von rund neun bis zehn Prozentpunkten gab es zwischen Herbst 2009 und Frühjahr 2010 sowie zwischen Mai 2011 und November 2011. Diese Rückgänge fielen mit einer Zeit erheblichen wirtschaftlichen und politischen Stresses in der Europäischen Union zusammen: die Folgen der globalen Finanzkrise, die Staatsschuldenkrisen, von denen die Mitgliedstaaten betroffen sind, und Debatten über Sparmaßnahmen und die EU-Governance. Diese Ereignisse haben wahrscheinlich das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stabilität und die Fähigkeit der Union zur Krisenbewältigung untergraben, was den ausgeprägten Optimismus in diesem Zeitraum erklärt. Solche Muster deuten darauf hin, dass der derzeitige Abschwung zwar eine bedeutsame Stimmungsverschiebung widerspiegelt, Schwankungen dieser Größenordnung jedoch in anderen Momenten erhöhter Unsicherheit in der jüngeren Geschichte der Europäischen Union aufgetreten sind.

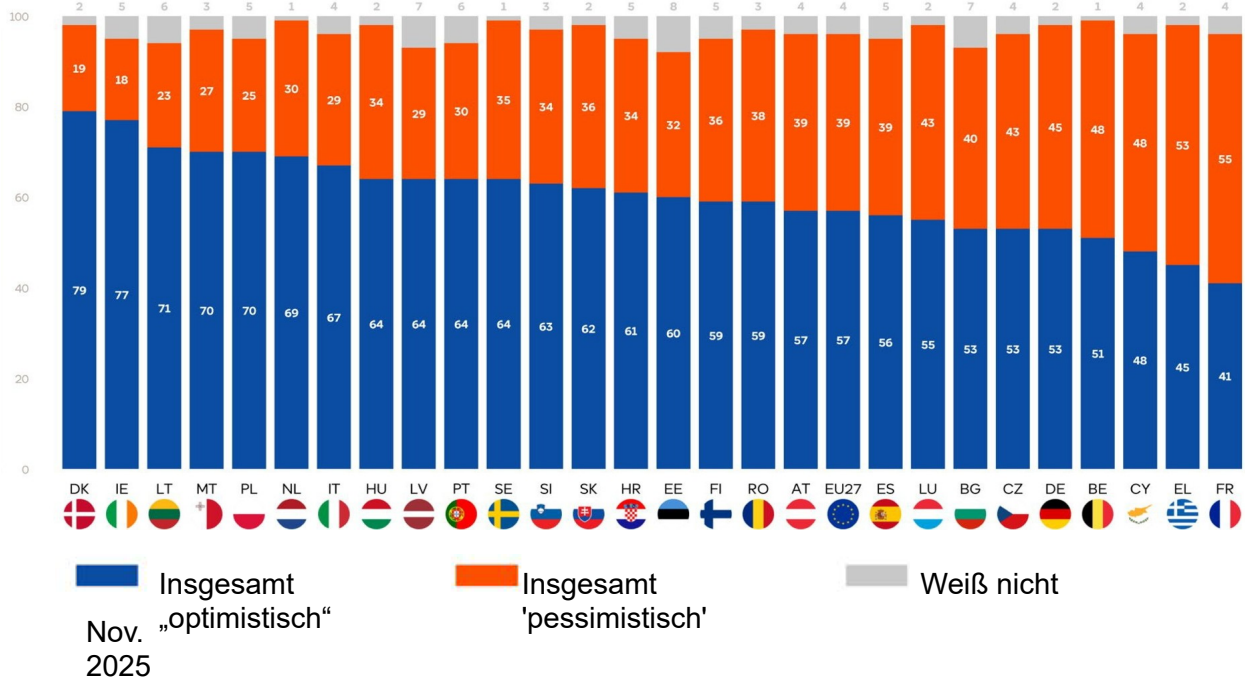
QA9.3 Würden Sie sagen, dass Sie in Bezug auf die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sind?



Der Optimismus in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Den höchsten Optimismus verzeichneten Dänemark (79 %), Irland (77 %) und Litauen (71 %), wo mehr als sieben von zehn Befragten ihr Vertrauen in die Zukunft der EU zum Ausdruck brachten. Insgesamt ist mehr als die Hälfte der Befragten in 24 Mitgliedstaaten optimistisch, was darauf hindeutet, dass in der großen Mehrheit der Länder positive Erwartungen vorherrschen.

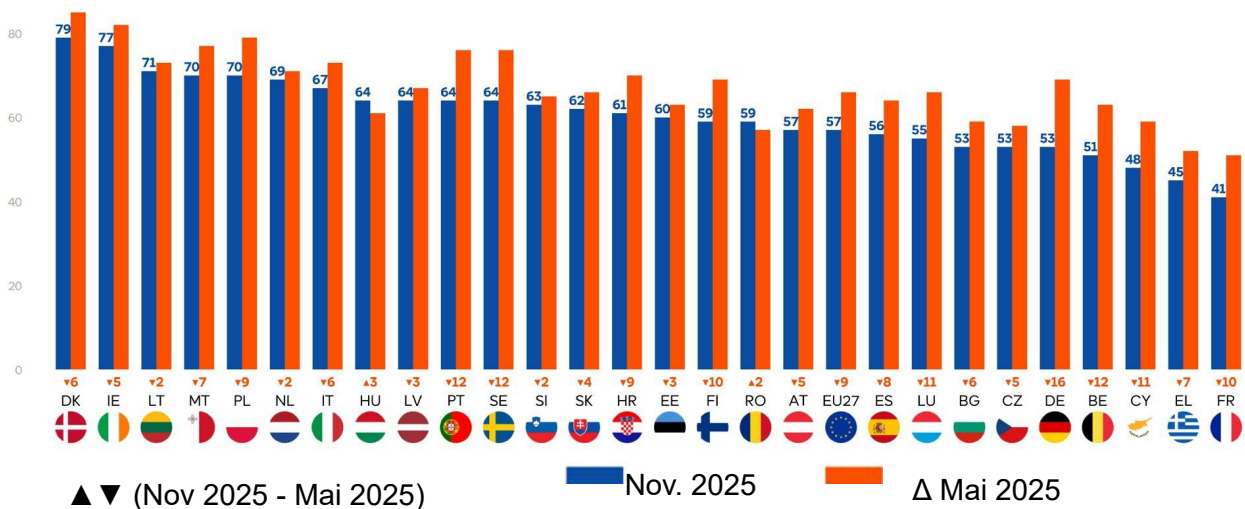
Optimismus ist nicht universell. In einigen Ländern sind pessimistische Ansichten stärker ausgeprägt. Am niedrigsten ist der Optimismus in Frankreich (41 % optimistisch gegenüber 55 % pessimistisch), Griechenland (45 % gegenüber 53 %) und Zypern (48 % gegenüber 48 %), wo Pessimismus entweder die Mehrheitsmeinung ist oder mit Optimismus gleichgesetzt wird. Diese Muster verdeutlichen erhebliche nationale Unterschiede in der öffentlichen Wahrnehmung der Perspektiven der EU, die unterschiedliche Kontexte in der Europäischen Union widerspiegeln.

QA9.3 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? Die FI1 (%)



Seit Mai 2025 wurden die stärksten Rückgänge in Deutschland (-16 Prozentpunkte), Portugal, Schweden und Belgien (-12 Prozentpunkte) sowie Zypern und Luxemburg (11 Prozentpunkte) verzeichnet, was auf eine deutliche Verschiebung hin zu vorsichtigeren oder negativeren Ansichten in diesen Ländern hindeutet.

QA9.3 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? Die EU. "Optimistisch" insgesamt (%)



Im Gegensatz dazu ist das Alter ein klarer Differenzierungsfaktor. Jüngere Befragte sind deutlich optimistischer, während der Pessimismus mit zunehmendem Alter allmählich zunimmt. Die 15- bis 24-Jährigen sind viel optimistischer (67 % gegenüber 29 % pessimistisch), während der Optimismus bei den 25- bis 39-Jährigen (61 % gegenüber 36 %) nach wie vor hoch ist und bei den 40- bis 54-Jährigen (57 % gegenüber 40 %) sowie bei den 55-Jährigen und darüber (53 % gegenüber 42 %) allmählich abnimmt. Dieser Altersunterschied deutet darauf hin, dass das Vertrauen in die Zukunft der EU mit zunehmendem Alter tendenziell abnimmt.

Unterschiede ergeben sich auch je nach Bildungsniveau, wobei höhere Bildungsniveaus mit größerem Optimismus verbunden sind. Die Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau sind vergleichsweise weniger optimistisch (50 % gegenüber 44 % pessimistisch), während der Optimismus bei den Befragten mit mittlerem (59 % gegenüber 38 %) und hohem Bildungsniveau (62 % gegenüber 36 %) zunimmt, was darauf hindeutet, dass der Bildungsabschluss mit positiven Erwartungen an die EU zusammenhängt.

Die Wahrnehmungen hängen auch stark mit der individuellen wirtschaftlichen Situation der Befragten zusammen. Diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind am optimistischsten (60% vs. 36% pessimistisch), während diejenigen, die von Zeit zu Zeit finanzielle Schwierigkeiten haben, etwas weniger sind (54% vs. 42%). Der Optimismus ist bei den Befragten, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, am geringsten. Diese sind auch die pessimistischsten (42% optimistisch gegenüber 54% pessimistisch). Dieses Muster verdeutlicht den engen Zusammenhang zwischen der finanziellen Sicherheit und den positiven Erwartungen der EU.

Schließlich ist die Wahrnehmung der EU selbst stark mit Optimismus in Bezug auf ihre Zukunft verbunden. Die Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, sind überwiegend optimistisch (79 % gegenüber 19 % pessimistisch), während die Befragten mit einer neutralen Sichtweise etwa gleichmäßig gespalten sind (48 % gegenüber 46 %). Die negativsten Aussichten sind bei den Befragten zu beobachten, die ein negatives Bild von der EU haben, in der der Optimismus stark auf 14 % zurückgeht und der Pessimismus auf 84 % ansteigt. Diese Feststellung unterstreicht die Tatsache, dass die öffentliche Stimmung gegenüber der EU ein entscheidender Faktor für die Erwartungen hinsichtlich ihrer Zukunft ist.

QA9.3 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von... sind? Die EU (% - EU)

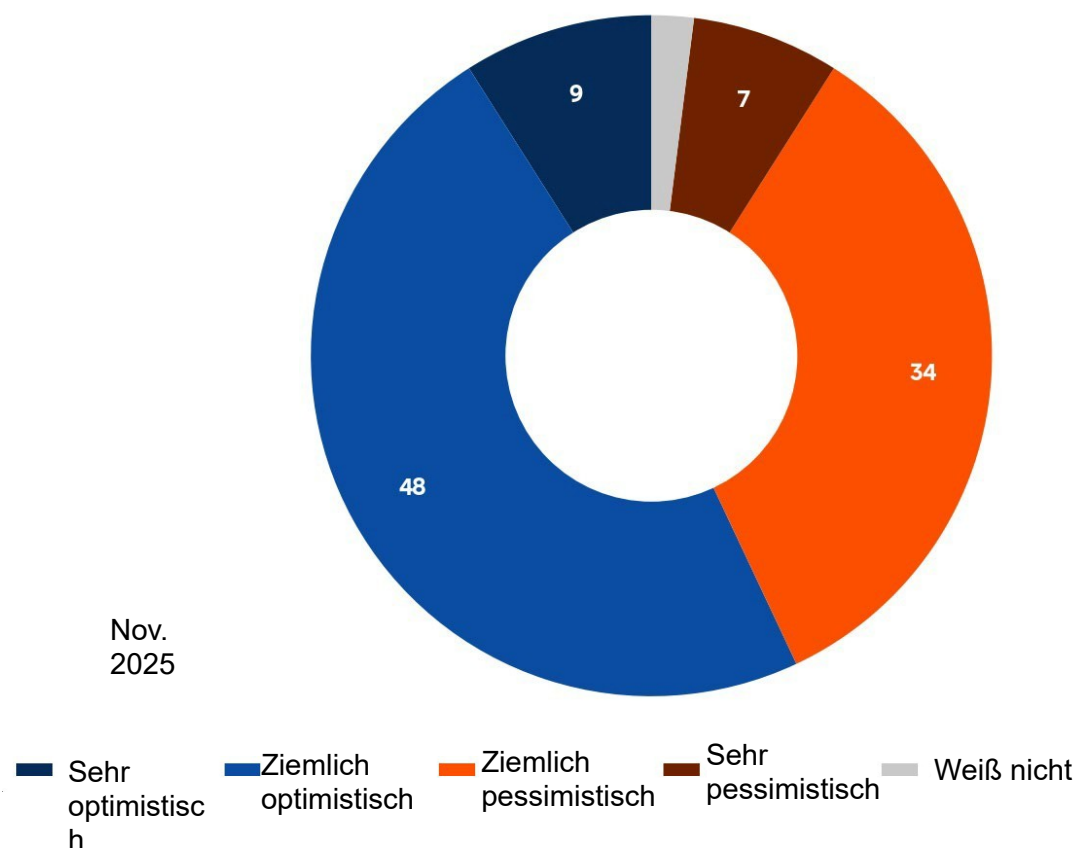
	Insgesamt "optimistisch"	Pessimistisch insgesamt	Weiß nicht
EU-27	57	39	4
Geschlecht			
Mann	58	39	3
Frau	57	39	4
Alter			
15-24	67	29	4
25-39	61	36	3
40-54	57	40	3
55+	53	42	5
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	50	44	6
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	59	38	3
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	62	36	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	57	39	4
Führungskräfte	63	34	3
Andere weiße Kragen	63	35	2
Handarbeitskräfte	54	42	4
Hauspersonen	50	44	6
Arbeitslose	50	46	4
in den Ruhestand	52	43	5
Studierende	69	28	3
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	42	54	4
Von Zeit zu Zeit	54	42	4
Fast nie / Nie	60	36	4
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	55	41	4
Kleine oder mittelgroße Stadt	57	40	3
Großstadt	61	35	4
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	59	38	3
Keine	48	44	8
Bild der EU			
Positiv	79	19	2
neutral	48	46	6
Negativ	14	84	2
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	73	25	2
Eine schlechte Sache	18	79	3
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	39	55	6

Ausblick auf die Zukunft des Landes

Wahrnehmungen der Zukunft des eigenen Landes nehmen eine Zwischenposition zwischen persönlichen Erwartungen und breiteren Perspektiven auf die Europäische Union und die Welt ein. Der Optimismus über die Zukunft des Landes ist vorsichtiger als auf persönlicher Ebene, bleibt aber stärker als der Optimismus über die Zukunft der Welt.

Auf EU-Ebene äußert sich die Mehrheit der Befragten optimistisch über die Zukunft ihres Landes: 57% sagen, dass sie entweder sehr oder ziemlich optimistisch sind, darunter 9%, die sagen, dass sie sehr optimistisch sind. Im Gegensatz dazu sind 41 % der Europäer pessimistisch in Bezug auf die Zukunft ihres Landes, wobei 34 % sich selbst als ziemlich pessimistisch und 7 % als sehr pessimistisch bezeichnen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass zwar eine Mehrheit optimistisch ist, ein erheblicher Teil der Bevölkerung jedoch weiterhin besorgt über die nationalen Aussichten ist, was auf ein Klima des vorsichtigen Optimismus und nicht des weit verbreiteten Vertrauens hindeutet.

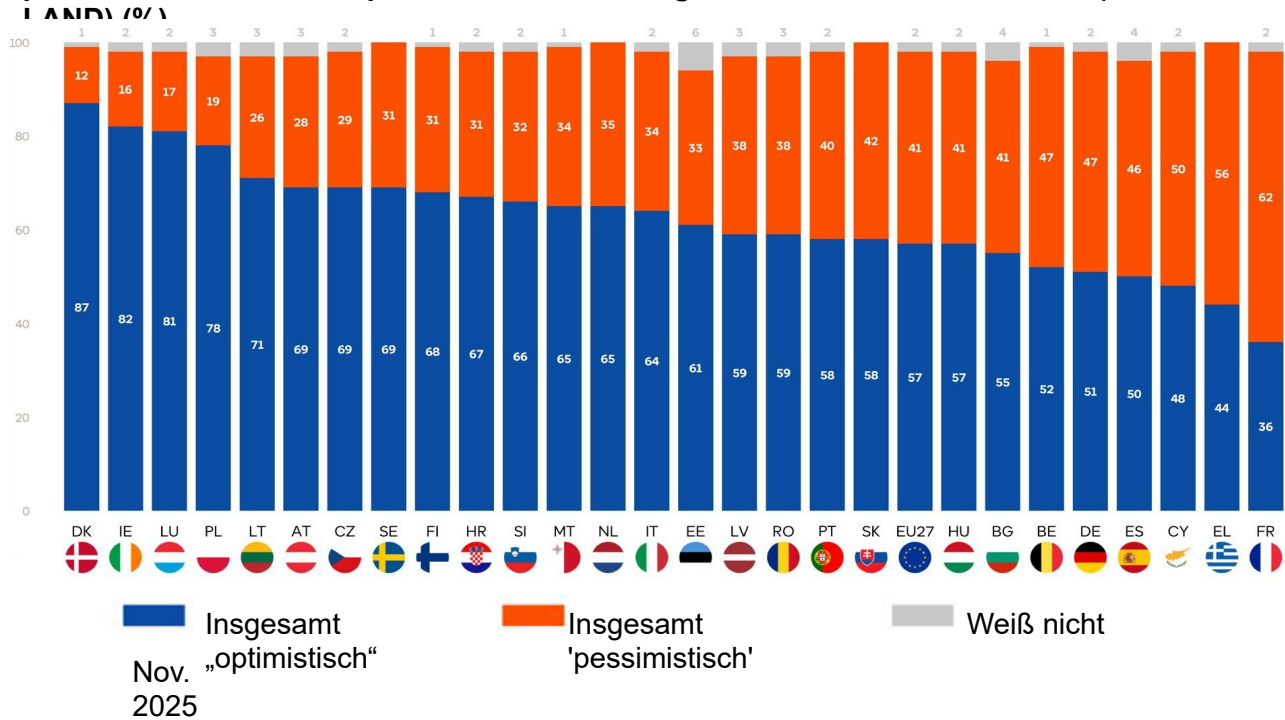
QA9.2 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von... sind? (UNSER LAND) (%)



Der Optimismus in Bezug auf die Zukunft des eigenen Landes der Befragten ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, was deutliche Unterschiede bei den Erwartungen auf nationaler Ebene erkennen lässt. In der überwiegenden Mehrheit der Länder sind positive Ansichten vorherrschend: Mindestens die Hälfte der Befragten äußerte sich optimistisch in 24 Mitgliedstaaten, am auffälligsten in Dänemark (87 %), Irland (82 %) und Luxemburg (81 %), wo mehr als acht von zehn Befragten ihr Vertrauen in die nationalen Aussichten ausdrückten.

Optimismus ist nicht universell. Am niedrigsten ist das Vertrauen in Frankreich, wo nur 36 % der Befragten optimistisch sind, während eine deutliche Mehrheit (62 %) pessimistisch ist. Griechenland (44 % optimistisch gegenüber 56 % pessimistisch) und Zypern (48 % gegenüber 50 %) zeichnen sich ebenfalls als Länder aus, in denen pessimistische Ansichten den Optimismus überwiegen. Diese drei Mitgliedstaaten sind die einzigen, in denen Pessimismus den Optimismus übertrifft, was erhebliche nationale Kontraste in der Wahrnehmung der Zukunft ihres Landes durch die Bürger hervorhebt und den Einfluss unterschiedlicher nationaler Kontexte auf die öffentliche

QA9.2 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? (UNSER



Stimmung hervorhebt.

Unterschiede in Optimismus und Pessimismus in Bezug auf die Zukunft des eigenen Landes sind in mehreren soziodemografischen Gruppen erkennbar, obwohl die Stärke dieser Muster je nach den betrachteten Merkmalen variiert.

In Bezug auf das Geschlecht sind die Wahrnehmungen praktisch identisch. Der Optimismus bei Männern (57 % optimistisch gegenüber 41 % pessimistisch) ist fast der gleiche wie bei Frauen (56 % gegenüber 42 %), was darauf hindeutet, dass das Geschlecht keine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der Erwartungen an die nationalen Aussichten spielt.

Das Alter ist dagegen ein differenzierender Faktor. Jüngere Befragte neigen dazu, ein höheres Maß an Optimismus zum Ausdruck zu bringen, während der Pessimismus mit zunehmendem Alter allmählich zunimmt. Bei den 15- bis 24-Jährigen zeigt sich eine deutliche Mehrheit optimistisch in Bezug auf die Zukunft ihres Landes (61 % gegenüber 37 % pessimistisch). Der Optimismus ist bei den Befragten im Alter von 25–39 Jahren nach wie vor relativ hoch (59 % gegenüber 39 %), bevor er bei den Befragten im Alter von 40–54 Jahren (56 % gegenüber 42 %) und den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (54 % gegenüber 44 %) leicht zurückgeht. Dieser Altersgradient deutet auf eine allmähliche Verschiebung hin zu vorsichtigeren Erwartungen hin, wenn die Befragten älter werden.

Bildungsabschlüsse sind auch mit unterschiedlichen Aussichten verbunden. Die Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau sind am wenigsten optimistisch, wobei die Ansichten fast gleichmäßig zwischen Optimismus und Pessimismus aufgeteilt sind (50% vs. 47%). Der

Optimismus steigt bei Personen mit mittlerem Bildungsniveau (58 % vs. 40 %) und ist bei Befragten mit hohem Bildungsniveau (61 % vs. 38 %) am weitesten verbreitet, was auf einen positiven Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Vertrauen in die nationale Zukunft hinweist.

Die Wahrnehmung der Zukunft des eigenen Landes hängt stark von der individuellen wirtschaftlichen Situation der Befragten ab. Diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind am optimistischsten (61% vs. 37% pessimistisch). Der Optimismus nimmt bei den Befragten ab, die von Zeit zu Zeit finanzielle Schwierigkeiten haben (52 % gegenüber 47 %), während Pessimismus bei denjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, eindeutig überwiegt. In dieser Gruppe sind nur 36% optimistisch und fast zwei Drittel sagen, dass sie pessimistisch sind (62%). Dieses Muster verdeutlicht den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Anfälligkeit und negativen Erwartungen hinsichtlich der nationalen Aussichten.

Schließlich hängen die Aussichten für die Zukunft des Landes eng mit dem Bild der Befragten von der Europäischen Union zusammen. Die Befragten mit einem positiven Bild von der EU sind deutlich optimistischer (72 % optimistisch gegenüber 27 % pessimistisch), während die Befragten mit einem neutralen Bild einen geteilten Ausblick zeigen (51 % gegenüber 46 %). Die pessimistischsten Erwartungen werden bei den Befragten mit einem negativen Bild von der EU beobachtet, wo der Optimismus auf 24 % sinkt und der Pessimismus stark auf 75 % ansteigt. Diese starke Assoziation legt nahe, dass die Haltung gegenüber der EU eng mit einem breiteren Vertrauen in die nationalen Zielpfade verflochten ist.

QA9.2 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von... sind? (UNSER LAND) (% - EU)

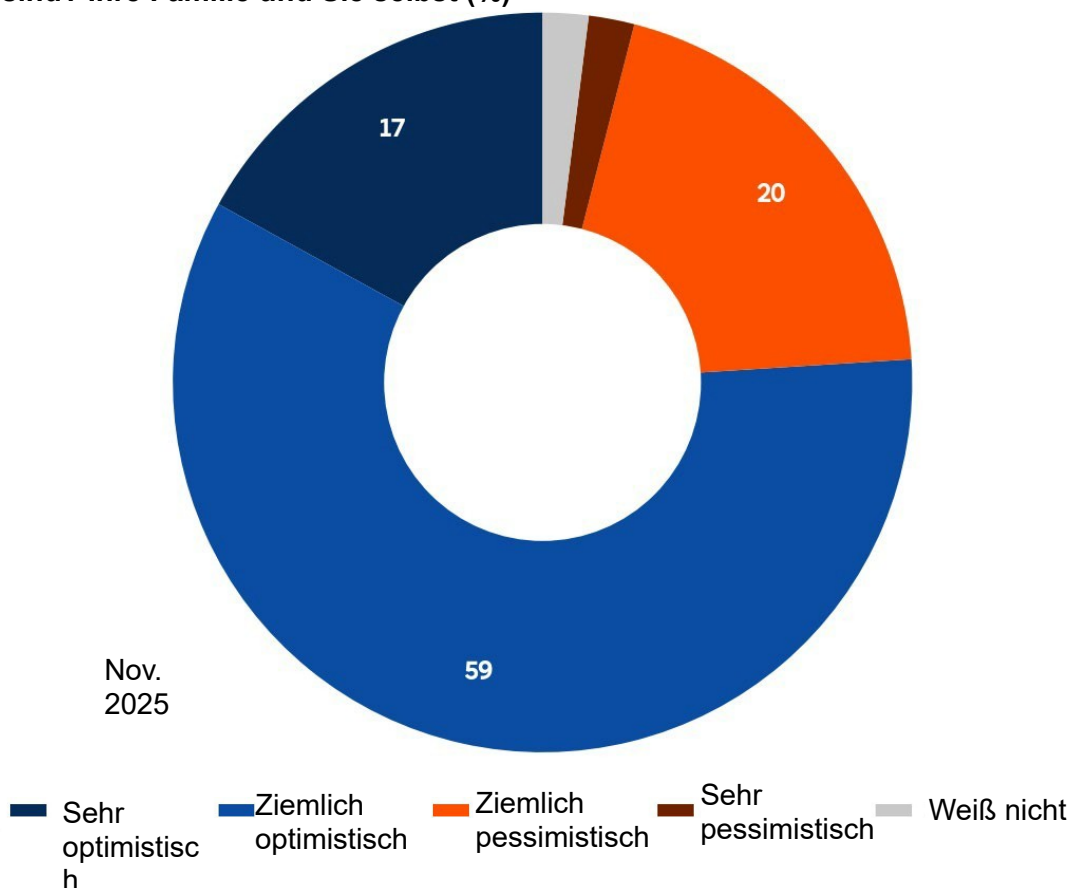
	Insgesamt "optimistisch"	Pessimistisch insgesamt	Weiß nicht
EU-27	57	41	2
Geschlecht			
Mann	57	41	2
Frau	56	42	2
Alter			
15-24	61	37	2
25-39	59	39	2
40-54	56	42	2
55+	54	44	2
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	50	47	3
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	58	40	2
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	61	38	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	57	41	2
Führungskräfte	62	37	1
Andere weiße Kragen	62	36	2
Handarbeitskräfte	56	42	2
Hauspersonen	52	44	4
Arbeitslose	47	51	2
in den Ruhestand	53	45	2
Studierende	62	36	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	36	62	2
Von Zeit zu Zeit	52	47	1
Fast nie / Nie	61	37	2
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	55	43	2
Kleine oder mittelgroße Stadt	56	43	1
Großstadt	60	37	3
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	57	41	2
Keine	52	44	4
Bild der EU			
Positiv	72	27	1
neutral	51	46	3
Negativ	24	75	1
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	67	32	1
Eine schlechte Sache	28	71	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	45	52	3

Ausblick auf die eigene Zukunft und die Zukunft der Familie

Die Befragten sind höchstwahrscheinlich positiv über ihre eigene und die Zukunft ihrer Familie. Diese Ansichten spiegeln ein starkes Gefühl des persönlichen Vertrauens und der wahrgenommenen Kontrolle über die unmittelbaren Lebensumstände wider, was im Gegensatz zu den vorsichtigeren oder unsichereren Erwartungen steht, die geäußert werden, wenn die Befragten breitere nationale, europäische oder globale Entwicklungen betrachten. Diese Kluft zwischen persönlichem Optimismus und umfassenderen Anliegen unterstreicht die Bedeutung der Nähe bei der Gestaltung der Erwartungen an die Zukunft.

Auf EU-Ebene sind die Befragten deutlich optimistischer in Bezug auf ihre eigene und die Zukunft ihrer Familie als in jedem anderen bewerteten Bereich. Insgesamt äußern 76 % der Befragten Optimismus, darunter 59 %, die sich für recht optimistisch halten, und 17 %, die sich selbst als sehr optimistisch bezeichnen. Im Gegensatz dazu gibt etwas mehr als ein Fünftel der Europäer (22 %) an, pessimistisch zu sein, wobei 20 % ziemlich pessimistisch und nur 2 % sehr pessimistisch sind. Dieses hohe Maß an persönlichem Vertrauen steht in scharfem Kontrast zu den Einstellungen gegenüber breiteren Kontexten: Der Optimismus in Bezug auf die Zukunft des Landes der Befragten und der Europäischen Union liegt bei 57 % und in Bezug auf die Welt bei nur 44 %. Diese Ergebnisse unterstreichen einen ausgeprägten Gradienten des Optimismus, der stetig abnimmt, wenn sich der Fokus von der persönlichen auf die globale Ebene verschiebt.

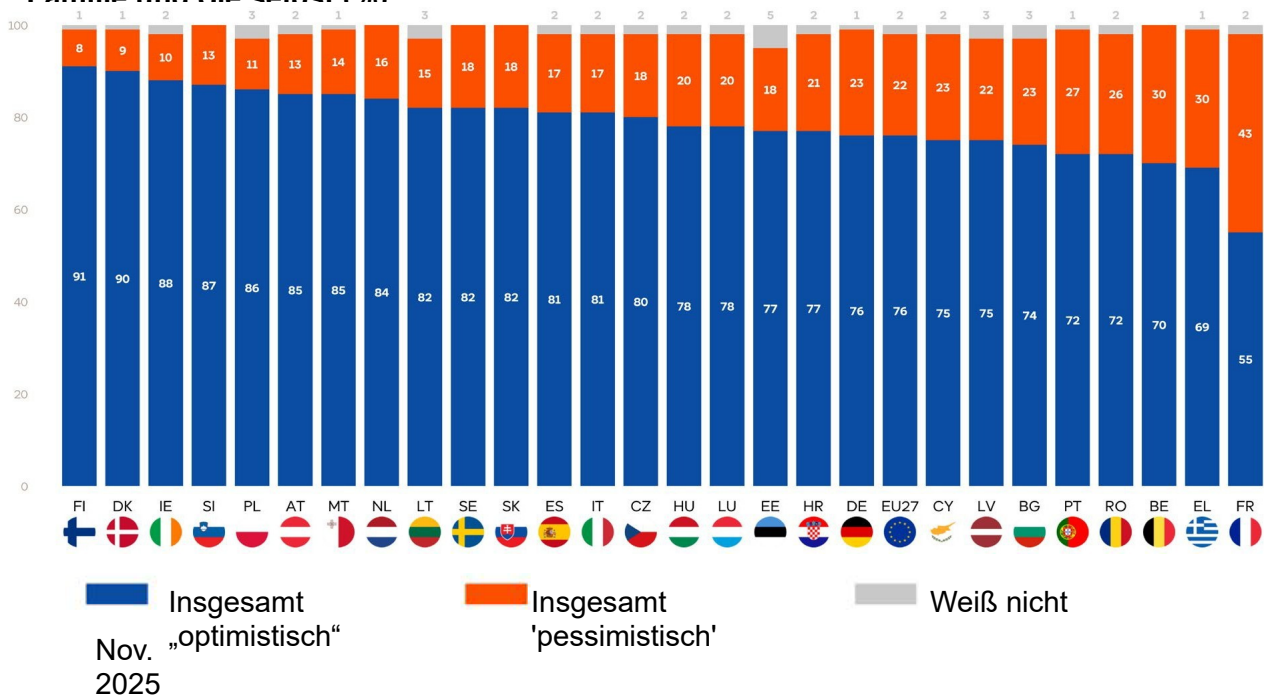
QA9.1 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? Ihre Familie und Sie selbst (%)



In allen Mitgliedstaaten ist der Optimismus in Bezug auf die eigene Zukunft und die Zukunft der Familie weit verbreitet und bemerkenswert konsequent. In allen Ländern äußert sich eine deutliche Mehrheit der Befragten optimistisch und betont die starke Verbreitung positiver persönlicher Erwartungen in der gesamten Europäischen Union. Den höchsten Optimismus verzeichnen Finnland (91 %), Dänemark (90 %) und Irland (88 %), wo rund neun von zehn Befragten das Vertrauen in ihre persönlichen und familiären Perspektiven angeben.

Frankreich ist eine bemerkenswerte Ausnahme. Während die Mehrheit der Befragten in Frankreich optimistisch bleibt, ist der Anteil mit 55 % deutlich niedriger als anderswo und geht mit einem vergleichsweise hohen Pessimismus einher (43 %). Dies stellt eine besonders ausgeprägte Abweichung vom EU-weiten Muster dar: Der Pessimismus in Frankreich ist 13 Prozentpunkte höher als in dem Mitgliedstaat mit dem zweithöchsten Niveau, während der Optimismus 14 Punkte niedriger ist als in dem Land mit dem zweitniedrigsten Anteil. Diese Diskrepanz unterstreicht die Eigenart der Wahrnehmungen in Frankreich und verdeutlicht, inwieweit die dortigen persönlichen Aussichten von der allgemein positiven Entwicklung in anderen Mitgliedstaaten abweichen. Darüber hinaus steht der vergleichsweise geringe persönliche Optimismus in Frankreich im Einklang mit Mustern, die auf breiteren Aussichten zu beobachten sind: Frankreich verzeichnet

QA9.1 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von ... sind? Ihre Familie und Sie selbst (%)



auch das niedrigste Maß an Optimismus in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union und

Unterschiede in Bezug auf Optimismus und Pessimismus in Bezug auf die eigene und familiäre Zukunft der Befragten sind in allen soziodemografischen Gruppen sichtbar, obwohl der Optimismus in den meisten Kategorien insgesamt nach wie vor hoch ist.

In Bezug auf das Geschlecht sind die Wahrnehmungen sehr ähnlich. Männer (77% optimistisch vs. 22% pessimistisch) und Frauen (75% vs. 23%) drücken fast identische Vertrauensniveaus aus, was darauf hindeutet, dass das Geschlecht keinen starken Einfluss auf die persönlichen und familiären Aussichten hat.

Das Alter ist jedoch ein wichtiger differenzierender Faktor. Jüngere Befragte neigen dazu, optimistischer zu sein, während der Pessimismus mit dem Alter allmählich zunimmt. Bei den 15- bis 24-Jährigen äußerten sich mehr als acht von zehn Personen optimistisch (82 % gegenüber 17 % pessimistisch). Der Optimismus ist bei den Befragten im Alter von 25–39 Jahren (79 % vs. 20 %) nach wie vor hoch und nimmt bei den Befragten im Alter von 40–54 Jahren (76 % vs. 22 %) und bei den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (72 % vs. 26 %) leicht ab. Dieses Muster weist auf einen allmählichen Lebensverlaufseffekt hin, wobei das Vertrauen in die persönliche und familiäre Zukunft mit zunehmendem Alter abnimmt.

Auch das Bildungsniveau ist stark mit unterschiedlichen Aussichten verbunden und weist einen besonders deutlichen Gradienten auf. Die Befragten mit einem hohen Bildungsniveau sind am optimistischsten (80 % gegenüber 18 % pessimistisch), dicht gefolgt von denjenigen mit einem mittleren Bildungsniveau (78 % gegenüber 20 %). Im Gegensatz dazu ist der Optimismus bei den Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau deutlich geringer, wo etwas mehr als zwei Drittel Optimismus ausdrücken (67%) und fast ein Drittel Pessimismus melden (31%). Diese deutliche Lücke unterstreicht die Rolle der Bildung bei der Gestaltung des Vertrauens in persönliche und familiäre Perspektiven.

Ein ähnlich ausgeprägtes Muster zeigt sich bei der Betrachtung der finanziellen Situation der Befragten. Diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sind am optimistischsten (80% optimistisch vs. 18% pessimistisch). Der Optimismus sinkt merklich bei den Befragten, die von Zeit zu Zeit finanzielle Schwierigkeiten haben (69 % gegenüber 30 %), und bei denjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, wo der Optimismus auf 54 % fällt und der Pessimismus auf 45 % steigt, weiter. Dieser starke Gradient unterstreicht die starke Verbindung zwischen wirtschaftlicher Unsicherheit und Pessimismus in Bezug auf die eigene Zukunft und die Zukunft der Familie.

Schließlich hängen die Wahrnehmungen eng mit dem Bild der Befragten von der Europäischen Union zusammen. Diejenigen, die ein positives Bild von der EU haben, sind überwältigend optimistisch in Bezug auf ihre persönliche und familiäre Zukunft (87 % gegenüber 12 % pessimistisch). Der Optimismus ist bei den Befragten mit einem neutralen Bild der EU (72 % gegenüber 26 %) geringer, während die Ansichten bei den Befragten mit einem negativen Bild viel stärker geteilt werden, wobei der Optimismus auf 51 % und der Pessimismus auf 46 % sinkt. Diese Assoziation legt nahe, dass sich eine breitere politische Haltung gegenüber der EU auch darin widerspiegelt, wie der Einzelne seine eigene Zukunft und die seiner Familie wahrnimmt.

QA9.1 Würden Sie sagen, dass Sie sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch in Bezug auf die Zukunft von... sind? Ihre Familie und Sie selbst (% - EU)

	Insgesamt "optimistisch"	Pessimistisch insgesamt	Weiß nicht
EU-27	76	22	2
Geschlecht			
Mann	77	22	1
Frau	75	23	2
Alter			
15-24	82	17	1
25-39	79	20	1
40-54	76	22	2
55+	72	26	2
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	67	31	2
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	78	20	2
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	80	18	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	78	21	1
Führungskräfte	83	16	1
Andere weiße Kragen	81	18	1
Handarbeitskräfte	76	23	1
Hauspersonen	70	28	2
Arbeitslose	64	35	1
in den Ruhestand	70	27	3
Studierende	84	15	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	54	45	1
Von Zeit zu Zeit	69	30	1
Fast nie / Nie	80	18	2
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	74	24	2
Kleine oder mittelgroße Stadt	75	23	2
Großstadt	78	20	2
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	78	21	1
Keine	63	33	4
Bild der EU			
Positiv	87	12	1
neutral	72	26	2
Negativ	51	46	3
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	84	15	1
Eine schlechte Sache	51	47	2
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	67	31	2

2. ÖFFENTLICHE BETROFFENHEIT ÜBER SICHERHEITSRISIKEN

2. ÖFFENTLICHE BETROFFENHEIT ÜBER SICHERHEITSRISIKEN

In diesem Kapitel wird untersucht, wie die Europäerinnen und Europäer Sicherheits-, Sicherheits-, Kommunikations- und gesellschaftsbezogene Risiken wahrnehmen, und es werden die Themen hervorgehoben, die das öffentliche Interesse in der heutigen komplexen Umgebung prägen. Sie untersucht ein breites Spektrum sicherheitspolitischer Herausforderungen, von Konflikten und Terrorismus bis hin zu Cyberbedrohungen, klimabedingten Katastrophen und der Abhängigkeit von Nicht-EU-Ländern, sowie Bedenken hinsichtlich Migration und neu entstehender Technologien. Sie befasst sich auch mit Kommunikations- und gesellschaftlichen Fragen, darunter Desinformation, Hetze, KI-generierte Inhalte, Medienunabhängigkeit und Online-Privatsphäre. In beiden Bereichen zeigen die Ergebnisse ein gleichbleibend hohes Maß an Besorgnis, wobei Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und soziodemografischen Gruppen unterschiedliche nationale Kontexte, persönliche Erfahrungen und Einstellungen gegenüber der Europäischen Union widerspiegeln. Insgesamt sehen sich die Europäerinnen und Europäer mit vielfältigen und miteinander verbundenen Risiken konfrontiert, die ihr Sicherheitsgefühl, ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt und ihr Vertrauen in die Institutionen beeinflussen.

Sicherheitsbedenken und Sicherheitsbedenken

Die im vorherigen Kapitel beobachteten vorsichtigen und oft pessimistischen Aussichten, insbesondere in Bezug auf die Zukunft der Welt, bieten einen wichtigen Kontext, um die Bedenken der Europäer in Bezug auf Sicherheit und Gefahrenabwehr zu verstehen. Die von den Befragten geäußerte Unsicherheit über die globalen Entwicklungen deutet darauf hin, dass viele Bürger erhebliche Risiken wahrnehmen, die sich ihrer unmittelbaren Kontrolle entziehen. Diese Wahrnehmungen hängen wahrscheinlich mit geopolitischen Spannungen, technologischen Bedrohungen, Umweltrisiken und gesellschaftlichen Herausforderungen zusammen, die in den letzten Jahren immer deutlicher geworden sind.

Vor diesem Hintergrund wurde in der Umfrage untersucht, inwieweit sich die Europäer über eine Reihe von Sicherheitsfragen Sorgen machen. Das Verständnis, welche Bedrohungen als am besorgniserregendsten empfunden werden, gibt Einblick in die Erwartungen der Öffentlichkeit in Bezug auf die Rolle der Europäischen Union bei der Gewährleistung von Sicherheit, Resilienz und strategischer Autonomie.

QA11 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. (EU27) (%)

Aktive Konflikte und Kriege in der Nähe der Europäischen Union



Terrorismus



Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern



Naturkatastrophen werden durch den Klimawandel verschlimmert



Unkontrollierte Migrationsströme



Die EU muss sich bei ihrer Energieversorgung auf Nicht-EU-Länder verlassen



Drohnen aus Nicht-EU-Ländern, die über oder in der Nähe von EU-Ländern operieren



Die EU muss sich bei ihrer Verteidigung auf Nicht-EU-Länder verlassen



Nicht-EU-Länder, die versuchen, Wahlen oder Politik in (Unser Land) zu beeinflussen



Insgesamt "sehr beunruhigt" (7-10)
 Insgesamt "Moderately worry" (5-6)
 Insgesamt "Nicht oder leicht beunruhigt" (1-4)
 Weiß nicht

Auf EU-Ebene sind Bedenken in Bezug auf die Sicherheit und sicherheitsrelevante Fragen weit verbreitet, obwohl die Intensität der Besorgnis je nach betrachtetem Thema unterschiedlich ist. Insgesamt gibt eine deutliche Mehrheit der Europäer zu allen in der Umfrage enthaltenen Themen Anlass zu großer Besorgnis und unterstreicht die Bedeutung sicherheitsbezogener Herausforderungen bei der Gestaltung der öffentlichen Wahrnehmung.

Die größte Sorge gilt aktiven Konflikten und Kriegen in der Nähe der Europäischen Union. Mehr als sieben von zehn Befragten (72%) geben an, dass sie über dieses Problem sehr besorgt sind, während weitere 18% sagen, dass sie mäßig besorgt sind. Dies macht sie zu den besorgniserregendsten der getesteten Themen, die die Bedeutung geopolitischer Spannungen in der Nähe der EU-Grenzen in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln.

Terrorismus ist das zweithäufigste Problem. Zwei Drittel der Befragten (67%) geben an, dass sie sehr besorgt sind, und weitere 19% sind mäßig besorgt. Diese anhaltende Besorgnis macht deutlich, dass der Terrorismus trotz der Schwankungen in der Häufigkeit der Anschläge nach wie vor ein zentrales Element der wahrgenommenen Unsicherheit unter den Europäern ist.

Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern geben den Europäern Anlass zur Sorge. Zwei Drittel der Befragten (66%) geben an, dass sie sehr besorgt über diese Bedrohung sind, während weitere 20% berichten, dass sie mäßig besorgt sind. Dieses hohe Maß an Besorgnis verdeutlicht die wahrgenommene Anfälligkeit der Europäischen Union für externe Cyberbedrohungen.

Ein ähnlich hohes Maß an Besorgnis äußert sich in Bezug auf Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel verschlimmert werden. Insgesamt geben 66% der Befragten an, dass sie sehr besorgt sind, und 20% sind mäßig besorgt. Diese Ergebnisse unterstreichen, inwieweit klimabedingte Risiken heute fest in der öffentlichen Wahrnehmung als Schlüsselfaktor der Zukunftsunsicherheit verankert sind.

Unkontrollierte Migrationsströme zählen ebenfalls zu den Themen, die am meisten Anlass zur Sorge geben. Fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) geben an, sehr besorgt zu sein, weitere 20 Prozent mäßig besorgt. Dies spiegelt die anhaltende Bedeutung dieses Themas in der öffentlichen Debatte in der gesamten Europäischen Union wider.

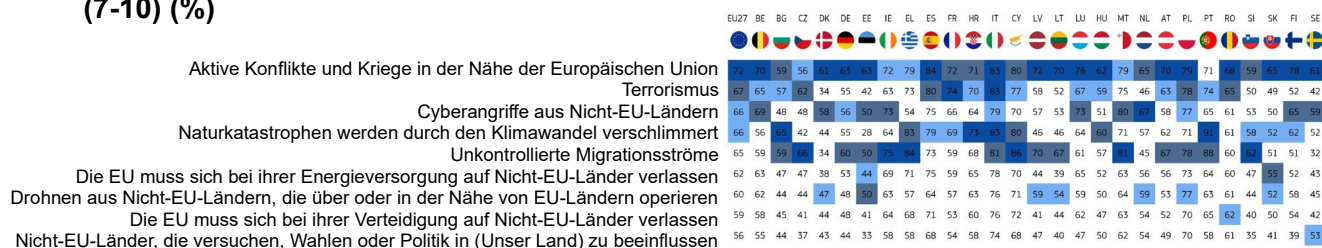
Probleme im Zusammenhang mit der Abhängigkeit der Europäischen Union von Nicht-EU-Ländern geben ein etwas geringeres, wenn auch immer noch erhebliches Maß an Besorgnis. Rund sechs von zehn Befragten (62 %) sind sehr besorgt über die Abhängigkeit der EU von Nicht-EU-Ländern bei der Energieversorgung, wobei 25 % von moderaten Sorgen berichten. In ähnlicher Weise sind 59 % sehr besorgt über die Abhängigkeit von Nicht-EU-Ländern bei der Verteidigung, und weitere 26 % sind moderat besorgt. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Fragen der strategischen Autonomie eine signifikante Quelle der Angst darstellen.

Bemerkenswert sind auch Bedenken hinsichtlich Drohnen aus Nicht-EU-Ländern, die über oder in der Nähe von EU-Ländern operieren. Sechs von zehn Befragten (60 %) geben an, dass sie sehr besorgt sind, und 22 % sind mäßig besorgt, was auf ein erhebliches Maß an Unbehagen über neue Militär- und Überwachungstechnologien hinweist.

Unter den getesteten Themen erweisen sich Nicht-EU-Länder, die versuchen, Wahlen oder die Politik im eigenen Land des Befragten zu beeinflussen, als am wenigsten besorgniserregend, obwohl die Besorgnis nach wie vor weit verbreitet ist. Mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) gibt an, sehr besorgt zu sein, während 23 % mäßig besorgt sind. Obwohl diese Zahlen im Vergleich zu anderen Positionen am niedrigsten sind, zeigen sie, dass ausländische politische Einflussnahme von einem großen Teil der Europäer immer noch als erhebliches Risiko wahrgenommen wird.

Zusammengenommen könnte das anhaltend hohe Maß an Besorgnis über alle Themen hinweg dazu beitragen, den ausgeprägten Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt zu erklären und auf ein Sicherheitsumfeld hinzuweisen, das von vielen Europäern als komplex, multidimensional und zunehmend unsicher wahrgenommen wird.

QA11 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Total Hochbesorgt" (7-10) (%)



1. Am häufigsten erwähnter Artikel
2. Am häufigsten erwähnter Artikel
3. Am häufigsten erwähnter Artikel

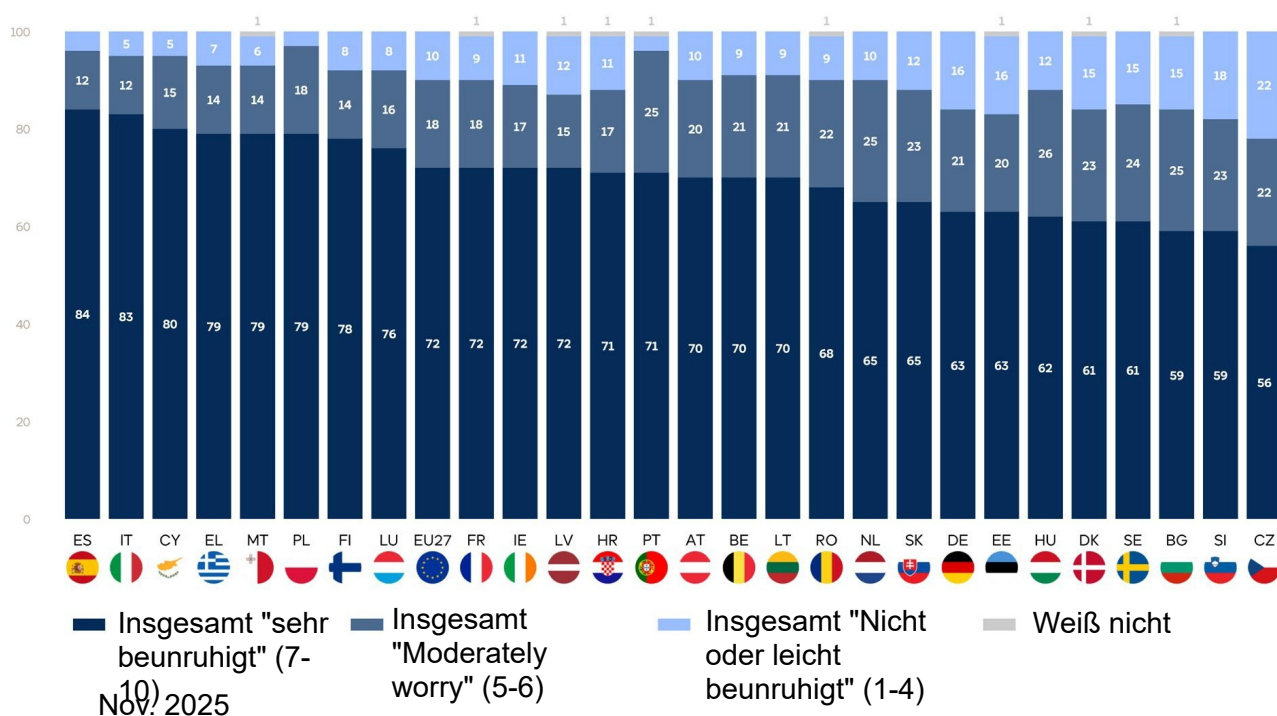
Nach Prüfung der allgemeinen Besorgnisse auf EU-Ebene wird in diesem Abschnitt eingehender untersucht, wie sich die Sorgen um die Sicherheit und sicherheitsrelevante Fragen in den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden. Während in der gesamten Europäischen Union ein hohes Maß an Besorgnis zu beobachten ist, ist die Intensität der Besorgnis von Land zu Land sehr unterschiedlich, was auf den nationalen Kontext, die geografische Nähe und die unterschiedliche Risikowahrnehmung zurückzuführen ist.

Abgesehen von Unterschieden bei spezifischen Themen zeigt die Umfrage, dass einige Länder über das gesamte Spektrum der Sicherheits- und sicherheitsbezogenen Themen hinweg durchweg ein höheres Maß an Besorgnis melden, während andere tendenziell insgesamt ein geringeres Maß an Besorgnis melden. So gehören beispielsweise Italien, Spanien, Zypern, Portugal, Polen und Malta regelmäßig zu den Ländern mit den höchsten Anteilen von Befragten, die unabhängig von der Art der Bedrohung große Besorgnis äußern. Im Gegensatz dazu berichten die Niederlande, Dänemark, Estland, die Slowakei und Schweden tendenziell von einer geringeren Besorgnis über mehrere Probleme hinweg, was auf eine allgemein weniger ängstliche Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken hindeutet. Diese Muster deuten darauf hin, dass die nationalen Kontexte eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des allgemeinen Gefühls der Schutzbedürftigkeit der Europäer spielen.

Die Besorgnis über aktive Konflikte und Kriege in der Nähe der Europäischen Union ist in allen Mitgliedstaaten weit verbreitet. Dieses Problem ist in 16 Ländern am stärksten besorgniserregend, und in jedem Mitgliedstaat gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, sehr besorgt zu sein. Am besorgniserregendsten sind Spanien (84 %), Italien (83 %) und Zypern (80 %), wo mehr als acht von zehn Befragten angeben, sehr besorgt zu sein. Am anderen Ende der Skala sind die niedrigsten Anteile der Befragten, die sehr besorgt sind, in Tschechien (56 %), Bulgarien (59 %) und Slowenien (59 %) zu beobachten.

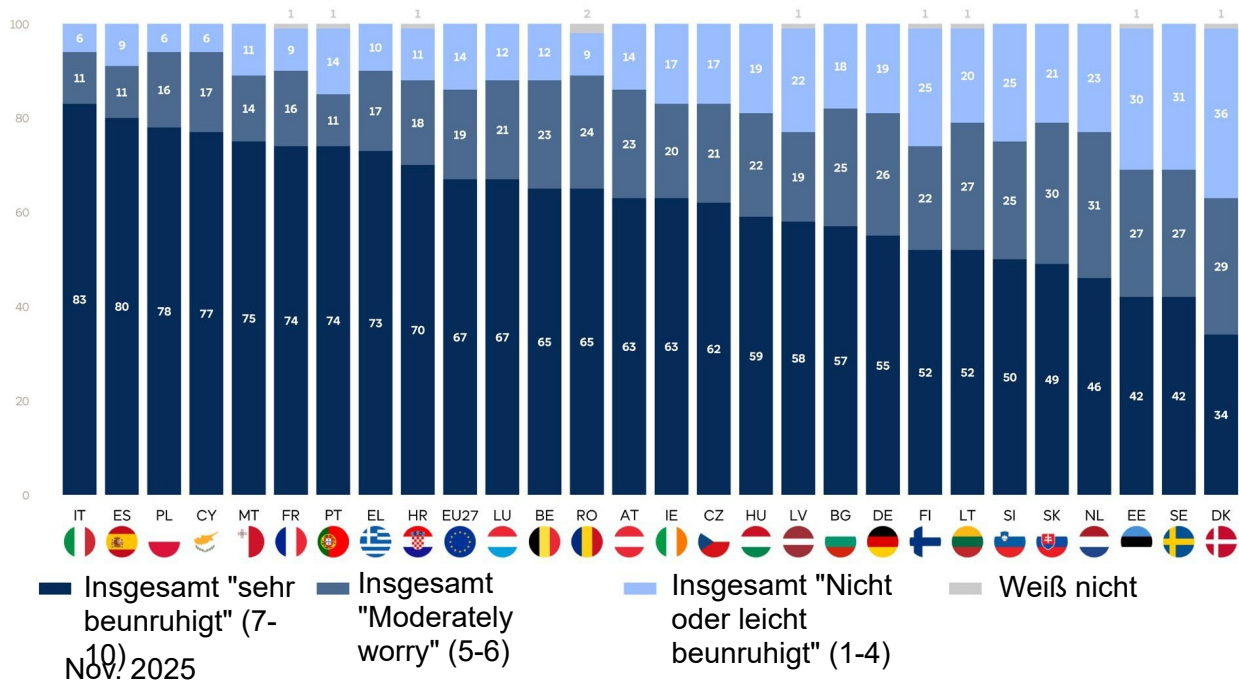
**QA11.1 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Sicherheitsprobleme?
Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.**

Aktive Konflikte und Kriege in der Nähe der Europäischen Union (%)



Die Besorgnis über den Terrorismus ist auch in der Europäischen Union weit verbreitet, wenngleich ihre Intensität von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich ist. Der Terrorismus ist das größte Sicherheitsproblem in zwei Ländern, Frankreich und Italien, wo 74 % bzw. 83 % der Befragten angeben, dass sie sehr besorgt sind. Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 22 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis. Am stärksten betroffen sind Italien (83 %), Spanien (80 %) und Polen (78 %). Dagegen ist die Besorgnis in Dänemark (34 %), Schweden (42 %) und Estland (42 %) deutlich geringer.

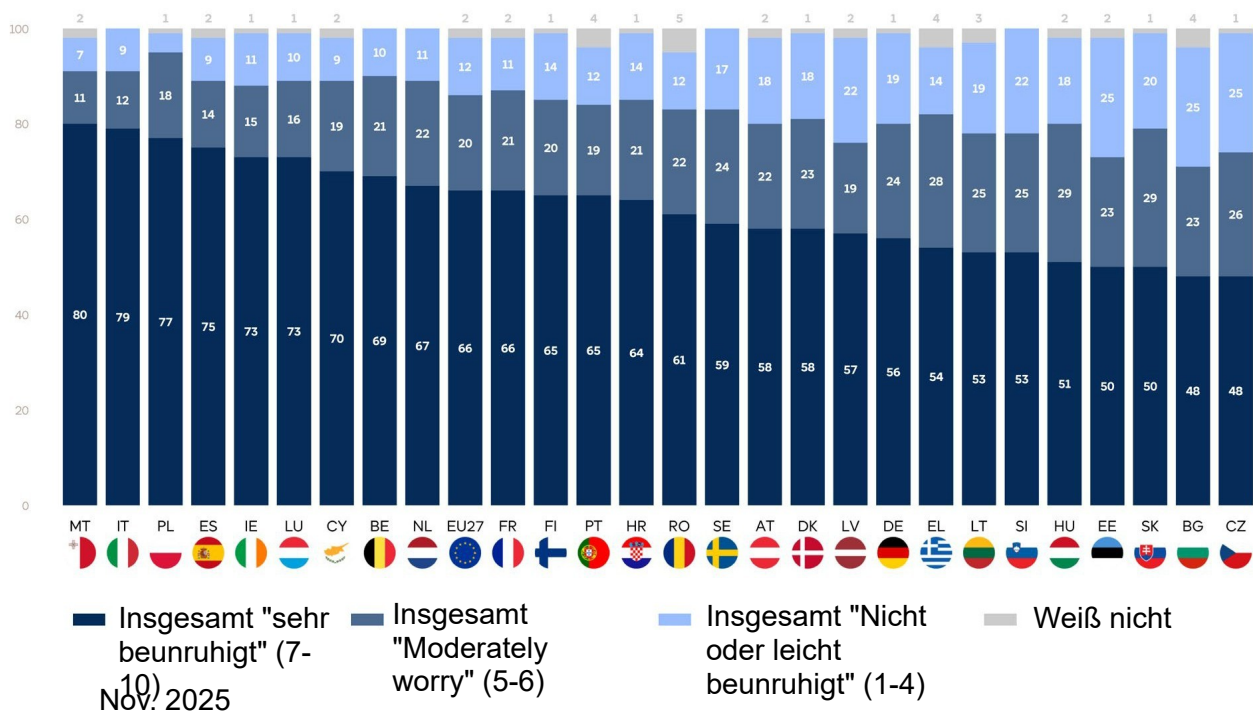
QA11.7 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.
Terrorismus (%)



Wenn es um Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern geht, sind die Bedenken weit verbreitet, aber in den Mitgliedstaaten uneinheitlich. Solche Angriffe stellen das größte Sicherheitsproblem in den Niederlanden dar (67 %). Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten an, in 25 Mitgliedstaaten sehr besorgt zu sein, was auf eine breite Wahrnehmung der Anfälligkeit für externe Cyberbedrohungen hindeutet. Am stärksten betroffen sind Malta (80 %), Italien (79 %) und Polen (77 %). Im Gegensatz dazu ist die Besorgnis in Tschechien und Bulgarien (jeweils 48 %) sowie in der Slowakei und Estland (50 %) geringer, wo etwa die Hälfte oder weniger der Befragten ein hohes Maß an Besorgnis ausdrückt.

QA11.2 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

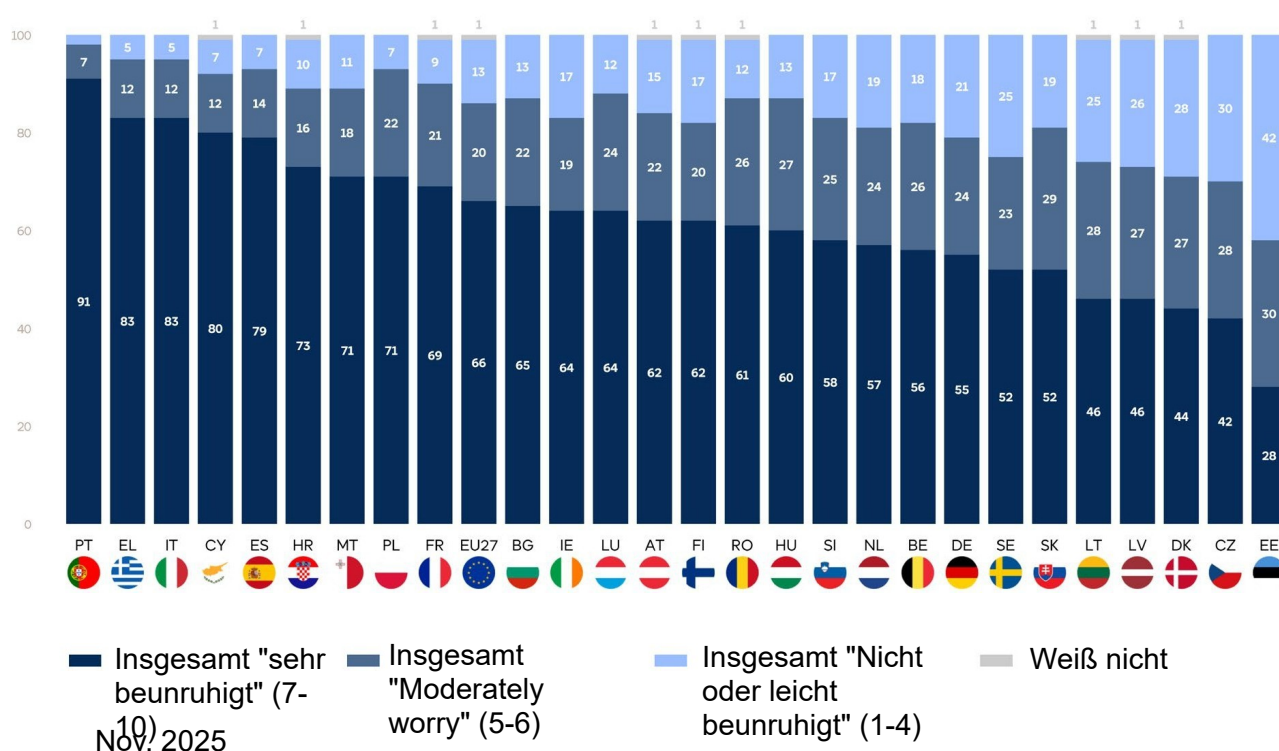
Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern (%)



Die Besorgnis über Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel verschlimmert werden, ist in mehreren Mitgliedstaaten besonders groß und stellt in Bulgarien (65 %), Kroatien (73 %), Italien (83 %) und Portugal (91 %) die größte Sicherheitsbedenken dar. Insgesamt konzentriert sich die größte Sorge auf die Mittelmeerländer: Portugal (91 %), Griechenland (83 %), Italien (83 %), Zypern (80 %), Spanien (79 %) und Kroatien (73 %) sind die sechs Mitgliedstaaten, in denen mehr als drei von vier Befragten von großer Besorgnis berichten. Im Gegensatz dazu ist die Besorgnis in einigen nord- und mitteleuropäischen Ländern viel geringer, insbesondere in Estland (28 %), Tschechien (42 %) und Dänemark (44 %). Diese Unterschiede können zum Teil die jüngsten Erfahrungen mit extremen Wetterereignissen wie Hitzewellen und Waldbränden widerspiegeln, die Südeuropa tendenziell stärker treffen. Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 22 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis.

QA11.9 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

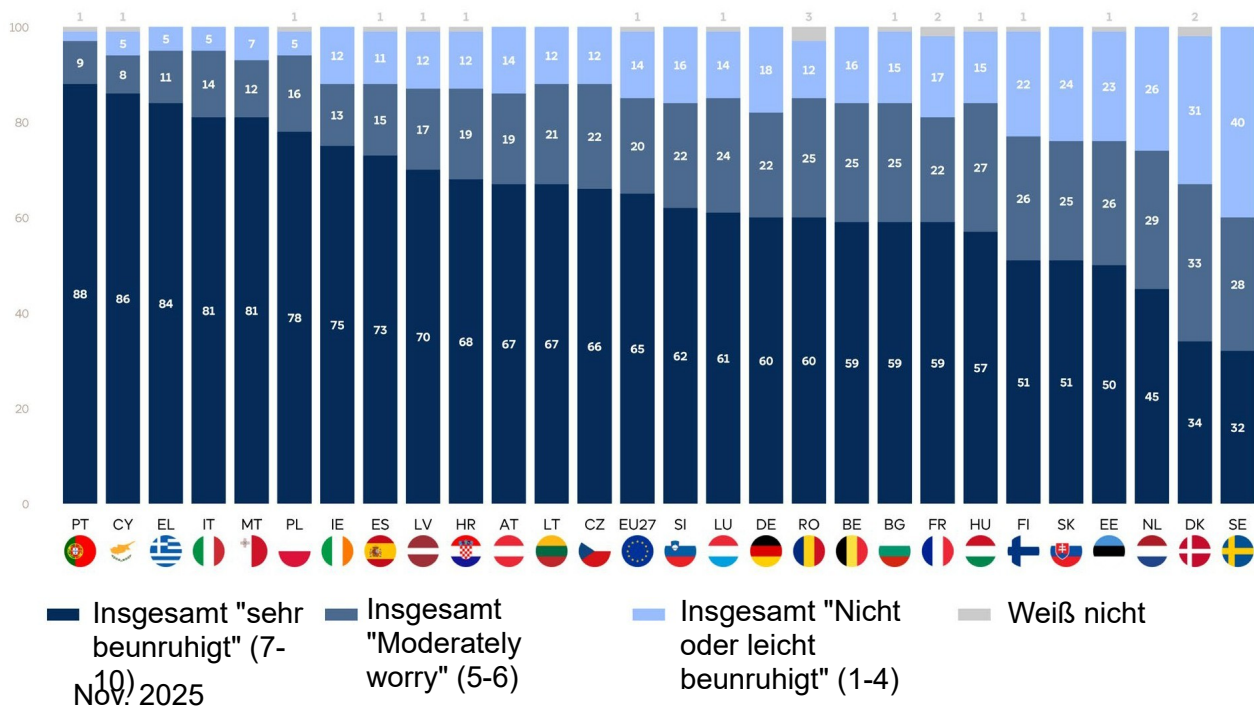
Naturkatastrophen durch den Klimawandel verschlimmert (%)



Unkontrollierte Migrationsströme stellen in sechs Ländern das größte Sicherheitsproblem dar: Zypern (86 %), Griechenland (84 %), Malta (81 %), Irland (75 %), Tschechien (66 %) und Slowenien (62 %). Auch in Portugal (88 %) und Italien (81 %) sind mehr als acht von zehn Befragten sehr besorgt. Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 24 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis. Am geringsten ist dagegen die Besorgnis in Schweden (32 %) und Dänemark (34 %), wo weniger als vier von zehn Befragten große Besorgnis äußern, und in den Niederlanden (45 %).

QA11.8 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

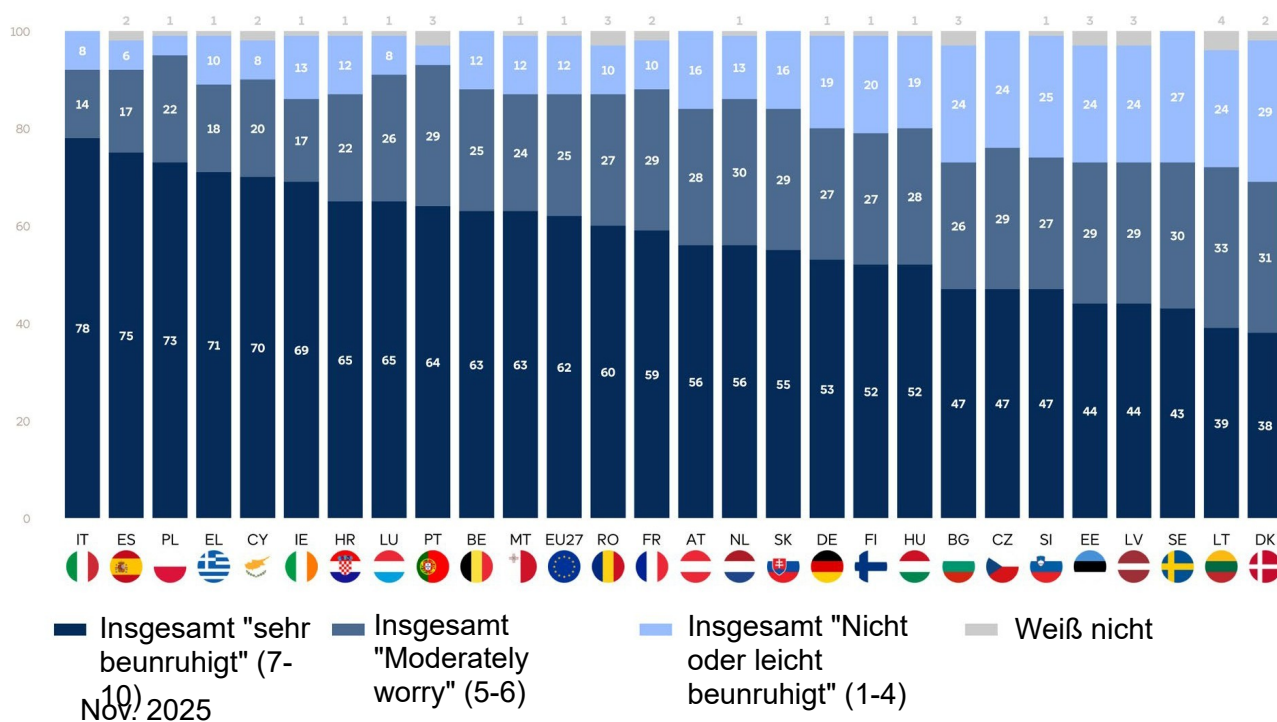
Unkontrollierte Migrationsströme (%)



Die Sorge darüber, dass die EU bei ihrer Energieversorgung von Drittländern abhängig ist, ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Am stärksten betroffen sind Italien (78 %), Spanien (75 %) und Polen (73 %). Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 19 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis. Am anderen Ende der Skala ist die Sorge in Dänemark (38 %), Litauen (39 %) und Schweden (43 %) am geringsten.

QA11.5 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

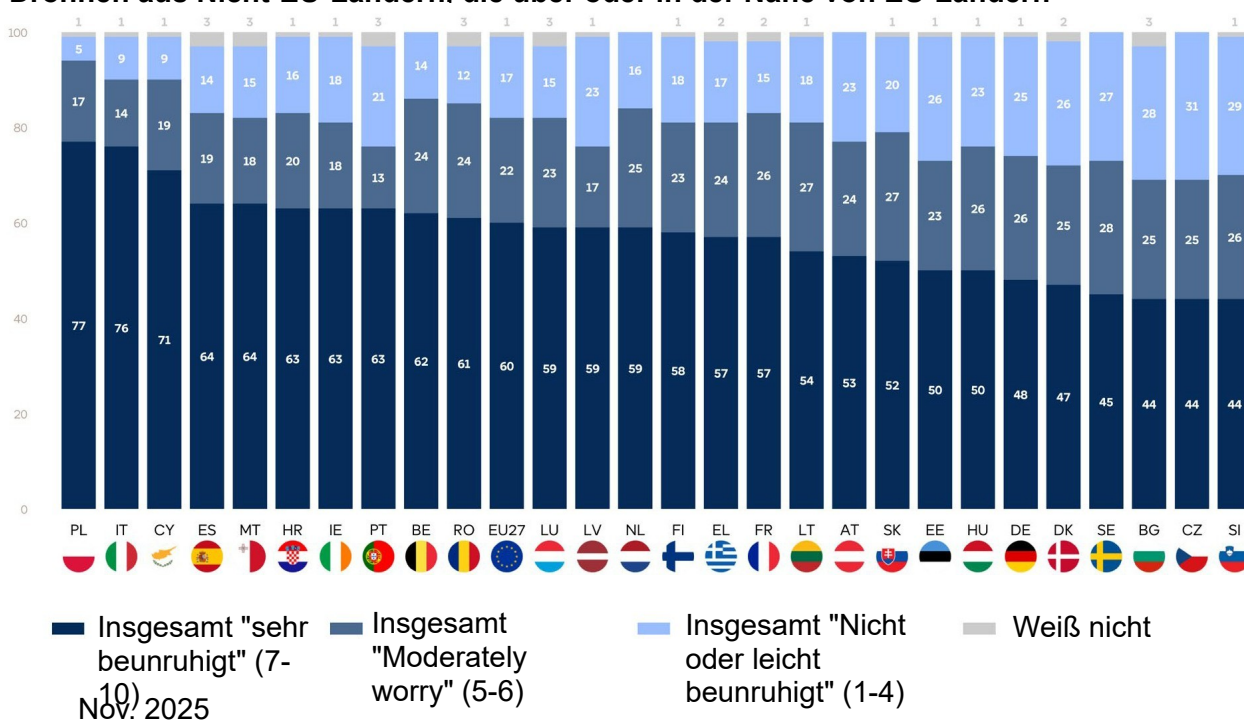
Die EU muss sich bei ihrer Energieversorgung auf Nicht-EU-Länder verlassen (%)



Die Besorgnis über Drohnen aus Nicht-EU-Ländern, die über oder in der Nähe von EU-Ländern operieren, ist groß, variiert jedoch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Am stärksten betroffen sind Polen (77 %), Italien (76 %) und Zypern (71 %). In 21 Mitgliedstaaten gibt mindestens die Hälfte der Befragten an, dass sie sehr besorgt sind. Am anderen Ende der Skala ist die Sorge in Slowenien, Tschechien und Bulgarien am geringsten (alle 44 %).

QA11.3 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

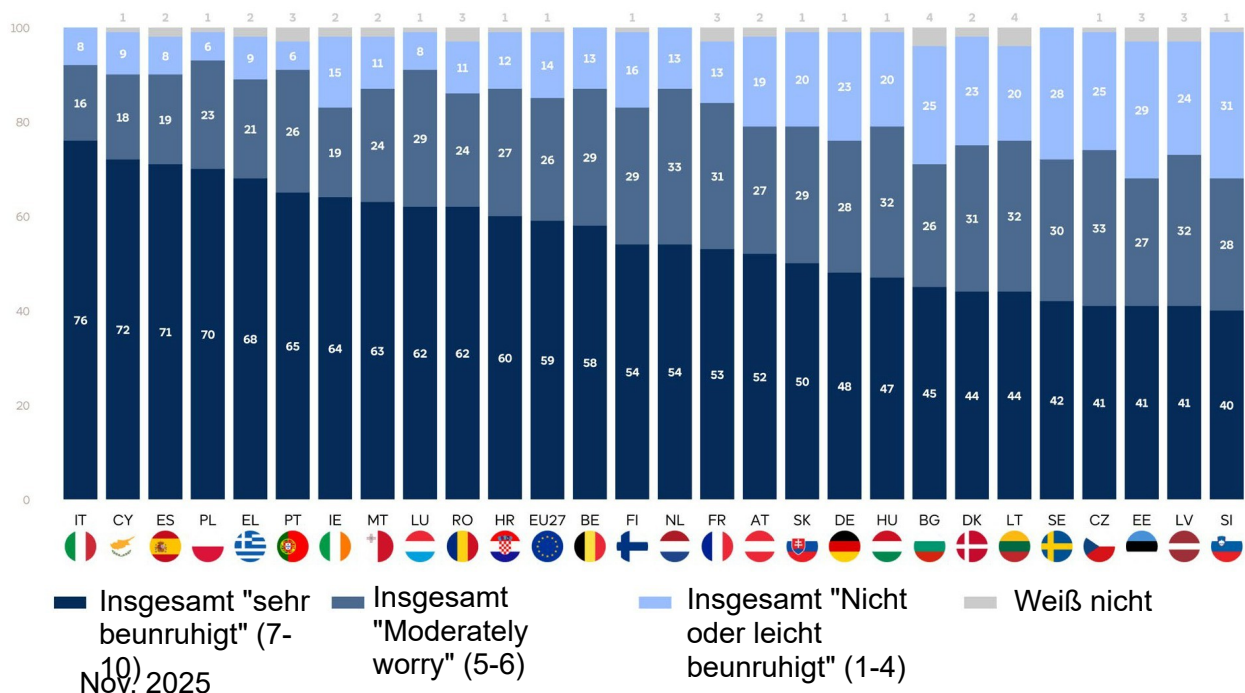
Drohnen aus Nicht-EU-Ländern, die über oder in der Nähe von EU-Ländern



Die Abhängigkeit von Nicht-EU-Ländern bei der Verteidigung gibt in der gesamten Union Anlass zur Sorge, wenngleich sich das Niveau zwischen den Mitgliedstaaten deutlich unterscheidet. Am stärksten betroffen sind Italien (76 %), Zypern (72 %) und Spanien (71 %). Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 17 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis. Im Gegensatz dazu sind Slowenien (40 %) und Lettland, Estland und Tschechien (alle 41 %) am wenigsten beunruhigt.

QA11.6 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

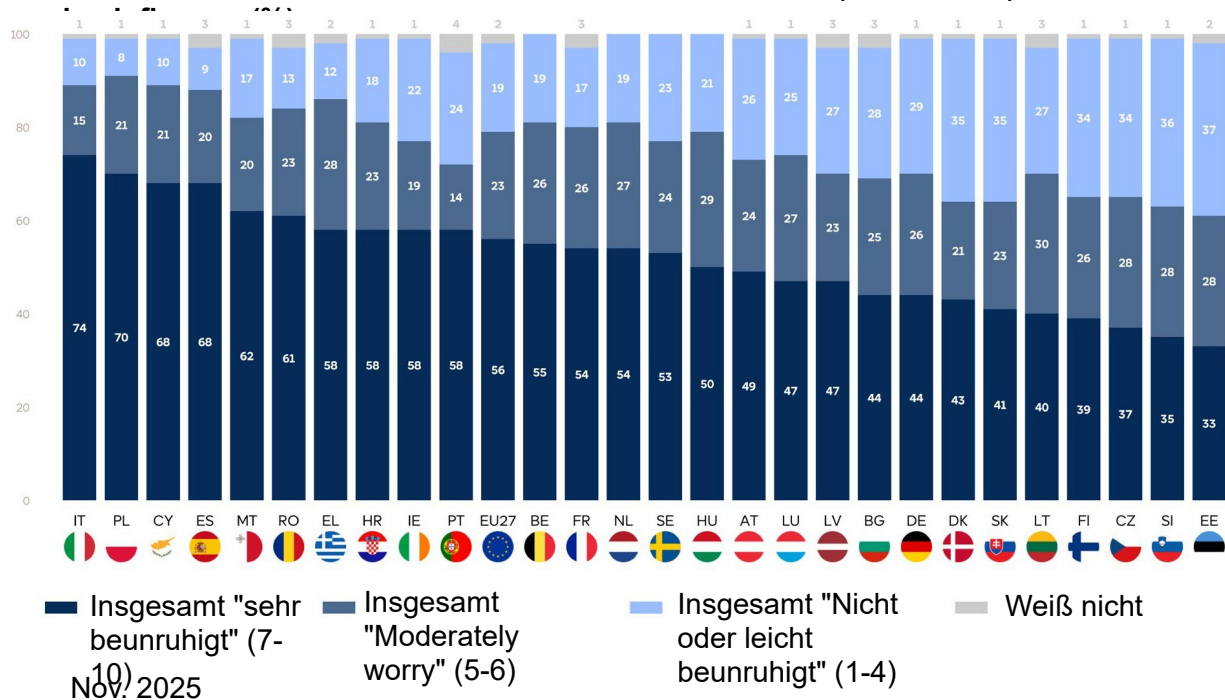
Die EU muss sich bei ihrer Verteidigung auf Nicht-EU-Länder verlassen (%)



Schließlich bestehen zwischen den Mitgliedstaaten auch erhebliche Unterschiede in Bezug auf Nicht-EU-Länder, die versuchen, Wahlen oder die Politik zu beeinflussen. Am stärksten betroffen sind Italien (74 %), Polen (70 %) sowie Zypern und Spanien (68 %). In 15 Mitgliedstaaten gibt mindestens die Hälfte der Befragten an, dass sie sehr besorgt sind. Am anderen Ende der Skala ist die Sorge in Estland (33 %), Slowenien (35 %) und Tschechien (37 %) am geringsten, wo nur etwa ein Drittel der Befragten ein hohes Maß an Besorgnis äußert.

QA11.4 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

Nicht-EU-Länder, die versuchen, Wahlen oder Politik in (Unser Land) zu



Die Sorgen um Sicherheit und sicherheitsrelevante Themen unterscheiden sich je nach soziodemografischen Gruppen. In Anbetracht der geschlechtsspezifischen Unterschiede berichten Frauen in den meisten Bereichen im Allgemeinen über ein höheres Maß an Sorge als Männer. Die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede bestehen bei Naturkatastrophen (71 % der Frauen sind sehr besorgt gegenüber 64 % der Männer), aktiven Konflikten in der Nähe der EU (74 % gegenüber 69 %), Terrorismus (70 % gegenüber 65 %) und Drohnen aus Nicht-EU-Ländern (62 % gegenüber 57 %). Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass Frauen Sicherheitsbedrohungen eher als unmittelbar oder dringend empfinden, insbesondere in Bereichen, die mit ökologischen und geopolitischen Risiken zusammenhängen.

Sorgen um Sicherheit und Sicherheit nehmen mit zunehmendem Alter zu. Jüngere Befragte (im Alter von 15 bis 24 Jahren) sind in den meisten Themenbereichen durchweg weniger besorgt, während Befragte im Alter von 55 Jahren und darüber die größte Besorgnis melden. Die Altersunterschiede sind am stärksten ausgeprägt bei unkontrollierten Migrationsströmen (52 % der 15- bis 24-Jährigen sind sehr besorgt gegenüber 70 % der über 55-Jährigen), Drohnen (53 % gegenüber 64 %), ausländischem politischem Einfluss (49 % gegenüber 60 %) und der Abhängigkeit von Nicht-EU-Ländern im Verteidigungsbereich (51 % gegenüber 61 %). Diese Muster deuten auf einen allmählichen Effekt auf den Lebensverlauf hin, wobei ältere Europäer Sicherheitsrisiken als bedeutender oder unmittelbar bevorstehend wahrnehmen.

Die Auswirkungen von Bildung auf wahrgenommene Sicherheitsrisiken variieren je nach Thema. Befragte mit einem niedrigen Bildungsniveau sind eher sehr besorgt über Migrationsströme (72 % gegenüber 56 % bei hochqualifizierten Personen) und Terrorismus (72 % gegenüber 61 %). Bei anderen Themen sind die Unterschiede weniger ausgeprägt, obwohl Befragte mit einem mittleren Bildungsniveau tendenziell ein etwas höheres Maß an Besorgnis über mehrere Themen hinweg melden, was darauf hindeutet, dass Bildung je nach Art der Bedrohung sowohl das Risikobewusstsein als auch die Wahrnehmung auf komplexe Weise prägt.

Die Wahrnehmung von Sicherheit und Gefahrenabwehr variiert auch je nach Einstellung der Befragten zur Europäischen Union, was den Zusammenhang zwischen breiteren politischen Aussichten und Risikowahrnehmungen hervorhebt. Die Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, sind eher besorgt über Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel verschlimmert werden, wobei 70 % der Befragten sehr besorgt sind, verglichen mit 59 % der Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben. Umgekehrt berichten die Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, von einem höheren Maß an Besorgnis über Probleme im Zusammenhang mit Migrationsströmen und Terrorismus. Unter denjenigen, die ein negatives Image haben, sind 77 % sehr besorgt über unkontrollierte Migration, verglichen mit 60 % unter denjenigen, die die EU positiv sehen. In ähnlicher Weise ist die Besorgnis über den Terrorismus bei Personen mit negativem Image (75 % sehr besorgt) größer als bei Personen mit positivem Image (63 %).

QA11 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Insgesamt „Hochbesorgt“ (7-10) (% - EU)									
	Aktive Konflikte und Kriege in der Nähe der Europäischen Union	Terrorismus	Naturkatastrophen werden durch den Klimawandel verschlimmert	Cyberangriffe aus Nicht-EU-Ländern	Unkontrollierte Migrationsströme	Die EU muss sich bei ihrer Energieversorgung auf Nicht-EU-Länder verlassen	Drohnen aus Nicht-EU-Ländern, die über oder in der Nähe von EU-Ländern operieren	Die EU muss sich bei ihrer Verteidigung auf Nicht-EU-Länder verlassen	Nicht-EU-Länder, die versuchen, Wahlen oder Politik in (Unser Land) zu beeinflussen
EU-27	72	67	66	66	65	62	60	59	56
Geschlecht									
Mann	69	65	64	65	66	61	57	58	57
Frau	74	70	71	66	66	63	62	59	57
Alter									
15-24	68	63	67	61	52	54	53	51	49
25-39	69	64	66	63	62	64	56	59	56
40-54	71	66	66	66	68	63	59	60	55
55+	75	72	69	67	70	62	64	61	60
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	70	72	65	60	72	58	58	55	53
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	73	69	67	68	69	65	63	61	59
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	72	61	68	65	56	62	57	58	56
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	69	67	64	66	68	63	57	60	56
Führungskräfte	70	58	63	62	59	60	54	57	52
Andere weiße Kragen	71	65	66	67	64	65	61	60	58
Handarbeitskräfte	69	71	66	65	71	64	59	60	57
Hauspersonen	78	73	71	69	73	68	67	62	62
Arbeitslose	69	69	68	67	63	63	57	56	56
in den Ruhestand	75	73	69	67	71	62	64	60	60
Studierende	70	62	70	59	48	53	52	50	50
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	71	68	68	63	67	62	60	60	57
Von Zeit zu Zeit	73	73	71	66	70	64	62	61	59
Fast nie / Nie	71	66	65	65	63	61	58	57	56
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	70	67	64	63	68	59	59	57	55
Kleine oder mittelgroße Stadt	72	69	67	66	65	63	59	60	57
Großstadt	73	67	70	67	64	64	60	60	58
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	72	67	67	66	65	62	59	59	57
Keine	72	73	68	58	72	58	61	56	56
Bild der EU									
Positiv	73	63	70	67	60	62	60	59	57
neutral	71	70	65	65	68	61	60	57	54
Negativ	71	75	59	64	77	65	57	60	58
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	73	65	70	67	61	63	61	58	57
Eine schlechte Sache	65	73	56	60	76	60	54	57	56
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	71	72	65	65	73	63	60	59	57

Kommunikation und gesellschaftliche Belange

In diesem Abschnitt geht es um die Sorgen der Europäerinnen und Europäer in Bezug auf Kommunikation und gesellschaftliche Fragen. Während der vorherige Abschnitt zeigte, dass externe Bedrohungen wie Konflikte, Terrorismus und Cyberangriffe die öffentliche Wahrnehmung stark belasten, untersucht dieser Abschnitt Bedenken im Zusammenhang mit der Art und Weise, wie Informationen in modernen Gesellschaften produziert, verbreitet und regiert werden. Der rasche technologische Wandel, die wachsende Rolle digitaler Plattformen und die zunehmende Zentralität der Online-Kommunikation haben die Öffentlichkeit tiefgreifend verändert. Gleichzeitig sind Desinformation, algorithmische Entscheidungsfindung, Medienunabhängigkeit und Meinungsfreiheit heute in der gesamten Europäischen Union wichtige Themen. Vor diesem Hintergrund untersuchte die Umfrage auf einer Skala von 1 bis 10, inwieweit sich die Europäer über eine Reihe von kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Fragen Sorgen machen.

QA12 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. (EU27) (%)

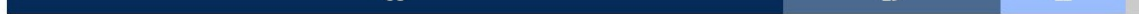
Desinformation (falsche oder irreführende Information)



Hassreden online und offline



Gefälschte Inhalte, die durch künstliche Intelligenz (KI) erstellt wurden, wie Deepfake-Videos oder falsche Informationen



Schutz personenbezogener Daten im Internet



Drohungen gegen die Meinungsfreiheit



Gesellschaftliche Polarisierung (z.B. wachsende Spaltungen zwischen Gruppen in der Gesellschaft)



Die Kontrolle von Social Media durch ein paar große Unternehmen



Die Unabhängigkeit der Medien in (Unser Land)



Mangelnde Transparenz bei der Art und Weise, wie Algorithmen Entscheidungen im Internet treffen (z. B. welche Inhalte oder Anzeigen angezeigt werden und warum)



Insgesamt "sehr besorgt" (7-10)
 Insgesamt "Moderately worry" (5-6)
 Insgesamt "Nicht oder leicht besorgt" (1-4)
 Weiß nicht

NOV. 2025

Auf EU-Ebene sind Bedenken hinsichtlich kommunikations- und gesellschaftsbezogener Fragen weit verbreitet, obwohl die Intensität der Besorgnis je nach betrachtetem Thema etwas variiert. Insgesamt berichtet eine deutliche Mehrheit der Europäer über ein hohes Maß an Besorgnis über alle Umfragethemen und unterstreicht die zentrale Rolle, die Informationen, digitale Technologien

und der gesellschaftliche Zusammenhalt heute bei der Gestaltung der öffentlichen Wahrnehmung spielen.

Die größte Sorge gilt der Verbreitung von Desinformation. Mehr als zwei Drittel der Befragten (69%) geben an, sehr besorgt über falsche oder irreführende Informationen zu sein, während weitere 19% sagen, dass sie mäßig besorgt sind. Dies macht Desinformation zum besorgniserregendsten der getesteten Probleme und spiegelt die weit verbreitete Besorgnis über ihre Auswirkungen auf demokratische Prozesse, das Vertrauen der Öffentlichkeit und die fundierte Entscheidungsfindung wider.

Eng mit dieser Sorge verbunden ist die Sorge um Hetze, sowohl online als auch offline. Rund zwei Drittel der Europäer (68 %) geben an, dass sie sich große Sorgen um Hassreden machen, weitere 19 % berichten von moderaten Sorgen. Dieses hohe Maß an Besorgnis deutet darauf hin, dass viele Bürger Hetze als direkte Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt und den respektvollen öffentlichen Diskurs wahrnehmen.

Gefälschte Inhalte, die durch künstliche Intelligenz erzeugt werden, wie Deepfake-Videos oder KI-generierte Falschinformationen, geben ebenfalls Anlass zur Sorge. Insgesamt geben 68% der Befragten an, dass sie sehr besorgt sind, und 19% sind mäßig besorgt. Diese Ergebnisse deuten auf ein wachsendes Bewusstsein für die mit neuen Technologien verbundenen Risiken und ihr Potenzial hin, das Vertrauen in Informationen und Medien weiter zu untergraben.

Auch der Schutz personenbezogener Daten im Internet zählt zu den wichtigsten Anliegen. Rund zwei Drittel der Europäer (68 %) geben an, über dieses Thema sehr besorgt zu sein, während 20 % mäßig besorgt sind. Dies verdeutlicht die anhaltenden Befürchtungen hinsichtlich der Privatsphäre, des Datenmissbrauchs und der Fähigkeit des Einzelnen, die Kontrolle über seine personenbezogenen Daten in digitalen Umgebungen zu behalten.

Auch Drohungen gegen die Meinungsfreiheit geben Anlass zu großer Sorge. Insgesamt geben 67 % der Befragten an, dass sie sehr besorgt sind, weitere 20 % drücken moderate Sorgen aus. Dies deutet darauf hin, dass die Europäer sensibel auf wahrgenommene Risiken für die Grundfreiheiten reagieren, die sich aus Regulierung, Plattformpraktiken oder einem breiteren gesellschaftlichen Druck ergeben.

Bedenken hinsichtlich der gesellschaftlichen Polarisierung sind ebenfalls weit verbreitet. Fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) geben an, sehr besorgt über wachsende Spaltungen zwischen Gruppen in der Gesellschaft zu sein, und 23 Prozent sind mäßig besorgt. Diese Ergebnisse unterstreichen Ängste vor sozialer Fragmentierung und der Schwächung gemeinsamer Werte.

Die Kontrolle der sozialen Medien durch einige große Unternehmen gibt ebenfalls Anlass zu großer Besorgnis. Rund sechs von zehn Befragten (63 Prozent) geben an, dass sie sehr besorgt sind, während 22 Prozent mäßig besorgt sind. Dies deutet auf Unbehagen über die Marktkonzentration und die Macht der großen Plattformen über die öffentliche Debatte hin.

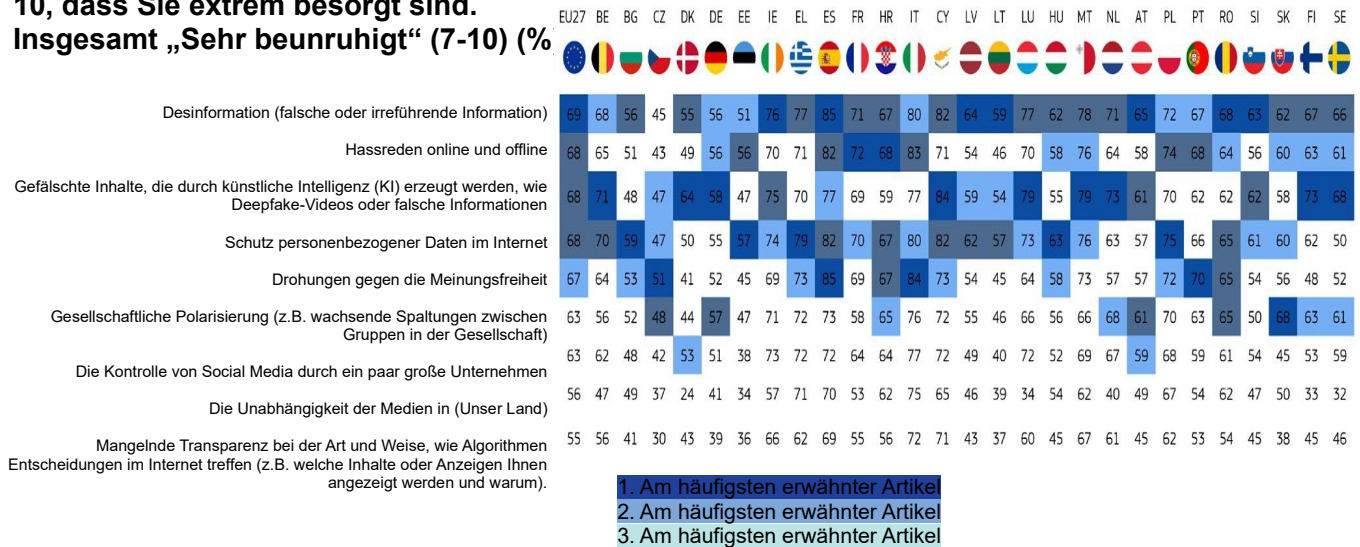
Auch wenn die Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Medien in den eigenen Ländern der Befragten etwas geringer sind als bei anderen Themen, sind sie nach wie vor erheblich. Mehr als die Hälfte der Europäer (56 %) gibt an, sehr besorgt zu sein, und weitere 25 % sind mäßig besorgt. Dies deutet darauf hin, dass Fragen der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in der gesamten Union nach wie vor mitschwingen.

Schließlich ist der Mangel an Transparenz bei der Art und Weise, wie Algorithmen Entscheidungen im Internet treffen, die am wenigsten besorgniserregende der getesteten Probleme, obwohl die Besorgnis nach wie vor weit verbreitet ist. Insgesamt geben 55% der Befragten an, dass sie sehr besorgt sind, und 26% sind mäßig besorgt. Trotz des niedrigsten Rankings deuten diese Zahlen darauf hin, dass undurchsichtige algorithmische Entscheidungsfindung zunehmend als wichtiges Thema anerkannt wird.

Zusammengenommen verstärken die anhaltend hohen Besorgnisse in all diesen kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Fragen das Bild einer Öffentlichkeit, die den Herausforderungen des modernen Informationsumfelds zutiefst Rechnung trägt. Diese Sorgen spiegeln und ergänzen die

im vorherigen Abschnitt beobachteten sicherheitsbezogenen Ängste und weisen auf eine breitere Wahrnehmung von Verletzlichkeit hin, die sowohl physische als auch digitale Dimensionen des zeitgenössischen Lebens umfasst.

QA12 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Insgesamt „Sehr beunruhigt“ (7-10) (%)



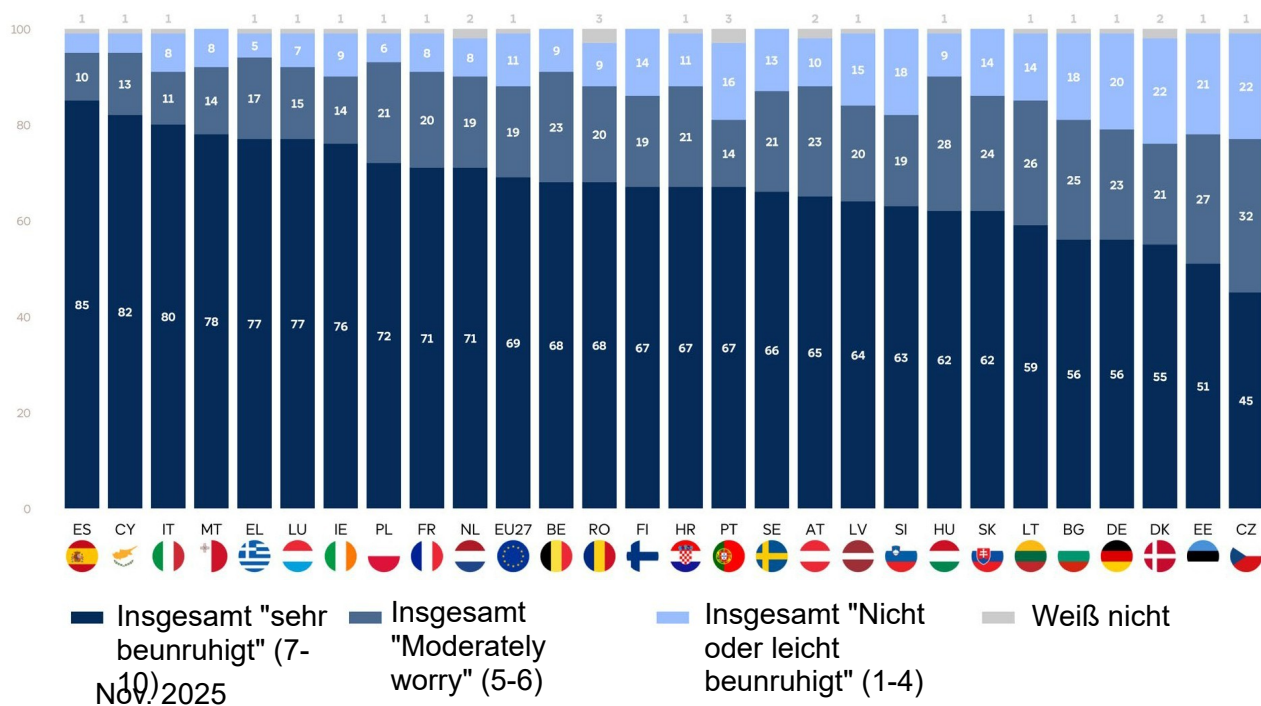
Nach Prüfung der allgemeinen Besorgnisse auf EU-Ebene wird in diesem Abschnitt nun genauer untersucht, wie sich die Sorgen um Kommunikation und gesellschaftliche Fragen in den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden. Während in der Europäischen Union bei allen betrachteten Fragen ein hohes Maß an Besorgnis besteht, ist die Intensität der Besorgnis von Land zu Land sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede können unterschiedliche nationale Kontexte, Medienlandschaften, den Grad der Digitalisierung und die jüngsten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln sowie Erfahrungen mit Herausforderungen wie Desinformation, Medienfreiheit und Online-Schäden gegenüberstellen.

Abgesehen von Unterschieden bei spezifischen Themen zeigt die Umfrage, dass einige Länder über das gesamte Spektrum der Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen hinweg durchweg ein höheres Maß an Besorgnis melden, während andere tendenziell insgesamt ein geringeres Maß an Besorgnis melden. Italien, Spanien, Zypern, Malta, Irland und Griechenland gehören regelmäßig zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an Befragten, die große Besorgnis äußern. Im Gegensatz dazu berichten Tschechien, Dänemark, Estland, Litauen, Bulgarien und die Slowakei tendenziell von einer geringeren Besorgnis über mehrere Themen hinweg, was auf eine allgemein weniger ängstliche Wahrnehmung von Kommunikation und gesellschaftlichen Risiken hinweist. Diese Muster deuten darauf hin, dass der nationale Kontext eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des allgemeinen Gefühls der Anfälligkeit der Europäer im Informationsumfeld spielt.

Die Besorgnis über Desinformation ist in der gesamten Europäischen Union weit verbreitet, wenngleich ihre Intensität von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich ist. Desinformation ist in sieben Ländern das wichtigste Thema im Bereich Kommunikation und Gesellschaft: Spanien (85 %), Irland (76 %), Rumänien (68 %), Österreich (65 %), Lettland (64 %), Slowenien (63 %) und Litauen (59 %), wo es als das besorgniserregendste der getesteten Probleme gilt. Am besorgniserregendsten sind Spanien (85 %), Zypern (82 %) und Italien (80 %), wo mehr als acht von zehn Befragten von großer Besorgnis berichten. Im Gegensatz dazu ist die Sorge um Desinformation in Tschechien, dem einzigen Mitgliedstaat, in dem weniger als die Hälfte der Befragten (45 %) sehr besorgt ist, deutlich geringer. Weniger besorgniserregend sind auch Estland (51 %) und Dänemark (55 %).

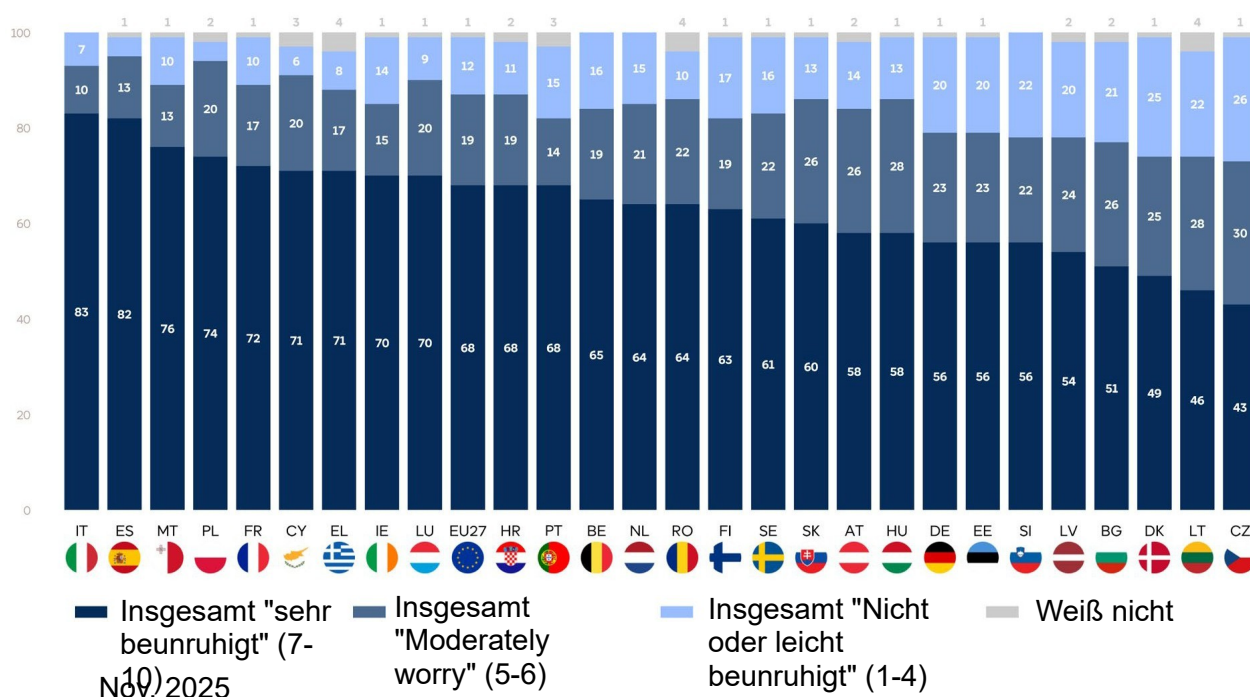
QA12.2 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

Desinformation (falsche oder irreführende Informationen) (%)



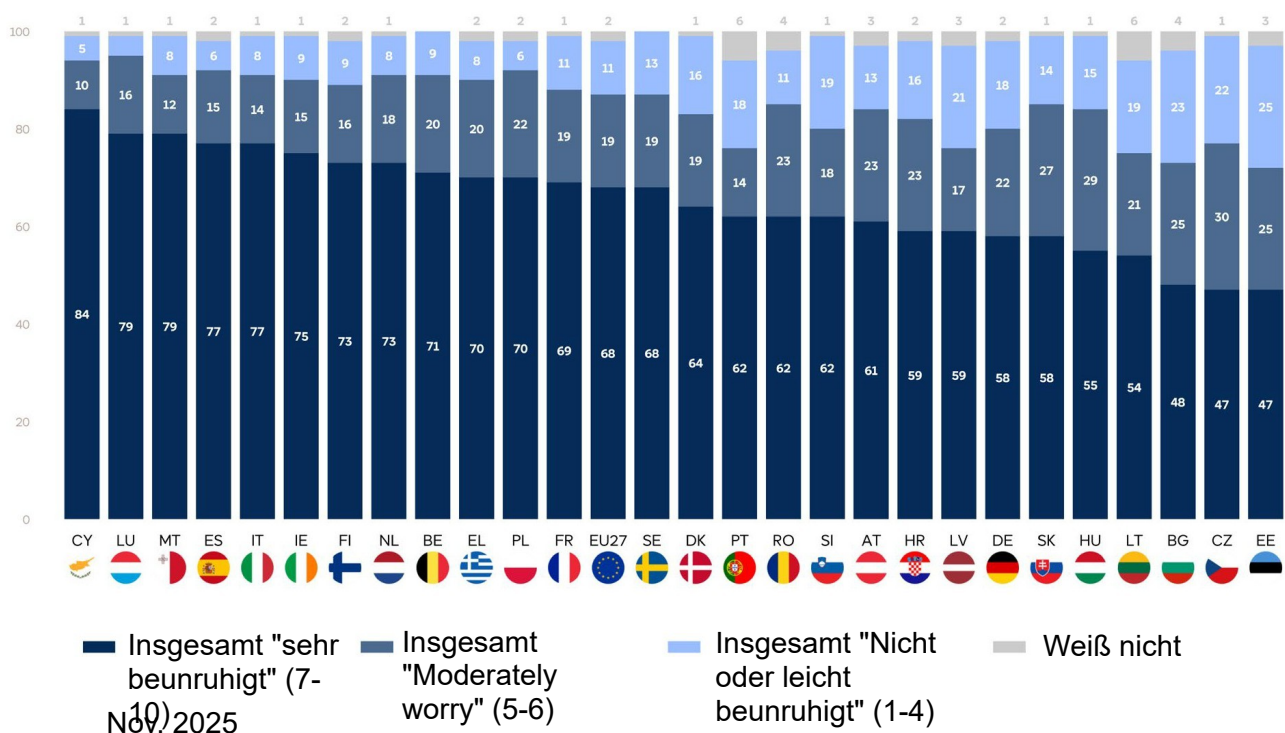
Die Besorgnis über Hetze, sowohl online als auch offline, ist in der Europäischen Union weit verbreitet, obwohl ihre Intensität von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich ist. Hetze ist in zwei Ländern, Frankreich (72 %) und Kroatien (68 %), das wichtigste Anliegen im Bereich Kommunikation und Gesellschaft, wo sie unter den getesteten Themen an erster Stelle steht. Am stärksten beunruhigt sind Italien (83 %), Spanien (82 %) und Malta (76 %). Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten in 24 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis an. Im Gegensatz dazu ist die Besorgnis in Tschechien (43 %), Litauen (46 %) und Dänemark (49 %) spürbar geringer, wo weniger als die Hälfte der Befragten von großer Besorgnis berichtet.

FA12.4 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.
Hetze online und offline (%)



Die Sorge um gefälschte Inhalte, die durch künstliche Intelligenz erzeugt werden, wie Deepfake-Videos oder KI-generierte Falschinformationen, ist in mehreren Mitgliedstaaten besonders ausgeprägt und stellt sich in neun Ländern als das wichtigste Kommunikations- und Gesellschaftsproblem heraus: Zypern (84 %), Luxemburg (79 %), Malta (79 %), Finnland (73 %), die Niederlande (73 %), Belgien (71 %), Schweden (68 %), Dänemark (64 %) und Deutschland (58 %). Die höchsten Besorgnisse sind in Zypern, Luxemburg und Malta zu verzeichnen, wo rund acht von zehn Befragten angeben, dass sie sehr besorgt sind. Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten in 24 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis an. Am anderen Ende der Skala ist die Besorgnis in Estland und Tschechien (jeweils 47 %) sowie in Bulgarien (48 %), wo weniger als die Hälfte der Befragten ein hohes Maß an Besorgnis äußert, deutlich geringer.

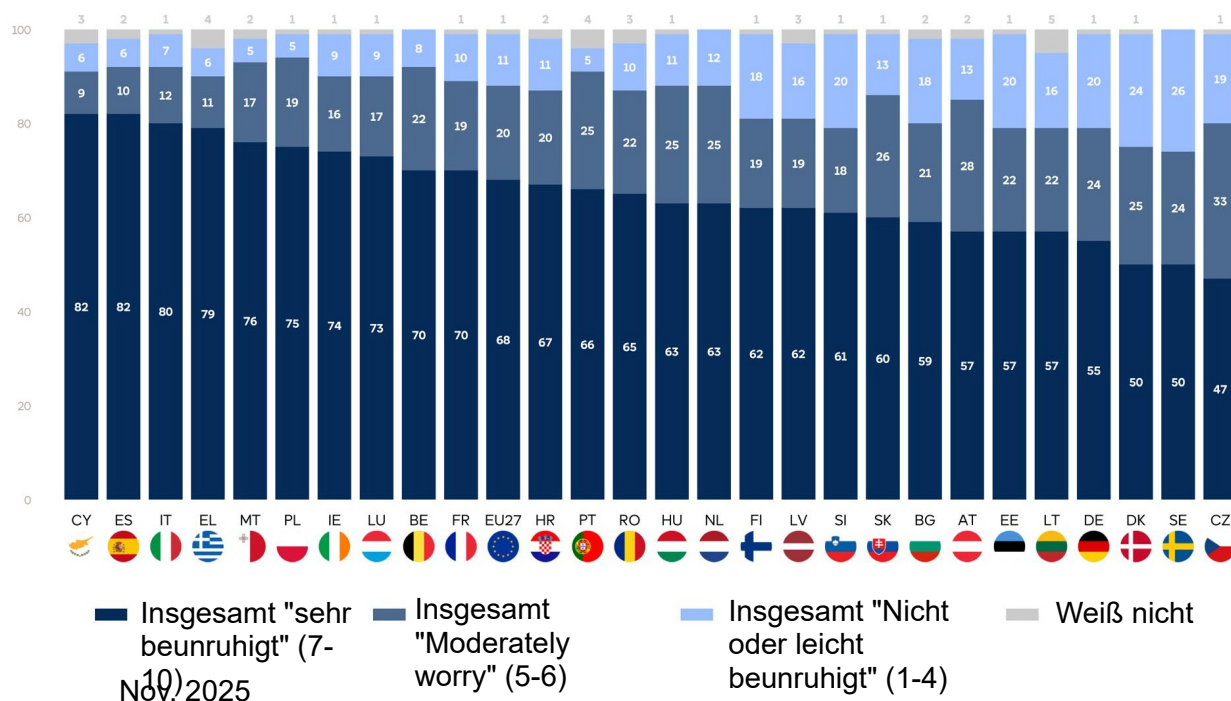
FA12.6 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Gefälschte Inhalte, die durch künstliche Intelligenz (KI) erstellt wurden, wie Deepfake-Videos oder falsche Informationen (%)



Die Sorge um den Schutz personenbezogener Daten im Internet ist in der gesamten Europäischen Union weit verbreitet und zählt in fünf Mitgliedstaaten zu den wichtigsten Fragen im Bereich Kommunikation und Gesellschaft: Griechenland (79 %), Polen (75 %), Ungarn (63 %), Bulgarien (59 %) und Estland (57 %). Am stärksten besorgniserregend sind Zypern und Spanien (jeweils 82 %) sowie Italien (80 %). Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 26 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis. Am wenigsten besorgniserregend sind Tschechien (47 %), Schweden (50 %) und Dänemark (50 %).

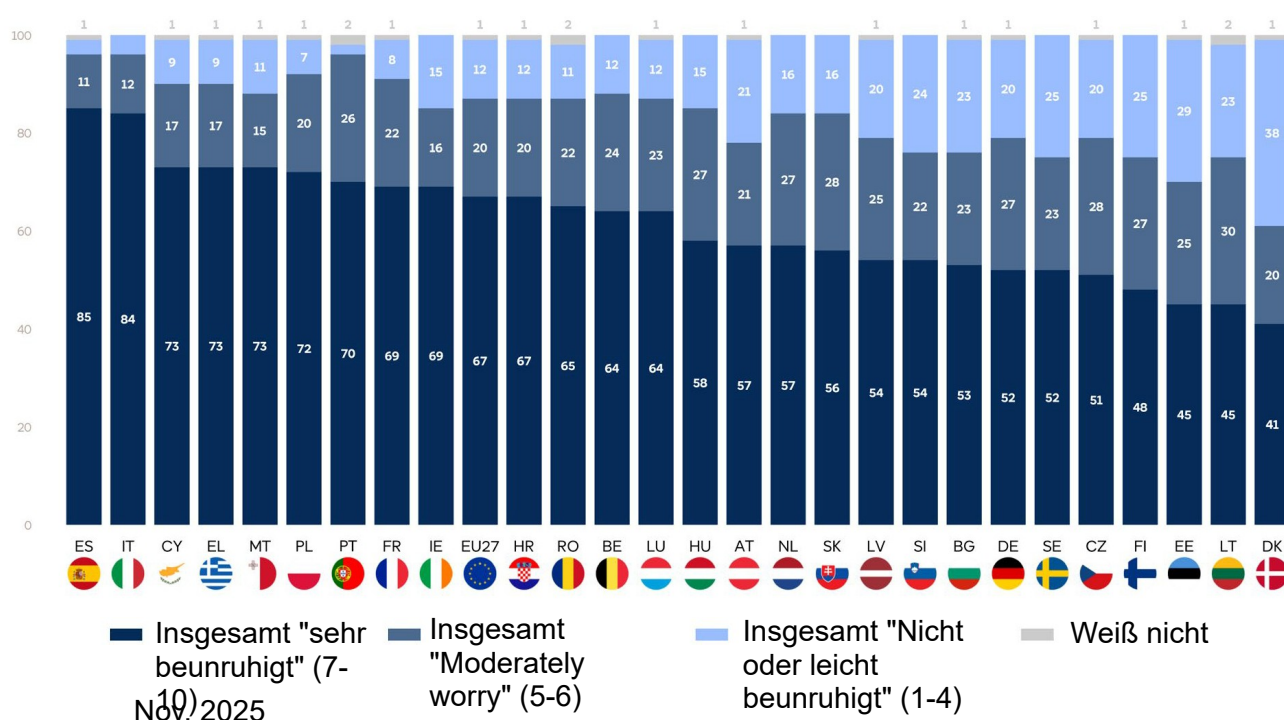
QA12.8 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

Schutz personenbezogener Daten im Internet (%)



Die Besorgnis über Bedrohungen der Meinungsfreiheit ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, bleibt aber in mehreren Ländern nach wie vor weit verbreitet. Dieses Problem stellt sich in vier Mitgliedstaaten als wichtigstes Anliegen im Bereich Kommunikation und Gesellschaft heraus: Spanien (85 %), Italien (84 %), Portugal (70 %) und Tschechien (51 %). Die höchsten Besorgnisse sind in Spanien und Italien zu verzeichnen, wo mehr als acht von zehn Befragten von großer Besorgnis berichten. Insgesamt äußerte mindestens die Hälfte der Befragten in 23 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis. Am anderen Ende der Skala ist die Besorgnis in Dänemark (41 %) sowie in Litauen und Estland (jeweils 45 %) deutlich geringer.

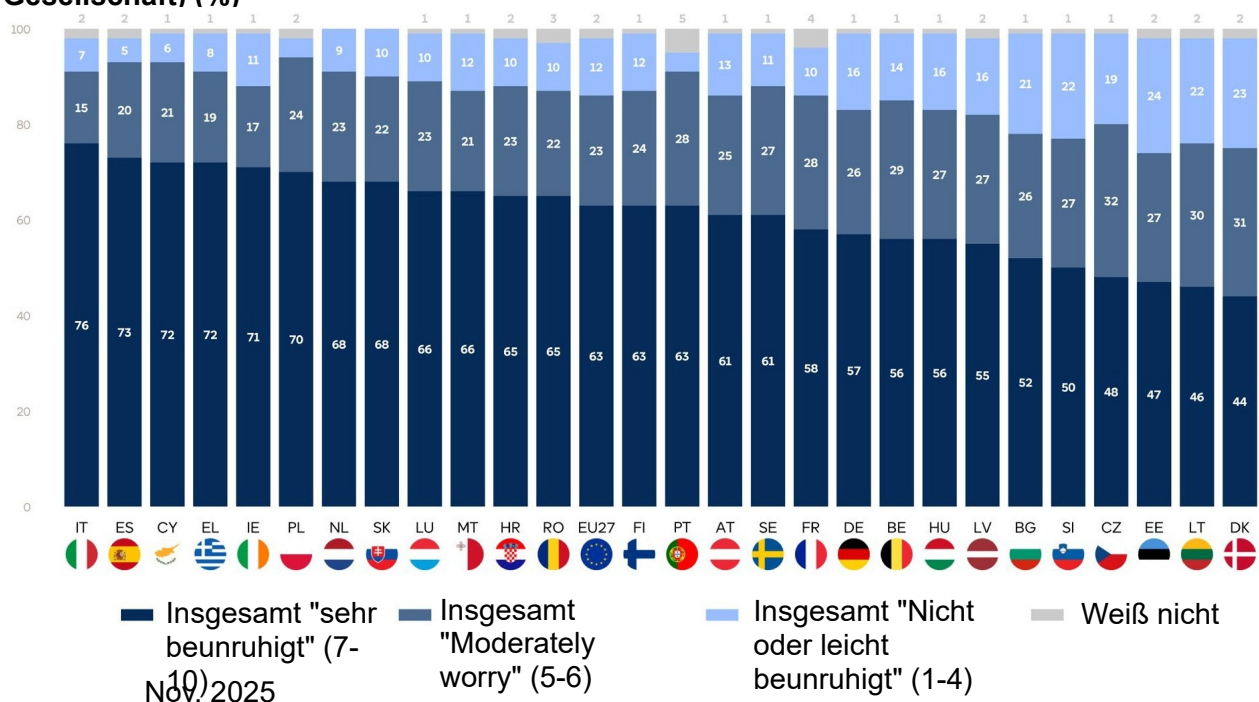
QA12.9 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.
Gefährdung der Meinungsfreiheit (%)



Die Sorge um die gesellschaftliche Polarisierung oder die wachsende Spaltung zwischen Gruppen in der Gesellschaft ist in der gesamten Europäischen Union weit verbreitet, obwohl sie sich in nur einem Mitgliedstaat, der Slowakei (68 %), als die größte kommunikations- und gesellschaftsbezogene Sorge herausstellt. Am besorgniserregendsten sind Italien (76 %), Spanien (73 %) sowie Zypern und Griechenland (beide 72 %). Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten in 23 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis an. Am geringsten ist die Besorgnis dagegen in Dänemark (44 %), Litauen (46 %) und Estland (47 %).

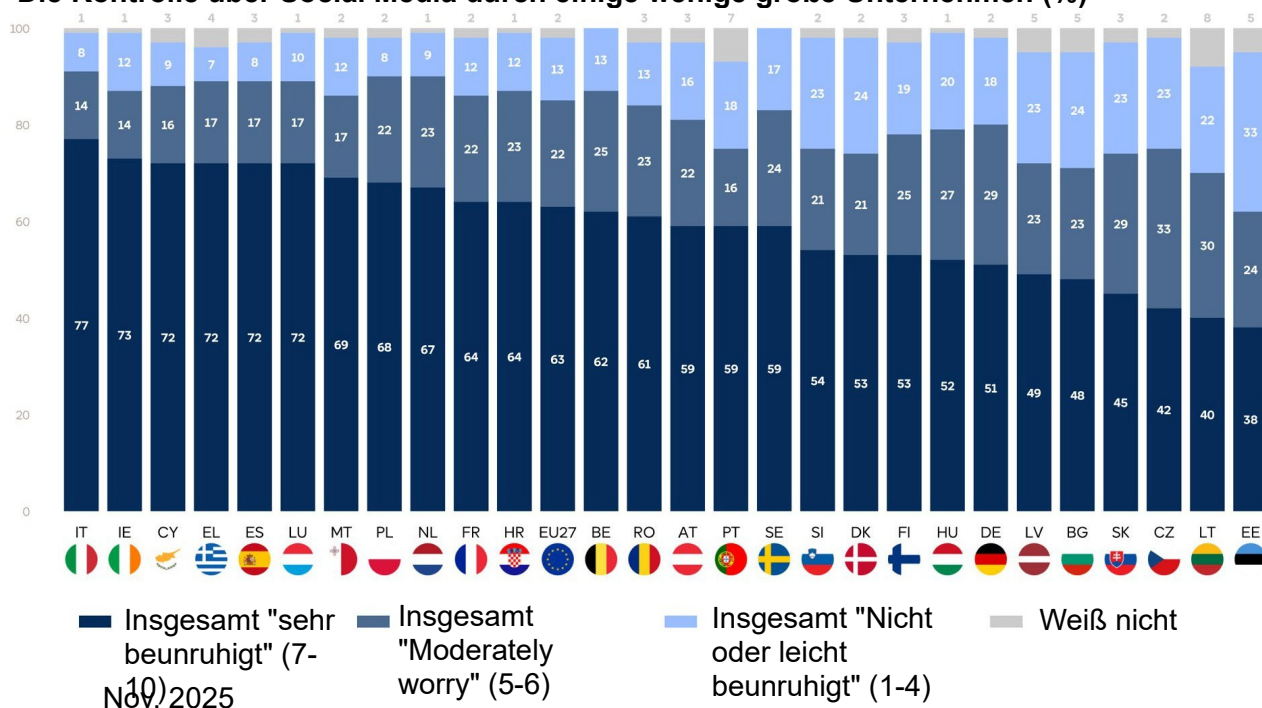
QA12.5 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

Gesellschaftliche Polarisierung (z. B. wachsende Spaltungen zwischen Gruppen in der Gesellschaft) (%)



Die Kontrolle der sozialen Medien durch einige wenige große Unternehmen ist in der gesamten Europäischen Union ein erhebliches Problem, wenngleich der Grad der Besorgnis in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ist. Die höchsten Anteile der Befragten, die sich große Sorgen um dieses Thema machen, finden sich in Italien (77 %), Irland (73 %) und Zypern, Griechenland, Spanien und Luxemburg (alle 72 %). Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten in 21 Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Besorgnis an. Am anderen Ende der Skala ist die Sorge in Estland (38 %), Litauen (40 %) und Tschechien (42 %) am geringsten.

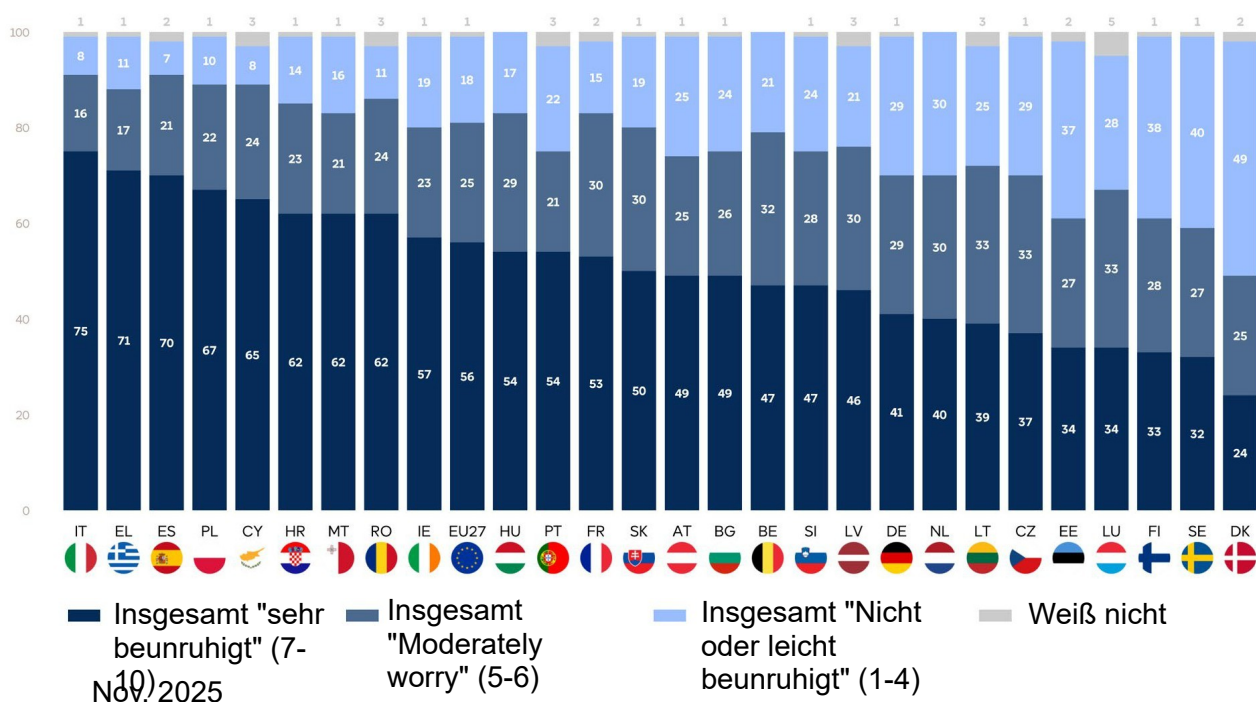
FA12.7 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Die Kontrolle über Social Media durch einige wenige große Unternehmen (%)



Die Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Medien sind in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Die höchsten Anteile der Befragten, die sich große Sorgen um dieses Thema machen, finden sich in Italien (75 %), Griechenland (71 %) und Spanien (70 %). Insgesamt gibt mindestens die Hälfte der Befragten an, dass sie sich große Sorgen um die Unabhängigkeit der Medien in 13 Ländern machen. In Dänemark (24 %), Schweden (32 %) und Finnland (33 %) hingegen ist die Sorge am geringsten.

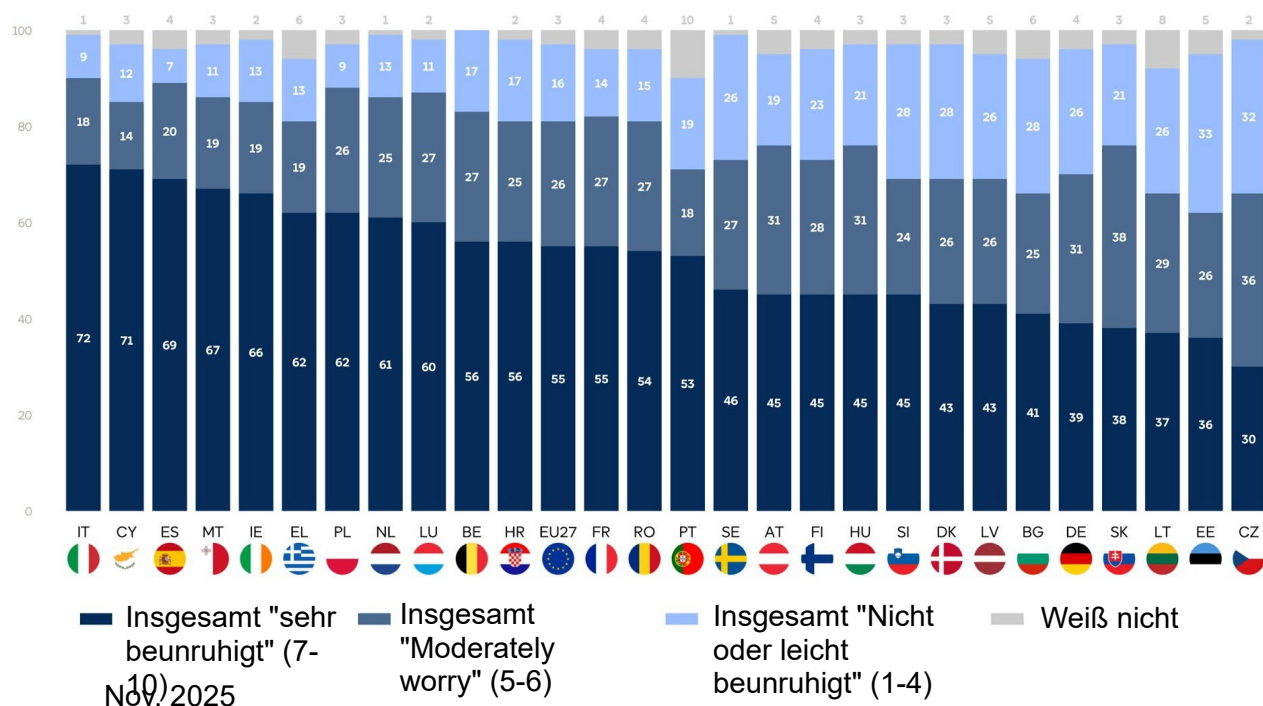
QA12.3 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind.

Die Unabhängigkeit der Medien in (UNSER LAND) (%)



Schließlich sind die Bedenken hinsichtlich der mangelnden Transparenz bei der Art und Weise, wie Algorithmen Entscheidungen im Internet treffen, von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. Die größten Anteile der Befragten, die sich große Sorgen um dieses Thema machen, finden sich in Italien (72 %), Zypern (71 %) und Spanien (69 %). Insgesamt gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sie sich in 14 Ländern große Sorgen um dieses Thema machen. Am wenigsten besorgniserregend sind dagegen Tschechien (30 %), Estland (36 %) und Litauen (37 %).

FA12.1 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Mangelnde Transparenz bei der Art und Weise, wie Algorithmen Entscheidungen im Internet treffen (z. B. welche Inhalte oder Anzeigen Ihnen angezeigt werden und warum) (%)



Die Sorgen um Kommunikation und gesellschaftliche Themen unterscheiden sich je nach soziodemografischen Gruppen.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind begrenzt, wobei die bemerkenswerteste Lücke bei Hetze online und offline zu beobachten ist. Frauen sind wahrscheinlicher als Männer sehr besorgt über dieses Problem (71% vs. 64%), was darauf hindeutet, dass Frauen Hassreden als eine unmittelbare oder persönlich relevante Sorge wahrnehmen können.

Im Falle des Alters ist die Wahrscheinlichkeit, dass jüngere Befragte (15-24 Jahre) in einer Reihe von Fragen stark beunruhigt sind, durchweg geringer. Insbesondere äußern sie weniger Besorgnis über die Unabhängigkeit der Medien (48 % sehr besorgt) als Befragte ab 40 Jahren (57 %). Die Befragten in den mittleren Altersgruppen (25-54 Jahre) sind häufiger als die jüngste Gruppe sehr besorgt über die mangelnde Transparenz bei der Art und Weise, wie Algorithmen online Entscheidungen treffen (56 % vs. 50 %), während ältere Befragte (40+) ein höheres Maß an Besorgnis über Hetze melden als junge Menschen (69 % vs. 64 %). Diese Muster deuten darauf hin, dass die Wahrnehmung kommunikationsbezogener Risiken mit dem Alter zunimmt, obwohl die Auswirkungen je nach spezifischem Thema variieren.

Befragte mit mittlerem oder hohem Bildungsniveau berichten durchweg häufiger von großer Sorge um alle Themen in diesem Bereich als Befragte mit niedrigem Bildungsniveau. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass die Hochschulbildung mit einem größeren Bewusstsein für gesellschaftliche und technologische Risiken oder einem stärkeren Gefühl der persönlichen und kollektiven Verletzlichkeit in diesen Bereichen verbunden sein kann.

Einige Wahrnehmungen von Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Fragen variieren auch je nach Einstellung der Befragten zur Europäischen Union. Befragte, die ein negatives Bild von der EU haben, äußern mit größerer Wahrscheinlichkeit große Besorgnis über eine Reihe von Fragen: die Unabhängigkeit der Medien, wo 67 % sagen, dass sie sehr besorgt sind, verglichen mit 52 % derjenigen, die ein positives Bild von der EU haben; Bedrohungen der Meinungsfreiheit (75 % gegenüber 64 %); und der Schutz personenbezogener Daten im Internet (73 % vs. 65 %). Diese Ergebnisse könnten darauf hindeuten, dass die Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, tendenziell auch weniger Vertrauen in andere Institutionen, einschließlich der Medien, haben und sich mehr Sorgen darüber machen, wie ihre Freiheiten und Rechte tatsächlich geschützt werden.

QA12 Und wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden Kommunikations- und gesellschaftsbezogenen Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Insgesamt „Hochbesorgt“ (7-10) (% - EU)

	Desinforma- tion (falsche oder irreführende Information)	Hassreden online und offline	Gefälschte Inhalte, die durch künstliche Intelligenz (KI) erstellt wurden, wie Deepfake- Videos oder falsche Informationen	Schutz personenbe- zogener Daten im Internet	Drohungen gegen die Meinungs- freiheit	Die Kontrolle von Social Media durch ein paar große Unternehm- en	Gesellschaftli- che Polarisierung (z.B. wachsende Spaltungen zwischen Gruppen in der Gesellschaft)	Die Unabhä- ngigkeit der Medien in (Unser Land)	Mangelnde Transparenz bei der Art und Weise, wie Algorithmen Entscheidungen im Internet treffen (z. B. welche Inhalte oder Anzeigen Ihnen angezeigt werden und warum)
EU-27	69	68	68	68	67	63	63	56	55
Geschlecht									
Mann	68	64	66	68	66	63	63	55	54
Frau	70	71	68	68	68	62	65	55	55
Alter									
15-24	67	64	67	66	63	60	60	48	50
25-39	70	67	68	69	67	63	64	55	56
40-54	69	69	67	70	67	63	65	57	56
55+	70	69	67	66	67	62	64	57	54
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	65	64	62	61	65	56	56	51	47
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	70	69	69	71	69	64	67	59	57
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	73	71	69	68	65	66	67	53	58
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	70	67	68	70	66	64	62	60	55
Führungskräfte	67	65	65	65	64	62	63	51	52
Andere weiße Kragen	70	68	67	69	67	65	66	58	57
Handarbeitskräfte	69	69	67	71	69	63	65	58	57
Hauspersonen	71	71	71	75	70	62	64	61	59
Arbeitslose	73	71	72	71	71	70	64	56	60
in den Ruhestand	70	70	66	65	66	60	64	54	52
Studierende	67	63	67	64	62	62	61	45	50
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	73	68	67	70	71	65	65	62	57
Von Zeit zu Zeit	71	71	66	71	71	65	65	60	57
Fast nie / Nie	68	67	67	66	65	61	64	53	53
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	68	65	65	65	66	59	59	54	53
Kleine oder mittelgroße Stadt	69	69	68	67	67	63	65	57	55
Großstadt	72	70	69	70	68	66	67	54	57
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online- Plattformen genutzt	70	69	68	69	67	64	64	56	56
Keine	65	62	57	55	62	50	59	51	44
Bild der EU									
Positiv	70	69	67	65	64	63	65	52	55
neutral	67	67	66	68	67	60	61	56	54
Negativ	74	67	68	73	75	67	66	67	57
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	71	69	68	66	65	62	65	51	55
Eine schlechte Sache	67	64	66	68	73	64	62	67	53
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	69	67	66	71	70	63	62	62	54

3. FACING GLOBAL HERAUSFORDERUNGE N

3. FACING GLOBAL HERAUSFORDERUNGEN

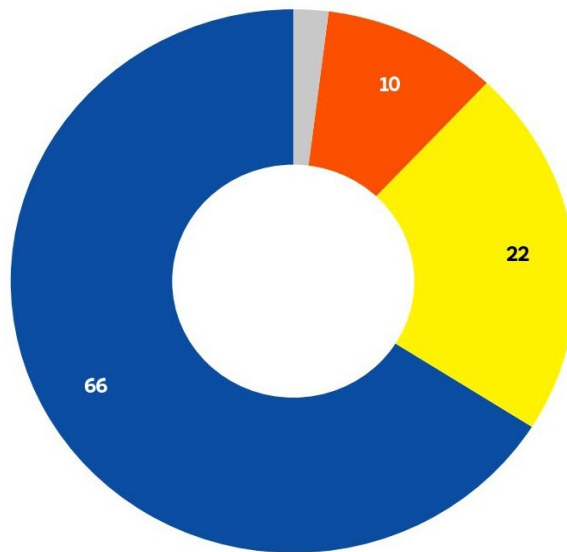
In diesem Kapitel werden die Ansichten der europäischen Bürgerinnen und Bürger zur Rolle der Europäischen Union beim Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger, bei der Bewältigung globaler Herausforderungen und bei der Stärkung ihrer Position in der Welt erörtert. Er unterstreicht die breite Unterstützung der Öffentlichkeit für eine wichtigere Rolle der EU beim Schutz vor Krisen und Sicherheitsrisiken mit starken Erwartungen an die Einheit zwischen den Mitgliedstaaten, einer entschlosseneren internationalen Stimme und erhöhten Ressourcen zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Die Bürgerinnen und Bürger ermitteln auch Schlüsselprioritäten für die strategische Ausrichtung der EU, darunter Verteidigung und Sicherheit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Energieunabhängigkeit sowie Bildung und Forschung. Insgesamt hängen die Wahrnehmungen der Schutzfunktion und des globalen Einflusses der EU eng mit den Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft zusammen, wobei die Mehrheit sie als Quelle der Beruhigung in einer unsicheren Welt betrachtet, obwohl es Unterschiede zwischen den Ländern, soziodemografischen Gruppen und dem Umfang der Unterstützung durch die EU gibt.

Rolle der EU beim Schutz der EU-Bürger

Vor dem Hintergrund verschärfter internationaler Spannungen, geopolitischer Instabilität und sich entwickelnder Sicherheitsbedrohungen haben die Erwartungen an die Rolle der Europäischen Union beim Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger wieder an Bedeutung gewonnen. Vor diesem Hintergrund wurden die Befragten gefragt, ob sie der Ansicht sind, dass die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken wichtiger, gleich oder in Zukunft weniger wichtig werden sollte.

Zwei Drittel der Europäer sagen, dass die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken in Zukunft an Bedeutung gewinnen sollte (66 %). Etwa ein Fünftel (22%) der Bevölkerung sagt, dass diese Rolle gleich bleiben sollte, und einer von zehn (10%), dass diese Rolle weniger wichtig werden sollte. Diese Anteile haben sich seit Mai 2025 nur geringfügig geändert, was darauf hindeutet, dass die Erwartungen der Öffentlichkeit in Bezug auf die Schutzfunktion der EU nach wie vor stark sind.

QA6 Würden Sie sagen: In Zukunft sollte die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken ... (EU27) (%)



...wird wichtiger ▼ 2

...bleibt gleich ▲ 3

...werden weniger wichtig ▼ 1

Weiß nicht =

...wird wichtiger

bleib gleich

...werden weniger wichtig

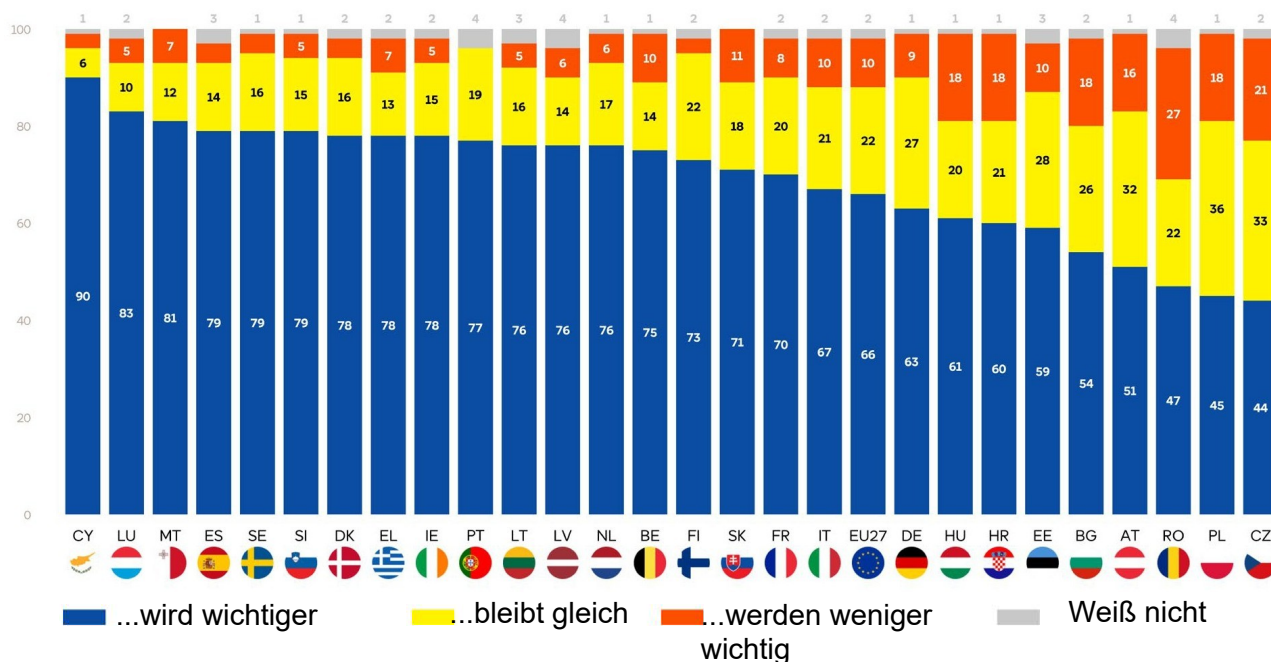
Weiß nicht

▲ ▼ (Nov 2025 - Mai 2025)

Nov. 2025

In allen Mitgliedstaaten ist eine relative Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger in Zukunft wichtiger werden sollte. Diese Ansicht teilen mehr als die Hälfte der Befragten in 24 Mitgliedstaaten und mehr als zwei Drittel der Befragten in 18 Mitgliedstaaten. Mindestens acht von zehn Befragten teilen diese Ansicht in drei Ländern: Zypern (90 %), Luxemburg (83 %) und Malta (81 %). Am anderen Ende der Skala sind nach wie vor Tschechien (44 %), Polen (45 %) und Rumänien (47 %) die Länder mit den wenigsten Befragten, die der Ansicht sind, dass die Rolle der EU in dieser Hinsicht an Bedeutung gewinnen sollte.

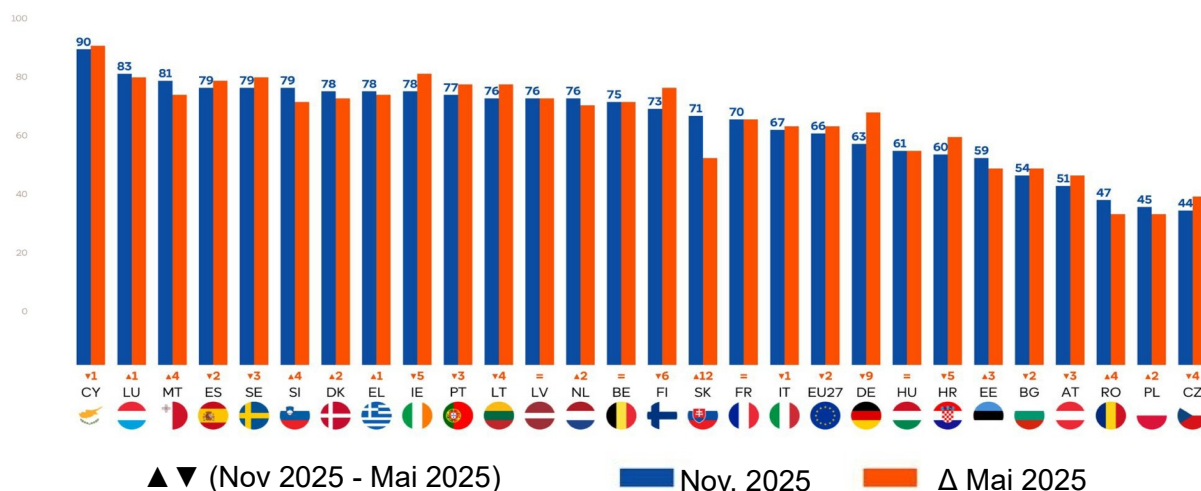
QA6 Würden Sie sagen: In Zukunft sollte die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken ... (%)



Nov. 2025

In den meisten Ländern hat sich der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger in Zukunft an Bedeutung gewinnen sollte, seit Mai 2025 nur geringfügig verändert. Der Mitgliedstaat, in dem dieser Anteil deutlich gestiegen ist, ist die Slowakei (71 %, +12 Prozentpunkte). Umgekehrt sind in einer begrenzten Zahl von Ländern erhebliche Rückgänge zu verzeichnen, insbesondere in Deutschland (63 %, –9 Prozentpunkte), gefolgt von Finnland (73 %, –6 Prozentpunkte), Irland (78 %, –5 Prozentpunkte) und Kroatien (60 %, –5 Prozentpunkte).

QA6 Würden Sie sagen: In Zukunft sollte die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken ... wichtiger werden (EU27) (%)



Die Erwartungen an eine stärkere Rolle der Europäischen Union beim Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken werden von soziodemografischen Gruppen weitgehend geteilt, obwohl je nach den Merkmalen und Einstellungen der Befragten einige Unterschiede zu beobachten sind.

In Bezug auf das Geschlecht sind die Erwartungen identisch. Zwei Drittel der Männer und Frauen (66 % in jeder Gruppe) sind der Ansicht, dass die Rolle der EU in diesem Bereich in Zukunft an Bedeutung gewinnen sollte, was darauf hindeutet, dass das Geschlecht die Erwartungen in Bezug auf die Schutzrolle der Union nicht beeinflusst.

Altersbedingte Unterschiede sind begrenzt, aber bei jüngeren Befragten sind die Erwartungen etwas stärker. Sieben von zehn Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren (70 %) gehen davon aus, dass die Rolle der EU beim Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, verglichen mit etwa zwei Dritteln der 25- bis 54-Jährigen (66 %) und der 55- bis über 65-Jährigen (65 %). Während die Erwartungen über alle Altersgruppen hinweg hoch sind, deutet dieses Muster auf eine geringfügig höhere Nachfrage nach einer stärkeren Rolle der EU bei den jüngsten Europäern hin.

Je nach Bildungsniveau treten ausgeprägtere Unterschiede auf. Befragte mit einem hohen Bildungsniveau erwarten besonders wahrscheinlich, dass die Rolle der EU beim Schutz der Bürgerinnen und Bürger an Bedeutung gewinnt (74 %), verglichen mit Befragten mit einem mittleren Bildungsniveau (64 %) und einem niedrigen Bildungsniveau (61 %). Dieser Gradient deutet darauf hin, dass ein höherer Bildungsabschluss mit einer stärkeren öffentlichen Nachfrage nach einer verstärkten Rolle der EU bei der Bewältigung globaler Krisen und Sicherheitsrisiken einhergeht.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen prägen in gewisser Weise die Erwartungen. Befragte, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, äußern etwas häufiger Erwartungen an eine stärkere Schutzfunktion der EU (68 %) als diejenigen, die von Zeit zu Zeit (62 %) oder meistens (63 %) Schwierigkeiten haben.

Attitudinale Faktoren gehören zu den stärksten Unterscheidungsmerkmalen. Eine große Mehrheit der Befragten, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, geht davon aus, dass ihre Rolle beim Schutz der Bürger an Bedeutung gewinnen wird (78 %), verglichen mit weniger als der Hälfte derjenigen, die ein negatives Bild von der EU haben (48 %).

In ähnlicher Weise äußern die Befragten, die optimistisch für die Zukunft der EU sind, deutlich höhere Erwartungen an eine stärkere Schutzfunktion (73 %) als diejenigen, die pessimistisch sind (56 %).

Schließlich hängen die Erwartungen eng mit der Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft zusammen. Fast acht von zehn Befragten, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, erwarten, dass die Rolle der Union beim Schutz der Bürger an Bedeutung gewinnt (79 %). Umgekehrt sind die Erwartungen bei denjenigen, die die EU-Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten, deutlich niedriger (36 %). Dieser Kontrast unterstreicht den starken Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Wert der EU-Mitgliedschaft und der öffentlichen Forderung nach einer stärkeren Rolle der EU beim Schutz der Bürger in einem zunehmend unsicheren globalen Umfeld.

QA6 Würden Sie sagen: In Zukunft sollte die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der europäischen Bürger vor globalen Krisen und Sicherheitsrisiken ... (% - EU)				
	...wird wichtiger	...werden weniger wichtig	...bleibt gleich	Weiß nicht
EU-27	66	10	22	2
Geschlecht				
Mann	66	11	22	1
Frau	66	9	23	2
Alter				
15-24	70	7	21	2
25-39	66	11	22	1
40-54	66	11	22	1
55+	65	10	22	3
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	61	11	24	4
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	64	11	24	1
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	74	7	18	1
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	69	12	18	1
Führungskräfte	71	7	21	1
Andere weiße Kragen	67	10	22	1
Handarbeitskräfte	63	12	24	1
Hauspersonen	62	14	21	3
Arbeitslose	65	12	21	2
in den Ruhestand	65	9	23	3
Studierende	71	5	22	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	63	15	19	3
Von Zeit zu Zeit	62	14	22	2
Fast nie / Nie	68	8	22	2
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	62	11	24	3
Kleine oder mittelgroße Stadt	67	11	21	1
Großstadt	69	7	22	2
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	67	10	22	1
Keine	58	11	26	5
Bild der EU				
Positiv	78	4	17	1
neutral	57	10	30	3
Negativ	48	28	21	3
Mitgliedschaft in der Europäischen Union				
Eine gute Sache	79	3	17	1
Eine schlechte Sache	36	41	20	3
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	48	13	36	3

Globale Herausforderungen meistern

Die Europäische Union sieht sich zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert, die über nationale Grenzen hinausgehen. Vor diesem Hintergrund wurden die Befragten gefragt, inwieweit sie einer Reihe von Erklärungen zustimmen oder nicht zustimmen, in denen die Notwendigkeit einer größeren Einheit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, einer stärkeren Stimme der EU auf internationaler Ebene und verstärkten Mitteln für die Europäische Union zur wirksamen Bewältigung der aktuellen globalen Herausforderungen bewertet wird.

Auf EU-Ebene herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Europäische Union kollektiver und entschlossener handeln muss, um die aktuellen globalen Herausforderungen anzugehen. Fast neun von zehn Befragten (89 %) sind der Ansicht, dass die EU-Mitgliedstaaten stärker geeint sein sollten, um diesen Herausforderungen zu begegnen, ein Anteil, der nach wie vor sehr hoch ist und seit Mai 2025 weitgehend stabil geblieben ist (-1 Prozentpunkte). Eine ähnlich große Mehrheit stimmt darin überein, dass die Europäische Union auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben sollte (86 %, neuer Punkt).

Obwohl sie immer noch von einer klaren Mehrheit unterstützt wird, ist die Einigung etwas geringer, wenn es um die der EU zur Verfügung stehenden Ressourcen geht. Fast drei Viertel der Befragten (73 %) sind sich einig, dass die Europäische Union mehr Mittel benötigt, um den aktuellen globalen Herausforderungen zu begegnen. Dies entspricht einem leichten Rückgang seit Mai 2025 (-4 Prozentpunkte).

QA7 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? (EU27) (%)

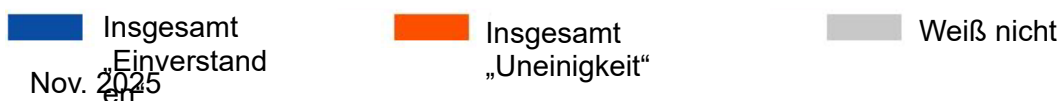
Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker geeint sein, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen.



Die Europäische Union sollte auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben

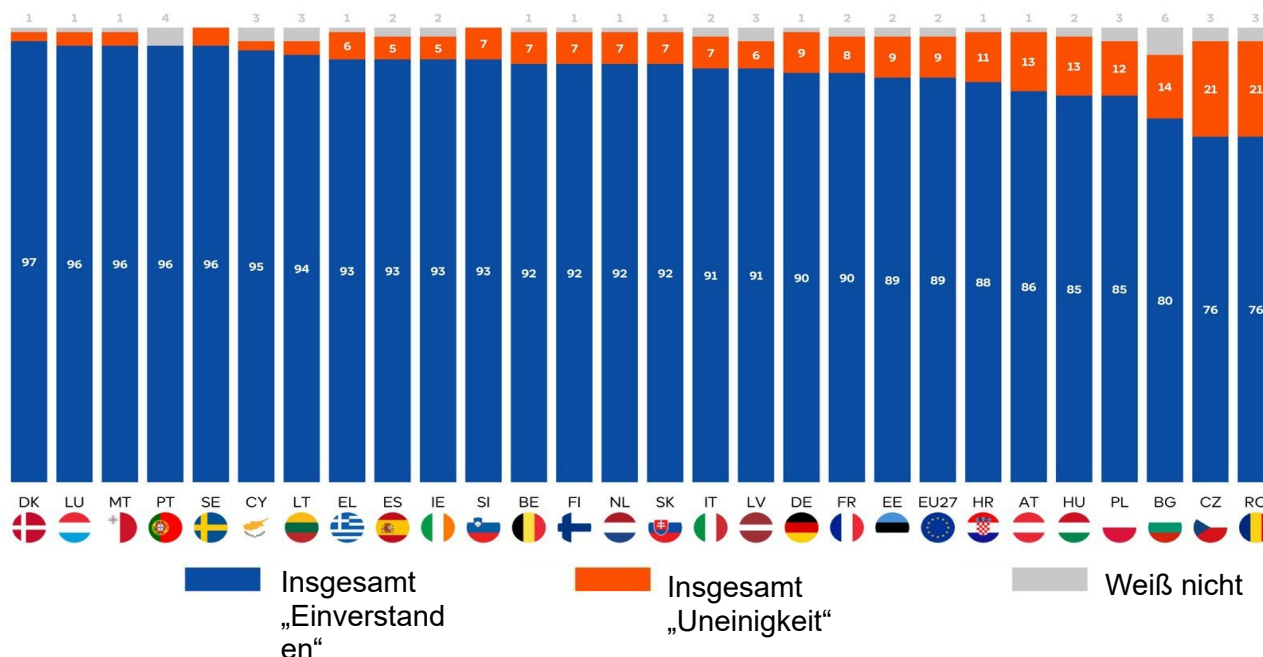


Die Europäische Union braucht mehr Mittel, um den aktuellen globalen Herausforderungen zu begegnen



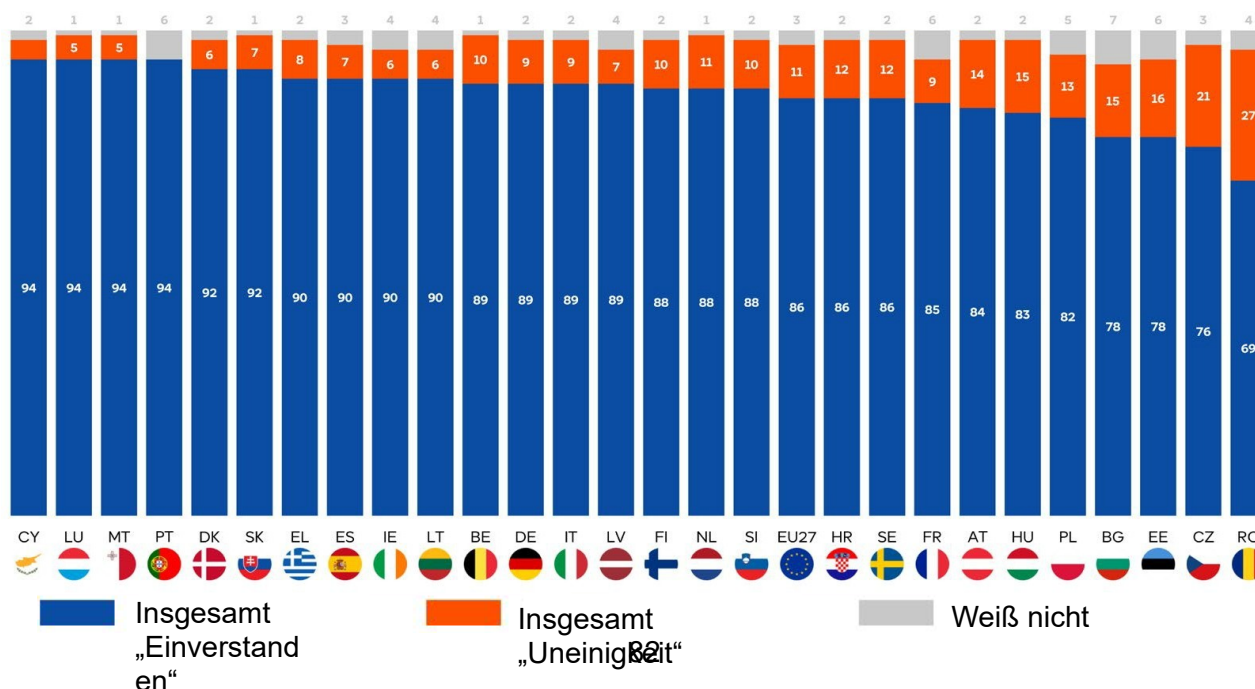
In der gesamten Union herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die EU-Mitgliedstaaten stärker geeint sein sollten, um den aktuellen globalen Herausforderungen zu begegnen. In allen Mitgliedstaaten stimmen mehr als drei Viertel der Befragten dieser Aussage zu und betonen eine starke und gemeinsame Wahrnehmung der Notwendigkeit einer größeren Einheit auf EU-Ebene. Eine Mehrheit der Länder zeigt äußerst starke Unterstützung, wobei mindestens neun von zehn Befragten in 19 Mitgliedstaaten zustimmen. Am höchsten ist die Zustimmung in Dänemark (97 %), dicht gefolgt von Luxemburg, Malta, Portugal und Schweden (jeweils 96 %). Am anderen Ende der Skala ist die Einigung in Tschechien und Rumänien (beide 76 %) sowie in Bulgarien (80 %) nach wie vor hoch, aber vergleichsweise niedriger.

QA7.1 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker geeint sein, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen (%)



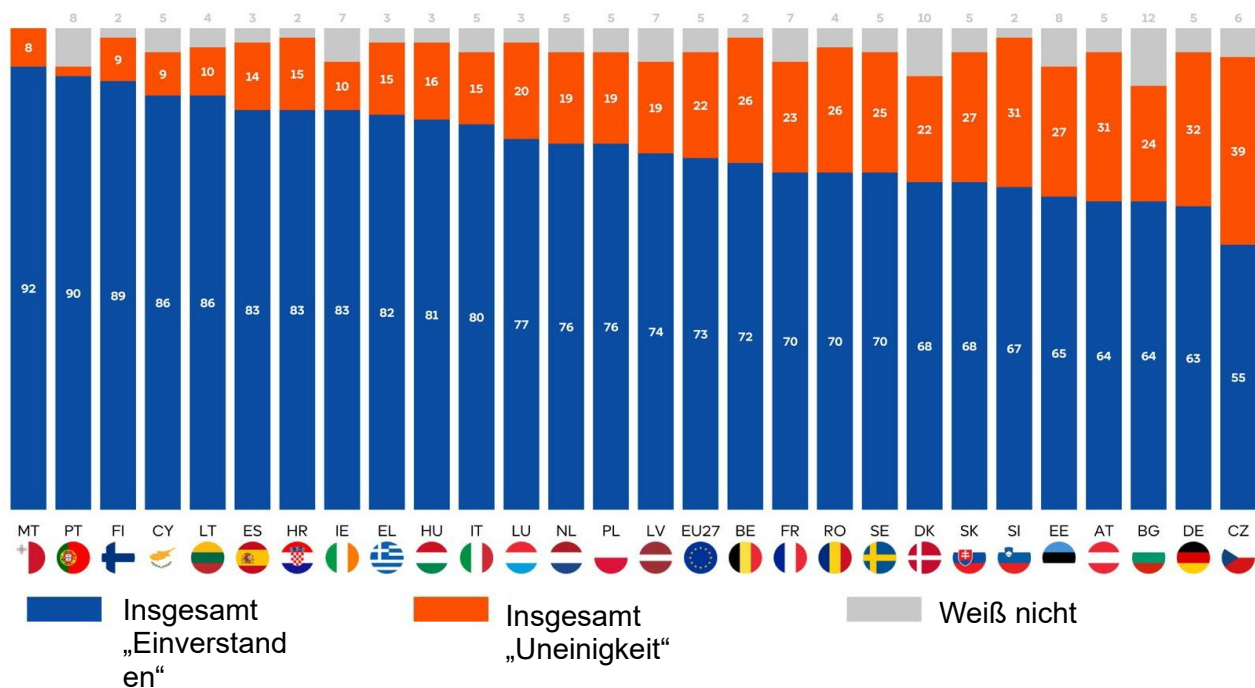
In ähnlicher Weise herrscht Einigkeit darüber, dass die Europäische Union auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben sollte. In jedem Mitgliedstaat stimmen mehr als zwei Drittel der Befragten dieser Aussage zu und unterstreichen die allgemeinen Erwartungen an eine einflussreichere EU-Präsenz auf globaler Ebene. Eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten findet besonders starke Unterstützung, wobei mehr als acht von zehn Befragten in 23 Ländern zustimmen. Die höchsten Übereinstimmungen wurden in Zypern, Luxemburg, Malta und Portugal erzielt (jeweils 94 %). In Rumänien (69 %), Tschechien (76 %) sowie Estland und Bulgarien (beide 78 %) hingegen ist die Einigung vergleichsweise niedriger, wenngleich sie nach wie vor von deutlichen Mehrheiten gestützt wird.

QA7.3 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die Europäische Union sollte auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben (%)



Schließlich herrscht vergleichsweise weniger Einigkeit darüber, dass die Europäische Union mehr Mittel benötigt, um den aktuellen globalen Herausforderungen zu begegnen, als in den beiden anderen Erklärungen, obwohl sie immer noch von Mehrheiten in allen Mitgliedstaaten unterstützt wird, angeführt von Malta (92 %), Portugal (90 %) und Finnland (89 %). Am anderen Ende der Skala ist die Einigung in Tschechien (55 %), Deutschland (63 %) sowie Österreich und Bulgarien (jeweils 64 %) begrenzter.

QA7.2 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die Europäische Union braucht mehr Mittel zur Bewältigung der aktuellen globalen Herausforderungen (%)



Die Unterstützung für eine stärkere Europäische Union, die besser in der Lage ist, globale Herausforderungen zu bewältigen, wird im Großen und Ganzen von soziodemografischen Gruppen geteilt, obwohl je nach Einstellung gegenüber der EU stärkere Unterschiede auftreten.

In Bezug auf das Geschlecht gibt es keine signifikanten Unterschiede in der Übereinstimmung mit einer der drei Aussagen, was darauf hindeutet, dass Männer und Frauen sehr ähnliche Ansichten vertreten.

Altersunterschiede sind begrenzt. Die Einigung darüber, dass die EU-Mitgliedstaaten geeinter sein sollten und dass die EU eine stärkere Stimme haben sollte, ist in allen Altersgruppen weitgehend einheitlich. Bei der Aussage, dass die Europäische Union mehr Mittel benötigt, um den aktuellen globalen Herausforderungen zu begegnen, gibt es leichte Abweichungen, wobei jüngere Befragte etwas stärkere Unterstützung zum Ausdruck bringen: 77 % der 15- bis 24-Jährigen, 76 % der 25- bis 39-Jährigen, 74 % der 40- bis 54-Jährigen und 71 % der über 55-Jährigen stimmen dieser Aussage zu. Dieses Muster deutet auf eine geringfügig höhere Nachfrage jüngerer Europäer nach zusätzlichen EU-Mitteln hin.

Das Bildungsniveau zeigt einen spürbaren Effekt. Befragte mit einem hohen Bildungsniveau stimmen eher allen drei Aussagen zu. Insbesondere befürworten 93 % der hochqualifizierten Befragten eine größere Einheit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, 90 % sind sich einig, dass die EU auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben sollte, und 77 % sind der Ansicht, dass die EU mehr Mittel benötigt, wobei der Zusammenhang zwischen höherem Bildungsniveau und stärkerer öffentlicher Unterstützung für eine fähige und durchsetzungsfähige EU hervorgehoben wird.

Die Haltung gegenüber der Europäischen Union steht in engem Zusammenhang mit der Übereinkunft in allen Erklärungen. Die Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, bringen die höchste Unterstützung zum Ausdruck: 97 % befürworten eine größere Einheit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, 94 % sind sich einig, dass die EU auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben sollte, und 84 % sind der Ansicht, dass die EU mehr Mittel benötigt. Während die Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, mit geringerer Wahrscheinlichkeit zustimmen, befürworten die Mehrheiten nach wie vor eine größere Einheit (72 %) und eine stärkere Stimme der EU (68 %). Die Aussage zu zusätzlichen Mitteln ist am spaltendsten, da nur 49 % der Befragten ein negatives Bild von der EU haben, die ihre Zustimmung zum Ausdruck bringt.

QA7.1 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker geeint sein, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen (% - EU)			
	Insgesamt „Einverstanden“	Insgesamt „Uneinigkeit“	Weiß nicht
EU-27	89	9	2
Geschlecht			
Mann	89	9	2
Frau	90	8	2
Alter			
15-24	90	8	2
25-39	90	9	1
40-54	89	10	2
55+	89	11	2
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	87	12	3
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	89	13	1
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	93	14	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	90	15	2
Führungskräfte	93	16	1
Andere weiße Kragen	90	17	1
Handarbeitskräfte	88	18	2
Hauspersonen	87	19	1
Arbeitslose	87	20	2
in den Ruhestand	89	21	3
Studierende	91	22	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	83	14	3
Von Zeit zu Zeit	87	11	2
Fast nie / Nie	91	7	2
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	88	10	2
Kleine oder mittelgroße Stadt	89	9	2
Großstadt	91	7	2
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	90	9	1
Keine	86	9	5
Bild der EU			
Positiv	97	3	0
neutral	88	9	3
Negativ	72	25	3
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	97	2	1
Eine schlechte Sache	65	32	3
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	83	14	3

QA7.3 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die Europäische Union sollte auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben (% - EU)			
	Insgesamt „Einverstanden“	Insgesamt „Uneinigkeit“	Weiß nicht
EU-27	86	11	3
Geschlecht			
Mann	86	11	3
Frau	87	10	3
Alter			
15-24	88	9	3
25-39	86	11	3
40-54	87	11	2
55+	86	10	4
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	84	10	6
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	86	11	3
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	90	8	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	86	11	3
Führungskräfte	90	8	2
Andere weiße Kragen	88	10	2
Handarbeitskräfte	85	12	3
Hauspersonen	82	15	3
Arbeitslose	83	13	4
in den Ruhestand	86	9	5
Studierende	88	9	3
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	80	15	5
Von Zeit zu Zeit	84	13	3
Fast nie / Nie	88	9	3
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	85	11	4
Kleine oder mittelgroße Stadt	86	11	3
Großstadt	89	8	3
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	87	10	3
Keine	83	9	8
Bild der EU			
Positiv	94	5	1
neutral	84	11	5
Negativ	68	27	5
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	95	3	2
Eine schlechte Sache	58	37	5
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	80	15	5

QA7.2 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die Europäische Union braucht mehr Mittel zur Bewältigung der aktuellen globalen Herausforderungen (% - EU)			
	Insgesamt „Einverstanden“	Insgesamt „Uneinigkeit“	Weiß nicht
EU-27	73	22	5
Geschlecht			
Mann	73	23	4
Frau	74	20	6
Alter			
15-24	77	18	5
25-39	76	20	4
40-54	74	22	4
55+	71	23	6
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	67	25	8
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	75	21	4
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	77	19	4
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	75	21	4
Führungskräfte	74	22	4
Andere weiße Kragen	77	19	4
Handarbeitskräfte	73	23	4
Hauspersonen	77	19	4
Arbeitslose	70	24	6
in den Ruhestand	70	23	7
Studierende	78	17	5
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	68	25	7
Von Zeit zu Zeit	73	22	5
Fast nie / Nie	75	20	5
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	70	24	6
Kleine oder mittelgroße Stadt	74	22	4
Großstadt	77	18	5
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	74	22	4
Keine	64	25	11
Bild der EU			
Positiv	84	13	3
neutral	71	22	7
Negativ	49	46	5
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	82	14	4
Eine schlechte Sache	44	50	6
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	65	28	7

Schwerpunkte zur Stärkung der Position der EU in der Welt

Mit Blick auf die Zukunft wurden die Befragten gebeten, die Aspekte zu ermitteln, bei denen die Europäische Union ihre Bemühungen priorisieren sollte, um ihre Position auf der globalen Bühne zu stärken. In einem Kontext, der von anhaltenden geopolitischen Spannungen, wirtschaftlicher Unsicherheit, technologischem Wandel und langfristigen gesellschaftlichen Herausforderungen geprägt ist, bietet diese Frage einen Einblick in die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die künftige strategische Ausrichtung der EU.

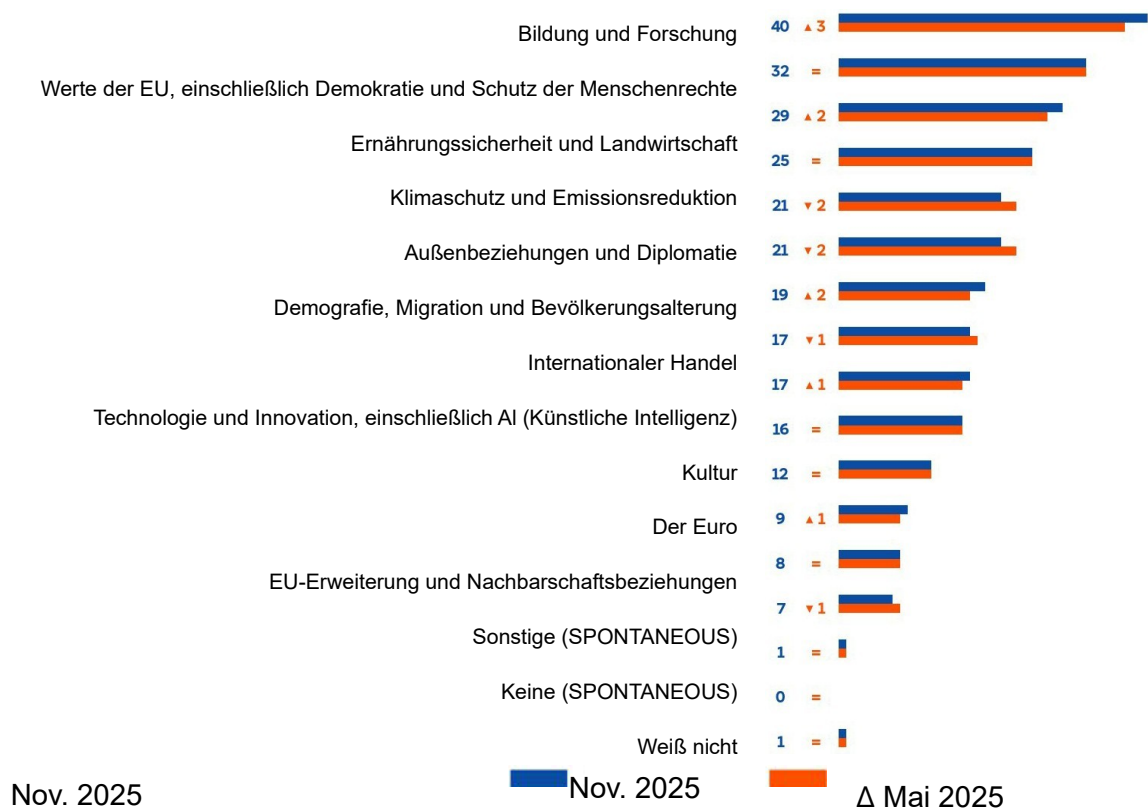
Auf die Frage, auf welche Bereiche sich die Europäische Union konzentrieren sollte, um ihre Position in der Welt zu stärken, verweisen die Europäer am häufigsten auf Verteidigung und Sicherheit. Vier von zehn Befragten (40 %) zählen diesen Aspekt zu ihren obersten Prioritäten und sind damit das wichtigste Thema auf EU-Ebene. Dies entspricht einer Erhöhung um drei Prozentpunkte seit Mai 2025, was bestätigt, dass Verteidigung und Sicherheit fest als oberste Priorität für die Stärkung der Position der EU in der Welt verankert sind.

Die zweithäufigste Priorität sind Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie, die von fast einem Drittel der Befragten (32 %) genannt werden. Dieser Anteil ist seit Mai 2025 unverändert, was auf einen stabilen Wunsch nach einer stärkeren und wettbewerbsfähigeren europäischen Wirtschaftsbasis hindeutet. Nahezu drei von zehn Befragten (29 %) nennen Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastrukturen als Schwerpunkte. Dies ist ein leichter Anstieg gegenüber der vorherigen Umfrage (+2 Prozentpunkte), was auf die anhaltende Besorgnis über die Energieversorgungssicherheit und die strategische Autonomie zurückzuführen ist.

Bildung und Forschung sind ebenfalls eine wichtige Priorität, die von einem Viertel der Befragten (25 %) wie im Mai 2025 ausgewählt wurde. Dieses Ergebnis bestätigt die Bedeutung, die die Europäer langfristigen Investitionen in Wissen, Kompetenzen und Innovation als Grundlage für die globale Stärke der EU beimessen.

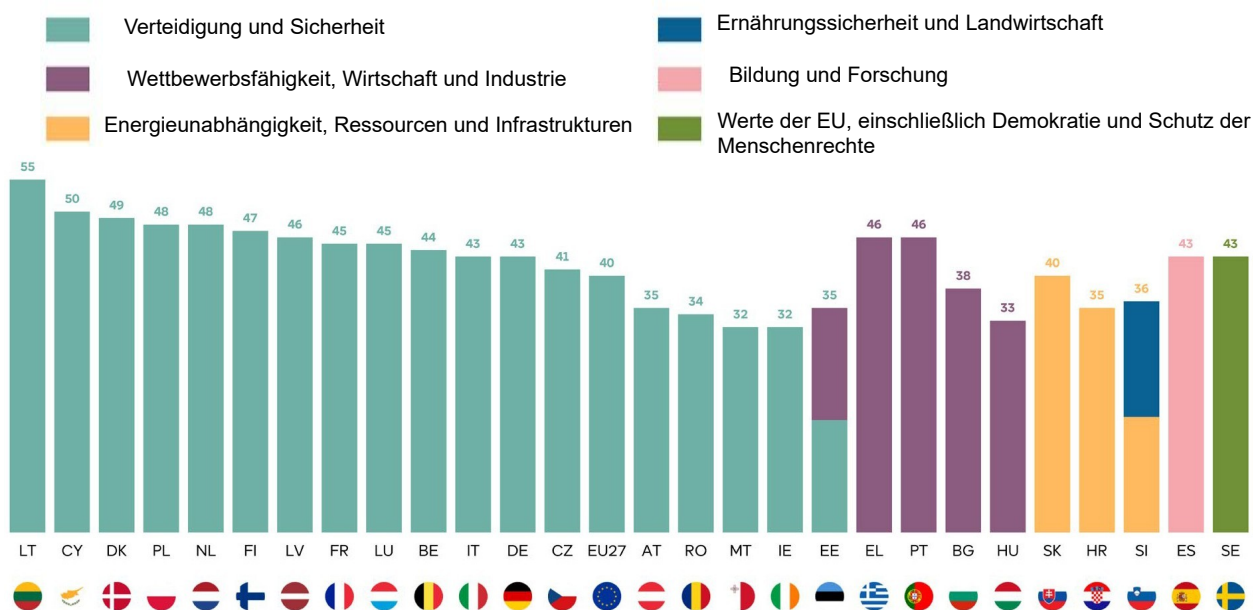
Etwa jeder fünfte Befragte verweist auf die Werte der EU, einschließlich Demokratie und Schutz der Menschenrechte (21 %), sowie Ernährungssicherheit und Landwirtschaft (21 %) als vorrangige Bereiche, auf die sich die Europäische Union konzentrieren sollte, um ihre Position in der Welt zu stärken. Die Punktzahlen für beide Aspekte sind seit Mai 2025 leicht gesunken (jeweils – 2 Prozentpunkte), werden aber weiterhin von einem erheblichen Teil der Europäerinnen und Europäer erwähnt. Ein ähnlicher Anteil der Befragten, etwa jeder fünfte, nennt Klimaschutz und Emissionsreduktion als Priorität (19 %). Dies entspricht einem leichten Anstieg gegenüber Mai 2025 (+2 Prozentpunkte), was auf eine bescheidene Verstärkung der Unterstützung für EU-Maßnahmen in diesem Bereich hindeutet.

QA8ab Über die Zukunft nachdenken: Auf welche der folgenden Aspekte sollte sich die EU konzentrieren, um ihre Position in der Welt zu stärken? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (EU27) (%)



Auf Länderebene haben Verteidigung und Sicherheit in 18 Mitgliedstaaten oberste Priorität, was die weit verbreitete Besorgnis über die geopolitische Stabilität und den Schutz der europäischen Interessen hervorhebt. Darüber hinaus wird dieses Thema von mindestens drei von zehn Befragten in 23 Mitgliedstaaten erwähnt, was seine breite Resonanz in der gesamten Union unterstreicht. Die höchsten Anteile der Befragten, die Verteidigung und Sicherheit zu den wichtigsten Prioritäten zählten, wurden in Litauen (55 %), Zypern (50 %) und Dänemark (49 %) verzeichnet.

QA8ab Über die Zukunft nachdenken: Auf welche der folgenden Aspekte sollte sich die EU konzentrieren, um ihre Position in der Welt zu stärken? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (%)

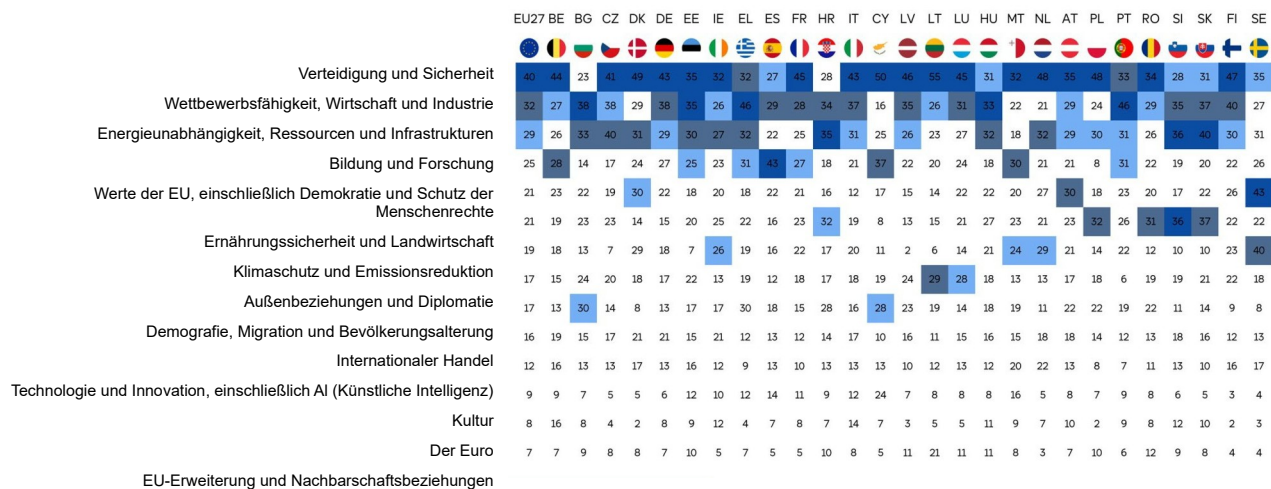


Nov. 2025

Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie stehen in fünf Mitgliedstaaten – Estland, Griechenland, Portugal, Bulgarien und Ungarn – an erster Stelle, wobei die höchsten Anteile in Griechenland und Portugal (46 %) und Finnland (40 %) verzeichnet wurden.

Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastruktur haben in drei Mitgliedstaaten – der Slowakei, Kroatien und Slowenien – oberste Priorität, wobei die höchsten Anteile in Tschechien und der Slowakei (40 %) zu verzeichnen sind. Bildung und Forschung sind die wichtigste Priorität in Spanien, wo 43 % der Befragten sie zu den wichtigsten Bereichen für die Stärkung der globalen Position der EU zählen. Es wird auch häufig von den Befragten in Zypern (37 %) erwähnt. Die Werte der EU, einschließlich Demokratie und Schutz der Menschenrechte, werden in Schweden am häufigsten genannt (43 %). Schließlich sind Ernährungssicherheit und Landwirtschaft das am häufigsten genannte Gebiet in Slowenien (36 %) und werden auch von den Befragten in der Slowakei (37 %) häufig genannt.

QA8ab Über die Zukunft nachdenken: Auf welche der folgenden Aspekte sollte sich die EU konzentrieren, um ihre Position in der Welt zu stärken? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (%)



Nov. 2025

1. Am häufigsten erwähnter Artikel
2. Am häufigsten erwähnter Artikel
3. Am häufigsten erwähnter Artikel

Unterschiedliche Prioritäten für die Stärkung der globalen Position der EU sind in mehreren soziodemografischen Gruppen zu beobachten.

Erstens gibt es einige geringfügige Variationen nach Geschlecht. Männer legen etwas häufiger als Frauen Wert auf Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie (35 % vs. 30 %), Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastruktur (31 % vs. 27 %) sowie Technologie und Innovation, einschließlich KI (15 % vs. 10 %), während Frauen eher Ernährungssicherheit und Landwirtschaft (23 % vs. 19 %) als Priorität erwähnen.

Verteidigung und Sicherheit werden mit zunehmendem Alter der Befragten zunehmend hervorgehoben und werden von 34 % der Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren erwähnt, verglichen mit 45 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Ernährungssicherheit und Landwirtschaft weisen ebenfalls einen positiven Zusammenhang mit dem Alter auf: von 15 % bei den jüngsten Befragten auf 24 % bei den ältesten. Jüngere Befragte legen dagegen mehr Wert auf langfristige und innovationsgetriebene Bereiche. Bildung und Forschung werden von 32 % der 15- bis 24-Jährigen erwähnt, aber nur von 22 % der 55-Jährigen und darüber. In ähnlicher Weise sinken Technologie und Innovation, einschließlich KI, von 18 % bei den jüngsten Befragten auf 9 % bei den ältesten und Kultur von 14 % auf 8 %. Schließlich erwähnen Erwachsene im Alter von 25-54 Jahren eher Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie sowie Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastruktur, was die Prioritäten im Zusammenhang mit Beschäftigung, wirtschaftlicher Stabilität und strategischer Autonomie widerspiegelt.

Das Bildungsniveau ist auch mit unterschiedlichen Prioritäten verbunden. Befragte mit einem hohen Bildungsniveau erwähnen eher langfristige und strategische Bereiche wie Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastruktur (31 % gegenüber 25 % bei Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau), EU-Werte, einschließlich Demokratie und Schutz der Menschenrechte (24 % gegenüber 18 %), Außenbeziehungen und Diplomatie (19 % gegenüber 13 %) sowie Technologie und Innovation, einschließlich KI (17 % gegenüber 8 %). Umgekehrt bevorzugen Befragte mit einem niedrigeren Bildungsniveau eher Verteidigung und Sicherheit (45 % gegenüber 37 % bei hochqualifizierten Befragten) sowie Ernährungssicherheit und Landwirtschaft (25 % gegenüber 17 %).

Das Bild der Befragten von der Europäischen Union hängt auch mit ihren Prioritäten zusammen. Diejenigen, die die EU positiv sehen, betonen eher die Werte der EU, einschließlich Demokratie und Schutz der Menschenrechte (23 % gegenüber 17 % bei Personen mit negativem Image),

Klimaschutz und Emissionsreduzierung (22 % gegenüber 13 %). Im Gegensatz dazu legen die Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, einen relativ größeren Schwerpunkt auf Ernährungssicherheit und Landwirtschaft (26 % gegenüber 20 %).

QA11 Wie besorgt oder nicht sind Sie über jedes der folgenden sicherheitsrelevanten Themen? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht besorgt sind, und 10, dass Sie extrem besorgt sind. Insgesamt „Hochbesorgt“ (7-10) (% - EU)

	Verteidigung und Sicherheit	Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie	Energieunabhängigkeit, Ressourcen und Infrastrukturen	Bildung und Forschung	Werte der EU, einschließlich Demokratie und Schutz der Menschenrechte	Ernährungssicherheit und Landwirtschaft	Klimaschutz und Emissionsreduktion	Außenbeziehungen und Diplomatie	Demografie, Migration und Bevölkerungsalterung
EU-27	40	32	29	25	21	21	19	17	17
Geschlecht									
Mann	40	35	31	24	19	19	17	17	16
Frau	40	30	27	26	22	23	20	17	17
Alter									
15-24	34	26	22	32	23	15	22	18	14
25-39	36	35	29	27	21	19	18	18	16
40-54	38	35	33	25	19	21	17	17	16
55+	45	31	28	22	21	24	20	16	18
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	45	30	25	24	18	25	18	13	17
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	39	33	29	24	20	22	18	18	18
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	37	34	31	27	24	17	22	19	14
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	39	36	31	25	18	22	16	18	15
Führungskräfte	38	38	34	25	21	16	20	18	15
Andere weiße Kragen	39	34	32	23	20	20	19	21	16
Handarbeitskräfte	40	34	30	25	21	23	17	16	17
Hauspersonen	41	28	23	27	18	25	17	13	17
Arbeitslose	35	26	25	28	24	18	19	17	18
in den Ruhestand	46	31	27	22	21	26	20	15	18
Studierende	33	27	22	35	24	13	26	18	13
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	32	31	28	28	19	22	18	17	17
Von Zeit zu Zeit	39	33	27	25	20	23	18	16	18
Fast nie / Nie	42	32	29	25	21	20	20	17	16
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	40	32	28	24	21	26	16	16	16
Kleine oder mittelgroße Stadt	43	33	28	26	20	20	19	17	16
Großstadt	36	32	30	26	22	18	22	19	18
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	39	33	29	26	21	20	20	17	16
Keine	48	29	24	18	20	31	15	13	19
Bild der EU									
Positiv	41	33	29	25	23	20	22	18	16
neutral	40	32	28	25	19	21	18	16	16
Negativ	40	33	29	26	17	26	13	15	19
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	41	33	30	26	23	19	21	18	15
Eine schlechte Sache	38	28	25	22	17	27	13	15	19
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	40	33	28	24	17	25	17	16	18

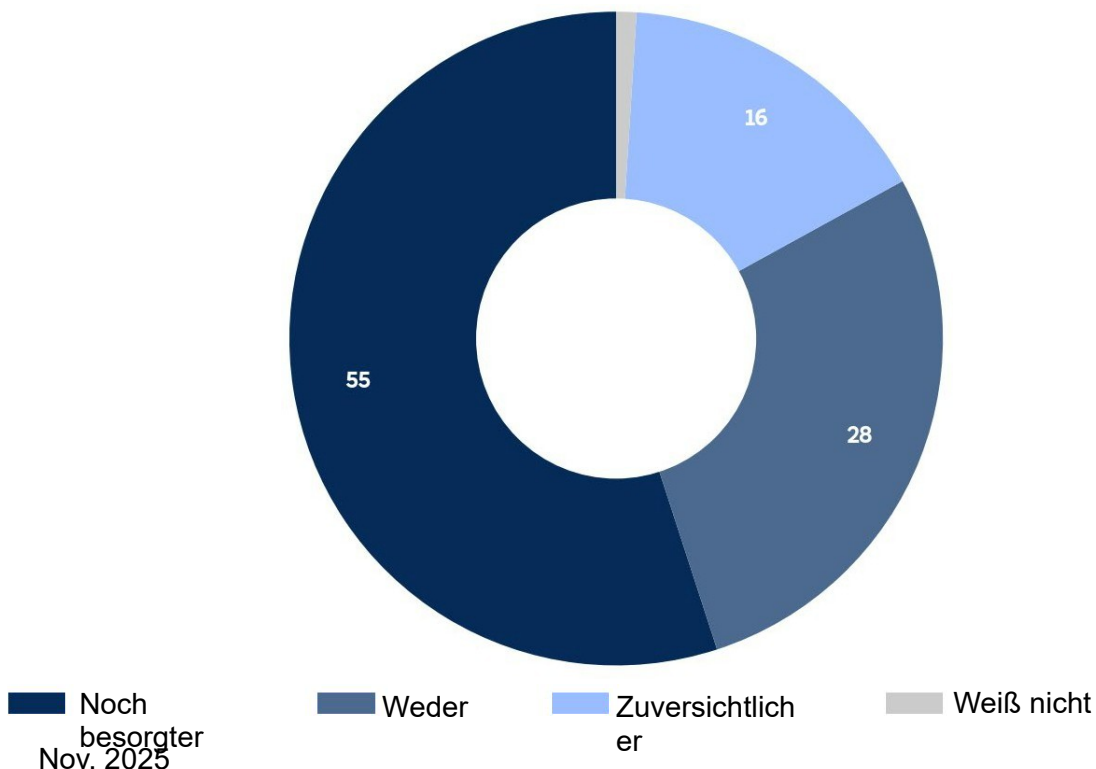
QA8ab Über die Zukunft nachdenken: Auf welche der folgenden Aspekte sollte sich die EU konzentrieren, um ihre Position in der Welt zu stärken? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (%)								
	Internationaler Handel	Technologie und Innovation, einschließlich KI (Künstliche Intelligenz)	Kultur	Der Euro	EU-Erweiterung und Nachbarschaftsbeziehungen	Sonstige (SPONTANEOUS)	Keine (SPONTANEOUS)	Weiß nicht
EU-27	16	12	9	8	7	1	0	1
Geschlecht								
Mann	16	15	9	8	7	1	1	1
Frau	15	10	9	7	7	1	0	1
Alter								
15-24	17	18	14	7	9	0	0	1
25-39	17	15	9	8	7	0	0	1
40-54	16	13	8	8	7	1	1	1
55+	14	9	8	8	6	1	1	1
Bildungsniveau								
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	16	8	10	9	6	1	0	2
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	16	12	8	8	8	1	0	1
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	15	17	8	6	6	1	0	1
Sozio-professionelle Kategorie								
Selbständige	15	14	8	9	8	1	1	1
Führungskräfte	19	18	7	7	5	1	0	0
Andere weiße Kragen	17	15	8	8	8	0	0	0
Handarbeitskräfte	15	11	8	8	8	0	0	1
Hauspersonen	14	7	9	15	9	1	0	3
Arbeitslose	19	14	12	8	8	1	1	2
in den Ruhestand	14	8	8	8	6	1	1	2
Studierende	16	19	14	6	9	0	0	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen								
Die meiste Zeit	17	10	10	10	8	1	1	2
Von Zeit zu Zeit	15	12	10	10	8	1	0	1
Fast nie / Nie	16	13	8	7	7	1	0	1
Subjektive Urbanisierung								
Ländliches Gebiet oder Dorf	15	11	8	8	7	1	1	1
Kleine oder mittelgroße Stadt	17	13	9	8	6	1	0	1
Großstadt	15	14	10	7	8	0	0	1
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen								
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	16	13	9	8	7	1	0	1
Keine	14	5	8	9	6	1	1	4
Bild der EU								
Positiv	16	14	8	7	8	0	0	0
neutral	15	11	10	9	7	1	0	2
Negativ	14	10	9	9	4	1	2	1
Mitgliedschaft in der Europäischen Union								
Eine gute Sache	17	14	8	7	8	1	0	1
Eine schlechte Sache	14	10	12	10	5	2	3	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	15	10	10	10	6	0	1	2

Globale Herausforderungen und EU-Mitgliedschaft

Vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen ist es von entscheidender Bedeutung, zu verstehen, ob die EU-Mitgliedschaft als Quelle der Besorgnis oder des Vertrauens wahrgenommen wird. Die Befragten wurden gefragt, ob sie sich besorgter oder selbstbewusster fühlen würden, wenn ihr Land nicht Mitglied der EU wäre.

In der gesamten Europäischen Union verbindet eine deutliche Mehrheit der Befragten die EU-Mitgliedschaft mit größerem Vertrauen in die globalen Herausforderungen. Auf EU-Ebene geben 55 % der Europäer an, dass sie sich mehr Sorgen machen würden, wenn ihr Land nicht Mitglied der EU wäre. Im Gegensatz dazu geben 16 % der Befragten an, dass sie sich außerhalb der EU selbstbewusster fühlen würden, was darauf hindeutet, dass der Wert der EU-Mitgliedschaft in einer Minderheit nach wie vor skeptisch ist. Unterdessen geben 28 Prozent an, dass sie sich weder besorgter noch selbstbewusster fühlen würden.

QA10 Wenn (UNSER LAND) kein Mitglied der EU wäre, würden Sie sich mehr Sorgen machen, selbstbewusster sein oder auch nicht, wenn es darum geht, sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen? (%)

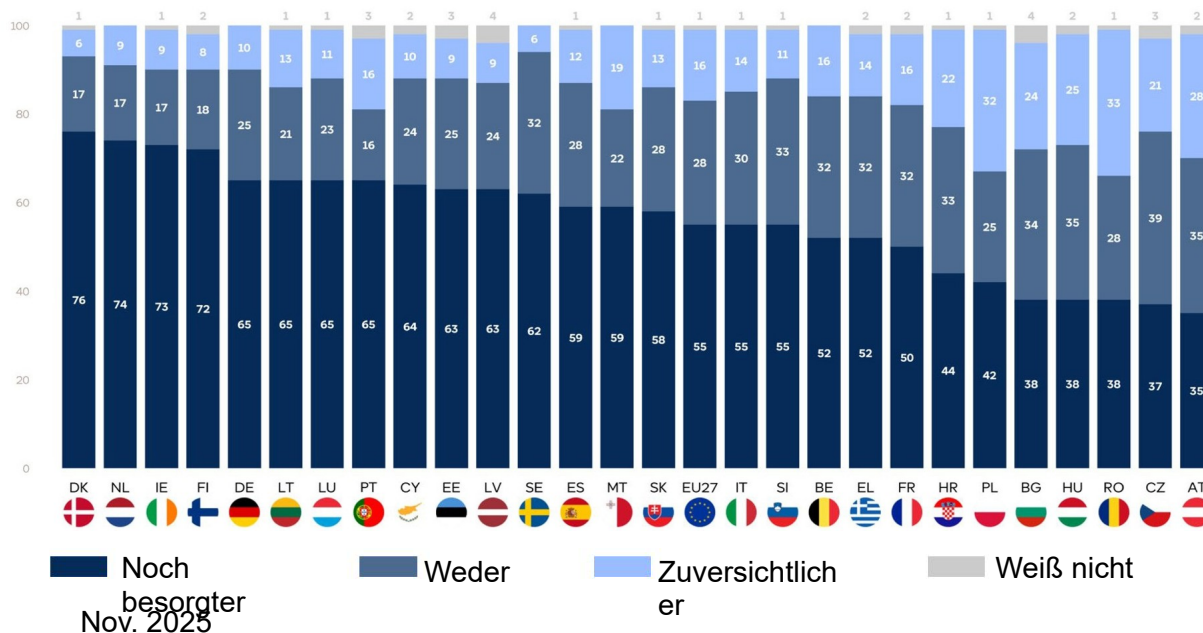


Die Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft als Quelle der Beruhigung ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. In 20 Ländern gibt mindestens die Hälfte der Befragten an, dass sie sich mehr Sorgen machen würden, wenn ihr Land nicht Mitglied der Europäischen Union wäre, und unterstreicht das weit verbreitete Gefühl, dass die EU-Mitgliedschaft Schutz vor globalen Herausforderungen bietet. Die höchsten Anteile der Befragten, die diese Ansicht zum Ausdruck bringen, sind in Dänemark (76 %), den Niederlanden (74 %), Irland (73 %) und Finnland (72 %) zu verzeichnen, wo mehr als sieben von zehn Bürgern die EU-Mitgliedschaft mit größerer Sicherheit verbinden. Umgekehrt sind die niedrigsten Anteile in Österreich (35 %), Tschechien (37 %) und Rumänien, Ungarn und Bulgarien (alle 38 %) zu verzeichnen, wo weniger als vier von zehn Befragten angeben, dass sie sich außerhalb der EU mehr Sorgen machen würden.

Wichtig ist, dass in keinem Mitgliedstaat mehr Befragte sagen, dass sie sich außerhalb der EU zuversichtlicher fühlen würden als besorgter, was bestätigt, dass die EU-Mitgliedschaft in der

gesamten Union weithin als Quelle der Beruhigung in einem unsicheren globalen Umfeld angesehen wird.

QA10 Wenn (UNSER LAND) kein Mitglied der EU wäre, würden Sie sich mehr Sorgen machen, selbstbewusster sein oder auch nicht, wenn es darum geht, sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen? (%)



Das Ausmaß, in dem die EU-Mitgliedschaft als Quelle der Beruhigung bei globalen Herausforderungen angesehen wird, variiert je nach soziodemografischen Gruppen, obwohl einige Muster ausgeprägter sind als andere.

Es gibt praktisch keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen: 56 % der Männer und 55 % der Frauen geben an, dass sie sich mehr Sorgen machen würden, wenn ihr Land nicht Mitglied der EU wäre, was darauf hindeutet, dass das Geschlecht diese Wahrnehmung nicht wesentlich beeinflusst.

In Bezug auf das Alter ist die Wahrscheinlichkeit, dass jüngere Befragte die EU-Mitgliedschaft mit Beruhigung in Verbindung bringen, etwas höher. Von den 15- bis 24-Jährigen geben 58 % an, dass sie sich außerhalb der EU mehr Sorgen machen würden, verglichen mit 54 % der Befragten im Alter von 40 Jahren und darüber. Die Kluft ist zwar gering, deutet aber darauf hin, dass jüngere Europäer der EU-Mitgliedschaft bei globalen Herausforderungen einen etwas größeren Stellenwert beimessen.

Das Bildungsniveau zeigt eine stärkere Wirkung. Je höher das Bildungsniveau ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich die Befragten außerhalb der EU mehr Sorgen machen. Unter den Personen mit niedrigem Bildungsniveau würden sich 47 % besorgter fühlen, verglichen mit 53 % der Personen mit mittlerem Bildungsniveau und 66 % der Befragten mit hohem Bildungsniveau. Dieser deutliche Gradient verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Bildung und Wahrnehmung der Schutzfunktion der EU.

Finanzielle Sicherheit prägt auch die Wahrnehmung. Befragte, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sagen eher, dass sie sich außerhalb der EU (58 %) mehr Sorgen machen würden als diejenigen, die von Zeit zu Zeit (49 %) oder meistens (47 %) Schwierigkeiten haben.

Schließlich korrelieren die Wahrnehmungen stark mit dem Bild der Befragten von der Europäischen Union. Unter denjenigen, die ein positives Bild von der EU haben, wären 72 %

außerhalb der Union besorgter, verglichen mit 43 % derer, die ein neutrales Bild haben, und nur 30 % derer, die ein negatives Bild haben.

QA10 Wenn (UNSER LAND) kein Mitglied der EU wäre, würden Sie sich mehr Sorgen machen, selbstbewusster sein oder auch nicht, wenn es darum geht, sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen? (% - EU)				
	Noch besorgter	Zuversichtlicher	Weder	Weiß nicht
EU-27	55	16	28	1
Geschlecht				
Mann	56	17	26	1
Frau	55	15	29	1
Alter				
15-24	58	14	27	1
25-39	55	17	27	1
40-54	54	17	28	1
55+	54	15	29	2
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	47	16	35	2
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	53	19	27	1
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	66	11	22	1
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	57	17	25	1
Führungskräfte	64	12	24	0
Andere weiße Kragen	55	16	28	1
Handarbeitskräfte	49	21	29	1
Hauspersonen	44	17	37	2
Arbeitslose	51	16	31	2
in den Ruhestand	54	15	29	2
Studierende	63	11	25	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	47	20	30	3
Von Zeit zu Zeit	49	21	29	1
Fast nie / Nie	58	14	27	1
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	52	17	29	2
Kleine oder mittelgroße Stadt	54	16	29	1
Großstadt	60	14	25	1
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	56	16	27	1
Keine	46	17	34	3
Bild der EU				
Positiv	72	12	16	0
neutral	43	15	40	2
Negativ	30	30	38	2
Mitgliedschaft in der Europäischen Union				
Eine gute Sache	73	9	17	1
Eine schlechte Sache	19	50	30	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	29	17	52	2

4. PRIORITÄTEN DER BÜRGER FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

4. PRIORITÄTEN DER BÜRGER FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

In diesem Kapitel werden die Erwartungen der Europäer an das Europäische Parlament untersucht, indem vier miteinander verbundene Dimensionen untersucht werden: die Politikbereiche, denen das Parlament Vorrang einräumen soll, ihre Wahrnehmung der künftigen Entwicklung ihres persönlichen Lebensstandards, die Werte, die ihres Erachtens vom Parlament verteidigt werden sollten, und ihre Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler und EU-Ebene. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass wirtschaftliche Bedenken im Mittelpunkt der Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger stehen, wobei der Druck auf die Lebenshaltungskosten und beschäftigungsbezogene Fragen sowohl die politischen Prioritäten als auch die Aussichten für den künftigen Lebensstandard prägen. Neben diesen wirtschaftlichen Fragen sind Verteidigung und Sicherheit nach wie vor ein zentrales Anliegen der Europäerinnen und Europäer. Darüber hinaus äußern die Europäer starke Erwartungen, dass das Europäische Parlament als Hüter der Grundwerte, insbesondere des Friedens und der Demokratie, fungieren sollte, um den aktuellen geopolitischen und politischen Kontext widerzuspiegeln. Schließlich gibt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zwar an, mit dem demokratischen Funktionieren zufrieden zu sein, doch unterscheiden sich die Zufriedenheitsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten deutlich.

Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger für das Europäische Parlament

Die Befragten wurden gefragt, welche Politikbereiche sie am liebsten vom Europäischen Parlament als Priorität behandelt sehen würden. Diese Frage erfasst die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die legislative und politische Agenda des Parlaments und spiegelt die Themen wider, die die Europäer in ihrem täglichen Leben als am dringlichsten erachten, sowie diejenigen, die die mittel- und langfristige Ausrichtung der Union prägen.

Auf EU-Ebene sind Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten das am häufigsten genannte Thema, das das Europäische Parlament vorrangig behandeln soll. Mehr als vier von zehn Europäern (41 %) zählen dieses Thema zu den wichtigsten und sind damit insgesamt das Hauptanliegen. Dieser Anteil ist seit Mai 2025 unverändert, was darauf hindeutet, dass der Druck auf die Kaufkraft und die Haushalte der privaten Haushalte in der gesamten Union anhaltend und weit verbreitet ist.

Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen sind das am zweithäufigsten genannte Thema, das von mehr als einem Drittel der Befragten (35 %) als Priorität für Maßnahmen des Europäischen Parlaments genannt wird. Dies entspricht einem deutlichen Anstieg um fünf Prozentpunkte seit Mai 2025, was darauf hindeutet, dass die Erwartungen an Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung steigen. Zusammengenommen zeigt die Bedeutung der Inflation, der steigenden Preise und der Lebenshaltungskosten neben der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen, dass wirtschaftliche Fragen eindeutig die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene dominieren.

Die EU-Verteidigung und -Sicherheit ist das zweithäufigste Thema, das von rund einem Drittel der Befragten (34 %) unter den Prioritäten des Europäischen Parlaments genannt wird. Dieser Anteil ist seit Mai 2025 unverändert, was auf ein stabiles Maß an Besorgnis in diesem Bereich hindeutet. Vor dem aktuellen und jüngsten Hintergrund geopolitischer Spannungen und sicherheitspolitischer Herausforderungen in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus bestätigt die anhaltende Bedeutung von Verteidigung und Sicherheit, dass dies nach wie vor eine zentrale Erwartung für Maßnahmen auf EU-Ebene ist.

Die öffentliche Gesundheit folgt genau, wobei fast ein Drittel der Befragten (32 %) dies zu den Themen zählt, die das Europäische Parlament als Priorität behandeln soll. Dies stellt einen erheblichen Anstieg um acht Prozentpunkte seit Mai 2025 dar, eine der bemerkenswertesten

Verschiebungen in der aktuellen Umfrage, und unterstreicht die erneute Bedeutung gesundheitsbezogener Bedenken unter den Europäern.

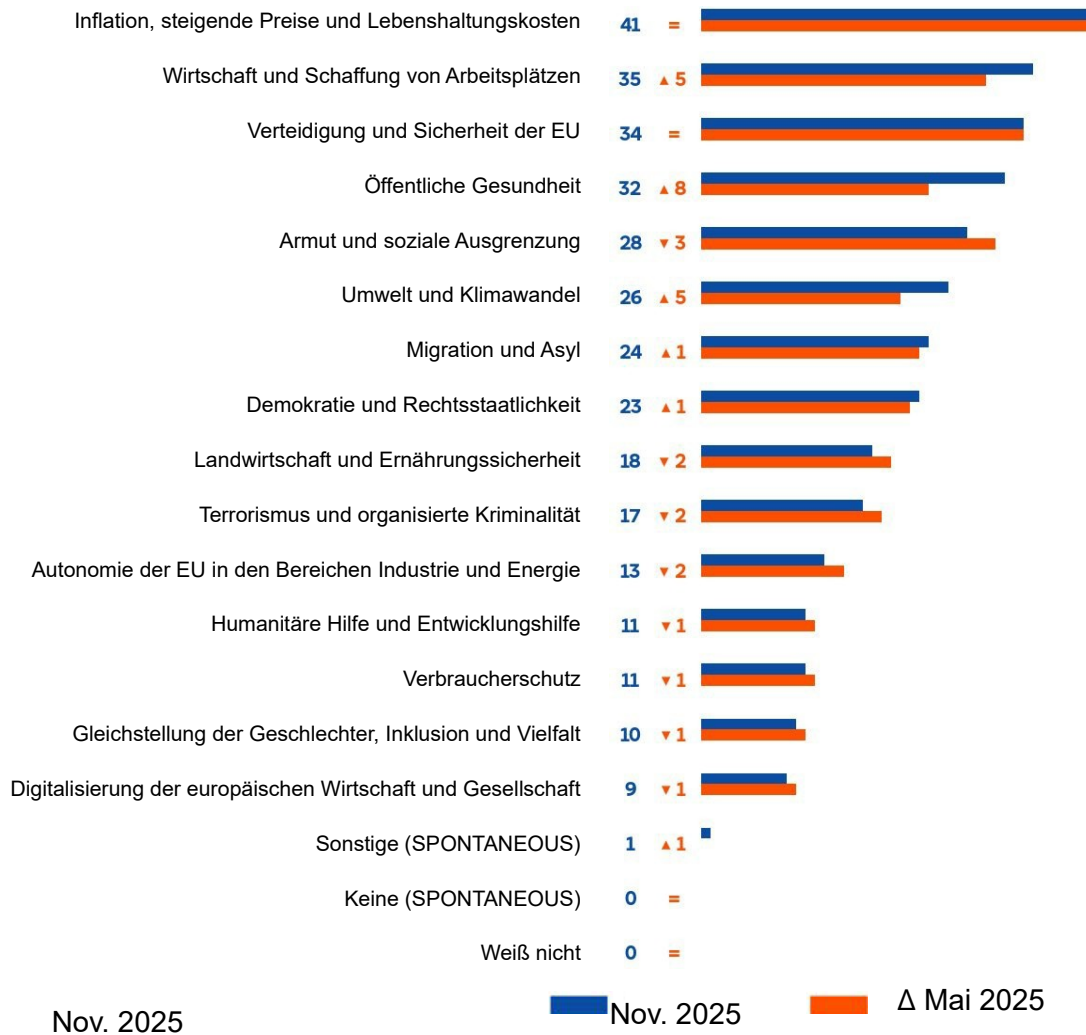
Armut und soziale Ausgrenzung werden von etwas mehr als einem Viertel der Befragten (28 %) als vorrangiges Thema für das Europäische Parlament genannt. Dieser Anteil ist seit Mai 2025 leicht zurückgegangen (-3 Prozentpunkte). Dieses Thema spiegelt die Besorgnis über die negativen sozialen Folgen des wirtschaftlichen Drucks wider, insbesondere für schutzbedürftige Gruppen.

Die Themen Umwelt und Klimawandel werden von etwas mehr als einem Viertel der Befragten (26 %) als Priorität für Maßnahmen des Europäischen Parlaments genannt. Dies entspricht einem Anstieg um fünf Prozentpunkte seit Mai 2025, was auf eine erneute Unterstützung der EU-Maßnahmen in diesem Bereich hindeutet. Die zunehmende Bedeutung von Umwelt- und Klimafragen deutet darauf hin, dass neben unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Bedenken ein wachsender Anteil der Europäer der langfristigen Nachhaltigkeit und der Rolle der EU bei der Bekämpfung des Klimawandels weiterhin große Bedeutung beimisst.

Migration und Asyl werden von fast einem Viertel der Befragten (24 %, +1 Prozentpunkte) als eines der Themen genannt, die das Europäische Parlament vorrangig behandeln soll. Die stabile und relativ hohe Aufmerksamkeit für dieses Thema deutet darauf hin, dass Migration und Asyl für die Europäer nach wie vor Anlass zur Sorge geben.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden von knapp einem Viertel der Befragten (23%, +1 Prozentpunkte) als vorrangiges Thema für das Europäische Parlament genannt. In einem Kontext, der von zahlreichen Herausforderungen für die demokratischen Systeme geprägt ist, spiegelt die anhaltende Bedeutung dieses Themas die anhaltenden Erwartungen wider, dass das Europäische Parlament eine zentrale Rolle bei der Wahrung der demokratischen Grundsätze spielen sollte.

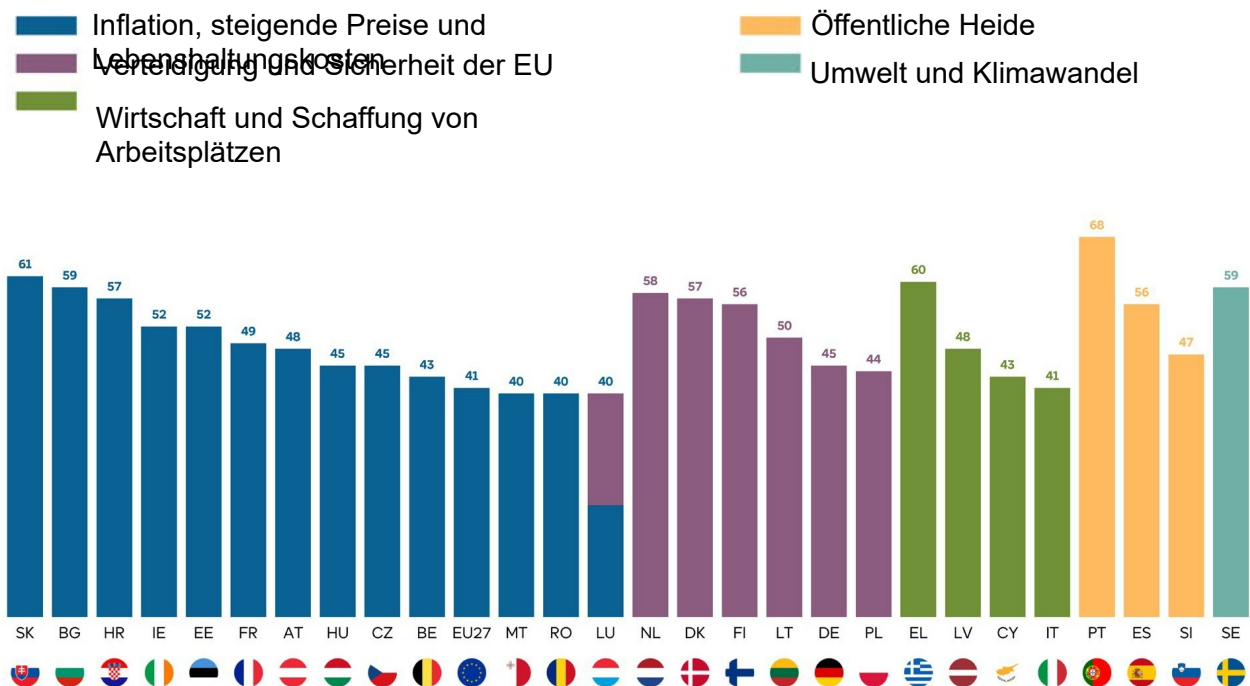
QA4ab Welche der folgenden Themen möchten Sie vom Europäischen Parlament vorrangig behandelt sehen? Erstens? Und dann? (MAX. 4 ANTWORTEN) (EU27) (%)



Auf nationaler Ebene sind Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten in 13 Mitgliedstaaten die am häufigsten genannte Priorität. EU-weit geben mindestens 30 % der Befragten die Inflation in 23 Mitgliedstaaten als Priorität an, was die weit verbreitete Besorgnis in der gesamten Union über den Druck auf die Haushalte widerspiegelt. Die höchsten Anteile sind in der Slowakei (61 %), Bulgarien (59 %), Portugal (58 %) und Kroatien (57 %) zu verzeichnen. Ein weiteres wirtschaftliches Problem, die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen, stellt sich als oberste Priorität in vier Mitgliedstaaten heraus. Die höchsten Anteile werden in Griechenland (60 %), Spanien (50 %) und Lettland (48 %) gemeldet.

Die Verteidigung und Sicherheit der EU ist die am häufigsten genannte Priorität in sieben Mitgliedstaaten, angeführt von den Niederlanden (58 %), Dänemark (57 %) und Finnland (56 %), was zeigt, wie wichtig gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in diesen Ländern sind. Die öffentliche Gesundheit ist die wichtigste Priorität in drei Ländern: Portugal (68 %), Spanien (56 %) und Slowenien (47 %). Besonders ausgeprägt ist sie auch in Griechenland (54%).

QA4ab Welche der folgenden Themen möchten Sie vom Europäischen Parlament vorrangig behandelt sehen? Erstens? Und dann? (MAX. 4 ANTWORTEN) (%)

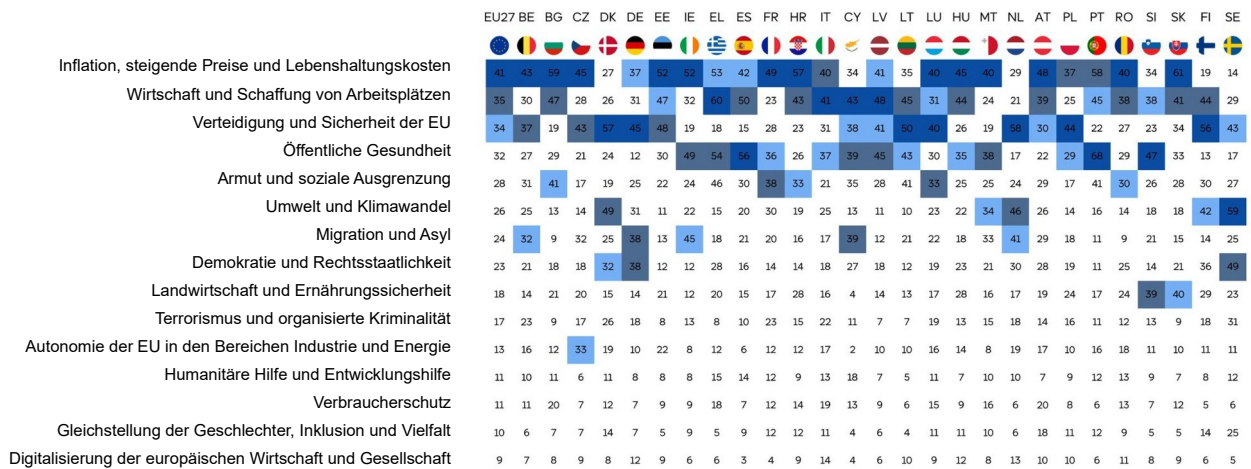


Nov. 2025

Während die Themen Inflation, Wirtschaft, Verteidigung und öffentliche Gesundheit in vielen Mitgliedstaaten tendenziell zu den wichtigsten Themen gehören und weit verbreitete Besorgnis zeigen, ist die wahrgenommene Bedeutung der folgenden Themen in den Mitgliedstaaten tendenziell unterschiedlicher.

Erstens stehen Armut und soziale Ausgrenzung in keinem Land an erster Stelle, sind aber in Griechenland (46 %) und Portugal, Litauen und Bulgarien (41 %) nach wie vor ein wichtiges Thema. Umwelt und Klimawandel sind das erste Thema in Schweden (59 %) und werden auch in Dänemark (49 %), den Niederlanden (46 %) und Finnland (42 %) sehr häufig erwähnt. Migration und Asyl stehen in keinem Mitgliedstaat an erster Stelle, sind jedoch in Irland (45 %), den Niederlanden (41 %), Zypern (39 %) und Deutschland (38 %) besonders wichtig. In ähnlicher Weise stehen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nie an erster Stelle, sondern punkten in Schweden (49 %), Deutschland (38 %) und Finnland (36 %). Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf die unterschiedliche Bedeutung bestimmter Themen in den einzelnen Ländern hin.

QA4ab Welche der folgenden Themen möchten Sie vom Europäischen Parlament vorrangig behandelt sehen? Erstens? Und dann? (MAX. 4 ANTWORTEN) (%)



Nov. 2025

1. Am häufigsten erwähnter Artikel
2. Am häufigsten erwähnter Artikel
3. Am häufigsten erwähnter Artikel

Unterschiedliche Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger für das Europäische Parlament werden in mehreren soziodemografischen Gruppen beobachtet, was zeigt, dass gelebte Erfahrungen, persönliche Umstände und Einstellungen die Erwartungen an Maßnahmen auf EU-Ebene prägen.

Erstens werden nur begrenzte Unterschiede nach Geschlecht beobachtet, obwohl einige Kontraste hervorstechen. Insbesondere erwähnen Frauen häufiger als Männer die öffentliche Gesundheit als Priorität für das Europäische Parlament (35 % gegenüber 29 %).

Das Alter ist stärker mit unterschiedlichen Prioritäten verbunden. Die EU-Verteidigung und -Sicherheit gewinnt mit zunehmendem Alter an Bedeutung, die von 28 % der Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren genannt wird und auf 32 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren, 33 % der Befragten im Alter von 40 bis 54 Jahren und 37 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber ansteigt. Die öffentliche Gesundheit zeigt auch einen Altersgradienten, wobei ältere Befragte dies eher als Priorität betrachten, was größere gesundheitsbezogene Bedenken im späteren Leben widerspiegelt. In ähnlicher Weise werden Fragen der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit in der Regel häufiger von älteren Altersgruppen erwähnt.

Jüngere Befragte legen dagegen mehr Wert auf zukunftsorientierte und wertebasierte Themen. Umwelt und Klimawandel werden von fast einem Drittel der Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren (32 %) genannt, verglichen mit 26 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren und 24 % der Befragten im Alter von 40 Jahren und darüber. Jüngere Europäer legen auch eher Wert auf humanitäre Hilfe und Gleichstellung der Geschlechter, wobei ein stärkerer Schwerpunkt auf globale Solidarität und soziale Gerechtigkeit in der jüngsten Altersgruppe gelegt wird.

Die beiden wichtigsten Themen auf EU-Ebene insgesamt – Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten sowie Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen – sind bei den Befragten im Alter von 25 bis 39 und 40 bis 54 Jahren am wichtigsten. Diese Altersgruppen priorisieren diese Themen eher als jüngere Befragte (15-24 Jahre) oder ältere Befragte (55+ Jahre), was Bedenken im Zusammenhang mit Beschäftigung, familiären Verpflichtungen und finanzieller Stabilität während der Kernarbeitsjahre widerspiegelt.

Auch das Bildungsniveau ist eng mit den unterschiedlichen Prioritäten verknüpft. Befragte mit niedrigem Bildungsniveau setzen eher auf Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten (47 % gegenüber 34 % bei Personen mit hohem Bildungsniveau). Sie neigen auch eher dazu, die öffentliche Gesundheit (37 % vs. 27 %) sowie Armut und soziale Ausgrenzung (31 % vs. 26 %) als Schlüsselprioritäten für das Europäische Parlament zu nennen, was darauf hindeutet, dass der Schwerpunkt stärker auf unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Schutzfragen liegt.

Umgekehrt legen die Befragten mit einem hohen Bildungsniveau eher Wert auf Verteidigung und Sicherheit in der EU (38 % gegenüber 32 % bei den Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau), Umwelt und Klimawandel (35 % gegenüber 20 %), Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (28 % gegenüber 21 %) und die Autonomie der EU in den Bereichen Industrie und Energie (17 % gegenüber 8 %).

Auch die finanzielle Situation spielt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Prioritäten. Die Befragten, die die meiste Zeit über Schwierigkeiten bei der Begleichung ihrer Rechnungen berichten, priorisieren eher Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten (48 % gegenüber 39 % derjenigen, die fast nie oder nie mit solchen Schwierigkeiten konfrontiert sind). Sie erwähnen auch wesentlich häufiger die öffentliche Gesundheit (38 % gegenüber 29 %) sowie Armut und soziale Ausgrenzung (42 % gegenüber 25 %), was den engen Zusammenhang zwischen der finanziellen Anfälligkeit und den Erwartungen des Europäischen Parlaments an soziales und wirtschaftliches Handeln unterstreicht.

Im Gegensatz dazu sind Befragte, die fast nie oder nie mit Schwierigkeiten bei der Bezahlung ihrer Rechnungen konfrontiert sind, eher bereit, der Verteidigung und Sicherheit der EU (37 % gegenüber 21 %), Umwelt und Klimawandel (28 % gegenüber 17 %), Migration und Asyl (25 % gegenüber 20 %) sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (25 % gegenüber 19 %) Vorrang einzuräumen.

Der Ausblick der Befragten auf die Zukunft ihrer selbst und ihrer Familie hängt auch mit verschiedenen Prioritäten für das Europäische Parlament zusammen. Diejenigen, die optimistisch für ihre Zukunft sind, werden eher der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen (37 % gegenüber 29 % der pessimistischen Befragten), der Verteidigung und Sicherheit der EU (36 % gegenüber 27 %) sowie der Umwelt und dem Klimawandel (27 % gegenüber 21 %) Vorrang einräumen. Dieses Muster deutet darauf hin, dass ein positiverer Ausblick mit einer stärkeren Betonung wachstumsorientierter, strategischer und langfristiger Politikbereiche einhergeht.

Umgekehrt setzen pessimistische Befragte eher auf Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten (46 % gegenüber 40 % bei optimistischen Befragten) sowie Armut und soziale Ausgrenzung (36 % gegenüber 26 %). Diese Ergebnisse unterstreichen den engen Zusammenhang zwischen persönlicher wirtschaftlicher Unsicherheit, Erwartungen an die Zukunft und einer stärkeren Forderung nach Maßnahmen der EU in unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Schutzfragen.

Ein ähnliches Muster zeigt sich, wenn wir uns den Erwartungen der Befragten an die Zukunft ihres Landes zuwenden. Diejenigen, die optimistisch über die Zukunft ihres Landes sind, werden eher der Verteidigung und Sicherheit der EU (38 % gegenüber 29 % der pessimistischen Befragten) sowie der Umwelt und dem Klimawandel (28 % gegenüber 23 %) Vorrang einräumen, was auf eine stärkere Konzentration auf strategische Resilienz und langfristige Herausforderungen hinweist.

Im Gegensatz dazu legen die Befragten, die pessimistisch über die Zukunft ihres Landes sind, einen größeren Wert auf Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten (44 % gegenüber 39 % der optimistischen Befragten), Armut und soziale Ausgrenzung (32 % gegenüber 25 %) sowie Migration und Asyl (28 % gegenüber 21 %). Diese Verteilung der Prioritäten verdeutlicht erneut, wie negativere Aussichten mit zunehmender Besorgnis über den unmittelbaren wirtschaftlichen Druck, den sozialen Zusammenhalt und den wahrgenommenen Druck auf die nationalen Systeme einhergehen.

Die Erwartungen der Befragten an die Zukunft der Europäischen Union hängen ebenfalls mit unterschiedlichen Prioritätenmustern zusammen. Diejenigen, die optimistisch für die Zukunft der EU sind, erwähnen eher die Verteidigung und Sicherheit der EU als Priorität für das Europäische Parlament (37 % gegenüber 30 % der pessimistischen Befragten) und die Umwelt und den Klimawandel (29 % gegenüber 22 %). Dies deutet darauf hin, dass das Vertrauen in die Zukunft der EU mit einer stärkeren Betonung der kollektiven Sicherheit und langfristiger politischer Ziele verbunden ist.

Umgekehrt setzen die Befragten, die pessimistisch über die Zukunft der EU sind, eher auf Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten (44 % gegenüber 39 % der optimistischen Befragten), Armut und soziale Ausgrenzung (31 % gegenüber 26 %) sowie Migration und Asyl (29 % gegenüber 21 %). Wie bei anderen Dimensionen des Optimismus sind negativere Aussichten mit einer stärkeren Besorgnis über den unmittelbaren wirtschaftlichen Druck, soziale Anfälligkeiten und migrationsbedingte Herausforderungen verbunden.

QA4ab Welche der folgenden Themen möchten Sie vom Europäischen Parlament vorrangig behandelt sehen? Erstens? Und dann? (MAX. 4 ANTWORTEN) (% - EU)									
	Inflation, steigende Preise und Lebenshaltungskosten	Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen	Verteidigung und Sicherheit der EU	Öffentliche Gesundheit	Umwelt und Klimawandel	Armut und soziale Ausgrenzung	Migration und Asyl	Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	Landwirtschaft und Ernährungssicherheit
EU-27	41	35	34	32	26	28	24	23	18
Geschlecht									
Mann	40	37	36	29	25	26	25	24	18
Frau	43	33	32	35	26	30	22	23	18
Alter									
15-24	38	33	28	29	32	31	21	23	12
25-39	43	39	32	28	26	26	23	23	18
40-54	44	37	33	30	24	29	25	22	18
55+	40	32	37	35	24	28	25	24	20
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	47	32	32	37	20	31	25	21	19
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	43	36	33	32	23	28	23	22	18
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	34	35	38	27	35	26	24	28	16
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	39	39	33	29	23	23	24	25	20
Führungskräfte	36	38	39	24	33	23	26	28	16
Andere weiße Kragen	41	36	37	26	27	26	24	25	18
Handarbeitskräfte	46	37	32	33	21	28	23	18	18
Hauspersonen	42	36	25	43	17	31	20	21	19
Arbeitslose	51	37	26	36	20	35	28	19	16
in den Ruhestand	42	30	37	37	24	29	25	24	20
Studierende	35	33	27	26	37	33	21	25	12
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	48	36	21	38	17	42	20	19	17
Von Zeit zu Zeit	45	33	30	36	21	32	22	19	18
Fast nie / Nie	39	35	37	29	28	25	25	25	18
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	41	34	35	32	23	27	23	23	23
Kleine oder mittelgroße Stadt	41	34	35	32	26	27	24	22	17
Großstadt	42	37	32	31	29	30	24	25	14
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	41	36	34	31	27	27	24	24	18
Keine	49	30	34	40	16	32	20	18	22
Bild der EU									
Positiv	39	36	38	30	31	25	21	27	17
neutral	42	34	32	35	23	29	23	20	18
Negativ	47	34	27	31	15	33	34	19	20
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	39	36	38	30	31	27	23	26	17
Eine schlechte Sache	44	30	21	31	12	31	32	18	21
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	47	34	29	36	19	29	24	18	19

QA4ab Welche der folgenden Themen möchten Sie vom Europäischen Parlament vorrangig behandelt sehen? Erstens? Und dann? (MAX. 4 ANTWORTEN) (% - EU)									
	Terrorismus und organisierte Kriminalität	Autonomie der EU in den Bereichen Industrie und Energie	Humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe	Verbraucherschutz	Gleichstellung der Geschlechter, Inklusion und Vielfalt	Digitalisierung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft	Sonstige (SPONTANEOUS)	Keine (SPONTANEOUS)	Weiß nicht
EU-27	17	13	11	11	10	9	1	0	0
Geschlecht									
Mann	18	16	9	11	8	11	1	1	0
Frau	17	10	12	10	11	7	0	0	1
Alter									
15-24	14	11	17	8	17	12	0	0	0
25-39	15	15	12	11	13	11	0	0	0
40-54	17	14	8	10	9	9	1	0	0
55+	20	11	9	12	7	7	1	1	1
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	19	8	9	11	8	7	0	0	1
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	17	13	11	12	10	9	1	0	0
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	16	17	12	9	11	10	1	0	0
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	16	18	8	11	10	10	0	0	0
Führungskräfte	16	18	9	9	11	12	1	0	0
Andere weiße Kragen	17	15	11	11	10	11	0	0	0
Handarbeitskräfte	19	12	10	12	11	9	0	0	0
Hauspersonen	19	8	13	13	9	6	1	0	1
Arbeitslose	16	10	11	8	13	6	1	0	1
in den Ruhestand	20	10	9	11	6	5	1	1	1
Studierende	13	12	18	8	17	14	1	0	0
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	18	13	13	11	11	8	1	0	1
Von Zeit zu Zeit	19	12	11	13	10	9	0	0	1
Fast nie / Nie	17	13	10	10	10	9	1	0	0
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	16	11	9	10	8	8	1	0	1
Kleine oder mittelgroße Stadt	19	14	11	11	10	9	0	1	0
Großstadt	16	13	11	11	11	9	0	0	0
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	17	13	11	11	10	9	1	0	0
Keine	18	8	7	11	6	4	0	1	2
Bild der EU									
Positiv	15	15	12	10	12	10	0	0	0
neutral	18	11	10	12	9	8	1	0	1
Negativ	23	10	7	11	6	5	1	2	1
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	15	15	12	9	11	10	1	0	0
Eine schlechte Sache	22	10	8	14	8	6	1	2	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	21	10	10	13	8	8	0	1	1

Erwartete Veränderungen des Lebensstandards

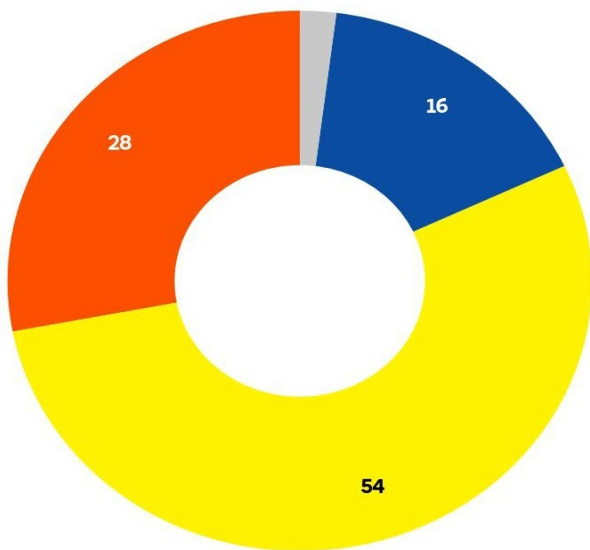
Über die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments hinaus wird in der Umfrage auch untersucht, wie die Europäer ihre eigenen wirtschaftlichen Aussichten mittelfristig wahrnehmen. Angesichts der anhaltenden Bedenken in Bezug auf Kaufkraft, Beschäftigung und Sozialschutz, die im vorherigen Abschnitt zu den wichtigsten Prioritäten gehörten, wurden die Befragten gebeten, darüber nachzudenken, wie sie erwarten, dass sich ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Diese Frage gibt Aufschluss darüber, wie die Europäer ihr künftiges wirtschaftliches Wohlergehen bewerten, indem sie das zugrunde liegende Maß an Vertrauen oder Unsicherheit erfassen.

Auf EU-Ebene geht die Mehrheit der Befragten davon aus, dass ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren unverändert bleibt. Etwas mehr als die Hälfte der Europäer (54 %) gibt an, dass sich ihr Lebensstandard nicht ändern wird. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Mai 2025 weitgehend stabil (–1 Prozentpunkte), was bestätigt, dass dies nach wie vor die vorherrschende Erwartung in der gesamten Europäischen Union ist.

Gleichzeitig geht mehr als ein Viertel der Befragten (28 Prozent) davon aus, dass ihr Lebensstandard in den kommenden fünf Jahren sinken wird. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Mai 2025 weitgehend stabil (+1 Prozentpunkte), was darauf hindeutet, dass die Bedenken hinsichtlich einer Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Bedingungen nach wie vor auf einem ähnlichen Niveau liegen. Diese Feststellung steht im Einklang mit der anhaltenden Bedeutung der Inflation, der steigenden Preise und der Lebenshaltungskosten unter den Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger und spiegelt die anhaltenden Bedenken hinsichtlich der Kaufkraft und der finanziellen Sicherheit wider.

Im Gegensatz dazu erwarten 16 % der Europäer, dass ihr Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren steigen wird. Auch dieser Anteil ist im Vergleich zum Mai 2025 weitgehend stabil (+1 Prozentpunkte). Obwohl diese Gruppe deutlich kleiner ist als diejenigen, die Stabilität oder einen Rückgang erwarten, deutet das Ergebnis darauf hin, dass ein Teil der Bevölkerung weiterhin Vertrauen in verbesserte wirtschaftliche Aussichten ausdrückt.

SD27 Wenn Sie darüber nachdenken, wie sich Ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird, welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Erwartungen am besten? (EU27) (%)



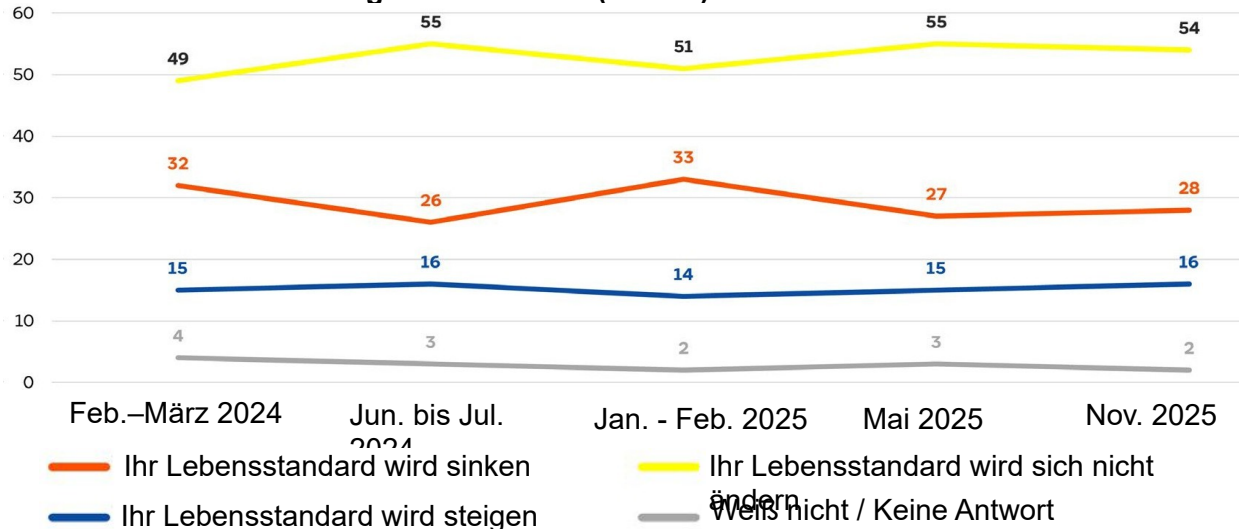
Ihr Lebensstandard wird sinken ▲ 1
 Ihr Lebensstandard wird sich nicht ändern ▼ 1
 Ihr Lebensstandard wird steigen ▲ 1
 Weiß nicht / Keine Antwort ▼ 1

Ihr Lebensstandard wird sinken
 Ihr Lebensstandard wird sich nicht ändern
 Ihr Lebensstandard wird steigen
 Weiß nicht / Keine Antwort

▲ ▼ (Nov 2025 – Mai 2025)
 Nov. 2025

Was die sich ändernden Erwartungen betrifft, so äußerten sich die Befragten düsterer über die Aussichten für ihren persönlichen Lebensstandard im Zeitraum Januar bis Februar 2025, als 33 % der Befragten einen Rückgang erwarteten. Seit Mai 2025 sind diese Erwartungen relativ stabil geblieben, wobei sich die Anteile derjenigen, die einen Anstieg, einen Rückgang oder keine Veränderung erwarten, nur geringfügig bewegen.

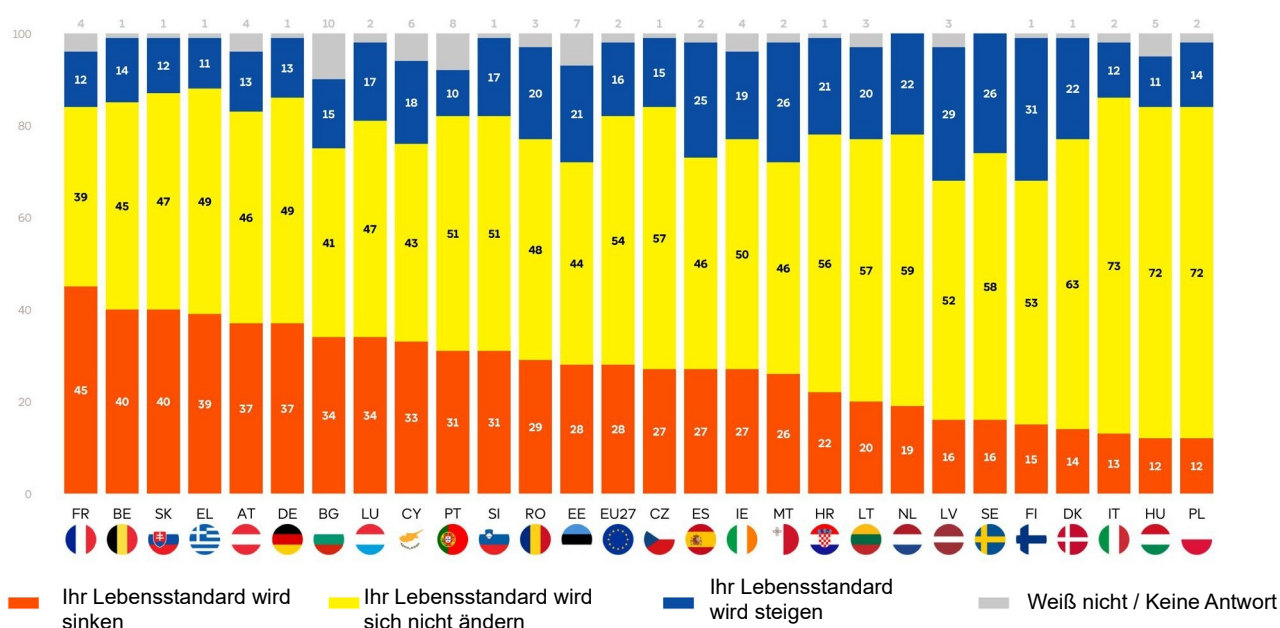
SD27 Wenn Sie darüber nachdenken, wie sich Ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird, welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Erwartungen am besten? (% - EU)



Auf nationaler Ebene geben die Befragten in 26 Mitgliedstaaten am häufigsten an, dass sie erwarten, dass ihr Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren unverändert bleibt. Frankreich ist der einzige Mitgliedstaat, in dem sie am häufigsten mit einem Rückgang rechnen, wie 45 % der Befragten vermuten. Die Erwartungen für einen Rückgang sind auch in Belgien und der Slowakei (40 %), Griechenland (39 %) sowie Österreich und Deutschland (37 %) relativ hoch, was auf ein höheres Maß an Besorgnis über das künftige wirtschaftliche Wohlergehen in diesen Ländern hindeutet.

Umgekehrt erwartet in mehreren Mitgliedstaaten ein beachtlicher Anteil der Befragten, dass ihr Lebensstandard steigen wird. Mindestens ein Viertel der Befragten erwartet eine Verbesserung in Finnland (31 %), Lettland (29 %), Schweden und Malta (26 %) und Spanien (25 %), was einen vergleichenden Optimismus hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Aussichten in diesen Ländern widerspiegelt.

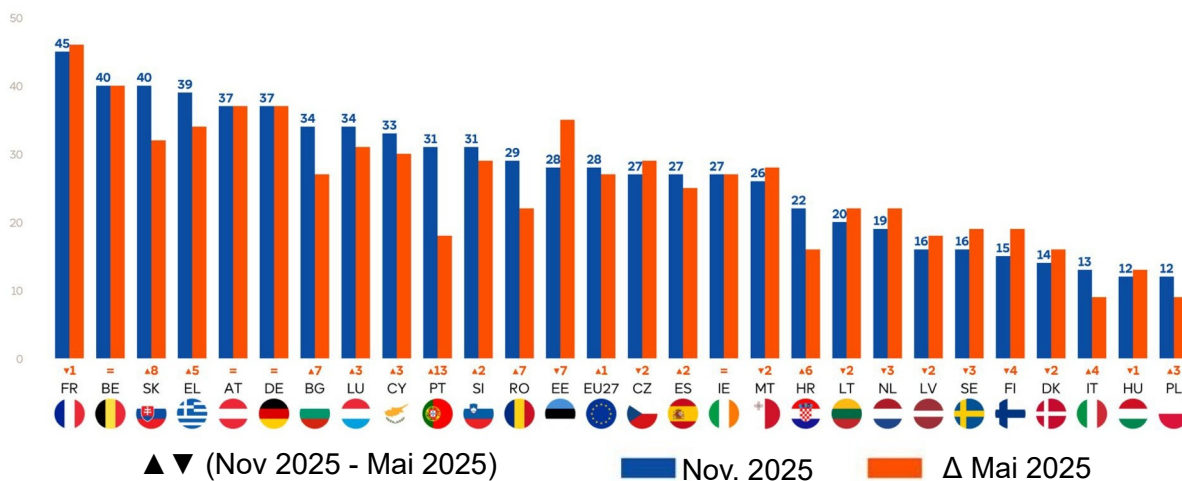
SD27 Wenn Sie darüber nachdenken, wie sich Ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird, welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Erwartungen am besten? (%)



Nov. 2025

Seit Mai 2025 ist der Anteil der Befragten, die einen Rückgang ihres Lebensstandards erwarten, in mehreren Mitgliedstaaten gestiegen, angeführt von Portugal (+13 Prozentpunkte, 31 %), der Slowakei (+8 Prozentpunkte, 40 %), Bulgarien (+7 Prozentpunkte, 34 %) und Rumänien (+7 Prozentpunkte, 29 %). Diese Zunahmen deuten auf einen wachsenden Pessimismus in diesen Ländern hin, was darauf hindeutet, dass sich die Besorgnis über das persönliche wirtschaftliche Wohlergehen seit der vorherigen Umfragewelle verstärkt hat. Umgekehrt ist in Estland der Anteil der Befragten, die einen Rückgang des Lebensstandards erwarten, um 7 Prozentpunkte auf 28 % zurückgegangen, was auf einen Rückgang des Pessimismus zurückzuführen ist.

SD27 Wenn Sie darüber nachdenken, wie sich Ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird, welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Erwartungen am besten? Ihr Lebensstandard wird sinken (%)



Unterschiede in den Erwartungen über die zukünftige Entwicklung des Lebensstandards werden in mehreren soziodemografischen Gruppen beobachtet und zeigen, wie persönliche Umstände, Lebensphase und finanzielle Vulnerabilität die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Wohlergehens prägen.

Frauen erwarten mit größerer Wahrscheinlichkeit als Männer einen Rückgang ihres Lebensstandards, wobei 31 % der Frauen einen Rückgang erwarten, verglichen mit 26 % der Männer. Umgekehrt erwarten Männer eher als Frauen einen Anstieg ihres Lebensstandards, wobei 19% der Männer diese Erwartung ausdrücken, verglichen mit 13% der Frauen.

Das Alter ist auch eng mit den unterschiedlichen Erwartungen verbunden. Ältere Befragte neigen dazu, eine pessimistischere Perspektive zu haben, wobei der Anteil mit zunehmendem Alter einen Rückgang ihres Lebensstandards erwartet: 16 % bei den 15- bis 24-Jährigen, 24 % bei den 25- bis 39-Jährigen, 28 % bei den 40- bis 54-Jährigen und 34 % bei den Befragten ab 55 Jahren. Ein ähnliches altersbedingtes Muster ist für diejenigen zu beobachten, die Stabilität erwarten, wobei der Anteil, der keine Veränderung erwartet, von 45 % bei den jüngsten Befragten auf 59 % bei den ältesten steigt. Im Gegensatz dazu erwarten jüngere Europäer viel eher einen Anstieg ihres Lebensstandards, wobei 36 % der 15- bis 24-Jährigen eine Verbesserung erwarten, verglichen mit nur 25 % der 25- bis 39-Jährigen, 15 % der 40- bis 54-Jährigen und nur 5 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber.

Das Bildungsniveau ist ein weiterer Faktor, der mit unterschiedlichen Erwartungen verbunden ist. Befragte mit einem niedrigeren Bildungsniveau rechnen eher mit einem Rückgang ihres Lebensstandards, wobei 38 % dieser Ansicht sind, verglichen mit 27 % der Befragten mit einem mittleren Bildungsniveau und 22 % der Befragten mit einem hohen Bildungsniveau. Umgekehrt erwarten Befragte mit einem hohen Bildungsniveau eher einen Anstieg ihres Lebensstandards, wobei 21 % eine Verbesserung erwarten, verglichen mit 15 % der Befragten mit mittlerer Bildung und 10 % der Befragten mit niedriger Bildung. Dies deutet darauf hin, dass die Hochschulbildung mit einem größeren Vertrauen in die wirtschaftlichen Aussichten verbunden ist, während die niedrigere Bildung einer erhöhten Besorgnis über den zukünftigen persönlichen Lebensstandard entspricht.

Auch die finanzielle Situation prägt die Erwartungen stark. Befragte, die berichten, dass sie die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, erwarten viel eher einen Rückgang ihres Lebensstandards, wobei 53% diese Erwartung halten, verglichen mit nur 24% unter denen, die fast nie oder nie mit Schwierigkeiten konfrontiert sind. Im Gegensatz dazu erwarten Befragte, die fast nie oder nie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, eher Stabilität in ihrem

Lebensstandard, wobei 57 % auf keine Veränderung hindeuten, verglichen mit 31 % bei denjenigen, die häufig mit finanziellen Belastungen konfrontiert sind.

Schließlich hängen die Erwartungen der Befragten in Bezug auf die Entwicklung ihres persönlichen Lebensstandards eng mit ihren Zukunftsaussichten zusammen. Diejenigen, die optimistisch über ihre eigene Zukunft und die ihrer Familie sind, erwarten eher Stabilität oder Verbesserung ihres Lebensstandards. Im Gegensatz dazu erwarten Befragte, die in Bezug auf ihre persönliche oder familiäre Zukunft pessimistisch sind, viel eher einen Rückgang, wobei 53 % derjenigen, die sich in Bezug auf ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihrer Familie pessimistisch fühlen, einen Rückgang erwarten, verglichen mit nur 21 % bei denjenigen, die optimistisch sind. Ebenso ist Pessimismus in Bezug auf die Zukunft des eigenen Landes mit negativeren Erwartungen verbunden: 43% der Befragten, die pessimistisch gegenüber ihrem Land sind, erwarten einen Rückgang ihres Lebensstandards, verglichen mit 18% unter denen, die optimistisch sind. Diese Muster verstärken den engen Zusammenhang zwischen den allgemeinen Lebensaussichten und den wirtschaftlichen Erwartungen und zeigen, dass persönlicher und nationaler Optimismus mit größerem Vertrauen in Stabilität oder Verbesserung verbunden ist, während Pessimismus mit erhöhter Besorgnis über eine mögliche Verschlechterung des Lebensstandards korrespondiert.

SD27 Wenn Sie darüber nachdenken, wie sich Ihr persönlicher Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird, welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Erwartungen am besten? (% - EU)

	Ihr Lebensstandard wird sinken	Ihr Lebensstandard wird sich nicht ändern	Ihr Lebensstandard wird steigen	Weiß nicht / Keine Antwort
EU-27	28	54	16	2
Geschlecht				
Mann	26	53	19	2
Frau	31	54	13	2
Alter				
15-24	16	45	36	3
25-39	24	48	25	3
40-54	28	54	15	3
55+	34	59	5	2
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	38	49	10	3
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	27	56	15	2
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	22	55	21	2
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	24	57	18	1
Führungskräfte	21	57	20	2
Andere weiße Kragen	26	55	16	3
Handarbeitskräfte	30	51	16	3
Hauspersonen	32	55	10	3
Arbeitslose	35	41	20	4
in den Ruhestand	36	58	4	2
Studierende	16	43	38	3
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	53	31	14	2
Von Zeit zu Zeit	34	51	13	2
Fast nie / Nie	24	57	17	2
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	33	51	14	2
Kleine oder mittelgroße Stadt	28	55	14	3
Großstadt	24	54	19	3
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	27	54	17	2
Keine	42	52	3	3
Bild der EU				
Positiv	21	58	19	2
neutral	28	56	13	3
Negativ	50	37	10	3
Mitgliedschaft in der Europäischen Union				
Eine gute Sache	24	55	19	2
Eine schlechte Sache	47	41	11	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	32	55	10	3

Werte, die das Europäische Parlament vorrangig verteidigen sollte

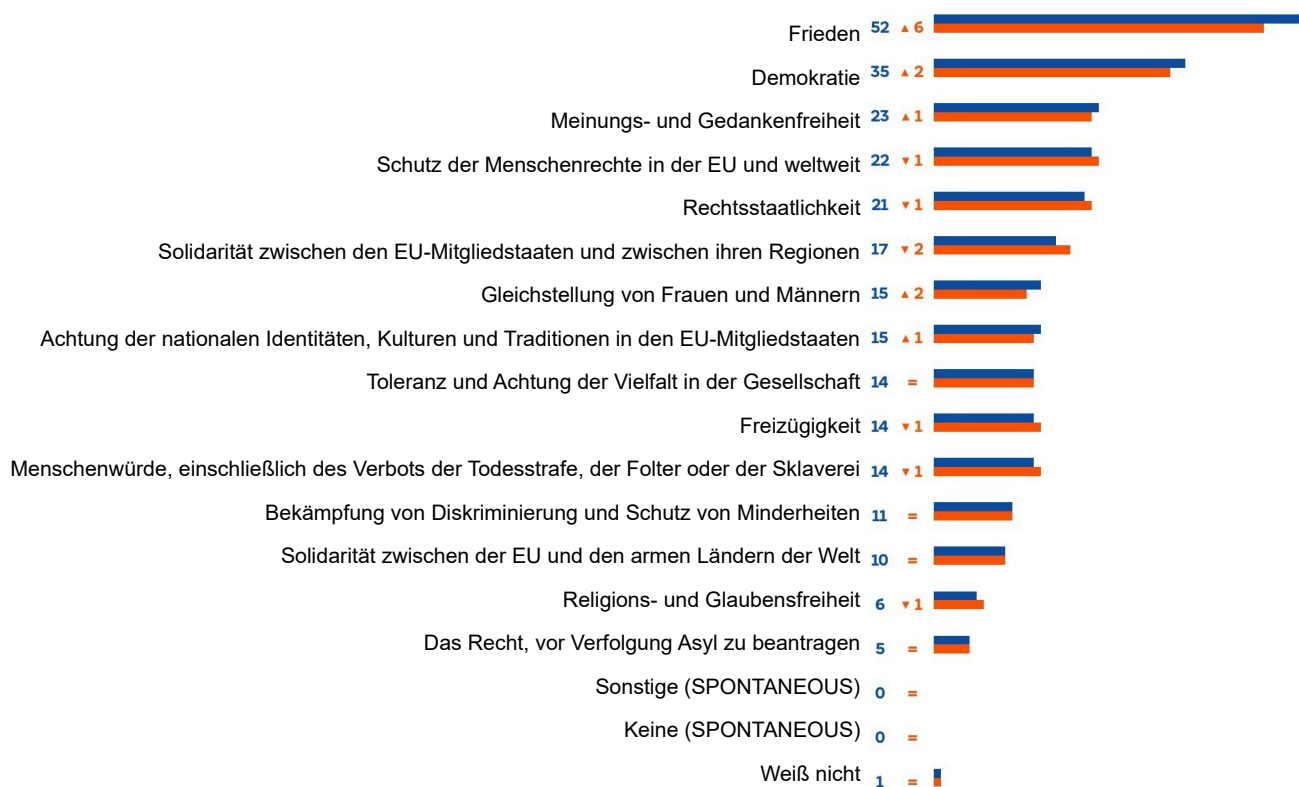
Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Werte, die das Europäische Parlament verteidigen sollte, bieten entscheidende Einblicke in die Wahrnehmung der Kernaufgabe und der demokratischen Grundlagen der Union durch die Europäer. Über konkrete politische Prioritäten hinaus zeigen diese Ansichten die grundlegenden Grundsätze auf, von denen die Bürgerinnen und Bürger glauben, dass sie die Arbeit des Parlaments leiten und die künftige Ausrichtung der EU gestalten sollten.

Auf EU-Ebene stellt sich der Frieden bei weitem als der Wert heraus, den die Bürger am meisten wollen, dass das Europäische Parlament als Priorität verteidigt. Mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) spricht von Frieden, was einen starken Anstieg um sechs Prozentpunkte seit Mai 2025 bedeutet. Dies bestätigt, dass der Frieden in dem derzeitigen geopolitischen Kontext, der durch den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten und breitere internationale Spannungen geprägt ist, zu einer noch zentraleren und vereinheitlichenden Erwartung unter den Europäern geworden ist. Die Bedeutung dieses Wertes unterstreicht die starke Forderung der Bürgerinnen und Bürger nach Stabilität, Konfliktverhütung und einer klaren Rolle der EU bei der Wahrung des Friedens innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen.

Demokratie ist der am zweithäufigsten genannte Wert, der von 35 % der Befragten angeführt wird (+ 2 Prozentpunkte seit Mai 2025). Dies deutet darauf hin, dass die demokratischen Bedenken in der gesamten Union weiter gefestigt werden. In einem Kontext, der von Herausforderungen für demokratische Institutionen, Desinformation und schwindendem Vertrauen in politische Systeme geprägt ist, spiegelt die anhaltende Bedeutung, die die Bürger der Demokratie beimessen, die Erwartungen wider, dass das Europäische Parlament ein Hüter der demokratischen Grundsätze und Rechte bleiben sollte.

Neben Frieden und Demokratie nennt mehr als jeder fünfte Europäer mehrere andere Grundwerte als Prioritäten, die das Europäische Parlament verteidigen muss: Meinungs- und Gedankenfreiheit, Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit und Rechtsstaatlichkeit.

QA5ab Welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (EU27) (%)

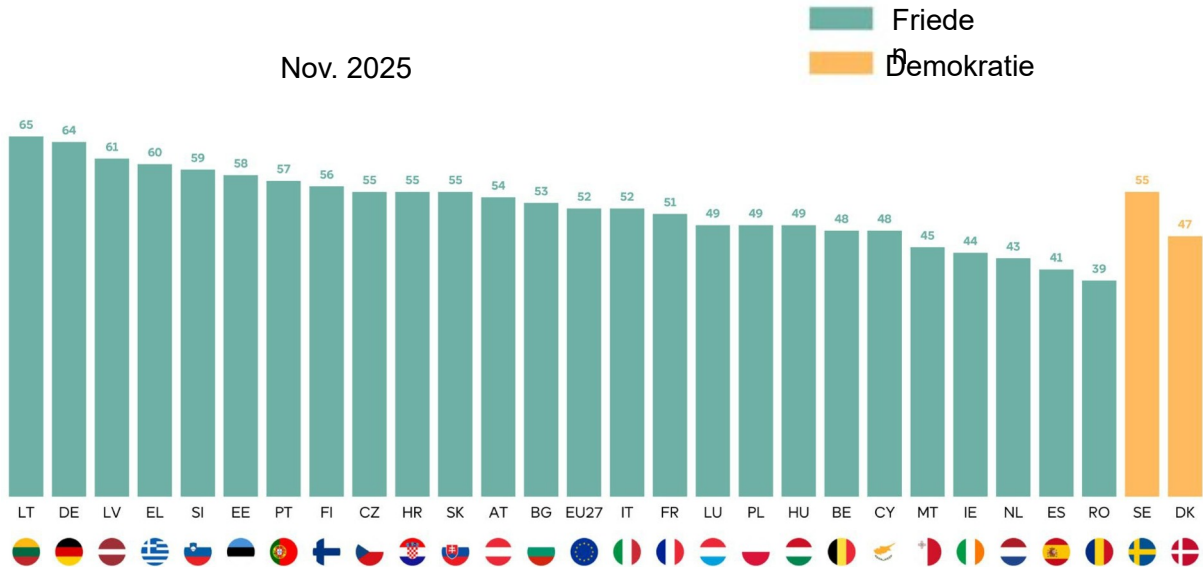


Nov.
2025

■ Nov. 2025 ■ Δ Mai 2025

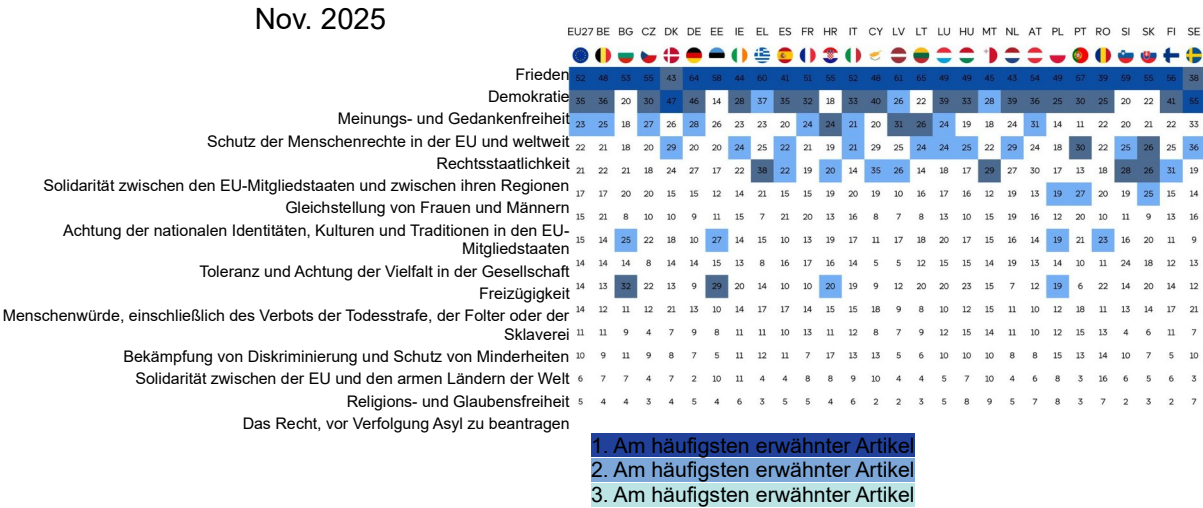
Auf nationaler Ebene ist der Frieden in 25 Ländern die am häufigsten genannte Priorität, was seine außergewöhnlich breite Resonanz in der gesamten Europäischen Union bestätigt. Nur in Schweden und Dänemark tritt die Demokratie als der am häufigsten zitierte Wert hervor. Selbst in diesen beiden Fällen bleibt der Frieden jedoch der am zweithäufigsten genannte Wert.

QA5ab Welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (%)



Demokratie ist auch eine wichtige Priorität in der gesamten Europäischen Union. Er zählt zu den drei am häufigsten genannten Werten in 21 Mitgliedstaaten und bestätigt seine breite Relevanz, auch wenn er nicht der höchste Wert ist.

QA5ab Welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (%)



Unterschiede in den Werten, die das Europäische Parlament nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger verteidigen sollte, sind auch in soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen sichtbar.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Wertprioritäten sind relativ begrenzt, aber einige Kontraste stechen hervor. Frauen erwähnen mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit als Männer den Frieden als Wert, den das Europäische Parlament verteidigen sollte (54 % gegenüber 50 %). Und es zeigt sich ein deutlicherer Unterschied in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern: 18 % der Frauen sehen die Gleichstellung der Geschlechter als Priorität an, verglichen mit 11 % der Männer.

Frieden ist in allen Altersgruppen durchweg wichtig, wird aber am häufigsten von älteren Befragten genannt, wobei 56 % der 55-Jährigen und älter ihn als Priorität erwähnen. Im Vergleich dazu waren es 50 % der Befragten im Alter von 40 bis 54 Jahren, 47 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren und 48 % der Befragten in der jüngsten Gruppe (15 bis 24 Jahre). Diese Ergebnisse legen nahe, dass ältere Europäer dem Frieden besondere Bedeutung beimessen.

Frieden wird auch am häufigsten von Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau (60 %) erwähnt, verglichen mit 51 % bei den Befragten mit einem mittleren Bildungsniveau und 45 % bei den Befragten mit einem hohen Bildungsniveau. Im Gegensatz dazu bevorzugen Befragte mit einem hohen Bildungsniveau eher Werte wie den Schutz der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit sowie Toleranz und Achtung der Vielfalt als Befragte mit einem niedrigeren Bildungsniveau.

Die Wahrnehmung der Europäischen Union durch die Befragten prägt auch einige ihrer Wertprioritäten. Diejenigen, die ein positives Bild von der EU haben, erwähnen eher den Schutz der Menschenrechte (25 % gegenüber 19 % bei den Befragten mit einem negativen Bild), die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihren Regionen (19 % gegenüber 14 %) sowie Toleranz und Achtung der Vielfalt in der Gesellschaft (16 % gegenüber 10 %). Umgekehrt bevorzugen Befragte, die die EU ablehnen, eher die Meinungs- und Gedankenfreiheit (27 % gegenüber 21 % bei Personen mit einem positiven Image) und die Rechtsstaatlichkeit (26 % gegenüber 20 %).

QA5ab Welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (% - EU)									
	Frieden	Demokratie	Meinungs- und Gedankenfreiheit	Schutz der Menschenrechte in der EU und weltweit	Rechtsstaatlichkeit	Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zwischen ihren Regionen	Gleichstellung von Frauen und Männern	Achtung der nationalen Identitäten, Kulturen und Traditionen in den EU-Mitgliedstaaten	Toleranz und Achtung der Vielfalt in der Gesellschaft
EU-27	52	35	23	22	21	17	15	15	14
Geschlecht									
Mann	50	36	24	21	23	18	11	16	13
Frau	54	34	22	23	20	16	18	14	16
Alter									
15-24	48	32	24	23	15	16	19	13	15
25-39	47	33	24	25	20	16	16	15	17
40-54	50	34	24	22	23	16	15	16	13
55+	56	37	22	20	23	19	13	14	13
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	60	35	21	19	19	15	16	13	12
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	51	33	24	21	21	18	15	16	14
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	45	38	24	26	24	18	13	16	17
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	49	34	23	23	25	18	12	20	14
Führungskräfte	49	40	25	25	23	17	12	15	16
Andere weiße Kragen	48	35	22	23	23	19	16	15	15
Handarbeitskräfte	51	31	24	21	21	16	16	15	14
Hauspersonen	50	29	20	24	18	17	16	13	15
Arbeitslose	47	29	30	24	18	17	19	14	16
in den Ruhestand	58	38	21	20	22	18	12	14	12
Studierende	49	35	23	25	15	14	18	14	16
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	49	33	26	22	21	17	16	15	12
Von Zeit zu Zeit	51	32	21	22	20	16	16	15	14
Fast nie / Nie	52	36	23	22	22	18	14	15	15
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	53	37	23	21	21	17	15	15	13
Kleine oder mittelgroße Stadt	53	33	23	22	20	18	16	14	14
Großstadt	48	35	23	24	23	17	12	15	16
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	50	35	24	23	21	17	15	15	15
Keine	64	35	17	17	20	17	11	14	9
Bild der EU									
Positiv	50	37	21	25	20	19	14	15	16
neutral	53	33	24	21	21	16	16	14	14
Negativ	53	34	27	19	26	14	13	17	10
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	51	37	23	24	21	18	15	14	16
Eine schlechte Sache	47	31	27	15	24	13	13	18	10
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	54	33	22	20	21	17	15	15	13

QA5ab Welche der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vorrangig verteidigen? Erstens? Und dann? (MAX. 3 ANTWORTEN) (% - EU)									
	Freizügigkeit	Menschenwürde, einschließlich des Verbots der Todesstrafe, der Folter oder der Sklaverei	Bekämpfung von Diskriminierung und Schutz von Minderheiten	Solidarität zwischen der EU und den armen Ländern der Welt	Religions- und Glaubensfreiheit	Das Recht, vor Verfolgung Asyl zu beantragen	Sonstige (SPONTANEOUS)	Keine (SPONTANEOUS)	Weiß nicht
EU-27	14	14	11	10	6	5	0	0	1
Geschlecht									
Mann	15	14	10	10	6	5	1	0	0
Frau	12	15	11	10	6	5	0	0	1
Alter									
15-24	14	15	13	11	8	7	0	0	1
25-39	16	14	12	10	5	6	0	0	0
40-54	15	14	11	10	6	5	1	1	0
55+	12	14	10	9	6	5	1	1	1
Bildungsniveau									
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	13	14	11	10	6	5	1	1	1
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	15	14	11	11	7	6	0	0	0
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	13	15	11	9	5	5	0	0	0
Sozio-professionelle Kategorie									
Selbständige	15	13	8	10	6	5	1	0	0
Führungskräfte	15	12	9	9	4	6	0	0	0
Andere weiße Kragen	14	14	12	10	6	6	0	0	0
Handarbeitskräfte	16	14	11	10	6	5	0	0	0
Hauspersonen	13	16	12	13	9	6	0	0	1
Arbeitslose	13	15	13	8	6	4	1	1	1
in den Ruhestand	11	14	10	10	7	4	1	1	1
Studierende	14	16	14	10	6	7	0	0	0
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen									
Die meiste Zeit	12	15	13	10	6	4	1	1	1
Von Zeit zu Zeit	15	16	12	11	8	6	0	0	1
Fast nie / Nie	14	14	10	9	6	5	0	0	0
Subjektive Urbanisierung									
Ländliches Gebiet oder Dorf	12	14	9	9	6	5	1	0	1
Kleine oder mittelgroße Stadt	15	14	11	10	7	5	0	1	0
Großstadt	14	15	12	10	6	6	0	0	0
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen									
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	14	14	11	10	6	5	0	0	0
Keine	12	13	9	9	8	4	1	1	2
Bild der EU									
Positiv	15	15	11	10	6	6	0	0	0
neutral	14	13	11	10	7	5	1	0	1
Negativ	12	13	8	8	6	4	1	2	1
Mitgliedschaft in der Europäischen Union									
Eine gute Sache	14	14	11	10	5	5	0	0	0
Eine schlechte Sache	13	13	10	10	9	6	1	2	0
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	15	14	11	9	7	5	1	1	1

Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Priorisierung der Demokratie als Kernwert für das Europäische Parlament durch die Bürgerinnen und Bürger wirft natürlich Fragen darüber auf, wie die Europäer das Funktionieren demokratischer Systeme in der Praxis wahrnehmen. In diesem Zusammenhang wird im folgenden Abschnitt die Zufriedenheit der Europäer mit der Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene untersucht.

Auf EU-Ebene zeigt sich mehr als die Hälfte der Europäer zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie. 54 % der Befragten geben an, mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden zu sein, darunter 4 %, die sehr zufrieden sind. Diese Zufriedenheit ist etwas niedriger als bei der nationalen Demokratie, wo 58 % der Befragten Zufriedenheit ausdrücken, darunter 7 %, die sehr zufrieden sind.

SD18a Im Großen und Ganzen sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie in UNSEREM LAND funktioniert? (EU27) (%)



SD18b: Wie funktioniert Demokratie in der EU? (EU27) (%)

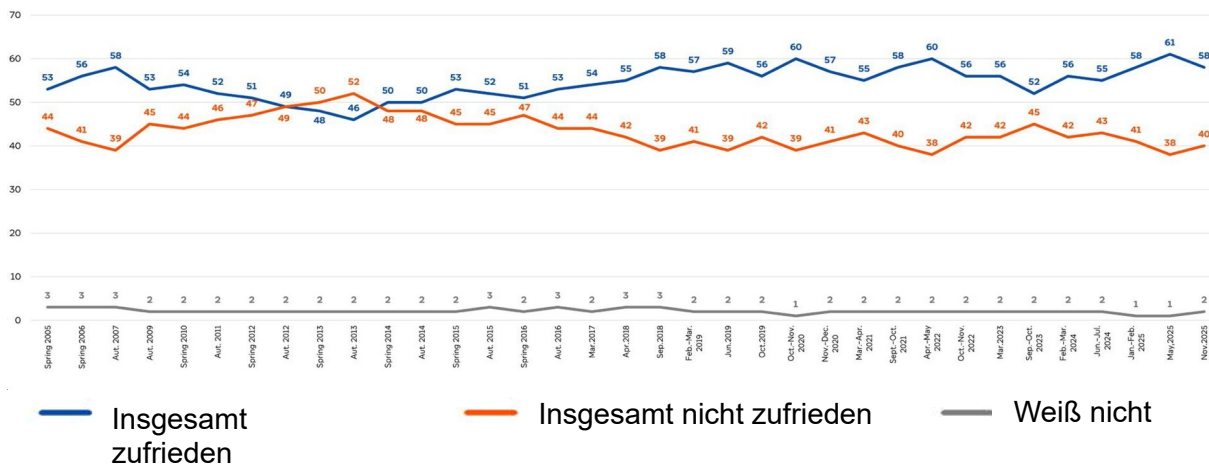


■ Sehr zufrieden ■ Ziemlich zufrieden ■ Nicht sehr zufrieden ■ Überhaupt nicht zufrieden ■ Weiß nicht

Nov. 2025

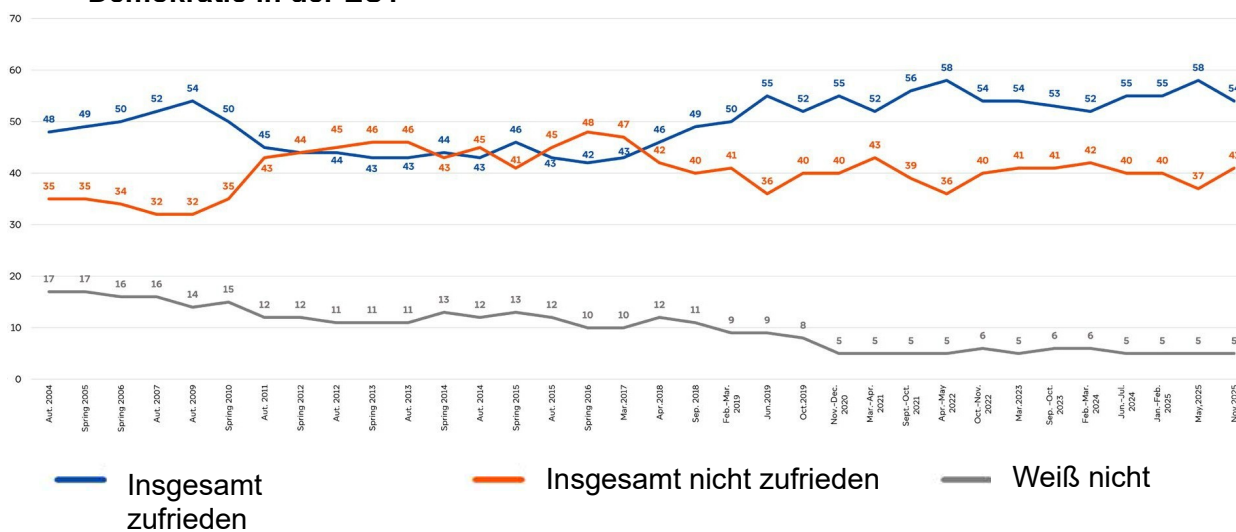
Im Vergleich zur vorherigen Umfrage vom Mai 2025 ist die Zufriedenheit mit der Demokratie leicht zurückgegangen. Die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie ist um 3 Prozentpunkte zurückgegangen, während die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU um 4 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Trotz dieses kurzfristigen Rückgangs war der Gesamttrend seit Mitte der 2010er Jahre sowohl für die Demokratie auf nationaler als auch auf EU-Ebene weitgehend positiv. Seit 2014 hat mindestens die Hälfte der Befragten in der EU ihre Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zum Ausdruck gebracht. Diese langfristige Stabilität unterstreicht eine anhaltende Grundlinie der Zufriedenheit mit den nationalen demokratischen Institutionen, auch wenn kurzfristige Schwankungen, wie der leichte Rückgang seit Mai 2025, vorübergehenden politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Druck widerspiegeln können.

SD18a Im Großen und Ganzen sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie in UNSEREM LAND funktioniert?



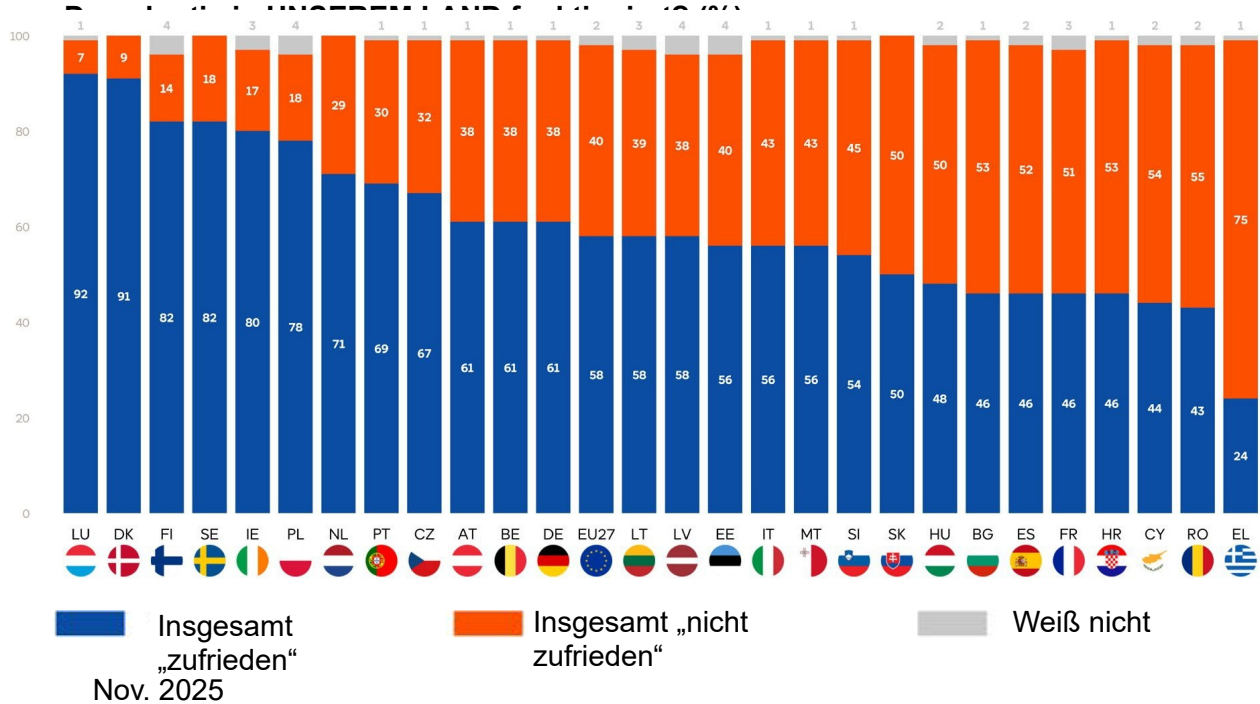
Was die Ebene der Europäischen Union betrifft, so gab seit 2019 mindestens die Hälfte der Befragten an, mit der Demokratie auf EU-Ebene zufrieden zu sein. Dies deutet darauf hin, dass trotz kurzfristiger Schwankungen eine relativ stabile Mehrheit der Europäer das Vertrauen in das Funktionieren demokratischer Prozesse in der EU aufrechterhält.

SD18b Sind Sie insgesamt sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU?



Auf nationaler Ebene ist die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. Mindestens die Hälfte der Befragten gibt an, in 19 Mitgliedstaaten zufrieden zu sein, was darauf hindeutet, dass die Mehrheit der Bürger in den meisten Ländern Vertrauen in das Funktionieren ihrer nationalen demokratischen Systeme ausdrückt. Am höchsten ist die Zufriedenheit in Luxemburg (92 %) und Dänemark (91 %). Dagegen ist die Zufriedenheit in einigen wenigen Mitgliedstaaten deutlich geringer. Der niedrigste Wert wird in Griechenland verzeichnet, wo nur 24% der Befragten sagen, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind.

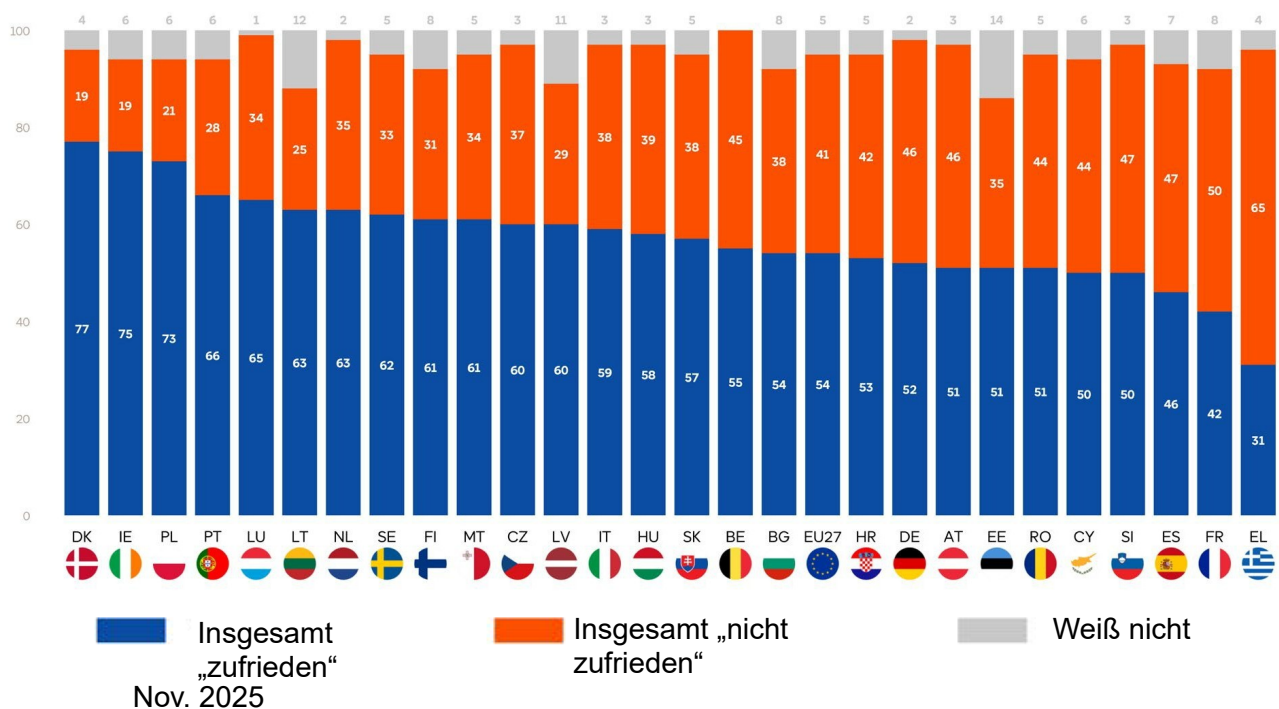
SD18a Im Großen und Ganzen sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie



Auch die Wahrnehmung der Funktionsweise der Demokratie auf Ebene der Europäischen Union ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich, wenngleich die Zufriedenheit relativ weit verbreitet ist. Mindestens die Hälfte der Befragten gibt an, mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU in 24 Mitgliedstaaten zufrieden zu sein, was darauf hindeutet, dass die Mehrheit in den meisten Ländern zustimmt. Am höchsten ist die Zufriedenheit in Dänemark (77 %), Irland (75 %) und Polen (73 %). Umgekehrt ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU in einigen Mitgliedstaaten geringer. Die niedrigsten Werte sind in Griechenland (31 %) zu verzeichnen, gefolgt von Frankreich (42 %) und Spanien (46 %).

Die Ergebnisse weisen auf einen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie auf nationaler und EU-Ebene hin. In Ländern, in denen die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie hoch ist, neigen die Bürger auch dazu, eine höhere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen. Umgekehrt ist in Ländern, in denen die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie gering ist, die Zufriedenheit mit der Demokratie auf EU-Ebene im Allgemeinen ebenfalls geringer.

SD18b Und wie sieht es mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU aus? (%)



Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie werden in mehreren soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen festgestellt, die widerspiegeln, wie sich die persönlichen Umstände, die Lebensphase und die Wahrnehmung der Europäischen Union auf die Bewertungen der demokratischen Funktionsweise durch die Bürgerinnen und Bürger beziehen.

Erstens werden nach Geschlecht keine signifikanten Unterschiede festgestellt, wobei Männer und Frauen ein ähnliches Maß an Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene zum Ausdruck bringen.

Das Alter ist jedoch mit Zufriedenheit verbunden. Jüngere Befragte äußern eher ihre Zufriedenheit mit der Demokratie auf beiden Ebenen, wobei die Kluft bei der Demokratie auf EU-Ebene stärker ausgeprägt ist. Unter den Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren geben 65 % an, mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden zu sein, verglichen mit 57 % bei den 25- bis 39-Jährigen, 55 % bei den 40- bis 54-Jährigen und 50 % bei den 55- bis über 55-Jährigen. Ein ähnlicher Altersunterschied wird zur Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie beobachtet.

Das Bildungsniveau hängt auch mit der Zufriedenheit mit der Demokratie zusammen. Je höher das Bildungsniveau ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Befragten sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene ihre Zufriedenheit zum Ausdruck bringen. 47 % der Befragten mit niedrigem Bildungsniveau geben an, mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden zu sein, verglichen mit 58 % bei den Befragten mit mittlerem Bildungsniveau und 66 % bei den Befragten mit hohem Bildungsniveau. Dieses Muster zeigt, dass höhere Bildungsabschlüsse mit einem größeren Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse verbunden sind.

Die finanzielle Situation spielt eine ähnlich wichtige Rolle. Befragte, die größere Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, sind mit der Demokratie auf beiden Ebenen deutlich weniger zufrieden. Auf nationaler Ebene geben nur 34 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, an, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden sind, verglichen mit 49 % derjenigen, die von Zeit zu Zeit Schwierigkeiten haben, und 64 % derjenigen, die fast nie oder nie mit solchen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Dieser Gradient unterstreicht den engen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Sicherheit und der Wahrnehmung demokratischer Leistung.

Dann sind die Wahrnehmungen der Europäischen Union stark mit der Zufriedenheit mit der Demokratie verbunden, insbesondere auf EU-Ebene. Befragte, die ein positives Bild von der EU haben, äußern viel eher ihre Zufriedenheit mit der Demokratie sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Besonders auffällig ist der Kontrast für die Demokratie auf EU-Ebene: 72 % der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, geben an, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU zufrieden sind, verglichen mit nur 18 % bei den Befragten mit einem negativen Bild. Diese starke Kluft unterstreicht die enge Verbindung zwischen der Wahrnehmung der EU und dem Vertrauen in ihr demokratisches Funktionieren.

Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf eine starke Übereinstimmung zwischen der Zufriedenheit mit der Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene hin. Länderübergreifend, soziodemografische Gruppen und Einstellungsprofile berichten Befragte, die eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie in ihrem Land zum Ausdruck bringen, tendenziell auch über eine höhere Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union.

SD18a Im Großen und Ganzen sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Demokratie in UNSEREM LAND funktioniert? (% - EU)			
	Insgesamt „zufrieden“	Insgesamt „Nicht zufrieden“	Weiß nicht
EU-27	58	40	2
Geschlecht			
Mann	58	40	2
Frau	57	41	2
Alter			
15-24	64	32	4
25-39	59	39	2
40-54	59	40	1
55+	55	44	1
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	47	50	3
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	58	40	2
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	66	33	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	56	43	1
Führungskräfte	67	32	1
Andere weiße Kragen	64	35	1
Handarbeitskräfte	52	46	2
Hauspersonen	54	43	3
Arbeitslose	45	52	3
in den Ruhestand	53	45	2
Studierende	68	28	4
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	34	63	3
Von Zeit zu Zeit	49	50	1
Fast nie / Nie	64	34	2
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	54	44	2
Kleine oder mittelgroße Stadt	56	42	2
Großstadt	64	35	1
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	59	39	2
Keine	46	50	4
Bild der EU			
Positiv	71	28	1
neutral	53	44	3
Negativ	27	72	1
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	69	30	1
Eine schlechte Sache	30	69	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	44	53	3

SD18b Und wie sieht es mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU aus? (% - EU)			
	Insgesamt „zufrieden“	Insgesamt „Nicht zufrieden“	Weiß nicht
EU-27	54	41	5
Geschlecht			
Mann	54	42	4
Frau	54	40	6
Alter			
15-24	65	28	7
25-39	57	39	4
40-54	55	42	3
55+	50	44	6
Bildungsniveau			
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	44	48	8
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	55	41	4
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	61	36	3
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbständige	54	43	3
Führungskräfte	63	35	2
Andere weiße Kragen	62	35	3
Handarbeitskräfte	50	46	4
Hauspersonen	51	41	8
Arbeitslose	43	51	6
in den Ruhestand	48	45	7
Studierende	67	26	7
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	36	58	6
Von Zeit zu Zeit	48	47	5
Fast nie / Nie	59	37	4
Subjektive Urbanisierung			
Ländliches Gebiet oder Dorf	50	45	5
Kleine oder mittelgroße Stadt	54	41	5
Großstadt	60	36	4
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen			
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	56	40	4
Keine	39	49	12
Bild der EU			
Positiv	72	25	3
neutral	46	46	8
Negativ	18	78	4
Mitgliedschaft in der Europäischen Union			
Eine gute Sache	68	28	4
Eine schlechte Sache	19	78	3
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	37	55	8

5. BÜRGERAUFNAHMEN IM RAHMEN DER EU UND DES EP

5. BÜRGERAUFNAHMEN IM RAHMEN DER EU UND DES EP

In diesem Kapitel werden die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union und zum Europäischen Parlament untersucht, wobei ihr Bild vom Parlament, seine wahrgenommene Rolle, die Ansichten über die EU und die Bewertung der EU-Mitgliedschaft ihres Landes behandelt werden. Bei allen Indikatoren überwiegen die positiven Ansichten durchweg die negativen, und die langfristige Entwicklung zeigt, dass die öffentliche Unterstützung trotz kleiner Rückgänge in jüngster Zeit im Vergleich zu den Zeiten in der Vergangenheit, in denen die Meinung negativer war, nach wie vor stark ist. Die Einstellungen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten und soziodemografischen Gruppen unterschiedlich und spiegeln den nationalen Kontext und die individuellen Perspektiven wider.

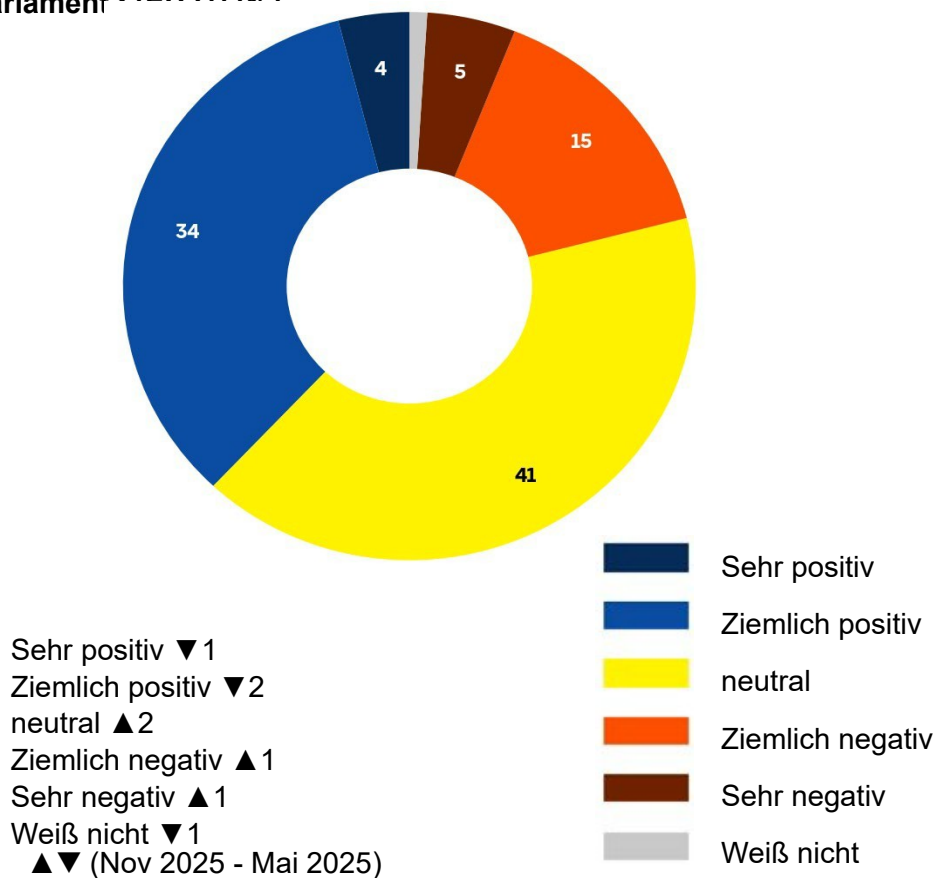
Bild des Europäischen Parlaments

In diesem Abschnitt wird das Bild der Bürgerinnen und Bürger vom Europäischen Parlament untersucht, einem Schlüsselindikator für die Wahrnehmung des Organs durch die Europäer. Die Analyse untersucht die allgemeine Wahrnehmung in der EU, Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Unterschiede zwischen soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen.

Auf EU-Ebene geben 38 % der Befragten ein positives Bild des Europäischen Parlaments an, darunter 4 %, die sagen, dass sie eine sehr positive Meinung haben. Neutrale Wahrnehmungen werden von 41 % der Europäer zum Ausdruck gebracht, während 20 % ein negatives Bild haben, darunter 5 %, die sehr negativ sind. Seit der letzten Umfrage im Mai 2025 ist der Anteil der Befragten mit positivem Image um 3 Prozentpunkte zurückgegangen, was auf einen leichten Rückgang der positiven Wahrnehmung des Parlaments in der gesamten EU hindeutet.

Der allgemeine Kontext der globalen Spannungen und Herausforderungen für die EU mit einem ausgeprägten Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt, der von mehr als der Hälfte der Befragten gemeldet wurde, wie am Anfang dieses Berichts beschrieben, trägt wahrscheinlich dazu bei, die Einstellungen der Menschen zu prägen. Solche Bedenken können sich insbesondere auf die Wahrnehmung von Institutionen wie dem Europäischen Parlament und der Europäischen Union durch die Bürgerinnen und Bürger auswirken.

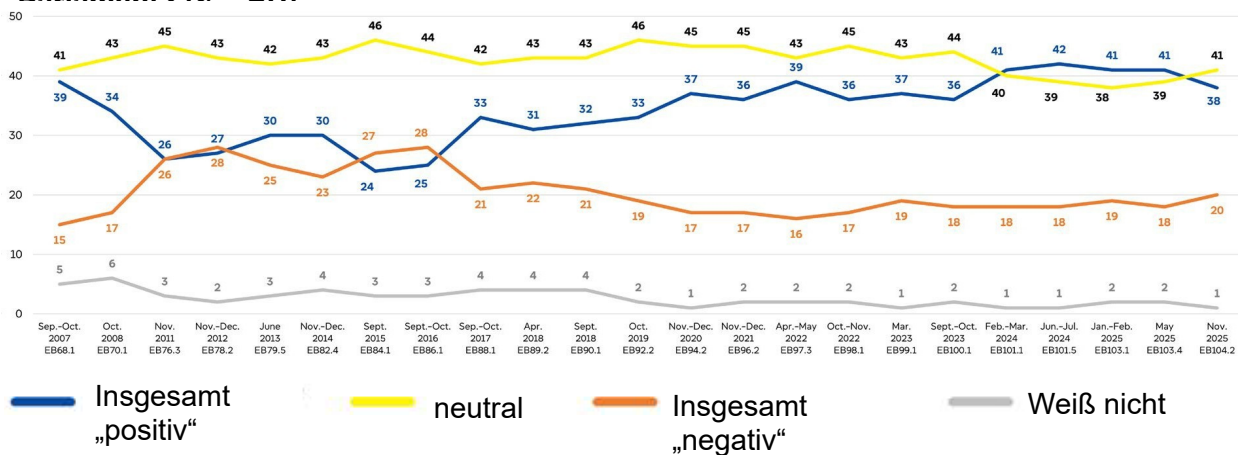
QA1 Haben Sie generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild vom Europäischen Parlament? (EB127) (%)



Nov. 2025

Längerfristig haben die positiven Ansichten des Europäischen Parlaments seit 2017 die negativen Ansichten durchweg übertroffen. Obwohl seit Mai 2025 ein leichter Rückgang zu beobachten ist, ist der derzeitige Anteil der positiven Wahrnehmungen nach wie vor relativ hoch, insbesondere im Vergleich zu dem Zeitraum zwischen 2011 und 2016, als das Image des Parlaments negativer bewertet wurde. Dieser langfristige Trend deutet auf eine allgemein stabile und positive Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in den letzten Jahren hin.

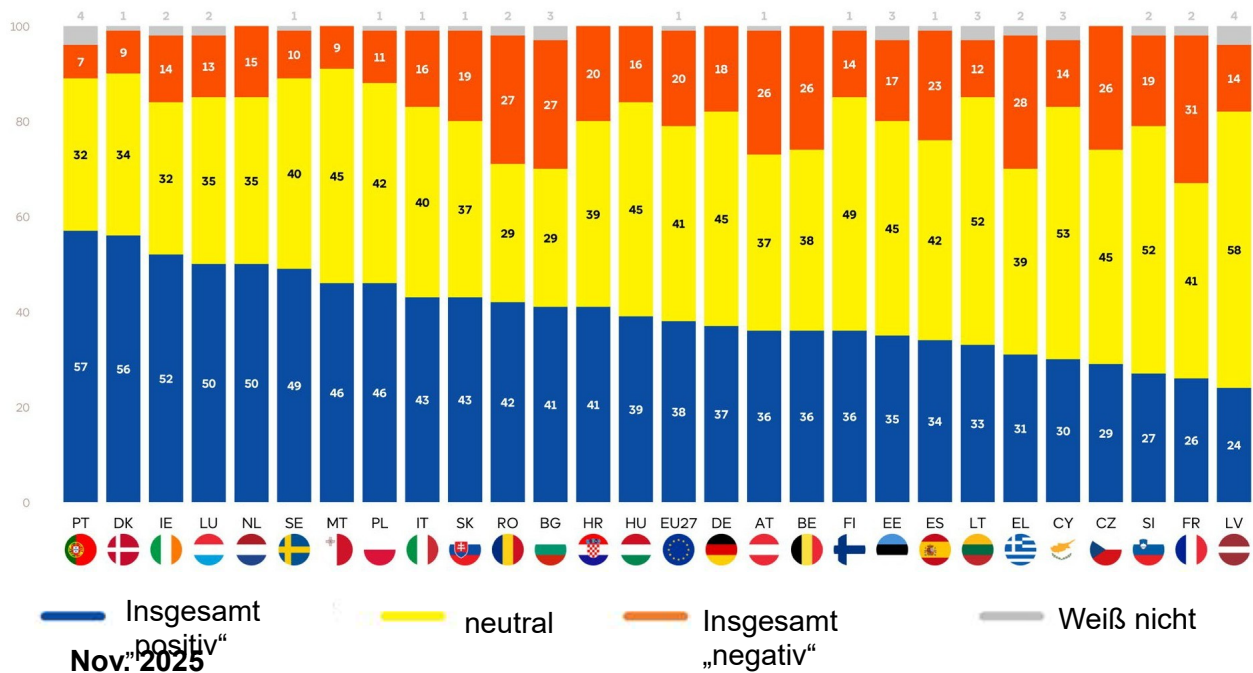
QA1 Haben Sie generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild vom Europäischen Parlament? (%)



Die Ansichten des Europäischen Parlaments sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Auf Länderebene gibt mindestens die Hälfte der Befragten ein positives Bild des Europäischen Parlaments in fünf Mitgliedstaaten an, und dies ist die häufigste Ansicht in 13 Mitgliedstaaten. Die höchsten Anteile sind in Portugal (57 %), Dänemark (56 %) und Irland (52 %) zu verzeichnen. Die niedrigsten positiven Wahrnehmungen gibt es dagegen in Lettland (24 %), Frankreich (26 %) und Slowenien (27 %).

Negative Ansichten sind in Frankreich (31 %), Griechenland (28 %) und Rumänien und Bulgarien (27 %) am stärksten ausgeprägt. Frankreich ist der einzige Mitgliedstaat, in dem die negativen Ansichten des Europäischen Parlaments die positiven überwiegen, wobei 31 % der Befragten ein negatives Bild haben, verglichen mit 26 %, die eine positive Wahrnehmung zum Ausdruck bringen.

QA1 Haben Sie generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild vom Europäischen Parlament? (%)



In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in den soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen unterscheidet, wobei die Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildung, wirtschaftlichen Umständen und umfassenderen Einstellungen zur EU hervorgehoben werden.

Erstens hat das Geschlecht nur begrenzten Einfluss auf das Gesamtbild des Europäischen Parlaments. Frauen haben eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit als Männer, eine neutrale Sichtweise zum Ausdruck zu bringen (43% vs. 38%), während Männer eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit haben als Frauen, eine negative Wahrnehmung zu haben (22% vs. 18%). Positive Wahrnehmungen sind bei den Geschlechtern weitgehend ähnlich.

Altersbedingte Unterschiede sind deutlicher zu erkennen. Jüngere Befragte neigen dazu, positivere Ansichten über das Europäische Parlament zu vertreten als ältere Befragte. Bei den 15- bis 24-Jährigen berichten 45 % von einem positiven Image, verglichen mit 41 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren, 38 % der Befragten im Alter von 40 bis 54 Jahren und 35 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Dieses Muster deutet auf eine stärkere positive Wahrnehmung unter den jüngsten Europäern hin.

Dann wird das Bildungsniveau mit der Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in Verbindung gebracht. Befragte mit einem hohen Bildungsniveau äußern eher ein positives Bild (45 %) als

Befragte mit einem mittleren (38 %) oder niedrigen Bildungsniveau (31 %), was darauf hindeutet, dass die Hochschulbildung mit einer günstigeren Wahrnehmung der Institution verbunden ist.

Die finanzielle Situation der Befragten bezieht sich auch auf ihre Ansichten des Europäischen Parlaments. Diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, haben eher ein positives Image (41%) als Befragte, die von Zeit zu Zeit (34%) oder die meiste Zeit (29%).

Die Einstellungsmerkmale weisen die stärksten Assoziationen mit der Wahrnehmung des Europäischen Parlaments auf. Befragte, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, berichten eher über eine positive Sicht auf das Parlament (69 %), während Befragte, die ein negatives Bild von der EU haben, stark geneigt sind, eine negative Sicht auf das Parlament zu vertreten (79 %).

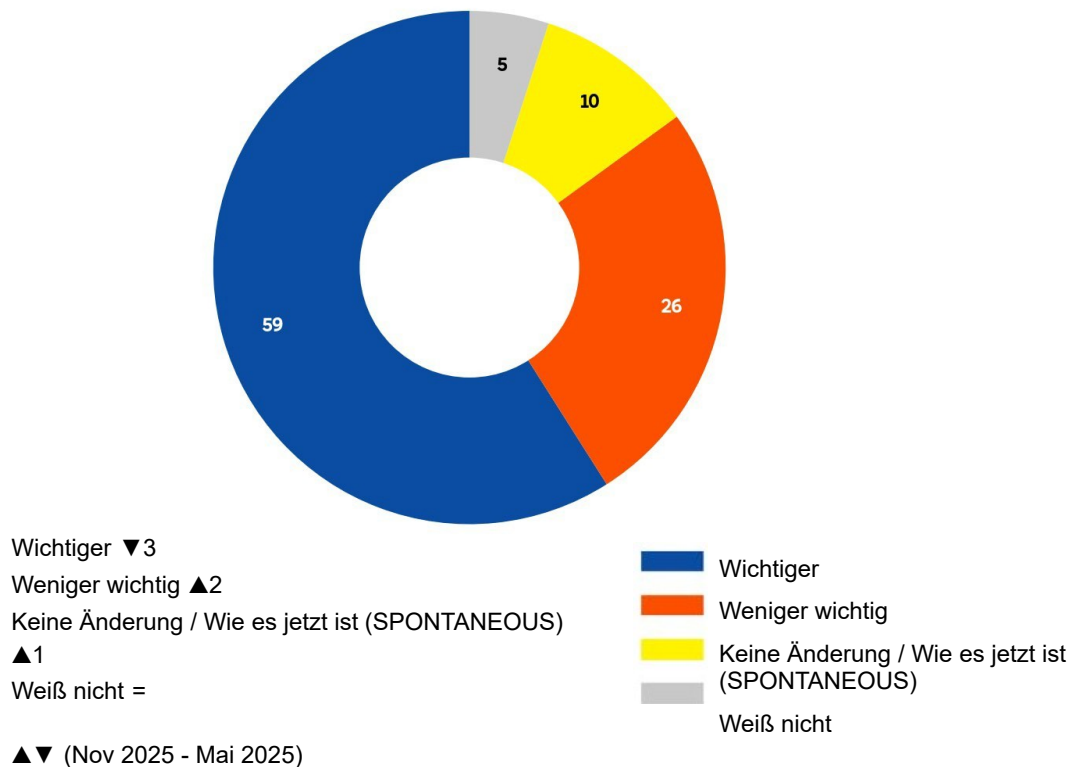
QA1 Haben Sie generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild vom Europäischen Parlament? (% - EU)				
	Insgesamt „positiv“	neutral	Insgesamt „negativ“	Weiß nicht
EU-27	38	41	20	1
Geschlecht				
Mann	39	38	22	1
Frau	38	43	18	1
Alter				
15-24	45	42	11	2
25-39	41	41	17	1
40-54	38	40	21	1
55+	35	41	23	1
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	31	43	24	2
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	38	41	20	1
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	45	38	16	1
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	38	37	24	1
Führungskräfte	47	39	14	0
Andere weiße Kragen	45	39	16	0
Handarbeitskräfte	35	41	23	1
Hauspersonen	30	47	22	1
Arbeitslose	30	39	29	2
in den Ruhestand	33	41	24	2
Studierende	46	42	10	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	29	37	32	2
Von Zeit zu Zeit	34	41	24	1
Fast nie / Nie	41	41	17	1
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	35	41	23	1
Kleine oder mittelgroße Stadt	38	42	19	1
Großstadt	44	37	18	1
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	40	40	19	1
Keine	30	43	23	4
Bild der EU				
Positiv	69	25	5	1
neutral	11	75	12	2
Negativ	3	17	79	1
Mitgliedschaft in der Europäischen Union				
Eine gute Sache	54	37	8	1
Eine schlechte Sache	8	22	69	1
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	13	58	27	2

Rolle des Europäischen Parlaments

In diesem Abschnitt wird untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger die Rolle des Europäischen Parlaments wahrnehmen. Die Befragten wurden gefragt, ob sie sich persönlich wünschen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt. Die Analyse berücksichtigt die allgemeinen Einstellungen in der EU, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und die Unterschiede zwischen soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen.

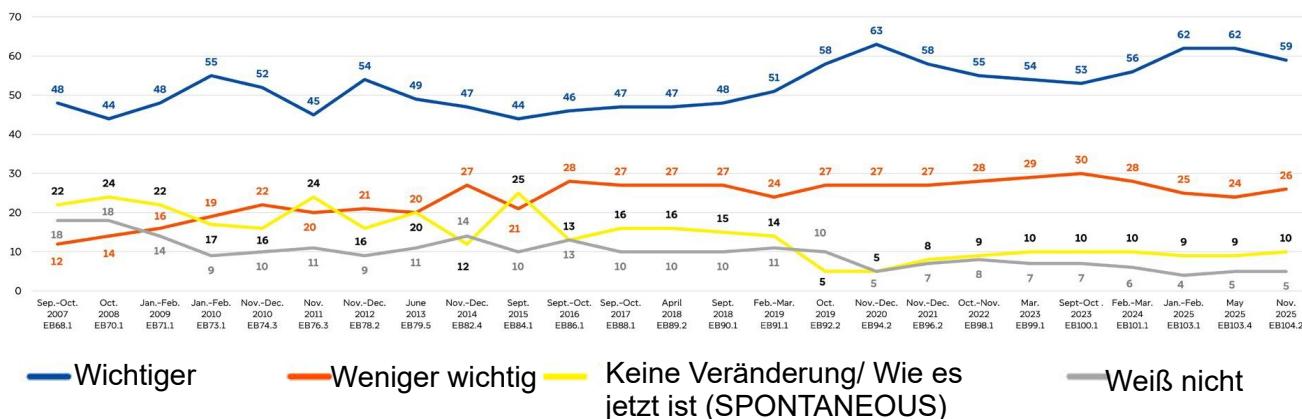
Auf EU-Ebene äußert die Mehrheit der Befragten den Wunsch, dass das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle spielt. Insbesondere wünschen sich 59 % der Befragten, dass das Parlament eine wichtigere Rolle spielt, während 26 % der Ansicht sind, dass es eine weniger wichtige Rolle spielen sollte. Seit der letzten Umfrage im Mai 2025 ist der Anteil der Europäer, die eine stärkere Rolle des Parlaments befürworten, um drei Prozentpunkte zurückgegangen, während der Anteil, der eine weniger wichtige Rolle bevorzugt, um zwei Punkte gestiegen ist.

QA2 Würden Sie sich persönlich wünschen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (EU27) (%)



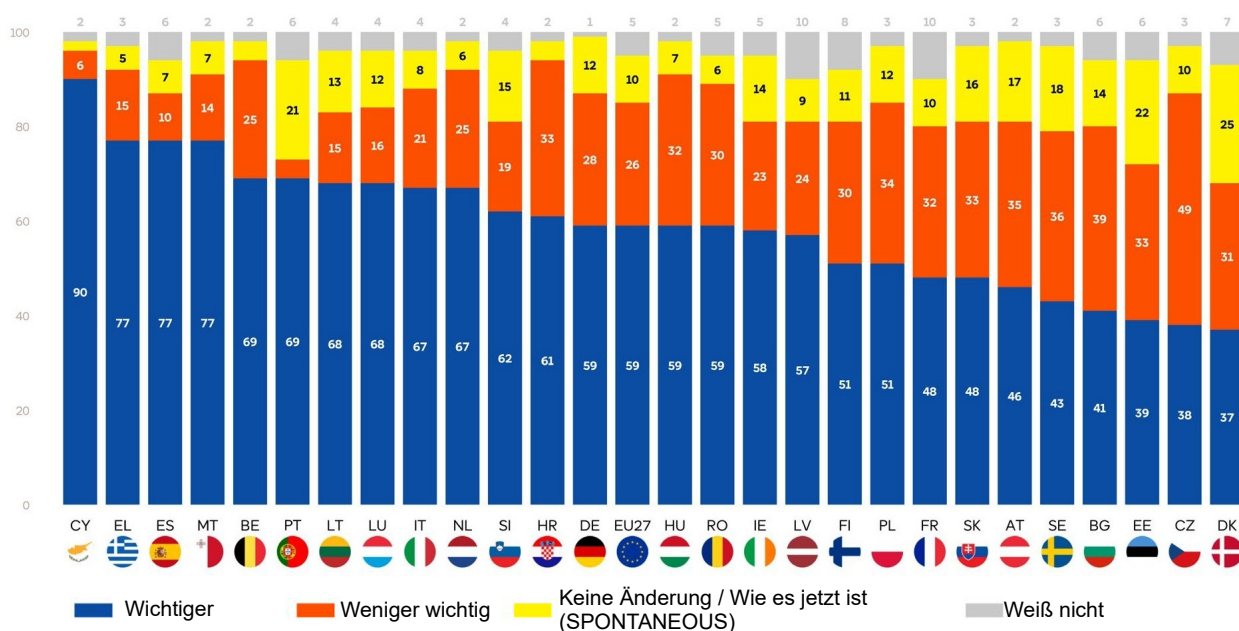
Längerfristig ist die Unterstützung für eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments nach wie vor deutlich höher als die Unterstützung für eine schwächere Rolle. Trotz des leichten Rückgangs seit Mai 2025 ist die derzeitige öffentliche Unterstützung für eine stärkere Rolle eine der höchsten seit der ersten Fragestellung im Jahr 2007. Dies deutet darauf hin, dass eine deutliche Mehrheit der Europäer das Europäische Parlament nach wie vor als eine Institution betrachtet, die einen größeren Einfluss auf die Beschlussfassung der EU haben sollte.

QA2 Würden Sie sich persönlich wünschen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (% - EU)



Auf Länderebene äußert die Mehrheit der Befragten in 19 Mitgliedstaaten den Wunsch, dass das Europäische Parlament eine stärkere Rolle spielt. Am höchsten ist die Unterstützung in Zypern (90 %), gefolgt von Griechenland, Spanien und Malta (alle 77 %). Die niedrigsten Unterstützungsniveaus sind dagegen in Dänemark (37 %), Tschechien (38 %) und Estland (39 %) zu verzeichnen. Tschechien ist der einzige Mitgliedstaat, in dem der Anteil der Befragten, die wünschen, dass das Europäische Parlament eine weniger wichtige Rolle spielt (49 %), diejenigen übersteigt, die wünschen, dass es eine wichtigere Rolle spielt (38 %).

QA2 Würden Sie sich persönlich wünschen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (%)



Nov. 2025

In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Rolle des Europäischen Parlaments zwischen soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen unterscheiden, wobei Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildung, wirtschaftlichen Umständen und umfassenderen Einstellungen zur EU hervorgehoben werden.

Erstens hat das Geschlecht wenig Einfluss auf die Präferenzen der Bürger für die Rolle des Europäischen Parlaments. Männer äußern etwas häufiger als Frauen den Wunsch, dass das Parlament eine weniger wichtige Rolle spielt (28 % gegenüber 24 %).

Die altersbedingten Unterschiede sind ausgeprägter, wobei jüngere Befragte eher eine stärkere Rolle des Parlaments unterstützen als ältere Befragte. 69 % der 15- bis 24-Jährigen wünschen sich, dass das Parlament eine wichtigere Rolle spielt, verglichen mit 63 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren, 58 % der Befragten im Alter von 40 bis 54 Jahren und 55 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, was darauf hindeutet, dass die Nachfrage nach einer stärkeren Rolle des Parlaments bei den jüngsten Europäern besonders hoch ist.

Das Bildungsniveau wird auch positiv mit den Präferenzen für eine wichtigere Rolle in Verbindung gebracht, wobei 64 % der Befragten mit einem hohen Bildungsniveau diese Ansicht zum Ausdruck bringen, verglichen mit 60 % der Befragten mit einem mittleren und 52 % der Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau.

Die finanzielle Situation der Befragten weist nur geringe Unterschiede auf. Befragte, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, wünschen sich mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit, dass das Parlament eine wichtigere Rolle spielt (60 %) als Befragte, die von Zeit zu Zeit (59 %) oder meistens (56 %) mit Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Die Einstellungsmerkmale stehen in engem Zusammenhang mit den Präferenzen in Bezug auf die Rolle des Parlaments. Befragte, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, sprechen sich wesentlich eher für eine stärkere parlamentarische Rolle aus (78 %), während Befragte, die ein negatives Bild von der EU haben, eher eine weniger wichtige Rolle bevorzugen (64 %).

QA2 Würden Sie sich persönlich wünschen, dass das Europäische Parlament eine wichtigere oder weniger wichtige Rolle spielt? (% - EU)				
	Wichtiger	Weniger wichtig	Keine Änderung / Wie es jetzt ist (SPONTANEOUS)	Weiß nicht
EU-27	59	26	10	5
Geschlecht				
Mann	58	28	10	4
Frau	60	24	11	5
Alter				
15-24	69	15	8	8
25-39	63	24	10	3
40-54	58	28	11	3
55+	55	29	11	5
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	52	29	12	7
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	60	28	9	3
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	64	22	10	4
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	59	29	9	3
Führungskräfte	63	22	12	3
Andere weiße Kragen	63	25	10	2
Handarbeitskräfte	56	29	11	4
Hauspersonen	56	28	10	6
Arbeitslose	59	26	9	6
in den Ruhestand	54	31	10	5
Studierende	72	12	9	7
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	56	30	8	6
Von Zeit zu Zeit	59	28	8	5
Fast nie / Nie	60	25	11	4
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	55	28	12	5
Kleine oder mittelgroße Stadt	59	28	8	5
Großstadt	64	22	10	4
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	61	25	10	4
Keine	46	31	14	9
Bild der EU				
Positiv	78	10	10	2
neutral	48	31	14	7
Negativ	28	64	4	4
Mitgliedschaft in der Europäischen Union				
Eine gute Sache	74	12	11	3
Eine schlechte Sache	26	67	3	4
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	38	43	13	6

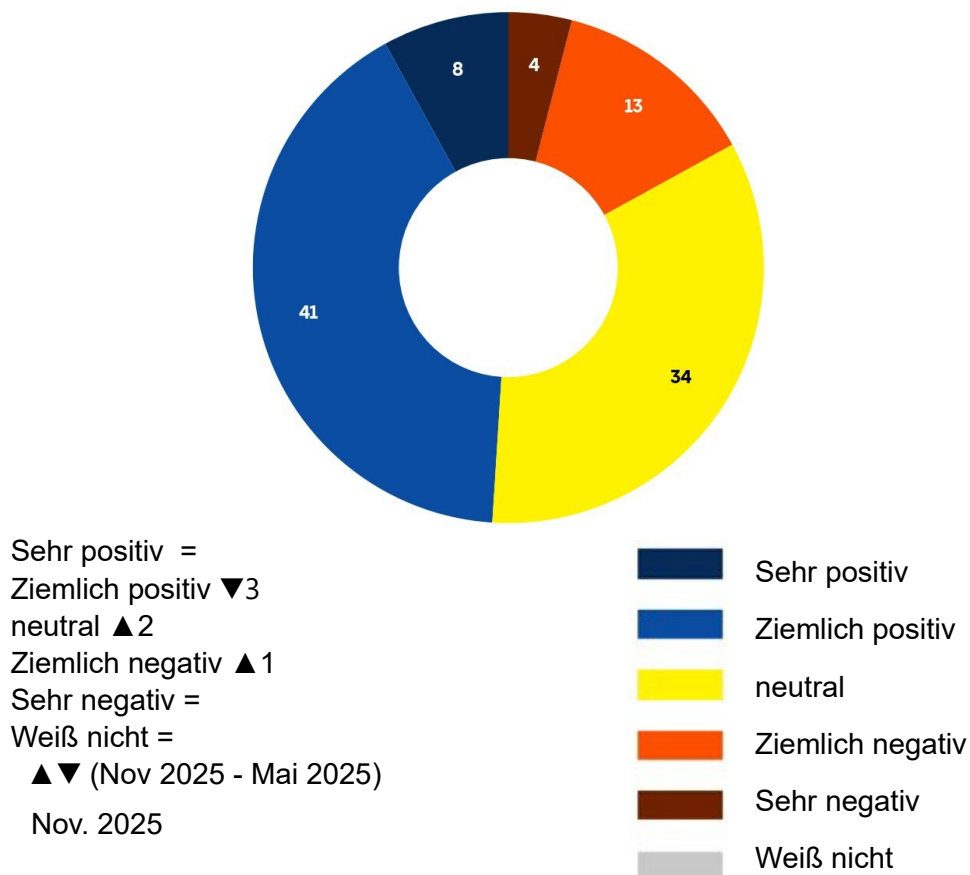
Bild der Europäischen Union

In diesem Abschnitt wird untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger die Europäische Union insgesamt wahrnehmen, ein Schlüsselmaß dafür, wie die Europäer die Union als politischen und institutionellen Akteur betrachten. Die Analyse berücksichtigt die aggregierten Wahrnehmungen auf EU-Ebene, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und die Unterschiede nach soziodemografischen und einstellungsbezogenen Merkmalen und gibt einen Einblick in die öffentliche Stimmung gegenüber der EU als Ganzes.

Auf EU-Ebene gibt fast die Hälfte der Befragten (49 %) ein positives Bild der Europäischen Union an, darunter 8 %, die sagen, dass sie eine sehr positive Sicht haben. Neutrale Wahrnehmungen werden von 34% der Europäer zum Ausdruck gebracht, während 17% ein negatives Bild haben, darunter 4%, die sehr negativ sind. Seit der letzten Umfrage im Mai 2025 ist der Anteil der Befragten mit positivem Image um drei Prozentpunkte zurückgegangen, was auf einen leichten Rückgang der positiven Wahrnehmung der Europäischen Union in der gesamten EU hindeutet.

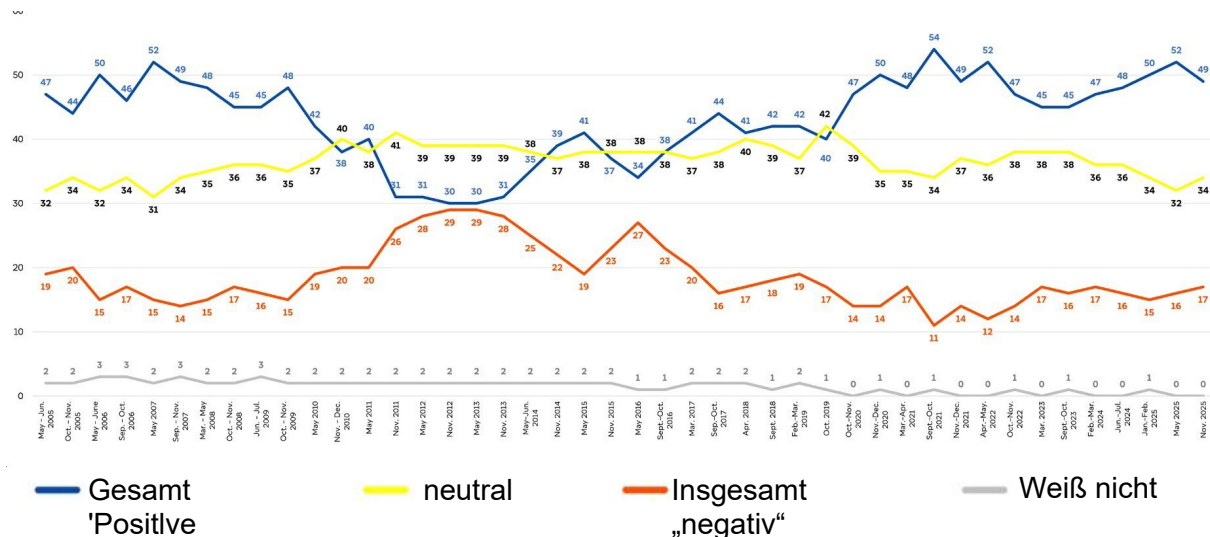
Auch hier dürfte der allgemeine Kontext der globalen Spannungen und Herausforderungen für die EU mit einem ausgeprägten Pessimismus in Bezug auf die Zukunft der Welt, der von mehr als der Hälfte der Befragten gemeldet wurde, wie am Anfang dieses Berichts beschrieben, dazu beitragen, die Einstellungen der Menschen zu prägen. Solche Bedenken können sich insbesondere auf die Wahrnehmung von Institutionen wie der Europäischen Union durch die Bürgerinnen und Bürger auswirken, die häufig als wichtiger Akteur bei der Bewältigung globaler Herausforderungen angesehen wird, wie dieser Bericht auch schon früher zeigt.

D78 Beschwört Ihnen die EU generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild herauf? (EU27) (%)



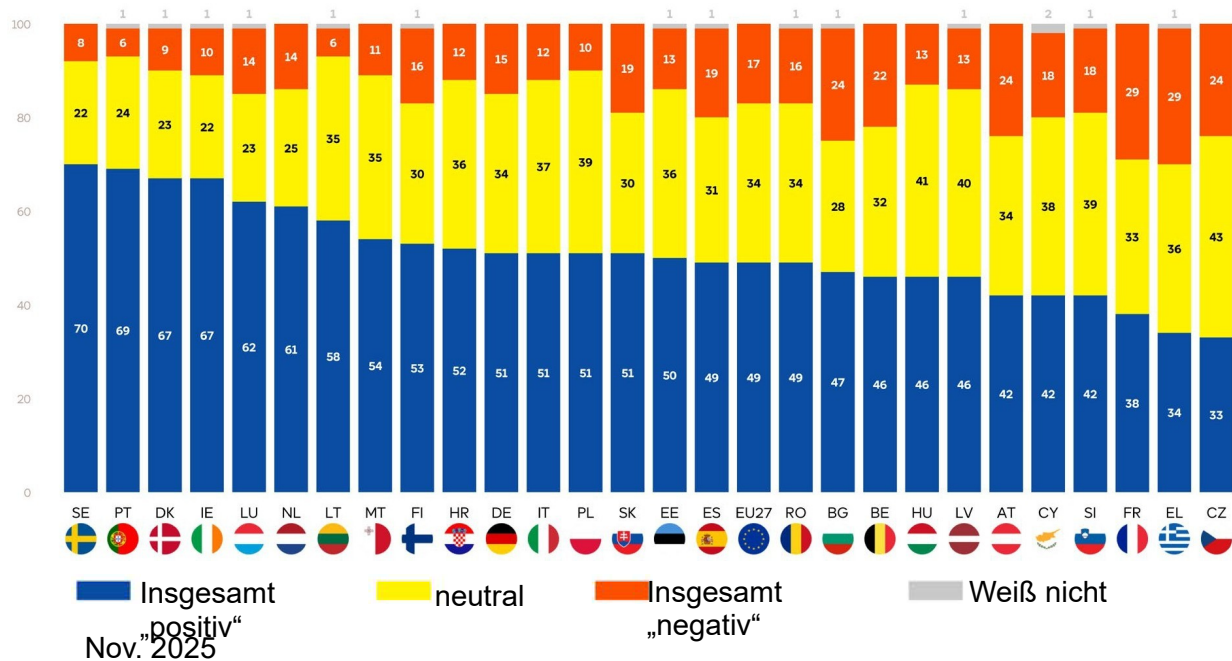
Wie bei den beiden vorangegangenen Indikatoren deutet der langfristige Trend trotz des jüngsten Rückgangs der positiven Wahrnehmung auf ein positiveres Bild hin. Seit mindestens 2005 hat der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, den Anteil der negativen Ansichten durchweg übertroffen. Darüber hinaus waren positive Wahrnehmungen die häufigste Reaktion und übertrafen seit 2020 konsequent auch neutrale Meinungen. Obwohl das derzeitige Niveau leicht zurückgegangen ist, ist es im Vergleich zum Zeitraum zwischen 2011 und 2016, als die öffentliche Meinung in der EU weniger günstig war, nach wie vor hoch.

D78 Beschwört Ihnen die EU generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild herauf? (% - EU)



Auf Länderebene gibt mindestens die Hälfte der Befragten in 15 Mitgliedstaaten ein positives Bild der Europäischen Union an, und in 25 Mitgliedstaaten ist dies die häufigste Reaktion. Die höchsten Anteile positiver Wahrnehmungen sind in Schweden (70 %), Portugal (69 %) sowie Dänemark und Irland (67 %) zu beobachten. Die niedrigsten positiven Wahrnehmungen gibt es dagegen in Tschechien (33 %), Griechenland (34 %) und Frankreich (38 %). Tschechien und Griechenland sind die einzigen Mitgliedstaaten, in denen nicht am häufigsten positiv reagiert wird. In beiden Fällen ist die relative Mehrheit der Befragten neutral. Negative Wahrnehmungen sind in keinem Mitgliedstaat die häufigste Reaktion.

D78 Beschwört Ihnen die EU generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild herauf? (%)



In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich die Wahrnehmung der Europäischen Union durch die Bürgerinnen und Bürger in soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen unterscheidet.

Erstens hat das Geschlecht wenig Einfluss auf die allgemeine Wahrnehmung, obwohl Frauen mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit als Männer eine neutrale Sichtweise vertreten (35 % gegenüber 32 %), während Männer mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit ein negatives Bild der Union ausdrücken (19 % gegenüber 16 %).

Altersbedingte Unterschiede sind ausgeprägter, wobei jüngere Befragte positivere Ansichten äußern als ältere Befragte. Von den 15- bis 24-Jährigen berichten 60 % von einem positiven Bild der EU, verglichen mit 54 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren, 49 % der Befragten im Alter von 40 bis 54 Jahren und 44 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, was auf einen deutlichen Trend hindeutet, bei den jüngsten Europäern eine positivere Wahrnehmung zu erzielen.

Der Bildungsabschluss hängt auch mit der Wahrnehmung zusammen, wobei Befragte, die ein hohes Bildungsniveau erreicht haben, eher eine positive Sicht auf die EU haben (60 %) als Befragte mit einem mittleren Bildungsniveau (48 %) oder einem niedrigen Bildungsniveau (40 %).

Die finanzielle Situation der Befragten prägt die Wahrnehmung weiter, da diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, eher ein positives Bild melden (53 %) als Befragte, die von Zeit zu Zeit (43 %) oder meistens (37 %) mit Schwierigkeiten konfrontiert sind.

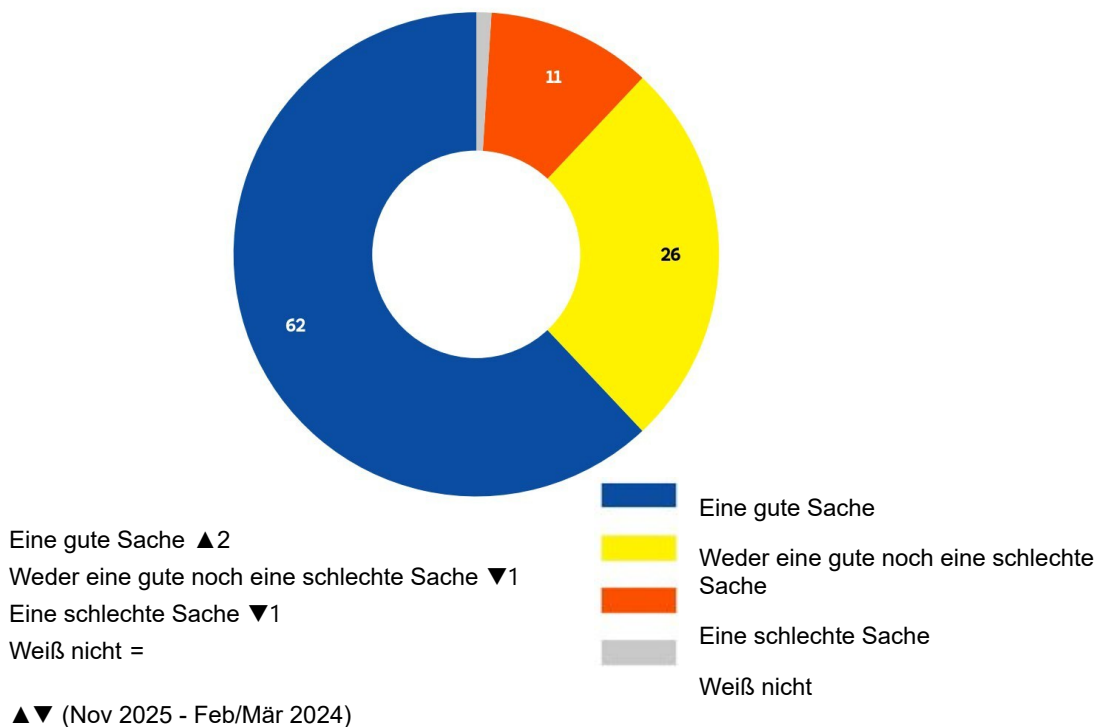
D78 Beschwört Ihnen die EU generell ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild herauf? (% - EU)				
	Insgesamt „positiv“	neutral	Insgesamt „negativ“	Weiß nicht
EU-27	49	34	17	0
Geschlecht				
Mann	49	32	19	0
Frau	48	35	16	1
Alter				
15-24	60	31	8	1
25-39	54	31	15	0
40-54	49	33	18	0
55+	44	36	20	0
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	40	39	20	1
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	48	35	17	0
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	60	27	13	0
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	49	30	21	0
Führungskräfte	60	29	11	0
Andere weiße Kragen	54	32	14	0
Handarbeitskräfte	44	37	19	0
Hauspersonen	41	39	20	0
Arbeitslose	41	32	26	1
in den Ruhestand	43	36	20	1
Studierende	64	28	8	0
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	37	34	28	1
Von Zeit zu Zeit	43	35	21	1
Fast nie / Nie	53	33	14	0
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	45	35	20	0
Kleine oder mittelgroße Stadt	47	35	18	0
Großstadt	56	30	14	0
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	51	33	16	0
Keine	37	40	22	1
Bild der EU				
Positiv	100	0	0	0
neutral	0	100	0	0
Negativ	0	0	100	0
Mitgliedschaft in der Europäischen Union				
Eine gute Sache	71	24	5	0
Eine schlechte Sache	10	21	69	0
Weder eine gute noch eine schlechte Sache	14	62	24	0

Mitgliedschaft in der Europäischen Union

In diesem Abschnitt wird die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union untersucht. Die Befragten wurden gefragt, ob sie die Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder für gut noch für schlecht halten. Die Analyse befasst sich mit der allgemeinen Wahrnehmung in der EU, den Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten und den Unterschieden zwischen soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen und gibt Aufschluss darüber, wie die Europäer die EU-Mitgliedschaft schätzen.

Insgesamt betrachtet eine deutliche Mehrheit der Befragten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als eine gute Sache. Insbesondere 62% der Europäer halten diese Ansicht, während 26% sagen, dass die Mitgliedschaft weder eine gute noch eine schlechte Sache ist, und 11% betrachten sie als eine schlechte Sache. Im Vergleich zu Februar–März 2024 ist der Anteil der Befragten, die die Mitgliedschaft als eine gute Sache betrachten, um 2 Prozentpunkte gestiegen.

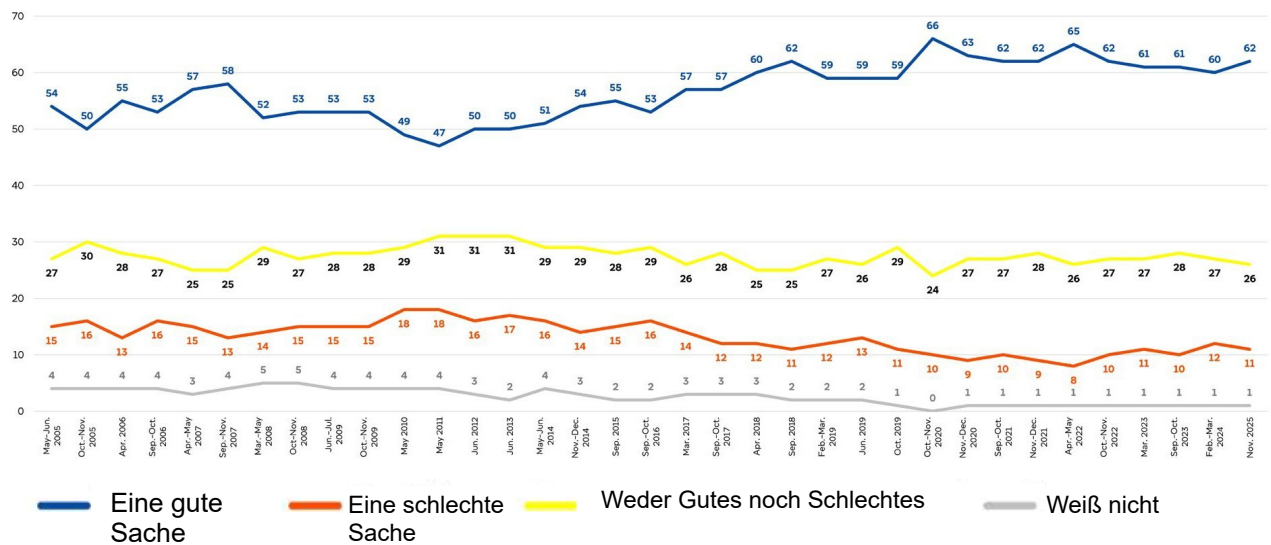
QA3 Im Allgemeinen, glauben Sie, dass (UNSER LAND) die Mitgliedschaft in der EU ist...? (EU27) (%)



Nov. 2025

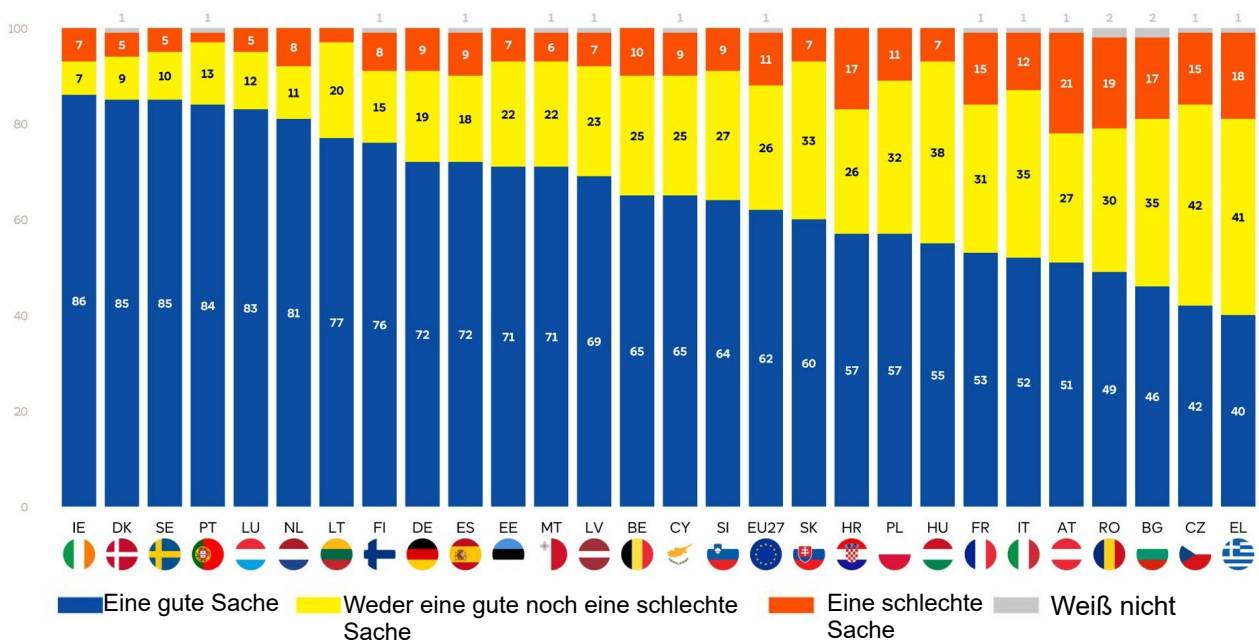
Längerfristig ist die positive Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft seit 2012 durchweg über 50 % geblieben. Zwischen 2011 und 2020 gab es einen Trend zu immer günstigeren Ansichten, was auf die wachsende Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in der gesamten Europäischen Union zurückzuführen ist. Seit 2020 hat sich dieser Aufwärtstrend stabilisiert, wobei mehr als 60 % der Befragten die EU-Mitgliedschaft stets für eine gute Sache halten. Insgesamt unterstreicht dieses langfristige Muster die anhaltende und weitgehend stabile Unterstützung der europäischen Bürgerinnen und Bürger für die EU-Mitgliedschaft.

QA3 Im Allgemeinen, glauben Sie, dass (UNSER LAND) die Mitgliedschaft in der EU ist...? (% - EU)



Die Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Auf Länderebene betrachtet eine absolute Mehrheit der Befragten die EU-Mitgliedschaft in 23 Mitgliedstaaten als eine gute Sache. Am stärksten ist die Unterstützung in Irland (86 %), Dänemark (85 %) und Schweden (85 %). In Griechenland (40 %), Tschechien (42 %) und Bulgarien (46 %) hingegen ist die positive Wahrnehmung am niedrigsten.

QA3 Im Allgemeinen, glauben Sie, dass (UNSER LAND) die Mitgliedschaft in der EU ist...? (%)



Nov. 2025

In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich die Einstellungen der Bürger zur Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union zwischen soziodemografischen und einstellungsbezogenen Gruppen unterscheiden.

Das Geschlecht hat wenig Einfluss auf die allgemeine Wahrnehmung, obwohl Frauen etwas häufiger als Männer darauf reagieren, dass die Mitgliedschaft weder eine gute noch eine schlechte Sache ist (27% vs. 24%), während Männer die Mitgliedschaft etwas eher für eine schlechte Sache halten (13% vs. 10%).

Die altersbedingten Unterschiede sind ausgeprägter, wobei jüngere Befragte die EU-Mitgliedschaft stärker unterstützen als ältere Befragte. Von den 15- bis 24-Jährigen halten 74 % die Mitgliedschaft für eine gute Sache, verglichen mit 65 % der Befragten im Alter von 25 bis 39 Jahren, 61 % der Befragten im Alter von 40 bis 54 Jahren und 58 % der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber.

Das Bildungsniveau wird auch positiv mit der Unterstützung der Mitgliedschaft in Verbindung gebracht, wobei 76 % der Befragten mit einem hohen Bildungsniveau es als eine gute Sache betrachten, verglichen mit 60 % der Befragten mit einem mittleren und 53 % der Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau.

Die finanzielle Lage der Befragten prägt die Einstellungen weiter: Diejenigen, die fast nie oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, betrachten die EU-Mitgliedschaft eher als eine gute Sache (68 %) als Befragte, die von Zeit zu Zeit (51 %) oder meistens (50 %) mit Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Einstellungsfaktoren zeigen besonders starke Assoziationen mit der Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft. Befragte, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, halten die Mitgliedschaft mit überwältigender Wahrscheinlichkeit für eine gute Sache (90 %).

Schließlich sind bei allen vier Indikatoren – Bild des Europäischen Parlaments, Rolle des Europäischen Parlaments, Bild der Europäischen Union und Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft – die Muster der Variation durch soziodemografische und einstellungsbezogene Faktoren auffallend ähnlich. Jüngere Befragte und Personen mit höherem Bildungsniveau berichten durchweg von positiveren Wahrnehmungen und größerer Unterstützung, während finanzielle Schwierigkeiten mit etwas weniger günstigen Ansichten verbunden sind. Das Geschlecht hat nur einen begrenzten Einfluss auf die Indikatoren. Einstellungsfaktoren wie ein positives Bild der EU, Optimismus in Bezug auf ihre Zukunft und die wahrgenommenen Vorteile der Mitgliedschaft zeigen die stärksten und beständigsten Assoziationen mit günstigen Einstellungen, die mit einer höheren Unterstützung bei jeder Maßnahme verbunden sind. Diese Einheitlichkeit unterstreicht, dass dieselben soziodemografischen und einstellungsbezogenen Merkmale die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger sowohl der Europäischen Union als auch des Europäischen Parlaments prägen, was auf eine kohärente und systematische Struktur hinweist, die der öffentlichen Wahrnehmung der Union und ihrer Organe zugrunde liegt.

QA3 Im Allgemeinen, glauben Sie, dass (UNSER LAND) die Mitgliedschaft in der EU ist...? (% - EU)				
	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder eine gute noch eine schlechte Sache	Weiß nicht
EU-27	62	11	26	1
Geschlecht				
Mann	62	13	24	1
Frau	62	10	27	1
Alter				
15-24	74	6	19	1
25-39	65	10	24	1
40-54	61	12	27	0
55+	58	13	28	1
Bildungsniveau				
Niedriges Bildungsniveau (ISCED 0-2)	53	15	31	1
Mittleres Bildungsniveau (ISCED 3-4)	60	12	28	0
Hohes Bildungsniveau (ISCED 5-8)	76	7	17	0
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbständige	60	13	27	0
Führungskräfte	76	6	18	0
Andere weiße Kragen	66	8	25	1
Handarbeitskräfte	55	14	30	1
Hauspersonen	48	18	33	1
Arbeitslose	57	18	24	1
in den Ruhestand	58	13	28	1
Studierende	78	4	17	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	50	20	28	2
Von Zeit zu Zeit	51	15	33	1
Fast nie / Nie	68	9	23	0
Subjektive Urbanisierung				
Ländliches Gebiet oder Dorf	60	14	25	1
Kleine oder mittelgroße Stadt	60	11	28	1
Großstadt	69	8	22	1
Nutzung von Online-Plattformen in den letzten 7 Tagen				
Insgesamt 'Hast du in der letzten Woche Online-Plattformen genutzt	64	11	25	0
Keine	49	16	33	2
Bild der EU				
Positiv	90	2	8	0
neutral	45	7	47	1
Negativ	18	45	36	1

SCHLUSSFOLGERUNG

SCHLUSSFOLGERUNG

Die Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2025 spiegelt eine europäische Öffentlichkeit wider, die sich durch eine Zeit bewegt, die von geopolitischen Spannungen und Zukunftsunsicherheiten geprägt ist. Die Bürgerinnen und Bürger zeigen einen starken Optimismus in Bezug auf ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihrer Familie, aber dieses Vertrauen schwächt sich ab, wenn es um die Aussichten für ihr Land, die Europäische Union und insbesondere die Welt geht. Pessimismus über globale Entwicklungen ist heute weit verbreitet, geprägt von anhaltenden Konflikten und einem allgemein instabilen internationalen Kontext.

Die Bedenken im Zusammenhang mit Sicherheit und Gefahrenabwehr sind bei allen getesteten Themen hoch. Konflikte in der Nähe der EU, Terrorismus, Cyberangriffe, Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und unkontrollierte Migrationsströme geben Anlass zu großer Sorge. Gleichzeitig gelten kommunikationsbezogene Risiken wie Desinformation, Hetze, KI-generierte gefälschte Inhalte, unzureichender Datenschutz und Bedrohungen der Meinungsfreiheit allgemein als besorgniserregend.

In diesem Zusammenhang setzen die Bürgerinnen und Bürger große Erwartungen an die Reaktionsfähigkeit der Europäischen Union. Zwei Drittel sind der Ansicht, dass die Rolle der EU beim Schutz der Bürger vor globalen Krisen zunehmen sollte, und große Mehrheiten unterstützen eine größere Einheit zwischen den Mitgliedstaaten und eine stärkere europäische Stimme auf der internationalen Bühne. Verteidigung und Sicherheit sind der Bereich, der am häufigsten als zentral für die Stärkung der Position der EU in der Welt eingestuft wird, gefolgt von Wettbewerbsfähigkeit und Industrie sowie Energieunabhängigkeit.

In Bezug auf die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger stehen wirtschaftliche Fragen im Vordergrund ihrer Erwartungen. Inflation, steigende Preise und die Lebenshaltungskosten sind erneut die oberste Priorität, die die Europäerinnen und Europäer dem Europäischen Parlament zukommen lassen wollen. Die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen folgen genau, und auch die öffentliche Gesundheit gewinnt an Bedeutung. Während die meisten Befragten erwarten, dass ihr Lebensstandard in den nächsten fünf Jahren stabil bleibt, geht eine erhebliche Minderheit von einem Rückgang aus, insbesondere in Ländern, in denen die wirtschaftliche Unsicherheit stärker ausgeprägt ist. Die Bürgerinnen und Bürger bekräftigen auch die Bedeutung der Grundwerte. Frieden entsteht als der Wert, den das Europäische Parlament am meisten verteidigen möchte, und spiegelt das derzeitige geopolitische Klima wider. Demokratie, Menschenrechte, Redefreiheit und Rechtsstaatlichkeit bleiben ebenfalls zentrale Erwartungen. Die Zufriedenheit mit der Demokratie sowohl auf nationaler Ebene als auch innerhalb der EU überschreitet nach wie vor die Mehrheitsschwelle, wenngleich sie seit dem Frühjahr 2025 leicht zurückgegangen ist.

Die Haltung gegenüber der EU und ihren Institutionen bleibt trotz geringfügiger Rückgänge weitgehend positiv. Eine relative Mehrheit hat ein positives Bild von der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament. Die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft ist nach wie vor stark: Mehr als sechs von zehn Europäern halten sie für eine gute Sache für ihr Land, und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet nach wie vor eine wichtigere Rolle für das Europäische Parlament.

Insgesamt zeigt die Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2025 eine Europäische Union, die mit erheblichen globalen Spannungen und Herausforderungen konfrontiert ist. In diesem Zusammenhang sorgen sich die Bürgerinnen und Bürger um die Zukunft und erwarten, dass die EU eine wichtigere Rolle spielt.

Anmerkungen

(Pierre Dieumegard)

„Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass die Europäische Union mit Einigkeit und Ehrgeiz handelt. 89 % der Befragten geben an, dass die EU-Mitgliedstaaten geeinter sein sollten, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen, und 86 % wünschen sich, dass die EU auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme hat.“ (Schlüssel 1 aus Frage QA7)

Ja, aber das sind nur Wünsche. Wenn wir fragen: „Wollen Sie, dass alle Länder der Welt gemeinsam gegen die Umweltverschmutzung vorgehen?“, lautet die Antwort auch Ja. Wenn wir die Franzosen fragen: „Wollen Sie, dass sich Ihre Abgeordneten auf einen Haushalt für das Land einigen?“, lautet die Antwort ebenfalls ja.

Hier ist das Diagramm der Frage QA7 (siehe auch Seite 81):

QA7 Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? (EU27) (%)

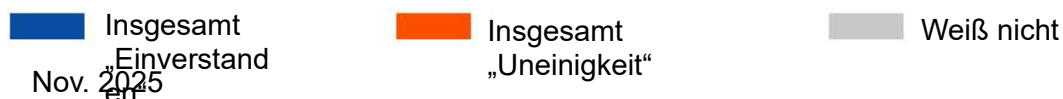
Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker geeint sein, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen zu stellen.



Die Europäische Union sollte auf internationaler Ebene eine stärkere Stimme haben



Die Europäische Union braucht mehr Mittel, um den aktuellen globalen Herausforderungen zu begegnen



Die Zustimmung zum dritten Vorschlag ist viel geringer (= es gibt doppelt so viele Menschen, die anderer Meinung sind).

Dies liegt daran, dass der dritte Satz „Die Europäische Union braucht mehr Mittel“ verbindlicher ist: Wenn wir der Europäischen Union mehr Ressourcen zur Verfügung stellen, bedeutet dies, dass wir anderen Strukturen Ressourcen entziehen. Wer wird in diesem Fall geopfert?

Der dritte Vorschlag beinhaltet Entscheidungen, schwierige Diskussionen; Für diese Diskussionen brauchen wir eine einfache und präzise Sprache: Esperanto.

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 6. und 30. November 2025 führte Verian Belgien die Welle 104.2 der Eurobarometer-Umfrage durch. Die Welle 104.2 deckt die Bevölkerung der jeweiligen Nationalitäten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ab, die in jedem der 27 Mitgliedstaaten wohnhaft ist und mindestens 15 Jahre alt ist.

Das grundlegende Musterdesign, das in allen Ländern angewendet wird, ist ein geschichtetes mehrstufiges, zufälliges (Wahrscheinlichkeits-)Design. In jedem Land wird der Stichprobenrahmen zunächst nach NUTS-Regionen und innerhalb jeder Region nach einem Maß für die Urbanität (DEGURBA) geschichtet. Die Anzahl der in jeder Schicht ausgewählten Stichprobenpunkte spiegelt die Schichtpopulation 15+ wider. In der zweiten Stufe wurden Stichprobenpunkte mit einer Wahrscheinlichkeit gezogen, die proportional zu ihrer Populationsgröße von 0+ innerhalb jeder Schicht war. Die Stichproben repräsentieren somit das gesamte Gebiet der untersuchten Länder nach EUROSTAT NUTS II (oder Äquivalent) und nach der Verteilung der Wohnbevölkerung der jeweiligen Nationalitäten in Bezug auf Ballungsräume, städtische und ländliche Gebiete.²⁶

An jedem der ausgewählten Probennahmepunkte wurde eine Startkoordinate zufällig gezeichnet und ein umgekehrtes Geokodierungswerkzeug verwendet, um die der Koordinate am nächsten liegende Adresse zu identifizieren. Diese Adresse war die Startadresse für den Random Walk. Weitere Adressen (jede Nth-Adresse) wurden durch Standardverfahren des "Zufallswegs" aus der ursprünglichen Adresse ausgewählt. In jedem Haushalt wurde der Befragte nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Der Ansatz für die Zufallsauswahl war abhängig von der Haushaltsgröße. Als Beispiel für Haushalte mit zwei mehr als 15 Mitgliedern wurde das Skript verwendet, um entweder den Informanten (Person, die den Screener-Fragebogen beantwortet) oder das andere berechnete Mitglied im Haushalt auszuwählen. Für Haushalte mit drei mehr als 15 Mitgliedern wurde das Skript verwendet, um entweder den Informanten (1/3 der Zeit) oder die beiden anderen anspruchsberechneten Mitglieder im Haushalt (2/3 der Zeit) auszuwählen. Wenn die beiden anderen Mitglieder ausgewählt wurden, wurde dem Interviewer dann gesagt, er solle entweder nach dem jüngsten oder ältesten fragen. Das Skript würde die Auswahl zufällig dem Jüngsten oder Ältesten mit gleicher Wahrscheinlichkeit zuweisen. Dieser Prozess wird für vier mehr als 15 Haushaltsmitglieder fortgesetzt, wobei nach dem Zufallsprinzip nach dem jüngsten, dem zweitjüngsten und dem ältesten Haushaltsmitglied gefragt wird. Für Haushalte mit fünf 15+ Mitgliedern kehren wir zur letzten Geburtsregel zurück.

Wenn mit niemandem im Haushalt kontakt aufgenommen wurde oder der ausgewählte befragte nicht verfügbar war (beschäftigt), besuchte der Interviewer den gleichen Haushalt bis zu drei weitere Male (insgesamt vier Kontaktversuche). Die Interviewer geben niemals an, dass die Umfrage zuvor im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurde. Sie können diese Angaben nach Abschluss der Umfrage auf Anfrage machen.

26 Klassifizierung des städtischen ländlichen Raums auf der Grundlage von DEGURBA (<https://ec.europa.eu/eurostat/web/degree-of-urbanisation/background>)

Die Einstellungsphase war in den Niederlanden, Finnland und Schweden etwas anders. In den beiden letztgenannten Ländern wurde eine Stichprobe von Adressen innerhalb jeder Stichprobenstelle aus dem Adress- oder Bevölkerungsregister ausgewählt (in Finnland erfolgt die Auswahl nicht an allen Stichprobenstellen, sondern in einigen, in denen sich die Antwortquoten voraussichtlich verbessern werden). Die Auswahl der Adressen erfolgte nach dem Zufallsprinzip. Die Haushalte wurden dann telefonisch kontaktiert und für die Teilnahme an der Umfrage rekrutiert. In den Niederlanden wird eine Dual-Frame-RDD-Stichprobe (Mobil- und Festnetznummern) verwendet, da es kein umfassendes Bevölkerungsregister mit Telefonnummern gibt. Die Auswahl der Zahlen auf beiden Frames erfolgt zufällig, wobei jede Zahl die gleiche Selektionswahrscheinlichkeit erhält. Im Gegensatz zu Schweden und Finnland ist die Stichprobe nicht gruppiert.

	COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORK DATES		POPULATION 15+	PROPORTION EU27
BE	Belgium	MCM Belgium	1,021	06-11-2025	24-11-2025	9,892,796	2.6%
BG	Bulgaria	Kantar TNS BBSS	1,046	06-11-2025	26-11-2025	5,534,456	1.4%
CZ	Czechia	STEM/MARK	1,064	06-11-2025	24-11-2025	9,172,797	2.4%
DK	Denmark	Mantle Denmark (Verian)	1,016	06-11-2025	30-11-2025	5,022,981	1.3%
DE	Germany	Mantle Germany (Verian)	1,527	07-11-2025	26-11-2025	71,818,299	18.7%
EE	Estonia	B&B Research OÜ	1,006	06-11-2025	26-11-2025	1,154,359	0.3%
IE	Ireland	B and A Research	1,006	06-11-2025	30-11-2025	4,338,938	1.1%
EL	Greece	Kantar Greece	1,007	06-11-2025	23-11-2025	9,041,201	2.4%
ES	Spain	Mantle Spain (Verian)	1,011	06-11-2025	25-11-2025	42,189,318	11.0%
FR	France	MCM France	1,004	06-11-2025	26-11-2025	56,855,864	14.8%
HR	Croatia	Hendal	1,003	08-11-2025	25-11-2025	3,319,752	0.9%
IT	Italy	Testpoint Italia	1,031	06-11-2025	28-11-2025	51,784,963	13.5%
CY	Rep. of Cyprus	CYMAR Market Research	501	06-11-2025	27-11-2025	818,909	0.2%
LV	Latvia	Kantar TNS Latvia	1,004	06-11-2025	27-11-2025	1,579,066	0.4%
LT	Lithuania	Norstat LT	1,023	06-11-2025	24-11-2025	2,467,008	0.6%
LU	Luxembourg	ILRES	508	06-11-2025	28-11-2025	566,303	0.1%
HU	Hungary	Kantar Hoffmann	1,026	07-11-2025	24-11-2025	8,199,448	2.1%
MT	Malta	MISCO International	502	06-11-2025	24-11-2025	493,961	0.1%
NL	Netherlands	MCM Netherlands	1,010	06-11-2025	25-11-2025	15,228,902	4.0%
AT	Austria	Das Österreichische Gallup Ins.	1,003	08-11-2025	25-11-2025	7,842,929	2.0%
PL	Poland	Research Collective	1,016	07-11-2025	26-11-2025	31,082,980	8.1%
PT	Portugal	Intercampus SA	1,037	07-11-2025	26-11-2025	9,275,958	2.4%
RO	Romania	CSOP SRL	1,041	06-11-2025	26-11-2025	16,034,437	4.2%
SI	Slovenia	Mediana DOO	1,005	06-11-2025	24-11-2025	1,811,104	0.5%
SK	Slovakia	MNFORCE	1,003	06-11-2025	24-11-2025	4,557,290	1.2%
FI	Finland	Taloustutkimus Oy	1,001	06-11-2025	27-11-2025	4,771,619	1.2%
SE	Sweden	Mantle Sweden (Verian)	1,031	06-11-2025	26-11-2025	8,748,126	2.3%
TOTAL EU27			26,453	06-11-2025	30-11-2025	383,603,764	100%

* It should be noted that the total percentage shown in this table may exceed 100% due to rounding.

Interviewmodus pro Land

Die interviews wurden durch persönliche interviews durchgeführt, entweder physisch in den häusern der menschen oder durch fernvideointeraktion in der entsprechenden landessprache. Interviews mit Videoferninteraktion („online face-to-face“ oder CAVI, Computer Assisted Video Interviewing) wurden nur in der Republik Zypern, Dänemark, Malta, den Niederlanden, Finnland und Schweden durchgeführt.

COUNTRIES		N° OF CAPI INTERVIEWS	N° OF CAVI INTERVIEWS	TOTAL N° INTERVIEWS
BE	Belgium	1,021		1,021
BG	Bulgaria	1,046		1,046
CZ	Czechia	1,064		1,064
DK	Denmark	703	313	1,016
DE	Germany	1,527		1,527
EE	Estonia	1,006		1,006
IE	Ireland	1,006		1,006
EL	Greece	1,007		1,007
ES	Spain	1,011		1,011
FR	France	1,004		1,004
HR	Croatia	1,003		1,003
IT	Italy	1,031		1,031
CY	Rep. Of Cyprus	441	60	501
LV	Latvia	1,004		1,004
LT	Lithuania	1,023		1,023
LU	Luxembourg	508		508
HU	Hungary	1,026		1,026
MT	Malta	325	177	502
NL	Netherlands	824	186	1,010
AT	Austria	1,003		1,003
PL	Poland	1,016		1,016
PT	Portugal	1,037		1,037
RO	Romania	1,041		1,041
SI	Slovenia	1,005		1,005
SK	Slovakia	1,003		1,003
FI	Finland	703	298	1,001
SE	Sweden	711	320	1,031
TOTAL EU27		25,099	1,354	26,453

CAPI : Computer-Assisted Personal interviewing

CAVI : Computer-Assisted Video interviewing

Fehlermargen

Die Leser werden daran erinnert, dass die Umfrageergebnisse Schätzungen sind, deren Genauigkeit, wenn alles gleich ist, auf der Stichprobengröße und dem beobachteten Prozentsatz beruht. Bei Stichproben von etwa 1.000 Interviews variieren die realen Prozentsätze innerhalb der folgenden Konfidenzgrenzen:

Statistische Margen aufgrund von Stichprobentoleranzen

(bei einem Vertrauensniveau von 95%)

verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen

Verschiedene beobachtete Ergebnisse sind in Spalten

	5 %	10 %	15 %	20 %	25 %	30 %	35 %	40 %	45 %	50 %	
	95 %	90 %	85 %	80 %	75 %	70 %	65 %	60 %	55 %	50 %	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5 %	10 %	15 %	20 %	25 %	30 %	35 %	40 %	45 %	50 %	
	95 %	90 %	85 %	80 %	75 %	70 %	65 %	60 %	55 %	50 %	

In einer sich rasch verändernden und herausfordernden globalen Landschaft wollen die Bürgerinnen und Bürger, dass die Europäische Union mit Einigkeit und Ehrgeiz handelt. Verteidigung, Sicherheit und Wirtschaft sind zentrale Prioritäten für die Stärkung der EU sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Europäer sind besonders besorgt über Sicherheitsfragen wie anhaltende Konflikte und Kriege sowie gesellschaftliche und digitale Fragen, einschließlich Desinformation, Online-Datenschutz und irreführender Inhalte, die durch künstliche Intelligenz erzeugt werden. In diesem Zusammenhang wünschen sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger, dass die EU eine wichtigere Rolle bei ihrem Schutz spielt. Die EU-Mitgliedschaft wird von einer großen Mehrheit der Europäer nach wie vor als wertvoll angesehen, und das positive Image der EU ist nach wie vor hoch, wenngleich es in den letzten Monaten leicht zurückgegangen ist.

Die Umfrage, die von der Forschungsagentur Verian Belgium zwischen dem 6. und 30. November 2025 in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, wurde von Angesicht zu Angesicht durchgeführt, wobei Videointerviews (CAVI) zusätzlich in Zypern, Dänemark, Finnland, Malta, den Niederlanden und Schweden verwendet wurden. Es wurden insgesamt 26.453 Befragungen durchgeführt und die EU-Ergebnisse nach der Bevölkerungsgröße in den einzelnen Ländern gewichtet.

Für weitere Informationen zur vollständigen Umfrage scannen Sie den QR-Code:



VERÖFFENTLICHUNG DER EUROBAROMETER- UND SURVEYS-EINHEIT
DIREKTORAT FÜR OUTREACH ?? GENERALDIREKTION FÜR KOMMUNIKATION
EUROPÄISCHES PARLAMENT
DGCOMM-EBSU@EUROPARL.EUROPA.EU
EUROPA.EU/EUROBAROMETER

KATALOGNUMMER: QA-01-26-015-DE-N

ISBN: 978-92-848-3394-8

ISSN: 2529-6973

DOI: 10.2861/5597640

© Europäische Union, 2026